

**Die Rolle der Marginalisierungspolitik im Sudan –  
Beispiel: der Region Darfur**

Inauguraldissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors

Fachbereich 07  
Geschichts-und Kulturwissenschaften  
Institut für Ethnologie und Afrikastudien

der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

vorgelegt von

Ahmed Hashim Salih Andusa

2008



## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	<b>1</b>
<b>Kurzfassung</b> .....	<b>2</b>
<b>Einleitung</b> .....	<b>4</b>
<b>1. Konzeption und Fragestellung</b> .....	<b>6</b>
<b>2. Bilad al Sudan – Die besonderen Verhältnisse im Sudan</b> .....	<b>9</b>
2.1 Der Sudan als Bilad al Sudan .....	9
<b>3. Die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung des Sudan</b> .....	<b>15</b>
3.1 Die arabischen Ethnien .....	19
3.2 Die nichtarabischen Ethnien im Norden.....	20
3.3 Die Südsudanesischen Ethnien.....	24
<b>4. Die Region Darfur</b> .....	<b>27</b>
<b>5. Überblick über die Geschichte des Sudan von der Kolonialzeit bis zur Unabhängigkeit</b> .....	<b>30</b>
5.1 Die erste Staatsbildung im Sudan unter der Herrschaft des Mahdi.....	32
5.2 Untergang des Mahdi-Staates und Beginn der europäischen Hegemonialherrschaft.....	35
5.3 Indirect Rule Policy unter der britischen Herrschaft im Sudan.....	37
5.4 Vom Graduates General Congress zur Legislative Assembly – Die ersten Akteure der Jellaba.....	40
<b>6. Die radikalen Akteure</b> .....	<b>46</b>
6.1 Islamic Charter Front (ICF) und National Islamic Front (NIF).....	46
6.2 Die Republikanischen Brüder .....	48
6.3 Kommunistische Partei des Sudan (KPS).....	49
6.4 Marginalisierte Gruppen bilden sich als Parteien.....	49
6.5 Die Parteien des Südens vor 1969.....	50
6.6 Parteien im Westen und Osten.....	51
<b>7. Machtverteilung zwischen den Regionen</b> .....	<b>51</b>

7.1	Rolle des Militärs - Machtergreifung .....	54
7.2	Militärregime unter General Ibrahim Abbud 1958 – 1964.....	56
7.3	Der Post-Oktober-Gesellschaft im Sudan 1965 – 1969.....	60
<b>8.</b>	<b>Das Militärregime unter Numeiri 1969 – 1985.....</b>	<b>64</b>
8.1	Die Einführung der islamischen Gesetze (Sharia).....	67
8.2	Der Widerstand marginalisierten Gesellschaften im Süden.....	71
8.3	Die Ziele von SPLA und SPLM.....	74
8.4	Der Zusammenbruch des Numeiri-Regimes.....	77
<b>9.</b>	<b>Die Übergangsregierung (1985 – 1986).....</b>	<b>79</b>
9.1	Fazit .....	82
9.2	Die dritte Republik 1986 – 1989.....	82
9.3	Fazit.....	90
<b>10.</b>	<b>Darfur von 1956 bis heute .....</b>	<b>92</b>
10.1	Geschichte und politische Entwicklung.....	92
10.2	Verkehr und Kommunikation.....	94
10.3	Ausbildung.....	97
10.4	Fazit .....	99
<b>11.</b>	<b>Die Militärregierung von General al-Bashir „Schurkenstaat“.....</b>	<b>100</b>
11.1	Der Widerstand marginalisierter Gesellschaften im Westen Eskalation der Gewalt.....	109
11.2	Die Geschichte der Gründung von JEM .....	118
11.3	Ziele von JEM.....	119
11.4	Die Gründung und die Ziele der SLA/M.....	120
11.5	Fazit .....	123
<b>12.</b>	<b>Machtverteilung im Hinblick auf die Regionen.....</b>	<b>123</b>
<b>13.</b>	<b>Aufstand in Darfur – Konfliktverlauf in Darfur.....</b>	<b>143</b>
13.1	Der Neue Völkermord in Darfur.....	146
13.3	Exkurs: Das Darfurproblem als Dreiecksproblem mit Lybien, Tschad und Sudan.....	162
13.4	Die Janjaweed: ihre Herkunft , ihre Gründung.....	168
<b>14.</b>	<b>Analyse der Interviews in tschadischen Flüchtlingslagern .....</b>	<b>172</b>
14.1	Zeugenberichte: Janjaweed werden bei Überfällen unterstützt.....	174

14.2	Vergewaltigung als Waffe, um die marginalisierten gesellschaftliche Gruppen zu zerstören .....	176
14.3	Strategie bzw. Ziel der sudanesischen Regierung - Vertreibung der Zivilbevölkerung aus Darfur .....	181
14.4	Flüchtlinge sterben auf dem Weg nach Tschad.....	183
14.5	Zivilisten als Opfer der Kämpfe .....	184
15.	<b>Die Rolle der UNO.....</b>	<b>189</b>
15.1	Internationale Untersuchungskommissionen .....	190
15.2	Resolution 1593 des Sicherheitsrats.....	190
15.3	Bericht des Untersuchungsrichters.....	191
15.4	Die römischen Statuten.....	192
15.5	Die Bildung des internationalen Strafgerichtshofes und die bindende Wirkung der römischen Statuten.....	193
15.6	Die bindende Kraft der UNSCR 1593.....	194
15.7	Verbrechen unter der Gerichtsbarkeit des internationalen Strafgerichtshofs.....	196
15.8	Die Auswirkungen der Vorgehensweise des internationalen Strafgerichtshofs auf die Stabilität des Sudan .....	197
16.	<b>Friedensverhandlungen.....</b>	<b>199</b>
16.1	Der Frieden mit Südsudan als Vorgeschichte bzw. Vorlage zur Lösung des Konflikts in Darfur.....	199
16.2	Fazit .....	201
16.3	Annäherung zum Frieden mit Darfur .....	201
16.4	Friedensabkommen? .....	202
16.5	Erste Schritte zum Frieden? - Die Verhandlungen in Abuja .....	202
16.6	Hintergründe für das Scheitern der Friedensverhandlungen für Darfur.....	205
16.7	Inhalte des Friedensabkommens .....	207
17.	<b>Analyse.....</b>	<b>208</b>

17.1	Ansätze zur Transformation des politischen Systems, um die Marginalisierungspolitik zu beenden und das Land zu stabilisieren.....	210
17.2	Ansätze zur Transformation von Marginalisierung für Stabilitätsprozesse im Sudan.....	214
18.	<b>Lösungsansätze am Beispiel der Verfassungsfrage – Konkrete Umsetzungsschritte.....</b>	<b>222</b>
18.1	Schlusswort.....	225
18.2	Literaturliste.....	226

### **Abbildungsverzeichnis:**

Abb. 1:	Landkarte des Sudans und seine Nachbarstaaten .....	8
Abb. 2:	Darfur; Ethnische Zusammensetzung .....	26
Abb. 3:	Ausdehnung des von den Mahdisten 1891 kontrollierten Gebietes in den heutigen Grenzen.....	35
Abb. 4:	Wahlergebnis 1986.....	84
Abb. 5:	Die Provinzen des Sudan nach Abhängigkeit.....	125
Abb. 6:	Zerstörung der Dörfer in Sudan.....	160
Abb. 7:	Kinder im Flüchtlingslager Tine.....	186
Abb. 8:	Ein Mädchen und ein Junge vor den Unterkünften in Tine.....	186
Abb.9:	Kinder in der Schule.....	187
Abb.10:	Frauen im Flüchtlingslager Tine.....	187
Abb.11:	Die Lebensmittelration reicht in der Regel gerade zum Überleben.....	188
Abb.12:	Eine Frau trägt Wasser auf traditionelle Weise auf ihren Kopf.....	188
Abb.13:	Sandsturm im Flüchtlingslager.....	189

## Tabellenverzeichnis:

Tabelle 1: Ethnische Struktur des Sudans.....	17
Tabelle 2: Bevölkerungszahl von 1993.....	17
Tabelle 3: Sudanbevölkerung des Jahres 2000.....	18
Tabelle 4: Verteilung der Sitze in Parlament.....	83
Tabelle 5: Zahlreiche regionale Konflikte in Darfur.....	110
Tabelle 6: Die Mitglieder von dem obersten Revolutionskomiteerat von 1989 .....	126
Tabelle 7: Die Besetzung der Innenministerposten seit der Machtübernahme in .....	128
Tabelle 8: Prozentuale Ergebnisse der Machtverteilung im Innenministerium.....	129
Tabelle 9: Die Besetzung der Verteidigungsministerposten seit 1989 nach der Herkunft ihrer Amtsinhaber.....	129
Tabelle 10: Prozentuale Ergebnisse der Machtverteilung im Verteidigungsministerium .....	130
Tabelle 11: Besetzung der Finanzministerposten seit der Machtübernahme 1989 bis heute.....	133
Tabelle 12: Prozentuale Ergebnisse der Verteilung der Finanzministerposten .....	134
Tabelle 13: Besetzung des Ministerpostens für Tourismus / Umweltkultur und Bil- dung.....	135
Tabelle 14: Ergebnisse der Verteilung des Ministerpostens für Tourismus/ Um- weltkultur und Bildung.....	135
Tabelle 15: Verteilung des Ministerpostens für Viehwirtschaft seit der Machtüber- nahme 1989 bis heute.....	135
Tabelle 16: Übersicht über die Besetzung des Ministerpostens für Viehwirtschaft seit der Machtübernahme 1989 bis heute.....	136
Tabelle 17: Besetzung der Ministerposten für Kommunikation und Tourismus seit der Machtübernahme 1989 bis heute.....	136

Tabelle 18:	Prozentuales Ergebnisse der Ministerposten für Kommunikation und Tourismus seit der Machtübernahme 1989 bis heute.....	136
Tabelle 19:	Verteilung der Macht in dem Komitee, das für die Verteilung der Staatseinkünfte zuständig ist.....	137
Tabelle 20:	Nationale Straßenbauprojekte, die vom Staat im Zeitraum 1989- 2002 geplant und durchgeführt wurden, gemessen in km.....	137
Tabelle 21:	Machtverteilung im Banksektor/ Manager der der Zentralbank (Staatlich) von 1989 bis 2002.....	139
Tabelle 22:	Machtverteilung in Privatbanken und Finanzsektoren.....	140
Tabelle 23:	Besetzung der Leitung der Zakat-Institution nach Regionen.....	140
Tabelle 24:	Anzahl der Krankenhäuser in den einzelnen Regionen.....	141
Tabelle 25:	Genozidkonvention 11a und 11b.....	148-160



## **Vorwort**

Von jeher hat es in der Geschichte der Menschheit unterschiedliche Formen von Herrschaft gegeben; mit ihren Regierungssystemen hat sie Erfahrungen erlebt und Kenntnisse erworben, sei es als Kaiserreich, Königreich oder Sultanat usw. Träger von absolut unbeschränkter Macht haben sich wie Götter oder Halbgötter gefühlt, aber solche Herrschaften verlieren stets das Gefühl von Wissen und Erkenntnis, dass sie von der Geschichte bestraft werden, wenn man ihre Arbeit genau betrachtet, denn die Demütigung der Bevölkerung, Armut, Korruption oder Niedergang ihrer Länder bis zum Bankrott sind nur natürliche Geburten aus ihrer Willkür. Der Wissenschaftler Al-Kawakiby hat zu Recht gesagt:

„Die Willkür ist schlimm, ihr Vater ist Unterdrückung, ihre Mutter ist die böse Tat, ihr Bruder ist Verrat, ihre Schwester ist Elend, ihre Schwiegermutter ist Schaden, ihr Onkel ist Kränkung, ihr Sohn ist Armut, Tochter ist Arbeitslosigkeit, ihre Sippe ist Unwissen, ihr Land ist Ruin.“<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Khalid, Mansur: Al-Sudan wa al-Nafaq al-Muzlim. Qesa al-Fassad wa al-Istebdad. (Sudan und der dunkle Tunnel. Geschichte der Willkür und Korruption). London – Malta 1985. S.10.

## **Kurzfassung**

Im Rahmen dieser Arbeit wurde untersucht, welche Rolle die Marginalisierungspolitik in Sudan in Bezug auf den Staatsbildungs- und Demokratisierungsprozess spielt. Dabei wurde der Schwerpunkt auf die Region Darfur gelegt.

Zu Beginn der Arbeit werden die besonderen Verhältnisse im Sudan beleuchtet, die geprägt sind durch eine jahrzehntelange Kolonialpolitik, die auch nach der Unabhängigkeit des Sudans durch die herrschenden Eliten im eigenen Land gegenüber den peripheren Gebieten weitergeführt worden ist.

Es wurde aufgezeigt, dass Marginalisierungspolitik unterschiedliche Ursachen hat. Im Sudan dient diese Politik dem Machterhalt bestimmter Gruppen und damit verbunden auch Vorteilen in allen Bereichen der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Autor hat dargelegt, in welchen Formen Marginalisierung stattfindet. Beispiele dafür sind:

- eine Sprachpolitik, die neben Arabisch keine andere Sprache zulässt
- eine gezielte Politik der Vernachlässigung der peripheren Gebiete, die sich in einer fehlenden Infrastruktur und Bildung zeigt.
- Erschwerter Zugang zu öffentlichen Ämtern, je nachdem aus welcher ethnischen Gruppe jemand kommt

Die Auswirkungen dieser Marginalisierungspolitik sind Verhinderung von Entwicklung, Armut, innerstaatliche Migration, Bürgerkriege und schließlich der Zerfall des Staates.

Am Beispiel von der Region Darfur untermauert der Autor nochmals diese Vernachlässigungspolitik und begründet damit den Widerstand von Rebellengruppen seit 2003. Als wichtige Akteure werden die Justice and Equality Movement (JEM) und Sudan Liberation Movement/Army (SLA/M) mit ihren Zielen und Aktivitäten vorgestellt.

Ausführlich geht der Autor auf die Reaktion dieses Widerstandes von Seiten der sudanesischen Regierung und den mit ihr verbündeten arabischen Milizen ein, die geprägt ist von Menschenrechtsverletzungen und dem Ziel, die Zivilbevölkerung aus dem Darfur zu vertreiben und anstatt dessen arabisch-stämmige Menschen anzusiedeln.

Nach der Analyse der Marginalisierungspolitik im Sudan fasst der Autor nochmals die Hauptproblemfelder zusammen. Diese sind die Frage der Religion und Staatenbildung sowie die Frage, in welcher Form eine Demokratisierung Sudans stattfinden kann.

Er stellt mögliche Ansätze zur Transformation des politischen Systems vor, um die Marginalisierungspolitik zu beenden und das Land zu stabilisieren. Diese Transformation muss in mehreren Phasen erfolgen. Als erstes muss das diktatorische Regime abgelöst werden, um im Anschluss daran, die Demokratie zu institutionalisieren und schließlich zu konsolidieren.

Wenn dieser Weg nicht beschritten wird, sieht der Autor keine Zukunft für eine sudanesishe Einheit, in der alle Ethnien gleichberechtigt in allen Bereichen wie Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vertreten sein müssen. In diesem Fall wird es zwangsläufig zu einem Zerfall des Landes kommen.

## 0 Einleitung

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der *Frage, welche Rolle die Marginalisierungspolitik in Sudan im Hinblick auf den Nationsbildungsprozess und für das Demokratieverständnis spielt*. Am Beispiel der **Region Darfur** sollen spezifische Ursachen, Rahmenbedingungen und Entwicklungen untersucht werden, die zum Scheitern der *Staatsbildung* geführt haben.

Zum Verständnis der Verhältnisse und der politischen Atmosphäre im Sudan wird die Bevölkerungszusammensetzung des Landes erläutert, gefolgt von einem Abriss seiner Geschichte von der Kolonialzeit bis zur Unabhängigkeit. Hier wird die Entstehung der gesellschaftlichen Gruppierungen und ihrer Motive beleuchtet, die später die politischen Akteure werden, die für die **Marginalisierungspolitik im Sudan** verantwortlich sind. In erster Linie werden die wichtigsten Ereignisse der Entwicklung geschildert, ergänzt durch beispielhafte, für die politischen Verhältnisse im Lande wichtige Informationen.

Wenn in den westlichen Medien vom Sudan berichtet wird, stehen Hungerkatastrophen oder der Nord-Süd-Konflikt mit seinem Flüchtlingseiland oder der Darfur-Konflikt im Blickpunkt des öffentlichen Interesses; die Beziehung zwischen den drei Krisen wird dabei nur selten analysiert. Natürlich war und ist der Sudan zeitweise von Lebensmittelknappheit betroffen, doch ob die Entwicklungshilfe mit Hilfe von Nahrungsmittellieferungen dazu beitragen kann, das Problem zu lösen, ist mehr als fraglich.

Die Krisen, die Sudan heutzutage erschüttern, lassen sich nicht ausschließlich auf die Kolonialzeit zurückführen. Dieses Erbe hat sicherlich einen nicht unerheblichen Anteil an dem heutigen Notstand mit den willkürlichen Grenzziehungen als ein unglückliches Zufallsprodukt der britisch-ägyptischen Kolonialherrschaft, wodurch zahlreiche ethnische Gruppen über Nacht zu einer Nation mit wirtschaftlichen Fehlsteuerungen zusammengewürfelt wurden.<sup>2</sup> Meiner Meinung nach sind für die heutigen Fehlentwicklungen die Nachfolger der Kolonialherrschaft, die neue **Elite**

---

<sup>2</sup>Vgl. Tetzlaff, Rainer/Jakobeit, Cord: Das nachkoloniale Afrika. Wiesbaden 2005. S. 96. (= Tetzlaff/Jakobeit, Das Nachkoloniale).

des Landes, die Regierungen des Sudan verantwortlich. Dabei weist der Norden, abgesehen von dem Krieg mit dem Süden, ebenfalls keine homogene Strukturen weder ethnischer, ökonomischer noch politischer Art auf. Durch die Politisierung von „Volksgruppen“ und „Ethnien“ oder Überlebenskampf der Völker ist es nicht ein seltener Fall von „Konfliktintensivierung durch Konfliktakkumulation“ zu erklären.<sup>3</sup>

Gerade der Nordwesten, die Provinz Darfur ist für seine Dürreperioden und Desertifikationen, die in der Vergangenheit immer wieder zu Lebensmittelknappheit führten, bekannt. Der Sudan erhält zwar Lebensmittelhilfe, doch ob sie die Notleidenden erreicht, was schon zu normalen Zeiten ein Problem darstellt, ist vollkommen offen. Sie dient wohl eher der Verbesserung des Angebots in den Städten. Gerade diese Konzentration auf die Städte und den modernen Sektor zum Nachteil der Entwicklung der ländlichen Regionen verhindert eine Grundversorgung der Bevölkerung auf breiter Basis, dient aber trotzdem als Entwicklungsmodell. Es sind wohl die Städte, die für den Machterhalt der Regierung wichtig sind, aber die Hoffnung durch Großprojekte und Investitionen in den modernen Sektor schnell zu Wohlstand zu kommen, erfüllt sich nur für einen sehr geringen Teil der Bevölkerung.

Für die Gebiete, die abseits von den Machtzentren liegen, wie z.B. Darfur und Süd- und Ostsudan entstehen dabei erhebliche Nachteile, für die Zentralregierung stellen sie ein billiges Arbeitskräftereservoir dar. Sie werden als „Kanonenfutter“ für die Bürgerkriege missbraucht und in ihrem Elend allein gelassen.

In Darfur leiden vor allen die Frauen an der Zerstörung der Umwelt, an den Folgen einer falschen staatlichen Verwaltungspolitik und eines schlechten Bildungswesens, an Nahrungsmitteltransporten, die ausbleiben, falsch gebohrten Brunnen, nicht gelieferten Baustoffen, dem Preisverfall bei Agrarprodukten, dem Preisanstiegs bei Importwaren u.a. So müssen infolge von Dürren viele Männer das Land verlassen, manchmal für immer. Den Frauen, Alten und Kinder bleibt nichts anderes übrig als allein in der vernachlässigten Region zu überleben. Es gibt keine sozialen Programme der Regierung für diese Familien und generell keine langfristige

---

<sup>3</sup> Vgl. Tetzlaff/Jakobeit, Das Nachkoloniale. S. 96.

Planungen für eine vernünftige Entwicklung in diesen Gebieten. Aufgrund der Armut und der mangelnden Chancen für die Gesellschaft nimmt auch die Kriminalität zu. So werden in den Dörfern lebende Menschen immer wieder Opfer von bewaffneten Banden, die ihnen den wenigen Besitz, den sie haben, auch noch wegnehmen. Dies sind nur einige Beispiele dafür, welche Auswirkungen die Marginalisierungspolitik der sudanesischen Eliten auf die vernachlässigten Gebiete hat.

## **1. Konzeption und Fragestellung**

Das politische System im Sudan hat seit der Unabhängigkeit im Jahre 1956 häufig zwischen langen Phasen von Militärregimes und kurzen Zwischenspielen von Zivilregierungen gewechselt. Beleuchtet man die Zusammensetzung der Regimes, so wird deutlich, dass immer nur eine bestimmte Gruppe von Nordsudanese die Macht besaß und bis heute besitzt. Dies war vor allem auch dadurch möglich, dass diese Eliten eine systematische Marginalisierungspolitik betrieben haben, die verhindert, dass die Menschen aus den vernachlässigten Gebieten an einer gerechten Macht- und Ressourcenverteilung beteiligt werden. Es hat den Anschein, dass sich hier die Geschichte wiederholt und dass, wie Laila Hassan zu recht meint, die Gefahr besteht, dass selbst nach einem möglichen Sturz des jetzigen Militärregimes eine neue Zivilregierung nicht in der Lage sein wird, die Probleme des Landes zu lösen.<sup>4</sup>

Im Rahmen dieser Arbeit sollen folgende Fragestellungen behandelt werden:

- Haben die politischen Eliten des Landes versagt, und wenn ja, aus welchen Gründen?
- Existieren im Lande überhaupt Gruppen, die zu politischer Interaktion fähig sind?
- Hemmen strukturelle Faktoren die politische Handlungsfreiheit?
- Ist die sudanesishe Gesellschaft überhaupt demokratiefähig?

---

<sup>4</sup> Vgl. Mattes, Hanspeter: Die „Rettungsrevolution“ im Sudan. Rettung vor parteipolitischem Chaos oder die Suche nach einem neuen politischen System. In: Wuqûf 7 – 8. Beiträge zur Entwicklung von Staat und Gesellschaft in Nordafrika. Hamburg 1993. S. 72. und Tabelle 5. (= Mattes, Rettungsrevolution). Vgl. ferner Hassan, Laila: Democratic Experience in Sudan. In: Civil Society. Kairo Juni 1992. S. 18 – 20.

- Welche Ursache hat die Marginalisierung des Südens, des Westens und des Ostens?
- Warum haben Menschen in Darfur zu den Waffen gegriffen?
- Wer sind die wichtigsten Akteure?
- Welche Lösungen bieten sich an?

Abb. 1: Landkarte des Sudans und seine Nachbarstaaten.<sup>5</sup>



<sup>5</sup> [http://www.lib.utexas.edu/maps/africa/sudan\\_pol\\_94.jpg](http://www.lib.utexas.edu/maps/africa/sudan_pol_94.jpg)



## 2. Bilad al Sudan – Die besonderen Verhältnisse im Sudan

Im folgendem werden die besonderen Verhältnisse des Sudans im Hinblick auf die ethnische, geographische, wirtschaftliche und politische Situation beleuchtet.

### 2.1. Der Sudan als Bilad al Sudan

Als *Bilad al-Sudan*, „Land der Schwarzen“ bezeichneten mittelalterliche muslimische Geographen das Gebiet südlich der Sahara,<sup>6</sup> welches noch heute die geographische Bezeichnung Sudan trägt. Im engeren Sinne meint Sudan jedoch den gleichnamigen Staat in Nordostafrika, das größte Land auf dem afrikanischen Kontinent. Die Republik Sudan grenzt im Norden an Ägypten, im Osten an das Rote Meer, Eritrea und Äthiopien, im Süden an Kenia, Uganda und die Demokratische Republik Kongo sowie im Westen an die Zentralafrikanische Republik, den Tschad und Libyen. Die Fläche des Landes beträgt 2 505 813 km<sup>2</sup>, die Hauptstadt ist Khartoum.<sup>7</sup>

Der Staat Sudan, eines der ersten afrikanischen Länder, die ihre Unabhängigkeit errungen haben, ist wegen seiner Lage als Bindeglied zwischen Afrika und dem Nahen Osten in der neueren Geschichte oft von besonderem Interesse gewesen. Allein die Stellung als Übergangszone in Bezug auf Geographie, Bevölkerung und Wirtschaft bedingt sowohl mögliche Vorteile als auch Probleme im Bereich der Beziehungen zwischen Afrika und dem Nahen Osten.<sup>8</sup> Der Sudan kann als eine Art Mikrokosmos für ganz Afrika betrachtet werden:

Dieser größte Staat des Kontinents beherbergt innerhalb seiner Grenzen eine Vielzahl von Völkern, die alle ethnischen Gemeinschaften ganz Afrikas in Reinform oder Mischung repräsentieren. In ethnischer, geographischer und politischer Hinsicht bildet der Sudan einen Kreuzweg Afrikas und war und ist als solcher ein Objekt ausländischer Interessen sowohl in wirtschaftlicher, als auch in kulturell-ideologischer Hinsicht.<sup>9</sup>

---

<sup>6</sup> Vgl. Holt, P. M. & Daly, M. W.: The History of Sudan. London 3<sup>rd</sup>. Ed. 1979. S. 1. (= Holt/Daly, Sudan).

<sup>7</sup> Vgl. Microsoft Encarta Enzyklopädie 2000. Stichwort: Sudan.

<sup>8</sup> Vgl. Beshir, Mohamed Omer: Revolution and Nationalism in the Sudan. London 2<sup>nd</sup> Ed. 1977. S. 1. (= Beshir, Revolution).

<sup>9</sup> Vgl. Bechtold, Peter K.: Politics in Sudan. Parliamentary and Military Rule in an Emerging African Nation. New York – Washington – London 1976. S. XVI. (= Bechtold, Politics).

Die innenpolitische Situation im Sudan seit Mitte der 50er Jahre ist sehr kompliziert und von Instabilität und sehr verschiedenartigen Herrschaftsstile geprägt. Seit der Unabhängigkeit am 1. Januar 1956 hat das Land vier größere Revolutionen gesehen und sechsmal zwischen parlamentarischer Demokratie und Militärrherrschaft gewechselt. Unter anderem deshalb leidet der Sudan schon seit 1955 unter einem verheerenden Bürgerkrieg, er begann wenige Monate bevor das Land in die Unabhängigkeit entlassen wurde.<sup>10</sup> Diese Zusammenhänge sind für Außenstehende kaum in ihrer Gänze zu erfassen, weil hier sehr verschiedenartige komplexe Elemente und Aspekte zusammenkommen und sich gegenseitig beeinflussen. Rainer Tetzlaff formuliert die Situation folgendermaßen:

„Die Gefahr der Verabsolutierung einer Konfliktdimension - der religiösen, der ethnischen, der sozi-ökonomischen ist stets gegeben. Sicherlich handelt es sich hier nicht um einen Religionskrieg, nicht um einen Konflikt zwischen Arabern und Afrikanern oder zwischen Muslimen und Christen, nicht um einen Verteilungskampf um knappe Ressourcen, nicht um einen reinen Machtkampf um die Monopolisierung politischer Herrschaft, und doch beleuchten alle genannten Aspekte eine Seite des komplexen Geschehens "Bürgerkrieg".<sup>11</sup>

Für Tetzlaff stellt sich die zentrale Frage „Was bedeutet es, Sudanese zu sein?“<sup>12</sup> Es ist die Frage nach dem Selbstverständnis der Bewohner der ehemaligen Kolonie Sudan, die zwar alle innerhalb der gleichen Grenzen leben, jedoch durch geographische, ethnische, kulturelle und religiöse Umstände außerordentliche Unterschiede und Differenzen aufweisen. Mansour Khalid, in den siebziger Jahren sudanesischer Außenminister, hat die Situation des Staates als dreifache Strukturkrise bezeichnet: staatsrechtlich-gesellschaftlich als *Krise der nationalen Integration*, politisch-institutionell als *Krise der Regierbarkeit* und kulturell religiös als *Krise der*

---

<sup>10</sup> Vgl. Bechtold, Politics. S. XV.

<sup>11</sup> Tetzlaff, Rainer: Staatswerdung im Sudan. Ein Bürgerkriegsstaat zwischen Demokratie, ethnischen Konflikten und Islamisierung. Münster; Hamburg 1993. S. 57. (=Tetzlaff, Staatswerdung)

<sup>12</sup> Tetzlaff, Staatswerdung. S. 57.

*nationalen Identität*.<sup>13</sup> Staaten in allen Teilen der Welt entstehen nicht durch friedliche Übereinkunft, sondern durch Schaffung eines staatlichen Gewaltmonopols als zivilisatorische Grundvoraussetzung. Für die relativ neuen Staaten Afrikas stellt sich für die Herausbildung eines solchen eine doppelte Aufgabe: Einerseits wird Effizienz von Verwaltung, Organisation von Parteien und Interessengruppen sowie in Entwicklung und Modernisierung gefordert, andererseits wird, nachdem die ideologischen Konflikte des Kalten Krieges keine Rolle mehr spielen, erwartet, dass ein **moderner Staat sich an gewisse Spielregeln hält, die Menschenrechte beachtet**, Demokratie und Pluralismus zulässt, um sich als legitime Herrschaft zu qualifizieren und sich damit ausländischer Hilfe quasi als würdig zu erweisen.<sup>14</sup>

„Versteht man unter *gutem Regieren* die verbindliche und möglichst kostengünstige Bearbeitung von drei zentralen gesellschaftlichen Aufgaben- der Sicherheit des Staates nach außen und innen, des wirtschaftlichen Wohlergehens der Bevölkerung und schließlich der Legitimation von politischer Herrschaft durch Konsens, so läßt sich feststellen, daß spätestens seit dem Sturz von Militärdiktator Jafaar Numeiri im April 1985 der Sudan nicht mehr *gut* regiert wird. Der politische Niedergang begann eigentlich schon im Jahr 1983, dem Jahr der Verkündung der *Sharia*<sup>15</sup>-Gesetze...“<sup>16</sup>

Die Eliten des Landes sind bislang damit gescheitert, einen adäquaten und effizienten Umgang mit den politischen Spielregeln zu finden. Die bestehenden Spannungen zwischen den ethnischen, religiösen und politischen Gruppierungen sind dadurch noch verstärkt worden und drohen das Land zu zerreißen. **Es existiert keine allgemeingültige Verfassung**, die das friedliche Zusammenspiel dieser Gruppierungen – Ethnien, Glaubensgemeinschaften, Interessengruppen und politischen Parteien (Schein-Parteien) - regeln könnte. Eine einer positiven Ent-

---

<sup>13</sup> Vgl. Tetzlaff, Staatswerdung. S. IV.

<sup>14</sup> Vgl. Tetzlaff, Staatswerdung. S. II f.

<sup>15</sup> „Das heilige Gesetz des Islam trägt den poetischen Namen *Sharia*, dessen Grundbedeutung *der Weg zu einer Wasserstelle* ist.“ Lewis, Bernard: Die politische Sprache des Islam. Berlin 1991. S. 39. (= Lewis, Sprache).

<sup>16</sup> Tetzlaff, Staatswerdung. S. 7f.

wicklung dienliche Atmosphäre braucht Übung im Bewältigen von Konflikten und Differenzen auf zivile Art und Weise. "Und solche Verfahren sind nur dann zu erwarten, wenn eine nationale Substanz vorhanden ist, die keine Seite zu verlieren wünscht."<sup>17</sup> Entgegen der gelegentlich geäußerten Behauptung, das westliche parlamentarische System sei für traditionelle islamische Gesellschaften nicht geeignet, vertritt Prof. Mohamed B. Hamid, sudanischer Ex-Minister, die Ansicht, dass allen Widrigkeiten zum Trotz die Einführung der Demokratie<sup>18</sup> sowohl möglich als auch notwendig ist.<sup>19</sup>

Der Sudan zählt heute zu den hochverschuldetsten Ländern der Welt, die internationale Verschuldung des Sudan beträgt nach Schätzungen des IWF und der Weltbank 20 Mrd. US-Dollar, größtenteils von Zahlungsrückständen.<sup>20</sup> Das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung (ca. 39.5 Mio. Einwohner) beträgt weniger als 400 Euro.<sup>21</sup> Das Verhältnis dieser Auslandsverschuldung zum Bruttosozialprodukt beträgt 250% und ist damit etwa 10mal so hoch wie wirtschaftlich vertretbar.<sup>22</sup> Damit gehört der Sudan zu den Ländern mit niedrigem Einkommen. Als solche gelten Länder mit einem BSP unter 400 US-Dollar.

Der Sudan ist auch in der vierten Dekade nach der Unabhängigkeit noch ein schwach entwickeltes Agrarland mit weitgehend monokultureller Produktionsstruktur.<sup>23</sup> Exportiert wird noch immer hauptsächlich Baumwolle (sie brachte 1970-80

---

<sup>17</sup> Tetzlaff, Staatswerdung. S. 19.

<sup>18</sup> „Demokratie muß also als ein institutionalisiertes Regelsystem zur gesellschaftlichen Konfliktbearbeitung verstanden werden, innerhalb dessen eine einzelne Gewalt, eine einzelne Institution oder ein einzelner Akteur die politischen Entscheidungsergebnisse nicht bestimmen oder kontrollieren darf. Politische Entscheidungsergebnisse sind in Demokratien also nicht wie in autoritären und totalitären Systemen ex ante bestimmt, sondern kommen zu erst als die Resultate der Handlungen konkurrierender politischer Kräfte zustande. Eingegrenzt und in bescheidenem Sinne auch kanalisiert werden die politischen Handlungen aber durch a priori (meist in der Verfassung) festgelegte und demokratisch legitimierte Verfahrensregeln und Institutionen.“ Merkel, Wolfgang: Systemtransformation. Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Opladen 1999.

S.33. (= Merkel, Systemtransformation).

<sup>19</sup> Vgl. Tetzlaff, Staatswerdung. S. 23.

<sup>20</sup> Vgl. Hansohm, Dirk: Die Grundprobleme der sudanesischen Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik des Sudan. (1985 – 1989) Wuwuf 7 – 8 Hamburg 1993. S.403.(=Hansohm, Wirtschaftspolitik).

<sup>21</sup>Vgl. Worldbank, Sudan Data Profile (Fn18) August 2004 S. 9.

<sup>22</sup> Vgl. Michler, Walter: Weißbuch Afrika. 2. überarb. u. erw. Aufl. Bonn. Dietz Nachf., 1991.S. 216. (= Michler, Weißbuch).

<sup>23</sup> Vgl. Nohlen, Dieter u. Nuscheler, Franz (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt, Bd. 5: Ostafrika und Südafrika. 3. neu bearb. Aufl. Bonn, Dietz Nachf. 1993.S. 165. (=Nohlen/Nuscheler, Dritten Welt,Bd.5).

durchschnittlich 52,2%, in den letzten Jahren 33-50% der Exporterlöse ein).<sup>24</sup> Erdnüsse und Erdnußprodukte sowie Lebendvieh. Der ehemals reiche Viehbestand, der einen wachsenden Export nach Nahost ermöglichte, wurde durch die Dürre und Krieg in Darfur von 1984-85 und 1990-91-(2003) stark reduziert.<sup>25</sup> Gleichzeitig verfügt das Land über reiche Bodenschätze, darunter Öl, Erze, Edelmetall, insbesondere Gold, das Nilwasser und potentiell fruchtbares Ackerland sowie bildungsfähiges Arbeitskräftereservoir.<sup>26</sup> Mittlerweile sind die ausländischen Ölfirmen<sup>27</sup> schon lange im Sudan aktiv und es gibt einen enormen Boom in der sudanesi-

---

<sup>24</sup> Vgl. Nohlen, Nuscheler Dritten Welt Bd. 5, S. 167.

<sup>25</sup> Vgl. Nohlen, Nuscheler Dritten Welt Bd. 5, S. 168.

<sup>26</sup> Vgl. Hansohm, Wirtschaftspolitik. S. 397 - 403.

<sup>27</sup> „1974 erwarb Chevron von der Zentralregierung Bohrlizenzen in Block 1(...)bald darauf in Block 2 und später in Block 5A. Die Firma Total (später TotalFinaElf, belgisch-französisch) kaufte Lizenzen für Block 5, der größer ist als Block 1, 2, 4, 5A und 5B zusammen. Beide Konzerne zogen sich nach Rebellenangriffen um 1984 zurück, Total behielt aber seine Rechte bis heute, ohne sie zu nutzen. Chevron wurde 1989 von der Regierung gezwungen, seine Rechte zu verkaufen. Block 1, 2 und 4 gingen bis 1998 an die kanadische Firma Talisman und an die jeweils staatlichen Firmen China National Petroleum Company (CNPC), Petronas (Malaysia) und die sudanesisische Sudapet. Kanadisches Talisman-Kapital und -Technologie erlaubten den Bau einer 1540 Kilometer langen Pipeline nach Port Sudan ans Rote Meer und eines Tanker-Terminals.

Mit der sukzessiven Erschließung der Blöcke stieg die sudanesische Ölproduktion auf 240000 Barrel im Jahr 2002, 271000 im Jahr 2003 und 345000 in diesem Jahr. 2005 sollen 500000 Barrel erreicht werden. Nachgewiesen sind 563 Millionen Barrel Reserven, die geschätzten liegen weit höher. Der Sudan gilt als Ölland mittlerer Größe, vergleichbar mit Brunei und Kolumbien. Daneben gibt es reichlich Erdgas, das bisher ungenutzt bleibt.

Unter dem Druck internationaler und besonders kanadischer Menschenrechtsorganisationen verkaufte Talisman schließlich im Herbst 2002 seine Rechte im Sudan an die indische Firma Videsh – mit einem Gewinn von 30 Prozent. Block 5A, seit dem Chevron-Verkauf den südsudanesischen Rebellen an die Hand gegeben, blieb bis 1997 ungenutzt. 1997 vergab die Zentralregierung dennoch Rechte auf Block 5A an einen ausländischen Konzern, an die schwedische Lundin Oil AB. Am Konsortium für Block 5A beteiligte sich die österreichische OMV AG. In Block 5B erhielten Lundin und OMV ebenfalls Bohrrechte. 2003 verkauften Lundin und OMV ihre Rechte an die bereits in Block 1, 2, und 4 engagierte malaysische Petronas und die indische Videsh. Block 6 wurde insgesamt an die staatliche chinesische CNPC vergeben.

Jetzt sind alle Öl-Claims in chinesischer, malaysischer, indischer und (zum kleinen Teil) sudanesischer Hand, außer dem ungenutzten Block 5 von TotalFinaElf. Seit dem Jahre 2000 ist eine Raffinerie bei Karthum in Betrieb. Bisher arbeitet sie überwiegend für den inländischen Bedarf. Im Juni 2004 hat die indische Regierung den Plan gebilligt, eine 700 Kilometer lange Pipeline von der dann erweiterten Raffinerie nach Port Sudan zu bauen, um Ölendprodukte zu transportieren. Teilen und Vertreiben ---- Block 6 ist an die Chinesen vergeben. Er reicht von Westkordofan in Teilblöcken über Süddarfur fast bis an die Grenze zu Westdarfur und zum Dreiländereck zwischen Sudan, der Zentralafrikanischen Republik und den Tschad. Dort aber vertreiben die Regierungstruppen zur Zeit die Bewohner. Informationen über Ölvorkommen im Kerngebiet der Krise gibt es nicht, wohl aber an dessen östlichem Rand. Das könnte ein guter Grund für westliche Stimmungsmache sein“. Immanuel Steinberg, Thomas: Teilen und Vertreiben Blut für Öl im Sudan. Unter der Menschenrechtsfahne wird ein Stimmungsteppich für westliches Eingreifen ausgebreitet. In: <http://www.unikassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/steinberg.html>.17/08/2004.

(= Immanuel Steinberg, Öl im Sudan).

schen Ölindustrie, besonders im Zeitraum von 2001 bis 2004 verdoppelten sich die dokumentierten Reserven von 262 auf 563 Millionen Barrel Öl.

Das sudanesische Energieministerium vermutet, dass die geschätzten Reserven bei etwa 3 Milliarden Barrel liegen.<sup>28</sup> Der Öl-Export ist für den sudanesischen Staat einer der wichtigsten Einnahme- bzw. Devisenquellen überhaupt. Es fließen jährlich rund zwei Milliarden US Dollar in den sudanesischen Staatshaushalt.<sup>29</sup>

Zu den wirtschaftlichen Problemen kommen noch soziale und ökologische hinzu. Welche Folgen diese Strukturen hatten und bis heute auf das Leben der Menschen haben, soll im Folgenden am Beispiel der Provinz Darfur untersucht werden.

Ich möchte hierzu ein Zitat von Nelson Mandela vorlegen:

„Die Wahrheit ist, wir sind nicht frei; wir haben erst die Freiheit erreicht, frei zu sein, das Recht, nicht unterdrückt zu werden. Denn um frei zu sein, genügt es nicht, nur einfach die Ketten abzuwerfen, sondern man muß so leben, daß man die Freiheit des anderen respektiert und fördert. Die wahre Prüfung für unsere Hingabe an die Freiheit hat gerade erst begonnen.“<sup>30</sup>

Der Ursprung der Verschiedenartigkeit der sudanesischen Ethnien konnte weder von sudanesischen Gelehrten noch durch westliche Wissenschaftler eindeutig erforscht werden.

---

<sup>28</sup> Vgl. Wagner, Jürgen: Das andere Afrika, Widerstand gegen Krieg, Korruption und Unterdrückung, Der Sudan als Spielfeld der Mächte. Offenbach. April 2005. S.35. (= Wagner. Sudan).

<sup>29</sup> Vgl. Delius, Ulrich: Täter und Mittäter, In: Zülch, Tilman/Gesellschaft für bedrohte Völker (Hrsg.): Bedrohte Völker. Völkermord in Darfur. Verbrannte Erde. Nr. 228 Heft 6/2004. Göttingen 2004. S. 24. (= Delius, Täter).

<sup>30</sup> Tetzlaff, Rainer; Engel, Ulf & Mehler, Andreas (Hgg.): Afrika zwischen Dekolonisation, Staatsversagen und Demokratisierung. (Hamburger Beiträge zur Afrika-Kunde 45) Hamburg 1995. S. 85. (= Tetzlaff/Engel/Mehler, Afrika).

### 3. Die ethnische<sup>31</sup> Zusammensetzung der Bevölkerung des Sudan

In diesem Kapitel wird die ethnische Zusammensetzung der sudanesischen Bevölkerung dargestellt, da sie zu den vielfältigen Problemen und Konflikten des Staates einen nicht unerheblichen Beitrag leistet und als Ursache zahlreicher Konflikte anzusehen ist. Die politischen Zusammenhänge und Entwicklungen im Sudan und insbesondere die Rolle der so genannten **Marginalisierungspolitik** sind nur vor dem Hintergrund der ethnischen Zusammensetzung und Machtverteilung zu verstehen.

Um die Bevölkerung eines Staates zu einer Einheit zu verbinden, müssen ethnisch-kulturelle und religiöse Anschauungen berücksichtigt werden. Die Treue des Individuums gilt stets mehr seiner jeweiligen Bevölkerungsgruppe (selbst wenn sie erfunden ist) oder seiner Religionsgemeinschaft, als staatlichen oder anderen Autoritäten. Nach Streck „...ist die Identifikation mit dem Staat und seinen Einrichtungen schwach, mit den näher liegenden Organisationsprinzipien wie Familie oder Glaubensgemeinschaft aber stark, denn diese stiften Sicherheit, die Grundlage jedes „Wir-Gefühls“.“<sup>32</sup> Dies gilt zumindest für die hier behandelte Region. Wenn nun aber diese Ethnizität durch machtpolitische oder religiöse Ideologen mißbraucht und politisiert wird, kann ein erhebliches Gefahrenpotential entstehen.<sup>33</sup>

Der Staat Sudan erstreckt sich über eine Fläche von 2 505 813 km<sup>2</sup> und seine Bevölkerungszusammensetzung ist allein schon als Folge dieser Ausdehnung außerordentlich heterogen. Es werden nicht weniger als 572<sup>34</sup> Ethnien mit zahlreichen Untergruppen gezählt. Weiterhin werden über 115 Sprachen nebst verschiedenen

---

<sup>31</sup> Bei der Betrachtung der ethnischen Zuordnung muß eine subjektive Komponente beachtet werden, dass nämlich viele der schwarzafrikanischen Sudanesen, die den Islam und die arabische Sprache angenommen haben, sich selbst als von arabischer Herkunft betrachten, jedoch nicht von den Arabern Nordafrikas und der arabischen Halbinsel als solche akzeptiert werden. Andererseits sind die nordsudanesischen Islamisten der Auffassung, dass alle Muslime zum arabischen Kulturkreis gehören. Mattes, Hanspeter: Der Sudan: vielfältige Dimensionen der Entwicklung. Eine Einführung. In: Wuqûf 7 – 8. Beiträge zur Entwicklung von Staat und Gesellschaft in Nordafrika. Hamburg 1993. S. 23ff. (= Mattes, Sudan).

<sup>32</sup> Streck, Bernhard: Sudan, Ansichten eines zerissenen Landes. Wuppertal 2007. S 140 (= Streck, Sudan)

<sup>33</sup> Vgl. Tetzlaff, Staatswerdung. S. 5f.

<sup>34</sup> Diese Zahl kann je nach benutzter Quelle variieren.

Dialekten unterschieden.<sup>35</sup> Zwar kann man diese Bevölkerung nach Sprache, Kultur und Herkunft in übergeordnete Gruppen klassifizieren, doch lassen sie sich nicht scharf voneinander abgrenzen. Vielmehr sind die Übergänge fließend und ihre Struktur veränderlich. Die Bezeichnung der einzelnen Gruppen spielt im Bürgerkrieg eine Rolle und kann daher nicht einfach übergangen werden.<sup>36</sup>

„Der Süden unterscheidet sich landschaftlich, religiös, rassisch und kulturell total vom Norden, und wohl deshalb ist es bei beiden Teilen bis heute nicht gelungen, ein Arrangement zur Teilung der Macht in einem gemeinsamen Lande zu finden. Der Süden ist im modernen Sinne eines der unterentwickeltesten Gebiete der Erde; gemessen an der Überlebensfähigkeit der Kulturen und ihrer Anpassung an Landschaft und Klima. Jedenfalls war er bis vor wenigen Jahren eines der gesündesten Gebiete der Erde. Irgendwann wird der Frieden zeigen müssen, was der Krieg übriggelassen hat.“<sup>37</sup>

Nach dem Zweiten Weltkrieg war der Sudan das erste Land Afrikas, dem die politische Unabhängigkeit zuteil wurde. In diesem *Mikrokosmos* von ganz Afrika erscheinen alle Erfahrungen mit Nation- und Staatswerdung in gebündelter Form, so dass man sagen kann, dass das Land beim Experimentieren mit politischen Formen eine Vorreiterrolle spielt. Quer durch das Land verläuft die Grenze zwischen der arabischen Welt und Schwarzafrika, was die Identitätsfindung der Sudanesen bisher erschwert hat.<sup>38</sup>

Die verwendeten Zahlen in der folgenden Darstellung der ethnischen Struktur des Landes beziehen sich auf die Volkszählung von 1973.<sup>39</sup>

---

<sup>35</sup> Vgl. Abdel Gaffar, Abdel Gadir Ahmed: Politische Integration und Desintegration in einem Entwicklungsland. Dargestellt am Beispiel des Regionalen Konflikts in der Republik Sudan zwischen 1946 und 1969. Frankfurt/Main 1979. S. 29. (= Abdel Gaffar, Integration).

<sup>36</sup> Vgl. Abdel Gaffar, Integration. S. 29. Vgl. ferner: Ibrahim, Fouad: Land und Bevölkerung. In: Eitner, Kurt & Ahmed, Munir D. (Hgg.): Republik Sudan - Staat Politik – Wirtschaft. Hamburg 1980. S.7. (= Ibrahim, Land) Vgl. ferner: Yongo-Bure, B.: Prospects for socioeconomic development of the south. In: Deng, Francis Mading (Hrsg.): The search for peace end unity in the Sudan. Washington DC 1987. S.27. (= Yongo-Bure, Prospects).

<sup>37</sup> Tetzlaff, Staatswerdung. S. 1.

<sup>38</sup> Vgl. Tetzlaff, Staatswerdung. S. 1f.

<sup>39</sup> Vgl. Ibrahim, Land. S. 7.



**Tabelle 1: Ethnische Struktur des Sudans<sup>40</sup>**

Bevölkerungsgruppe	Anteil in Prozent
Araber und Arabermischlinge	40%
Nubier	10%
Beja	5%
Sudanneger	13%
Südsudanesen	30%
Sonstige	2%

**Tabelle 2: Bevölkerungszahl von 1993<sup>41</sup>**

Region	Einwohnerzahl	% von Gesamtsudan
Mittelregion	6569000	21%
Darfurregion	5992000	20%
Südregion	5035000	16%
Khartumregion	4740000	15%
Ostregion	3655000	11%
Nordregion	1482000	5%
Kordofanregion	3718000	12%
Gesamte Einwohnerzahl	3118100	100%

<sup>40</sup> Ibrahim, Land. S.7.

<sup>41</sup> Vgl. The Black Book: Imbalance of Power and Wealth in Sudan . (von Arabic Translator Anonymous) March 2004. S. 4 (= Black Book) (Das „Schwarze Buch“. Teil 1) Jamahad tulab al-Haq wa al-Adala (Studentengruppe für Recht und Gerechtigkeit) (Hg.): Ikhtilal misan al-Sulta wa al-Thaura fi al-Sudan. Al-Kitab al-Assuad. (Ungleichgewicht der Macht und der Ressourcen im Sudan.) (Das „Schwarze Buch“ Teil 1) o.O. [Khartoum] o.J. [2000]. S. 4. (=Das „Schwarze Buch“. Teil 1). Auch im Internet. [www.sudanjem.com](http://www.sudanjem.com).

**Tabelle 3: Sudanbevölkerung des Jahres 2000<sup>42</sup>**

Nummer	Zustand	Geschätzte Bevölkerung	Jährliche Rate von Wachstum
1	Nord	582,000	1.75%
2	Fluß Nil	900,000	1.96%
3	Rotes Meer	721,000	0.52%
4	Kasala	152,000	2.51%
5	Gadharif	1409.000	3.337%
6	Khartum	4740.000	4.04%
7	Gezira	3374.000	3%
8	Sinnar	1173.000	2.59%
9	Weißer Nil	1476.000	2.59%
10	Blauer Nil	636,000	3.01%
11	Nordkordofan	1483.000	1.55%
12	Westkordofan	1124.000	1.7%
13	Südkordofan	1111.000	1.38%
14	Norddarfur	1455.000	2.23%
15	Westdarfur	1777.000	2.38%
16	Süddarfur	2760.000	3.48%
17	Oberer Nil	1453.000	0.93%
18	Bahr Alghazal	2321.000	2.36%
19	Äquatorial	1261.000	1.01%
Gesamtsumme		31.181.000	

<sup>42</sup> Vgl. „Das Schwarze Buch“. Teil 1: Übersetzt aus dem Arabischen. S. 32.

### 3.1. Die arabischen<sup>43</sup> Ethnien

Das Eindringen der islamischen Araber stellte einen Wendepunkt in der Geschichte des Sudan dar. Kontakte zwischen Sudan und Arabien hat es schon in vorislamischer Zeit gegeben. Die arabische Einwanderung erfolgte auf drei Hauptrouten: Von Norden über die Sinai-Halbinsel und Ägypten, zweitens von Südarabien aus über Beba Elmandab nach Äthiopien und drittens auf direktem Weg über das Rote Meer.<sup>44</sup> Das Ausmaß der Arabisierung ist zwischen den einzelnen Regionen und Stämmen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Trotz der überragenden Bedeutung der arabischen Sprache als der `Sprache des Islam´ und des Handels hat ihre Übernahme in der Bevölkerung als *lingua franca* viele Generationen gebraucht. Die Nubier und die Beja, die ersten sudanesischen Völker, die mit den Arabern in Kontakt gekommen sind, sprechen bis heute ihre eigenen Sprachen.<sup>45</sup> Die Araber und Arabermischlinge sind die größte ethnische Gruppe des Landes. Sie leben vorwiegend in den Nordprovinzen. Obwohl sie dort einen Bevölkerungsanteil von 50% stellen, sprechen annähernd 70% aller Nordsudanesen Arabisch als Muttersprache. Arabisch findet im Nordsudan als einzige Schrift-, erste Unterrichts- und Verwaltungssprache immer weitgehendere Verbreitung.<sup>46</sup> Als Araber gelten im Sudan jene Volksgruppen, die zuhause Arabisch als Muttersprache sprechen oder ihre Abstammung auf Araber zurückführen. Wohl sind seit dem 8. Jahrhundert Araber in das Gebiet des heutigen Sudans eingewandert, doch vermischten sie sich so stark mit der eingesessenen Bevölkerung, dass sie teilweise kaum von dieser unterscheidbar sind. Einige Stämme haben sich sogar durch eine entsprechende Manipulation ihrer geschichtlichen Überlieferung fiktive arabische Vorfahren zugelegt, was das hohe Sozialprestige der Araber verdeutlicht.<sup>47</sup> Neben der einheitlichen arabischen Sprache und dem islamischen Glauben besteht eine recht große Viel-

---

<sup>43</sup> „Tatsache ist auch, dass alle Sudanesen Afrikaner sind, dass es bis auf die wenigen vor etwa 200 Jahren aus Saudi-Arabien eingewanderten Kababich keine "Araber" in ethnischem Sinne gibt, und dass praktisch sämtliche Bewohner der nördlichen Landeshälfte Muslime sind und Arabisch sprechen“. Kröpelin, Stefan: Spielball der Mächtigen. Über die Flüchtlingskatastrophe in der sudanesischen Region Darfur wird einseitig und mit Halbwahrheiten berichtet. (= Kröpelin Flüchtlingskatastrophe)In: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/kroepelin.html>

<sup>44</sup> Vgl. Beshir, Revolution. S. 4.

<sup>45</sup> Vgl. Beshir, Revolution. S. 5.

<sup>46</sup> Vgl. Beshir, Revolution. S. 5. Vgl. ferner: Ibrahim, Land. S. 7; Vgl. ferner: Yongo-Bure, Prospects. S. 27.

<sup>47</sup> Vgl. Wirz, Albert: Krieg in Afrika. Die nachkolonialen Konflikte in Nigeria, Sudan, Tschad und Kongo. Wiesbaden 1982. S. 180. (= Wirtz, Krieg).

falt unter den Arabern und Arabermischlingen des Sudan. Im Allgemeinen teilt man sie in zwei Hauptgruppen unterschiedlicher Herkunft ein. Die größere Gruppe stellen die „Jellaba-Araber“<sup>48</sup> die einst, dem Nil stromaufwärts folgend, in den Sudan einwanderten. Sie siedeln heute im Nordsudan vorwiegend längs des Nils und in Kordofan. Die „Juhaina-Araber“ hingegen, deren Vorfahren über das Rote Meer kamen, umfassen die Kababisch-Kamelnomaden Nordkordofans sowie die Baggara-Rindernomaden in Südkordofan und Süddarfur.<sup>49</sup>

### **3.2. Die nichtarabischen Ethnien im Norden**<sup>50</sup>

Die zweite ethnische Gruppe im Norden ist nicht von arabischer Herkunft. Zwar teilweise islamisiert, hat diese Gruppe jedoch der arabischen Sprache größtenteils widerstanden und ihre eigenen Sprachen behalten. Hierzu rechnet man die Nubier, Beja und die unter dem Begriff „Sudanneger“ zusammengefasste Gruppierungen.<sup>51</sup> Die Nubier sind vor allem an den schmalen Uferstreifen des Nils nördlich von Khartoum sowie in Südägypten beheimatet. Ihr Land fiel größtenteils dem Bau des Assuan-Staudammes zum Opfer. Sie wurden im Sudan vorwiegend nach Khashim al-Girba in der Provinz Kassala und in Ägypten in die Umgebung von Korn Ombo umgesiedelt. Diese Gruppe ist von äthiopischer Abstammung, obwohl häufige Vermischungen mit Schwarzafrikanern stattgefunden haben. Sprachlich gehören sie zur nilosaharischen Familie, doch findet die arabische Sprache eine starke Akzeptanz. Bis zum 15. Jahrhundert waren die Nubier vom koptischen Christentum<sup>52</sup>

---

<sup>48</sup> In den frühen neunziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts waren die Nubins und Jaalilien die bedeutenden muslimischen Gruppen im Sudan, beheimatet sind sie im Nil River Valley im ausgedehnten Gebiet des Nordsudan und in Südägypten. Fast alle Nil Nubians sprechen Arabisch als zweite Sprache. (Erste Jellaba, die nach Darfur kamen, waren sie Händler oder religiöse Prediger. Sie werden als Jellaba in Darfur bezeichnet, was nach allgemeiner Auffassung soviel wie Ausbeuter bedeutet.)

<sup>49</sup> Vgl. Wirtz, Krieg. S. 179 – 180.

<sup>50</sup> „Bei der Betrachtung der ethnischen Zuordnung muß eine subjektive Komponente beachtet werden, dass nämlich viele der schwarzafrikanischen Sudanesen, die den Islam und die arabische Sprache angenommen haben, sich selbst als von arabischer Herkunft betrachten, jedoch nicht von den Arabern Nordafrikas und der arabischen Halbinsel als solche akzeptiert werden. Andererseits zählen die nordsudanesischen Islamisten alle Muslime zum arabischen Kulturkreis.“

„Mattes, Sudan. S. 23ff.

<sup>51</sup> Vgl. Abdel Gaffar, Integration. S. 38.

<sup>52</sup> „Im 2. Jahrtausend vor Chr. stand Nubien in Kontakt mit dem Pharaonenreich und Griechenland. Pharao Amenemhet von Ägypten hatte eine nubische Mutter. 1080 v. Chr. entwickelte sich Kusch Dank seines Goldes und einer starken Armee zu einer regionalen Macht mit seiner Hauptstadt Napata. 750 v. Chr. wurde ein unabhängiges Königreich Kusch errichtet. Seine Hauptstadt wurde von

geprägt. Heute sind sie Muslime, haben jedoch Teile ihrer christlichen Traditionen bewahrt.<sup>53</sup> Die Beja-Ethnien sind zwischen Nubien und dem Roten Meer zuhause. Sie besiedelten dieses Gebiet bereits vor wenigstens 5000 Jahren und ihre Tradition ist vom Nomadentum geprägt. Obwohl sie sich seit einem halben Jahrtausend mit den arabischen Eroberern vermischt haben, behielten sie ihre Sprache bei. Diese, der nordkuschitischen Gruppe zugehörig, wird wie auch das Arabische zu den semitischen Sprachen gerechnet. Die Beja stehen in enger Verwandtschaft sowohl zu den Völkern Südarabiens als auch zu den prädynastischen Ägyptern. Bis auf kleinere Gruppen haben sie den Islam angenommen.<sup>54</sup> Der Begriff „Sudan-neger“ bezeichnet schwarzafrikanische Völker, die im Norden des Sudan leben. Es seien an dieser Stelle nur die bedeutendsten genannt: die Nuba, die Ingessana, die Fur, die Massalit, die Zaghawa<sup>55</sup>, die Midoub und die Fellata<sup>56</sup>. In den Bergen des südlichen Kordofan sind die Nuba angesiedelt, eine Gruppe, die 3% der Bevölkerung des Sudan stellt und die trotz einer gemeinsamen Bezeichnung aus verschiedenartigen Ethnien mit z.T. völlig verschiedenen Sprachen zusammengesetzt ist. Eine dieser Sprachen ist z.B. mit einer westafrikanischen Bantusprache verwandt, eine andere dem Kubischen. Man kann daraus folgern, dass dieser Bevöl-

---

Napata nach Meroe verlegt. Es entwickelte sich eine blühende Kultur, um 700 v. Chr. eroberte Nubien das Pharaonenreich Ägypten. Die nubischen Könige regierten dort als 25. Dynastie. Drei "Wasserfallstaaten" entstanden aus einem Teil des zerfallenen Königreichs: Alodia, Dongola und Nobatia. Im 3. Jh. v. Chr. entwickelte Nubien eigene Schrift. 350 n.Chr. war die Zerstörung des Königreiches durch Ezana, den König von Äthiopien, Bildung von drei christlichen Königreichen: Nubien, Muquarra und Aloa. 13.-15. Jh. Islamisierung und arabische Herrschaft. 14. Jh. ägyptische Mameluken zerstören Alodia und Dongola. In Westsudan /Darfur gab es bis 1916 drei Königreiche: Das Fur Königreich, Zaghawa Königreich und Massalit-Königreich.“ Abdelrahman, Zakaria Mohamed Ali: Entwicklungschancen von Demokratie und Föderalismus in einem Entwicklungsland am Beispiel des Sudan im Vergleich zu Nigeria und Südafrika. Dissertation. Marburg 2005. S. 7 (= Abdelrahman, Föderalismus).

<sup>53</sup> Vgl. Wirz, Krieg. S. 181. Vgl. ferner Ibrahim, Land. S. 8.

<sup>54</sup> Vgl. Ibrahim, Land. S. 8.

<sup>55</sup> „Die Beri sind ein negroides, seit altersher in der Strauch und Grasteppe der östlichen Sahelzone an den Gebirgshängen beiderseits der Grenze zwischen dem Tschad und dem Sudan ansässiges transhumantes Feldbauern-Hirten-Volk. Sie selbst bezeichnen sich als Beri“ Hagger, Bicher Brehim: Wirtschaft und Gesellschaft der Beri - Ein ostsaharisches Feldbauern-Hirtenvolk im sozialkulturellen Wandel. In: Giessener Schriften zur Wirtschafts- und Regionalsoziologie. Heft 22. Gießen 1999. S. 11. (= Hagger, Beri).

<sup>56</sup> „Um dies für den umeingeweihten Betrachter noch undurchsichtiger zu machen: Das Wort „Fellata“ war seit der Zeit des Kondominiums zur Bezeichnung der westafrikanischen Wandervölker gebräuchlich, die sich überall im Sudan niedergelassen hatten und dort meistens untergeordnete Arbeiten verrichteten. Entsprechend heißt es in einem verbreiteten sudanesischen Sprichwort aus der Kolonialzeit: „Die Briten haben uns unsere Sklaven genommen, aber Gott hat uns Fellata gegeben“. Prunier, Gerard: Darfur: Der uneindeutige Genozid. Hamburg 2007. S. 19 (= Prunier, Genozid ).

kerungsteil aus den Nachkommen unterschiedlicher Volksgruppen besteht, die sich vor der arabischen Expansion bzw. vor der damit verbundenen Sklavenjagd in das Nuba-Bergmassiv zurückgezogen haben. Bis heute ist ein Großteil der Nuba polytheistisch geblieben<sup>57</sup>, obwohl sich Islam und Christentum auch hier verbreiten. Die Nuba sind traditionelle Ackerbauern.<sup>58</sup> Die Ingessana siedeln am Blauen Nil im Süden von El Damazin an der Grenze zu Äthiopien. Ihr Gebiet war vom 15. bis ins 19. Jahrhundert ein Teil des ausgedehnten Fung-Reiches, das von türkisch-ägyptischen Truppen zerschlagen wurde. Als einziges Volk dieses Reiches waren die Ingessana nie gezwungen, den Eroberern zu weichen. Ihre Herkunft ist nicht bekannt. Sie haben eine eigene Sprache und betreiben einen Stein- und Sonnenkult. In den letzten Jahren wurden sie mit großem Erfolg islamisiert.<sup>59</sup> Im Jebel-Marra-Massiv und Umgebung leben die Fur<sup>60</sup>, ein seßhaftes muslimisches Volk mit einer eigenen nilosaharischen Sprache, das Ackerbau und Viehzucht betreibt. Zwischen dem 16. Jahrhundert und dem Beginn des 20. Jahrhunderts bildeten sie ein eigenständiges mächtiges Reich.<sup>61</sup> Im Westen des Jebel-Marra sind die muslimischen Massalit und Zaghawa beheimatet. Auch sie haben sich ihre eigene Sprache erhalten. Etwa die Hälfte dieser beiden großen Ethnien lebt heute im Tschad. Die Massalit sind in erster Linie Ackerbauern, die auch in geringem Umfang Viehzucht betreiben.<sup>62</sup> Die Gruppe der Fellata ist in den letzten beiden Jahrhunderten aus Westafrika, Tschad und Zentralafrika eingewandert. Es handelte sich in erster Linie um Männer, die auf ihrer Pilgerreise nach Mekka im Sudan blieben und sich stark mit der einheimischen Bevölkerung vermischt. Sie sind alle Muslime und sprechen neben Arabisch noch eine eigene Sprache.<sup>63</sup>

Die Araber, die in Darfur und Kordofan wohnten, wurde durch ein Abkommen mit den dortigen Bewohnern ein festes Siedlungsgebiet zugesichert. Noch heute lassen sich in den südlichen Grenzbereichen des Südsahel solche festen Siedlungs-

---

<sup>57</sup> Streck, Sudan. S. 21

<sup>58</sup> Vgl. Ibrahim, Land. S.11. Vgl. ferner: Iten, Oswald (Hrsg.): Schwarzer Sudan. Kreuzlingen/Schweiz 1978. S. 86f. (= Iten, Schwarzer Sudan).

<sup>59</sup> Vgl. Iten, Schwarzer Sudan. S. 136f.

<sup>60</sup> „Keyra“ war der damals gebräuchliche Name, der später für die Aristokratie des „Fur-Sultanats“ benutzt wurde. Noch heute bezeichnen sich manche Fur eher als „Keyra“ denn als „Fur“. Prunier, Genozid S. 20f.

<sup>61</sup> Vgl. Wirz, Krieg. S. 180. Vgl. ferner Ibrahim, Land. S. 12.

<sup>62</sup> Vgl. Ibrahim, Land. S. 12.

<sup>63</sup> Vgl. Ibrahim, Land. S. 11.

länder für Araber finden. Der Südsahel ist bekannt für gute Weideländer und ermöglicht einen zusätzlichen Anbau von Feldfrüchten. Die Zeit der Nord-Süd-Wanderung der Völker war durch ein friedliches Miteinander zwischen Arabern und anderen ethnischen Gruppen, wie den Dinka in Bahr El Arab oder den Fur in Jebel Marra gekennzeichnet. Die Gegenwart sieht anders aus, es kommt vermehrt zu Streitfällen zwischen arabischen Nomaden und sesshaften afrikanischen Ethnien, die darin begründet sind, dass die Araber die bestellten Hirsefelder der Afrikaner zerstören, indem sie dort ihre Herden weiden lassen. Einig konnte man sich auch nicht über Fragen der Wassernutzung, des Landrechts oder des Viehdiebstahls werden.

Einige ethnische Gruppen in Darfur sind stark arabisiert, zu ihnen zählen vor allem Nomaden und Viehzüchter, wie die Bekriya, die Bederiya und die Beni Mansur, die aber teilweise seit einigen Generationen ortsansässig geworden sind. Diese Gruppen erklären, dass sie arabische Vorfahren haben, obwohl sie sich hinsichtlich ihrer Hautfarbe (die dunkler ist), beispielsweise von Menschen aus Saudiarabien oder Syrien unterscheiden. Dieser Tatbestand lässt sich dadurch erklären, dass die Araber sich mit den im Sudan lebenden Nubiern vermischten. Ihre Sprache ist arabisch, zu dieser Gruppe gehören die Rezeigat, die Beni Hussein, die Zeiyadiya und die Gawma.<sup>64</sup>

Die Berit und Tunjur, die ursprünglich schwarzafrikanischer Abstammung sind, und vorwiegend in Goz-zonen als Ackerbauern leben, haben ihre eigene Muttersprache zugunsten des Arabischen aufgegeben.<sup>65</sup>

Weitere arabisierte Völkergruppen sind die Fur, Zaghawa, die Miedob und Masalit, sie machen den größten Teil der Bevölkerung Darfurs aus. Sie sprechen neben ihrer eigenen ethnischen Sprache auch Arabisch. Ein Teil von ihnen ist sesshaft, der andere Teil besteht aus Vollnormaden.<sup>66</sup>

---

<sup>64</sup> Vgl. Ibrahim, Fouad N.: Untersuchungen zur Gefährdung des Naturpotentials durch nicht angepasste Landnutzungsmethoden in der Sahelzone der Republik Sudan. In: Bochert, Gunter /Kolb, Albert/Mensching, Horst et.al. Heft 35. Institut für Geographie und Wirtschaftsgeographie der Universität Hamburg 1980. S. 106ff. (= Ibrahim, Untersuchungen).

<sup>65</sup> Vgl. Ibrahim, Untersuchungen. S. 113f.

<sup>66</sup> Vgl. Ibrahim, Untersuchungen. S. 113.

### 3.3. Die südsudanesischen Ethnien

"Je schwärzer du bist und je afrikanischer du bist, desto stigmatisierter wirst du. Die Grade der Stigmatisierung sind in absteigender Linie wie folgt: afrikanische Gesichtszüge (dicke und breite Nase und Lippen und wuscheliges kurzes Haar) - Schwärze (der Hauptfarbe O.K.) - eine afrikanische Sprache - schließlich kein Muslim zu sein. Die Stigmatisiertesten sind jene, die die drei Grade des Stigmas in sich vereinen, wie die Mehrheit der Südsudanesen. Die Afrikaner der Nuba-Berge und die Ingassana kommen direkt nach den Südsudanesen. Dann kommen die Völker des westlichen Sudan, unabhängig von ihrer Stammeszugehörigkeit..."<sup>67</sup>

Diese fast ausschließlich negroide Bevölkerungsgruppe bewohnt überwiegend die südlichen Provinzen des Landes, die kaum islamisiert sind und in denen sich zahlreiche traditionelle polytheistische Religionen erhalten haben. Hier existiert neben zahlreichen unterschiedlichen Ethnien auch analog eine Vielzahl verschiedener Sprachen. Arabisch als offizielle Landessprache wird auch hier in einer vereinfachten Form gesprochen, besonders zur ethnienübergreifenden Verständigung. Lokale Eliten benutzen auch im fast gleichen Umfang Englisch als Arbeits- und Unterrichtssprache.<sup>68</sup> Die Bevölkerung des Südsudan läßt sich in folgende Gruppen einteilen: Niloten, Nilohamiten und Sudaniden.<sup>69</sup> Mit etwa zwei Dritteln stellen die Niloten die umfangreichste Volksgruppe des Südens.<sup>70</sup> Ihre Heimat befindet sich in

---

<sup>67</sup> Köndgen, Olaf: Tragödie in Darfur, 31.10.2004. In: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/koendgen.html> Dieser Beitrag erschien auch in: Inamo (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V.), Nr. 39, Berlin 2004.(= Köndgen, Tragödie in Darfur)

<sup>68</sup> Vgl. Deng, Francis Mading: Myth and reality in Sudanese identity. In: Deng, Francis Mading (Hrsg.): The search for peace and unity in the Sudan. Washington 1987. S. 68. Vgl. ferner: Herrmann, Günther: Der Südsudankonflikt – eine historische Rückschau. In: Pogrom 37. Hamburg 1975/76. S. 54.

<sup>69</sup>Vgl. Ibrahim, Land. S. 7 und S. 12.

<sup>70</sup> Vgl. Abel Gaffar, Integration. S.28. Vgl. ferner: Ibrahim, Fouad: Land und Bevölkerung. In: Eitner, Kurt & Ahmed, Munir D. (Hgg.): Republik Sudan - Staat Politik – Wirtschaft. Hamburg 1980. S. 7. (= Ibrahim, Land) Vgl. ferner: Yongo-Bure, B.: Prospects for socioeconomic development of the



erster Linie in den Provinzen Bahr al-Ghazal und Upper Nile. Die Niloten sprechen nilo-saharische Sprachen und ähneln sich untereinander in Kultur und Gestalt (sie sind meist groß und schlank). Ihre Kultur ist hauptsächlich von der Rinderzucht bestimmt und ihre Beziehungen untereinander sind häufig durch kriegerische Auseinandersetzungen um das Vieh geprägt. Die bedeutendsten Stämme bilden die Dinka, einer der größten Ethnien Afrikas, die Nuer, die Schilluk und die Luo. Ihr Identifikationsrahmen geht meist nicht über die Grenzen ihres Stammes hinaus.<sup>71</sup> Die Nilohamiten, die gleichfalls Nilo-saharisch sprechen, sind bis nach Kenia, Uganda und Tansania verbreitet. Im Südsudan bilden sie die kleinste Bevölkerungsgruppe und leben dort vorwiegend in der Provinz Ost-Equatoria. Die Nilohamiten bilden keine größeren Siedlungen, sie leben verstreut in einzelnen Wohnhütten und betreiben Weidewirtschaft und Ackerbau. In ihren Sprachen, Lebensweisen und Traditionen bestehen Gemeinsamkeiten. Am bedeutendsten sind die Stämme der Lakuta und der Berri.<sup>72</sup> Von den Sudaniden lebt der größte Teil außerhalb des Sudans in Zaire und in der Zentralafrikanischen Republik. Innerhalb des Sudans leben sie in der Provinz West-Equatoria und im westlichen Teil der Provinz Bahr al-Ghazal. Sie gliedern sich in vier Gruppen verschiedener sprachlicher Zugehörigkeit auf. Die bedeutendste von ihnen stellen die Zande, deren Sprache zur Niger-Kongo-Gruppe gerechnet wird. Den Ackerbau betreibenden Zande gelang durch Assimilation und Vertreibung anderer Ethnien eine ausgedehnte Expansion.<sup>73</sup>

---

south In: Deng, Francis Mading (Hrsg.): The search for peace and unity in the Sudan. Washington DC 1987. S.27. (= Yongo-Bure, Prospects)

<sup>71</sup> Vgl. Abdel Gaffar, Integration. S. 41.

<sup>72</sup> Vgl. Abdel Gaffar, Integration. S. 42. Vgl. Ibrahim, Land. S. 12.

<sup>73</sup> Vgl. Abdel Gaffar, Integration. S. 43 und S.181. Vgl. Ibrahim, Land. S. 13.

Abb. 2: Darfur: Ethnische Zusammensetzung<sup>74</sup>



<sup>74</sup> Vgl. Human Rights Watch: Map of Darfur, Sudan 23.08.2005. In: [http://images.google.de/imgres?imgurl=http://www.lib.utexas.edu/maps/africa/sudan\\_pol\\_94.jpg&imgre-furl=http://www.landkartenindex.de/sudan.htm&h=1276&w=1066&sz=292&hl=de&start=8&um=1&tbid=-ns-IQWs9w83-M:&tbnh=150&tbnw=125&prev](http://images.google.de/imgres?imgurl=http://www.lib.utexas.edu/maps/africa/sudan_pol_94.jpg&imgre-furl=http://www.landkartenindex.de/sudan.htm&h=1276&w=1066&sz=292&hl=de&start=8&um=1&tbid=-ns-IQWs9w83-M:&tbnh=150&tbnw=125&prev)

## 4. Die Region Darfur

Nach der Unabhängigkeit wurde der Sudan in sechs Regionen aufgeteilt. Darfur<sup>75</sup> und seine Nachbarregion Kordofan erhielten die Sonderklassifikation 'West'.<sup>76</sup> Flächenmäßig ist die Provinz Darfur so groß wie Frankreich und mehr als halb so groß wie Kenia. Um die räumlichen Dimensionen zu verdeutlichen: Der Westen Darfurs ist von Port Sudan weiter entfernt als von der Küste Westafrikas.<sup>77</sup>

Geschichtlich gesehen gehört Darfur zu Reichen, die bis zum Nil und der Nigerianischen Savanne reichten. Es wurde bereits vor dem 15. Jahrhundert gegründet, und auf der Höhe seiner Macht umfaßte es ein Gebiet, das so groß wie Libyen, der Tschad und die Zentralafrikanische Republik war. Das Reich Darfur erstreckte sich von der Sahara bis zu den kultivierteren Savannen des tropischen Afrika. Ab 1603 war Darfur selbständiges Sultanat<sup>78</sup>, seit 1874 ägyptisches, seit 1899 anglo-ägyptisches Protektorat<sup>79</sup> und seit 1916 schließlich sudanesisches Provinz.

---

<sup>75</sup> „Dieses Land war seit alters ein Land rassischer und ethnischer Zusammenflüsse, vor allem seit dem Fall der Königreiche von Nubien und dem Eintreffen der Araber. Die ersten Bewohner waren indes die Fur und die Dago. Im 4. Jahrhundert unserer Zeitrechnung trafen die zweifellos negroiden Tundscher ein. Die Dago wurden nach Westen verdrängt. Im 13. Jahrhundert übte Kanem-Bornu einen großen Einfluß besonders auf dem Gebiet des Handels (indem Es die Straße zum Nil) und im Religiösen Bereich... Außerdem spiegelte sich das negro-afrikanische Kulturgut in der rituellen Bedeutung der Trommler wieder“ Ki-Zerbo Joseph : Die Geschichte Schwarz-Afrikas. Frankfurt am Main 1981. S. 308. (Ki-Zerbo-Geschichte)

<sup>76</sup> Westsudan ist eine generische Bezeichnung, welche die Regionen beschreibt, die Kordofan, bekannt sind und 850.000 Quadratkilometer Fläche haben. Traditionsgemäß ist dieses als eine einzelne regionale Maßeinheit trotz der körperlichen Unterschiede angesehen worden.

<sup>77</sup> Vgl Bliss, Frank: Leben mit der Dürre. Alltag und Entwicklungsprobleme im Sahel am Beispiel der Provinz Darfur, Sudan. Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE). Heft 12.1989.S.11. (= Bliss, Leben mit der Dürre)

<sup>78</sup> Darfur war ein unabhängiges muslimisches Sultanat, sprich ein eigenständiges Königreich. Während der Zeit des Mahdi im 19. Jahrhundert sollte Darfur islamisiert werden. Vorbild war der Mahdistaat des Sudan. Dies gelang nicht vollständig, Darfur wurde nie vollständig den Richtlinien des Mahdi unterworfen. Während in der Gesetzgebung (Verfahrensgesetzgebung) von nun an islamische Rechte gelten sollten, blieben die Sultanante in anderen Bereichen in sakralen Verhältnissen, die auf der Fur-Ethnologie beruhten. Die Sultanate betrieben auch weiterhin Sklavenhandel, der ein wirtschaftliches Monopol darstellte. Der Islam wurde im 14. Jahrhundert von Tunjur Arabs in Darfur über Bornu und Wadai eingeführt. Der erste König von Tunjur war Ahmed EL-Makur. Eine weitere berühmte Persönlichkeit in der Geschichte Darfurs stellt Sultan Dali dar. Er teilte das Land in Provinzen ein und etablierte einen Strafcode, der unter den Titel Kitab Dali oder das Buch Dali bekannt geworden ist und zeigt im Wesentlichen Grundregeln auf. Nach einer Periode der Störung im sechzehnten Jahrhundert, in dem die Region von Bornu abhängig war, wurde Sulayman Solang (in der Fur-Sprache „der Araber“) erster Sultan Darfurs. (1596-1637) Er erhob den Islam zur Staatsreligion. Zur umfangreichen religiösen Umwälzungen kam es allerdings erst unter der Regierung Ahmed Bakirs (1682-1722). In der Zeit seiner Regierung wurde das Land mit Moscheen überzogen und die Bevölkerung trat größtenteils zum Islam über. Im 18. Jahrhundert wurde El-Fashir als

El-Fasher ist die Hauptstadt der Provinz Nord-Darfurs; hier finden sich alle wichtigen Institutionen vereint. Von der Stadt aus ist es möglich, auf Pisten in das Jebel Marra-Massiv, nordwärts Richtung Libyen und in die Oase El-Atroun, sowie westwärts nach Tschad zu gelangen. Die Zeit zwischen dem 12. und dem späten 19. Jahrhundert lässt sich durch drei einander ablösende Herrschaftsepochen kennzeichnen. Bis 1916 existierte hier das Sultanat von Darfur unter Ali Dinar<sup>80</sup>. Durch seine Herrschaft war Darfur ein unabhängiger Staat mit dem Namen 'Mamlakat Darfur'.<sup>81</sup> Während des Mahdi-Aufstandes organisierten Ali Dinar und seine Anhänger eine Rebellion gegen die angloägyptischen Kolonialherren. Durch die Eroberung Darfurs durch das britische Empire endete Ali Dinars Herrschaft 1916.<sup>82</sup>

---

Hauptstaat auserkoren. Ein Enkel Sulaymans, Ahmed Bakur (1682-1722) hat den Wohlstand Darfurs durch ausgedehnte Encourageimmigration von Bornu und von Bagirmi erhöht. Sein Reich dehnte sich bis östlich des Nils bis Atbara aus. In seine Herrschaft fällt der Krieg mit den Sennar und Wadai. Ende des 18. Jahrhunderts führte Sultan Mohammed Terab eine Armee gegen die Funj, erreichte allerdings nur Omdurman, da er nicht den Nil überqueren konnte. Sein Nachfolger war Abdel Rahman, genannt El-Raschid. Seine Herrschaft fällt mit Napoleons Niederlage gegen die Mameluken 1799 zusammen, zu der er Napoleon ironischerweise gratulierte. Mahomed El-Fadhil, sein Sohn, regierte bis 1839, als er an Lepra starb. Er verlor die Provinz Kordofan, an Ägypten. Von seinen vierzig Söhnen wurde Mohammed Hassen sein Nachfolger. Er starb 1873. Sein jüngerer Sohn Ibrahim war in einen Konflikt mit Zobeir, dem Führer der Sklavenhändler von Bahr El-Ghazal verwickelt. Dieser Krieg führte zur Zerstörung des Königreiches. In der entscheidenden Schlacht von 1874/75 wurde sein Onkel Hassab Alla, der unter allen Umständen die Unabhängigkeit des Reichs erhalten wollte, von den Truppen der Khedive gefangen genommen und nach Kairo deportiert.

Vgl. <http://www.africatime.com/dynamique/Forum/affiche.asp%3Fnum%3D141976%26grp%3D64488%26IdSujet%3D63%26IdPays%3D13&prev> 29.07.2004.

<sup>79</sup> „Nach der britischen Besetzung. Ägyptens im Jahr 1882 wurde das Land *de facto* zu einem Protektorat. Durch seine Stellung als „Vormund“ Ägyptens musste Großbritannien Rücksicht auf Empfindlichkeiten Kairo nehmen und benutzte die frühere turko-ägyptische Besetzung als Vorwand, um den Sudan „im Namen Ägyptens“ zu besetzen. Doch obwohl eine Reihe ägyptischer Verwaltungsbeamter in den Sudan entsandt wurde, blieb Ägypten weitgehend der Juniorpartner im Kondominium. Nach den Aufständen von 1924, die von ägyptischen Nationalisten unterstützt worden waren, zog man die ägyptischen Beamten zum großen Teil wieder aus dem Sudan ab“. Prunier, Genozid.S. 40.

<sup>80</sup> „Ali Dinar, ein weitentfernter Verwandter des letzten Keyra-Sultans, war 1892 durch die Politik des *“tahdschir“* (Politik der erzwungenen Migration unter der Mahdiya, um Stämme aus dem Westen nach Omdurman zu bringen) gezwungen worden, nach Omdurman zu gehen. Dort wartete er seitdem auf eine günstige Gelegenheit, das alte Keyra-Sultant wiederherzustellen. Sobald er merkte, dass Mahdi-Reich unter dem britischen Angriff kollabierte, machte er sich auf dem Weg zurück nach Darfur“. Prunier, Genozid S.35f.

<sup>81</sup> Vgl. Iten, Oswald. Sudan. Zürich. Silva-Verlag 1983. S. 47.(= Iten, Sudan)

<sup>82</sup> Vgl. Bliss, Leben mit der Dürre. S. 16.

Das Sultanat war ein gut organisierter Staat mit einer für die regionalen Verhältnisse durchaus effektiven Verwaltung, die sich auf Hofbeamte und lokale Stammesführer stützte, ein intaktes Heer zur Verfügung hatte und wohl über beträchtliche Steuereinnahmen disponieren konnte. Obwohl unter dem Namen der Fur in die Geschichte eingegangen, handelte es sich bei dem Sultanat doch um eine gemischtethnische Herrschaft, die auf einer weitgehenden Gleichberechtigung der verschiedenen ethnischen Gruppen beruhte. Im Vergleich mit den übrigen afrikanischen Reichen am Südrand der Sahara war die Stellung der Frauen und ihr politischer Einfluß beachtlich.<sup>83</sup>

„Der *faschir* (Palast) des Sultans war sorgfältig nach einem kosmologischen Symbolismus entworfen, der nicht mit dem Islam zu tun hatte, und die Audienzen beim König folgten einer Reihe von Tabus und Regeln, die eindeutig „heidnischer“ Herkunft waren. Dies zeigte sich auch an der sozialen Stellung der **Frauen**, die im Hofzeremoniell eine außerordentlich wichtige Rolle spielten. „Die *habuba* (Großmutter, in Wirklichkeit die Mutter des herrschenden Sultans) war häufig die eigentliche Macht hinter dem Thron, und ihre Autorität wurde höchstens von der *Iya baasi* (der „Lieblinsschwester“) in Frage gestellt. Eine *Iya baasi*, Zamzam Umm an-Nasr, wurde in der Geschichte Darfurs berühmt, weil sie anstelle ihres schwachen Bruders, Sultan Muhammad al-Hussein, geherrscht hatte. Als dieser 1856 erblindete, übernahm sie praktisch das Sultanat, hielt die oberste Staatsgewalt, den Staatsfirman, und ritt an der Spitze des Heeres“<sup>84</sup>

Der Islam, der unter der Keira-Dynastie vor allem durch arabische Händler nach Darfur gebracht und durch das Sultanat gefördert wurde, fand bald weite Verbreitung, jedoch in einer liberalen Adaptionform.

Bis 1916 ließen die Kolonialbehörden im Sudan, Ägypten und Großbritannien, das Verwaltungssystem weitgehend unangetastet. Es wurde lediglich eine Verwal-

---

<sup>83</sup> Vgl. Bliss, Leben mit der Dürre. S. 17.

<sup>84</sup> Prunier, Genozid S. 25.

tungsreform durchgeführt und der Einfluß der *Schartai* („Bezirkschefs“) gefördert. Auf Landesebene wurde die Macht beschnitten, in den Dörfern jedoch blieben die traditionellen Autoritäten unangetastet.<sup>85</sup>

Genauso wurde bei den Besitzverhältnissen verfahren. Sie wurden nicht angetastet, und die Steuerbelastung der Bauern blieb im Wesentlichen unverändert. Die Einführung von staatlichen Gerichten und überwiegend unter britischem Einfluß stehenden Ordnungsbehörden blieb für die Bauern in den Dörfern und die Nomaden von geringem Interesse.<sup>86</sup>

## **5. Überblick über die Geschichte des Sudan von der Kolonialzeit bis zur Unabhängigkeit**

Um die besonderen Verhältnisse im Sudan zu verstehen, die bis heute das politische Geschehen bestimmen, ist ein historischer Abriß der Geschehnisse von der Kolonialzeit bis zur Unabhängigkeit erforderlich, in welchem die Herausbildung der gesellschaftlichen Gruppen beleuchtet wird, die später als politische Akteure auftreten.

Es soll der Versuch unternommen werden, eine politische/psychologische Analyse des Verhaltens der Zentralregierung des Sudan gegenüber der sudanesischen Gesellschaft und der Unterentwicklung des Landes zu erstellen. Dann soll die Rolle der Marginalisierungspolitik im Sudan näher bestimmt werden.

Dabei soll die Region Darfur als Beispiel dienen, um aufzuzeigen, welcher Mittel sich die Regierung bedient, um ihre politische Macht im gesamten Sudan auszuüben. Aufgezeigt werden die totalen Versäumnisse der Regierung, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Außerdem wird auch der Frage nachgegangen, warum es nicht zu einer gerechten Beteiligung der Bevölkerung an den Machtzentren und der Regierung kommt.

Als eine mögliche Ursache für die oben genannten Defizite ist das zentralstaatliche System zu nennen. Die Analyse beinhaltet die Verwaltungssysteme der Kolonial-

---

<sup>85</sup> Vgl. Bliss, *Leben mit der Dürre* S. 17.

<sup>86</sup> Vgl. Bliss, *Leben mit der Dürre* S. 13.

zeit und der jetzigen Nationalregierung, insbesondere das koloniale (türkische, ägyptische) und (englische, ägyptische) und das jetzige nach der Unabhängigkeit. Bleibt das sudanesisches Regierungssystem in den Händen der zentralen und nilotischen nordsudanesischen Bevölkerungsteile (**Jellaba**), wird sich für die Bevölkerung Sudans auf Jahrzehnte keine Verbesserung ihrer Lebenssituation ergeben.

Die nordsudanesischen Eliten haben während ihrer **Machtausübung** ein gesellschaftliches Spiegelbild in Hinsicht aller relevanten Bereiche (politisch, wirtschaftlich, sozial) unterdrückt. Durch ihr Bestreben einer ständigen **Machterhaltung** und durch Ausübung einer **kolonialen Politik** ist ihnen wichtig, die marginalisierten Gruppen politisch und gesellschaftlich in Abhängigkeit zu halten. Diese Unterdrückungspolitik führte zu Widerstand in den marginalisierten Regionen wie zum Beispiel Südsudan und Darfur zeigt.

Die geschichtliche und kulturelle Entwicklung hat Auswirkung auf das jetzige Regierungsverhalten. Wenn eine nationale Regierung nicht eine vertrauenswürdige politische Basis aufgebaut hat, dann kann kein Einvernehmen unter den Völkern des Sudan einerseits bestehen, und andererseits kann kein Vertrauen der Bevölkerung zu ihrer Regierung geschaffen werden. Bernhard Streck ist der Auffassung, dass Staaten, die nicht in der Lage sind, den Landfrieden zu garantieren, ihre Existenzberechtigung verlieren.<sup>87</sup>

Der Einzelne fühlt sich nicht zu diesem Land zugehörig, die Entfremdung setzt sich immer weiter fort. Dieser Tatbestand wird von der Regierung beabsichtigt und mag auch ein Hindernis darstellen, das Land politisch und gesellschaftlich voranzutreiben.

---

<sup>87</sup> Streck, Sudan S. 10

## 5.1. Die erste Staatsbildung im Sudan unter der Herrschaft des Mahdi<sup>88</sup>

Nicht der europäische Imperialismus war es, der die sudanesische Kolonialzeit eröffnete, sondern das osmanische Ägypten, dessen Truppen 1820 in den Sudan eindrangen. Nach zehn Jahren hatten die Ägypter den Norden des Landes unter Kontrolle und bis 1874 hatten sie die vollständige Herrschaft über den Sudan erungen. Sie waren neben der bloßen Erweiterung ihres Herrschaftsgebietes vor allem darauf aus, die Goldvorräte des Landes auszuplündern und neue Rekrutierungsgebiete für Soldaten zu erschließen. Während man im Norden des Sudan darum bemüht war, eine funktionierende staatliche Verwaltung aufzubauen, gelang dies im Süden nicht. Hier blieb es beim Herrschaftsanspruch der Turko-Ägypter, die sich damit begnügen mußten, entlang der wichtigsten Handelsrouten militärische Stützpunkte zu errichten.<sup>89</sup> Die Türken betrieben in der Folgezeit, besonders unter dem ägyptischen Gouverneur Khurshid (1826-1838) im Süden einen staatlich organisierten Sklavenhandel.<sup>90</sup> Verlässliche Daten über die Dimensionen dieses Handels existieren nicht, doch wirkt er im Bewußtsein der Südsudanesen bis heute nach. Es gab jedoch neben den Turko-Ägyptern auch Sklaven- und Elfenbeinhändler anderer Herkunft, die z.T. mit eigenen Streitkräften Raub und Terror an der Be-

---

<sup>88</sup> Muhamad Ahmad Ibn Abdallah aus Dongola (1844 - 1885) war missionarischer Prediger einer sufistischen Bruderschaft, der sich 1881 als der erwartete Erlöser (arabisch: „Mahdi“) ausgab. „Dieser charismatische Derwisch sammelte durch den antibritischen Arabi-Aufstand in Ägypten vertriebene Muslime und andere unzufriedene Menschen um sich, die von Hungersnöten und drückenden Steuern geplagt waren. Auch Sklavenjäger, die auf der Flucht vor den Briten waren (Vgl. Holt, Peter: *The Mahdist State in the Sudan: 1881 - 1898*. Oxford 1958 und Pleticha, Heinrich (Hrsg.): *Der Mahdiaufstand in Augenzeugenberichten*. München 1981.) ...und andere deklassierte Gruppen stießen zu ihm. Sein politisch-religiöses Programm bestand aus der Propagierung eines Lebens in Austerität, der Abschaffung der neuen „ungerechten“ Steuern, der Rückgabe des konfiszierten Landes an die Bauern, der Rückkehr zum „wahren Islam“ sowie aus dem Werben für einen *Jihad* gegen die Ungläubigen (in erster Linie die türkisch-ägyptische Administration). Der Mahdi-Aufstand von 1881 - 1885 war sehr erfolgreich: Mit der triumphalen Eroberung Khartoums und Omdurmans im Jahr 1885 (wobei der britische Gouverneur Gordon ums Leben kam) konnte sich die Mahdistenbewegung als Ausdruck des zunächst erfolgreichen primären Widerstandes gegen Fremdherrschaft bis 1899 konsolidieren. Diese *Mahdiyya* genannte Herrschaftsperiode beruht auf einem Bündnis aus etwa 500 Clans und anderen ethnisch definierten Gruppen und dauerte vierzehn Jahre (1885 – 1899), bis sie von den Briten militärisch besiegt wurde. Es expandierte auch nach Osten und Süden, was allerdings von den betroffenen Bewohnern meist als Bedrohung empfunden wurde. Das „Reich des Mahdi“ hinterließ geringe Spuren, aber in den Köpfen nährte es später die These der Umma, die Mahdiyya stelle die erste sudanesische Reichsgründung mit nationalem Charakter dar.“ Tetzlaff, Rainer: *Demokratisierungsanläufe im Sudan*. In: Schubert, Gunther & Tetzlaff, Rainer (Hrsg.): *Blockierte Demokratien in der Dritten Welt*. Opladen 1998. S 309f. (= Tetzlaff, Demokratisierungsanläufe)

<sup>89</sup> Vgl. Hill, Richard: *Egypt in the Sudan 1820 – 1881*. London 1959.

<sup>90</sup> Vgl. Gray, Richard: *A history of the Southern Sudan 1899 – 1939*. London 1961. S. 8ff.



völkerung praktizierten. Hier sind neben vereinzelt Europäern und Asiaten besonders Angehörige der nordsudanesischen Stämme Jaaliyin und Danagla beteiligt. Einer der größten und berüchtigtsten Händler war Al Zubeir Pascha<sup>91</sup>. Der Handel mit Sklaven im Sudan wurde erst im Jahre 1898 durch die Eroberung durch anglo-ägyptische Truppen gänzlich eingestellt. Er hat jedoch Spuren hinterlassen. Hier wurzeln traditionelle Hassgefühle zwischen Nord und Süd, wobei der Norden die Vorherrschaft anstrebt und der Süden diesen Bestrebungen Widerstand entgegengesetzt.

Britische Truppen eroberten im Jahre 1881 Ägypten. Im Sudan, wo die Ägypter gerade seit fünf Jahren die Kontrolle über das ganze Land errungen hatten, gab es nun plötzlich ein Machtvakuum. Dadurch wurden Aufstandsbewegungen, allen voran der Mahdi-Aufstand, begünstigt.<sup>92</sup> Schon ein Jahr später gewannen die Mahdisten El Obeid in Kordofan. Die Hauptstadt Khartoum fiel ihnen nach mehrmonatiger Belagerung im Jahre 1885 zu. Nach Jahren von religiöser Askese und Koranstudien rief Mohammed al-Mahdi zur Erneuerung des Glaubens auf und begründete die islamische *Ansar-Sekte*. Unter seinen Anhängern befanden sich nicht nur Gläubige und Koranglehrte, sondern auch Händler aus dem Norden (**Jella-ba**), welche sich durch die neue Politik der türkisch-ägyptischen Regierung, die sich gegen den Sklavenhandel richtete, in ihrer Existenz bedroht sahen. Nomaden aus dem Norden, die der Fremdherrschaft zu entkommen suchten und Bauern, die unter einer stetig wachsenden Steuerlast litten, strömten ihm ebenfalls zu.<sup>93</sup> Der Erfolg der Mahdi-Bewegung resultiert auf Beseitigung der Fremdherrschaft mit Hilfe des *Heiligen Krieges* (Jihad), der den Mahdismus auch über die Landesgrenzen hinaus tragen sollte. Im Norden des Sudans gelang es den Mahdisten, die Grundlagen für einen islamischen Einheitsstaat zu bereiten. Im Süden sah die Situation jedoch anders aus. Zwar konnten sich die Mahdisten mit einigen südlichen Stämmen anfangs für einige Zeit gegen verbliebene türkisch-ägyptische Stützpunkte im Südsudan verbünden, doch war dieser Bund nicht von Dauer. Die Koalition hielt bis zur Räumung dieser Stützpunkte. Die Islamisierung des Südens war nicht weit

---

<sup>91</sup> Streck, Sudan S. 42

<sup>92</sup> Vgl. Fußnote Herrschaft des Mahdi. 85.

<sup>93</sup> Vgl. Wirz, Krieg. S.180.

genug entwickelt, als dass die mahdistische Religionsinterpretation hier nachhaltig hätte Fuß fassen können. Die Mahdi-Bewegung, orientiert an einem staatlichen Zentrum, konnte sich im Süden nicht durchsetzen, weil die gesellschaftlichen Verhältnisse ihren Vorgaben nicht entsprachen. Die Bevölkerung des Südens war zudem durch die schlechten Erfahrungen mit nördlichen Sklavenhändlern (insbesondere wäre hier der bereits erwähnte Zubair Rahma Mansur zu nennen) traumatisiert und dadurch wenig an einer Zusammenarbeit mit dem Mahdi-Staat interessiert.<sup>94</sup>

Meine oben genannten Ausführungen bekräftigen, dass die Entwicklung von Nationen ein langer und schwieriger Prozeß darstellt, der nicht an einem definitiven Datum festgemacht werden kann. Die Gründung von Sudan als Nation kann nicht auf einen Einzelnen (Mahdi) bezogen werden.

Der Zustand des Madhi Regimes (1885-1898) kann allerdings als Meilenstein zur sudanesischen nationalen Identität gesehen werden, wenn das goldene Zeitalter von Amara Dunqus (der König des ersten Sultanats im Zentral-Sudan) außer Acht gelassen wird. Während der englische Kolonialismus in erster Linie einen modernen Staat nach westlichem Vorbild schaffen wollte, ging es dem Mahdi hauptsächlich darum, fundamentalistische<sup>95</sup> Werte wie die Verbreitung des Islams zu verstärken.

Sicher hat der Islam für die meisten Nordsudanesen eine wichtige identitätsstiftende Funktion. Im historischen Selbstverständnis spielen vor allem der Mahdi-Aufstand und der daraus hervorgegangene theokratische Staat (1885 -1898) eine wichtige Rolle.

Der Mahdi, rief seit 1881 zum Jihad gegen die Osmanen auf. Diese Bewegung hat ein Erbe hinterlassen, das die sudanesische Politik bis heute beeinflusst und in

---

<sup>94</sup> Vgl. Gaffar, Integration. S. 174 – 176.

<sup>95</sup> Der Begriff "Fundamentalismus" existiert in der Welt des Islams allerdings nicht. Er bezeichnet ursprünglich eine theologische Richtung im Protestantismus Nordamerikas. Vgl. Kienzler, Klaus: Der religiöse Fundamentalismus: Christentum, Judentum, Islam / Orig.-ausg.-München: Beck 1996. S. 29. (Becksche Reihe; 2031: C.H.Beck Wissen) (= Kienzler, Fundamentalismus)

den Köpfen vieler Sudanesen Nationalismus, Islam und islamischen Staat zu einer Einheit verschmolzen hat<sup>96</sup>.

Die Entwicklung von Nationen ist ein langer und mühevoller Prozess, der nicht zu einem definitiven Datum in seiner Geschichte abgeschlossen werden kann. Der Nationbildungsprozeß in Sudan ist noch nicht beendet. Es reicht nicht aus, sich immer wieder auf Mahdi als Vater der sudanesischen Nation zu beziehen.

**Abb. 3:** Ausdehnung des von den Mahdisten 1891 kontrollierten Gebietes in den heutigen Grenzen<sup>97</sup>



## 5.2. Untergang des Mahdi-Staates und Beginn der europäischen Hegemonialherrschaft

Bei Omdurman, einer Schwesterstadt von Khartoum, besiegten am 2. September 1898 britisch-ägyptische Truppen unter General Kitchener das Mahdi-Heer entscheidend. Erst mit diesem Sieg begann im Sudan die Epoche der europäischen

<sup>96</sup> Vgl. Konzelmann, Gerhard: Die Araber und ihr Traum von Großarabischen Reich 13. Auflage. Früher als Heyne-Taschenbuch unter der Nummer 01/7030 erschienen. Copyright C 1989 by Wilhelm Heyne Verlag, GmbH & co. KG. München. 1989. S. 91.(=Gerhard Konzelmann, Die Araber und ihr Traum)

<sup>97</sup> Vgl. Wikipedia, der freien Enzyklopädie. Stichwort: Mahdi-Aufstand In: <http://de.wikipedia.org/wiki/24. November 2006>

Hegemonial- und Kolonialherrschaft. Im Vertrag von Kairo vom 19. Januar 1899<sup>98</sup> wird der Sudan zu einem Kondominium zwischen Großbritannien und Ägypten erklärt.<sup>99</sup> Obwohl der Sudan dadurch nicht als Kolonie galt, war er in Wahrheit doch wie andere europäische Kolonien als Territorialstaat mit festgelegten Grenzen strukturiert, wobei diese Grenzen denjenigen aus der Zeit der türkisch-ägyptischen Verwaltung entsprachen.<sup>100</sup> Großbritannien war an der Herrschaft über den Sudan in erster Linie aus strategischen Erwägungen interessiert. Wirtschaftliche Interessen spielten kaum eine Rolle. Die britische Strategie verfolgte dabei drei Hauptziele:

- Die ehrgeizigen britischen Kolonialpläne in Nordost- und Ostafrika zielten auf eine ununterbrochene Verbindung britischen Besitzes vom Kap bis nach Kairo.<sup>101</sup> Diese Pläne waren durch den Mahdi-Aufstand lange behindert worden.<sup>102</sup>
- Es war eine langfristige Kontrolle des Suezkanals vorgesehen, der den Zugang zu den britischen Kolonien in Asien und im Pazifik sicherte.
- Großbritannien wollte die Nilquellen sichern, die für Ägypten eine lebenswichtige Bedeutung haben,<sup>103</sup> um ein politisches Druckmittel in der Hand zu haben. Mit dem Sieg über den Mahdi und die Einigung mit Frankreich im Faschoda-Konflikt 1899,<sup>104</sup> wo die Grenze der beiderseitigen Interessensphären auf die Wasserscheide zwischen Nil und Kongo festgesetzt wurde, war diese Kontrolle sichergestellt worden.

„Schließlich müsste vermutlich, da die Gesellschaften Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sowohl in der Vergangenheit wie gegenwärtig stark außenabhängig waren und sind

---

<sup>98</sup> Unterzeichnet für Ägypten von Boutros Ghali Pasha, dem Großvater des späteren UN-Generalsekretärs und für Großbritannien von Lord Cromer.

<sup>99</sup> Vgl. Wirtz, Krieg. S.174ff.

<sup>100</sup> Vgl. Abbas, Mekki: The Sudan Question. London 1952. S. 86ff.

<sup>101</sup> Vgl. Loth, Heinrich: Afrika unter imperialistischer Kolonialherrschaft und die Formierung der anticolonialen Kräfte 1884 - 1945. (Afrika. Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Teil II) Köln 1979. S. 21. (= Loth, Afrika)

<sup>102</sup> Vgl. Loth, Afrika. S. 22.

<sup>103</sup> Bereits Herodot (II.5) hat Ägypten als ein „Geschenk des Nils“ bezeichnet.

<sup>104</sup> Vgl. Loth, Afrika. S. 24.

(Kolonialismus, Imperialismus, Weltwirtschaft und Weltpolitik, Interventionen von Seiten der Industrieländer), internationalen Einflussfaktoren in Kontext der globalen Nord-Süd und Ost-West-Konfliktformationen besondere Beachtung geschenkt werden: ...Damit trug der Kolonialismus wesentlich zur Schaffung von strukturellen Ausgangslagen bei, die nachkolonial den Ausbruch von gesamtgesellschaftlichen Verteilungskonflikten um politische Macht und ökonomische Ressourcen nachgerade begünstigten“

105

### 5.3. Indirect Rule Policy unter der britischen Herrschaft im Sudan

Sowohl bei der administrativen Aufgliederung als auch in der Herrschaftsausübung hatten die Engländer zu Beginn das stark französisch geprägte türkisch-ägyptische Verwaltungssystem übernommen. Nach Ende des ersten Weltkrieges führten sie jedoch die Politik der *Indirect Rule* ein.<sup>106</sup> Nordsudanesishe Intellektuelle und Nationalisten aus der **städtischen Bildungselite**, auf die sich die zentrale Verwaltung stützte, forderten die Einheit des Niltales unter Führung Ägyptens. Am 19. November 1924 wurde Sir Lee Stack, der britische Generalgouverneur für den Sudan, durch Mitglieder der Nationalistenbewegung ermordet.<sup>107</sup> Im gleichen Jahr scheiterte eine Militärrevolte.<sup>108</sup> Die Verwaltung durch britisch-ägyptische Beamte bzw. die städtische Bildungselite wurde danach aufgegeben und Ägypten aus dem Kondominion ausgeschlossen.<sup>109</sup> Die Doktrin der *Indirect Rule* bediente sich stattdessen traditioneller Herrschaftsstrukturen. Einheimische Herrscher und religiöse Führer übten für die Kolonialherren Herrschaft aus, wobei die Intellektuellen und Nationalisten umgangen wurden, von denen man enttäuscht war und deren Einfluß man eindämmen wollte. Beispiele dieser Methode sind etwa die Gerichtshoheit der Scheichs von nomadischen Gesellschaften, ihre Kontrolle über die Steuer, die

---

<sup>105</sup> Matthies, Volker: Kriegsschauplatz Dritte Welt München 1988. S. 57-58.(= Matthies, Kriegsschauplatz)

<sup>106</sup> Vgl. Bakheit, Gaafar M.A.: British Administration and Sudanese Nationalism. Ph. D. Cambridge 1966. S. 86. (= Bakheit, Administration)

<sup>107</sup> Vgl. Mattes, Sudan. S. 12.

<sup>108</sup> Vgl. Beshir, Revolution. S. 81ff.

<sup>109</sup> Vgl. Mattes, Sudan. S. 12. Vgl. Beshir, Revolution. S. 102ff.

Verkehrswege oder die Brunnen und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.<sup>110</sup> Das System der indirekten Herrschaft war ursprünglich von F. D. Lugard für Nigeria entworfen worden.<sup>111</sup> Diese *Indirect Rule Policy* galt jedoch nur für den Norden. Im Südsudan und Westsudan wurde die sog. *Southern Policy* eingeführt, die sich als ein gravierendes Hindernis für den Prozess der Nationsbildung im Sudan erweisen sollte. Die geplanten Verwaltungsgrundsätze für den Süden/ Westen wurden im Januar 1930 den Gouverneuren der drei Südprovinzen in einem streng vertraulichen Memorandum vorgelegt.<sup>112</sup> Die politischen Ziele im Südsudan werden wie folgt definiert:

„Die Politik der Regierung im Südsudan ist es, eine Reihe in sich abgeschlossener oder stammesmäßiger Einheiten zu schaffen, deren Struktur und Organisation auf einheimischen Sitten, traditionellen Gebräuchen und Anschauungen beruhen sollen, soweit dies die Erfordernisse von Billigkeit (equity) und guter Verwaltung erlauben.“<sup>113</sup>

Zur Durchsetzung dieser Vorgaben sollten nordsudanesische Hilfskräfte durch Südsudanesen ersetzt werden, Händler aus dem Norden ausgeschaltet werden und die arabische Sprache wurde verboten, obwohl sie als Verkehrssprache bereits weit verbreitet war. Stattdessen wurde Englisch als Verkehrs- und Amtssprache eingeführt. Man fürchtete, durch den Gebrauch der arabischen Sprache würde der Einfluß des Islams im Süden gestärkt werden, bzw. der Süden könnte arabisiert werden und einer nordsudanesischen Hegemonie unterliegen. Man ging sogar noch weiter und schottete den Süden vom überregionalen Verkehr ab, indem man ihn zum „*Closed District*“ erklärte. Ein- oder Ausreise war nur mit behördlicher Erlaubnis möglich und es wurde eine eigene, nur aus Südsudanesen bestehende Kolonialtruppe geschaffen. Der Süden wurde in allen Lebensbereichen vom Nor-

---

<sup>110</sup> Vgl. Bakheit, Administration. S. 90. Vgl. Beshir, Revolution. S. 107.

<sup>111</sup> Vgl. Lugard, F. D.: The Dual Mandate in British Tropical Africa. London – Edinburgh 1922. S. 85 – 90.

<sup>112</sup> Vgl. Beshir, Mohammed Omar: The Southern Sudan. Background to the Conflict. London 1968. Kap. 5 – 6. (= Beshir, Southern Sudan)

<sup>113</sup> Zit. n. Breier, Horst: Intelligenza und Politik im Südsudan. Diss. TH. Aachen 1974. S. 37ff. (= Breier, Intelligenza)

den abgeschirmt, damit die Kolonialherren hier ihre eigenen christlich-europäischen Vorstellungen einführen konnten. Die Vorherrschaft der arabischen Kultur im Norden dagegen wurde anerkannt, obwohl fast die Hälfte der nordsudanesischen Bevölkerung (46,7%) weder ethnisch noch sprachlich den Arabern zuzuordnen ist.<sup>114</sup> Hanspeter Mattes hat die britische Politik treffend zusammengefaßt:

„Parallel zu dieser soziale Spannungen erzeugenden Herrschaft auf *indirect-rule-Basis* betrieb die britische Kolonialmacht eine regionale Politik des *divide et impera*, deren Folgen bis heute den Südsudankonflikt mitbestimmen.“<sup>115</sup>

Den Engländern ging es ursprünglich darum, mit Hilfe der indirekten Herrschaft den Einfluß des immer noch starken Mahdismus durch Unterstützung der antimahdistischen Khatmiya einzudämmen. Im Ersten Weltkrieg änderten sie ihre Taktik, so sahen sie sich aufgrund des Konfliktes mit dem Osmanischen Reich gezwungen, alle Sekten, also auch die Mahdisten zu unterstützen, um den türkischen Einfluß auszuschalten.

„Die Engländer schufen auf diese Weise eine politische Polarisierung zwischen den beiden großen religiös-politischen Bewegungen des Landes (Khatmiya und Neu-Mahdismus, dessen Anhänger sich Ansar ("Helfer") nannten), was ihnen erlaubte, die Gruppen gegeneinander auszuspielen und so ihre eigene Herrschaft zu stabilisieren. Der scharfe Dualismus der beiden Gruppen führte dazu, daß ein politischer Konsens über die ideologischen Grenzen hinweg auch später kaum zu erreichen war.“<sup>116</sup>

---

<sup>114</sup> Vgl. Wirtz, Krieg. S. 180.

<sup>115</sup> Mattes, Sudan. S. 12.

<sup>116</sup> Ghaffar, Abalgadir A. Abdel & Landfried, Klaus: Demokratische Republik Sudan. In: Nuscheler, Franz & Ziemer, Klaus (Hgg.): Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane. Ein Handbuch. Band II: Afrika. Berlin und New York 1978. S. 1950f. (= Ghaffar/Landfried, Sudan)

#### 5.4 Vom Graduates General Congress zur Legislative Assembly – Die ersten Akteure der (Jellaba)

Die Erkenntnis, dass die Aufrechterhaltung der Stammesautoritäten zu deren Verknöcherung führte und dass die Sudanisierung der Verwaltung nicht beschnitten werden sollte, bewirkte eine Abkehr von den strengen Prinzipien der *Indirect Rule*. Der anglo-ägyptische Vertrag von 1936, der das Kondominium wiederherstellte, beschleunigte diesen Prozeß noch. **Die urbane Bildungselite**, die praktisch identisch mit den kleinen sudanesischen Beamten war, war in den Jahren nach 1925 ohne politischen Einfluss gewesen. Es wurde als Schande empfunden, dass man den Vertrag abgeschlossen hatte, ohne die sudanesischen Meinung einzuholen. Dies und die Enttäuschung über die bisherige ägyptische Politik machten der gebildeten Klasse klar, dass man der Regierung eine gemeinsame Front entgegenzusetzen müsse, die als Sprecher der Sudanesen dienen sollte. Eine solche Organisation wurde nach einigen Diskussionen im Jahre 1938 gegründet: der *Graduate General Congress*.<sup>117</sup> Auf der ersten Sitzung entschied der Kongreß, keinen festen Vorsitzenden zu wählen, sondern den **Vorsitz monatlich nach dem Rotationsprinzip zu wechseln**.<sup>118</sup> Zum ersten Vorsitzenden wurde Hassan Al Zahir gewählt. Die Mitglieder waren in der Mehrzahl Regierungsangestellte, daneben Kaufleute, Offiziere im Ruhestand und Hochschulabsolventen verschiedenen Alters. (In dieser Zeit vertraten nur die Jellaba den *Graduate General Congress*) In einem Brief vom 2. Mai 1938 trat dieses Exekutivkomitee an die Regierung heran, erläuterte seine Zielsetzungen und Methoden und brachte den Wunsch nach Zusammenarbeit mit der Regierung zum Ausdruck. Eine formale Anerkennung als politisches Organ war nicht vorgesehen und die Versammlung als halböffentliches Organ sollte nur die Ansichten ihrer eigenen Mitglieder repräsentieren. Die Regierung begrüßte diese Gründung als willkommenen Schritt.<sup>119</sup>

1942 forderte der Graduate General Congress in einem Memorandum von der Kolonialregierung die Aufhebung der *Southern Policy* und die Vereinheitlichung der

---

<sup>117</sup> Vgl. Holt/Daly, Sudan.S.144f.

<sup>118</sup> In seinem Programm hat die JEM das Rotationsprinzip für das Präsidentenamt gefordert, um eine gerechte Machtbeteiligung aller Regionen zu ermöglichen, siehe auch [www.sudanjem.com](http://www.sudanjem.com).

<sup>119</sup> Vgl. Beshir, Revolution. S. 136f.



Lehrpläne der Schulen im Süden wie im Norden/Westen. Die National Union Party (NUP), welche die Einheit zwischen Sudan und Ägypten zum Ziel hatte, erhob gleichzeitig immer lauter ihre Stimme. 1945 wurde im Nordsudan die Umma<sup>120</sup>-Partei gegründet, deren Ziel die volle Unabhängigkeit eines vereinten Sudans war – im Gegensatz zur NUP-Partei. Da eine Vereinigung von Ägypten und Sudan den Interessen Großbritanniens zuwiderlief, unterstützte dieses in der Folge die nationalistische Umma-Partei. 1946 änderte die Regierung ihre Südsudanpolitik, indem sie ihren Beamten im Südsudan den Kern der neuen Politik so beschrieb:

„Die Politik der Regierung des Sudans im Hinblick auf den Südsudan besteht darin, von der Tatsache auszugehen, daß die Bewohner des Südsudans deutlich afrikanisch und negroid sind, daß jedoch die geographische Lage und Wirtschaft sie (soweit sich das heute voraussehen läßt) in der künftigen Entwicklung unauflösbar mit dem mittelöstlichen und arabisierten Nordsudan verbinden, und deshalb muß sichergestellt werden, daß sie mit Hilfe bildungsmäßiger und wirtschaftlicher Entwicklung dafür gerüstet werden, in Zukunft als sozial und wirtschaftlich Ebenbürtige mit ihren Partnern im Nordsudan in dem in der Zukunft liegenden Sudan für sich selbst einzutreten.“<sup>121</sup>

Die *Southern Policy* wurde damit nicht nur aufgegeben, sondern praktisch in ihr Gegenteil verkehrt. Wieder wurden die Süd- und Westsudanesen nicht gefragt. Die Kolonialregierung sah sich nun genötigt, als einen ersten Schritt auf dem Weg zu Selbstverwaltung, Unabhängigkeit und eventueller Vereinigung aller Landesteile

---

<sup>120</sup> „Das Gemeinwesen oder die Gemeinschaft, über die dieser Souverän herrscht, ist die *umma*, die eine und universale islamische Gemeinschaft, die alle Länder umfaßt, in denen sich die muslimische Herrschaft durchgesetzt hat und das islamische Recht gültig ist. Der Ausdruck *umma* ist älter als der Islam; er kommt im Früharabischen ebenso wie in anderen semitischen Sprachen vor und kann sich auf ganz unterschiedlich definierte Gruppen beziehen. Im Koran erscheint das Wort mit interessanten Variationen mehrmals. Es kann ethnisch verstanden werden, da der Koran von der *umma* der Araber redet. Es kann religiös verstanden werden, da der Koran auch von der *umma* der Christen spricht. Es kann moralisch verstanden werden, da der Koran die *umma* der Guten der *umma* der Schlechten gegenüberstellt. Es kann schließlich ideologisch verstanden werden, da der Koran als *umma* jene unter den Christen bezeichnet, die rechtens handeln und rechtschaffen sind.“ Lewis, Sprache. S. 61.

<sup>121</sup> Zit. n. Breier, Intelligenzia. S. 46f. Vgl. Beshir, Southern Sudan. S. 119ff.

ein parlamentarisches Organ zu schaffen, die *Legislative Assembly*. Im Juni 1947 wurde in Juba eine Konferenz einberufen. Der Ort, die Hauptstadt der südlichen Provinz Equatoria, wurde gewählt, um dem Vorwurf zu begegnen, die Südsudanesen seien übergangen worden. Die Teilnehmer bestanden aus sechs britischen Beamten, fünf Nordsudanesen, acht Häuptlingen und neun sog. südsudanesischen Intellektuellen (*Educated Southerners*). Schwerpunkt dieser Konferenz war die Frage, ob Nord und Süd eine Einheit bilden sollten und ob Abgeordnete aus den drei Südprovinzen in der Legislative Assembly vertreten sein sollten. Es kam im Laufe der Konferenz zu einem offenen Konflikt zwischen den Häuptlingen und den Intellektuellen, die beide die Führung im Süden beanspruchten. Am Ende einigte man sich mit gewissen Vorbehalten, südsudanesische Abgeordnete zur Legislative Assembly zu schicken.<sup>122</sup> In Darfur war Opposition gegen die „Einheit des Niltals“ nicht nur populär, sondern wurde auch von der Verwaltung unterstützt, eine Kombination, die politisch für Ruhe sorgte und zur Fortsetzung der Vernachlässigung beitrug. Weil Darfur so zahm war, glaubte man auch, sich seiner sicher zu sein<sup>123</sup>.

Im Dezember 1948 wurde die Legislative Assembly vom Generalgouverneur des Sudans eröffnet. Ihre Beschlüsse galten lediglich als „Empfehlungen“ und konnten die Stellung des Generalgouverneurs nicht antasten. Diese Versammlung hatte 75 Mitglieder, von denen zehn vom Generalgouverneur ernannt wurden. 42 wurden in den sechs nördlichen Provinzen indirekt über Wahlmänner gewählt, während aus den drei Südprovinzen zehn direkt gewählt wurden. 13 weitere wurden von den Gouverneuren der Südprovinzen ernannt.<sup>124</sup> In dieser Versammlung waren auch 14 südsudanesische Abgeordnete vertreten, die später als "Schwarzer Block" bezeichnet werden sollten. Die Hauptforderung, der südsudanesischen Abgeordneten in der Legislative Assembly war ein Sonderstatus des Südens in Form einer Autonomie für die drei Südprovinzen. Diese Forderung war aber nicht durchsetzbar, worauf die Südsudanesen ihre Mitarbeit unter Protest einstellten.<sup>125</sup>

---

<sup>122</sup> Vgl. Beshir, *Southern Sudan*. S. 136ff.

<sup>123</sup> Vgl. Prunier, *Genozid*, S. 52.

<sup>124</sup> Vgl. Ghaffar/Landfried, *Sudan*. S. 1954.

<sup>125</sup> Vgl. Diyab, Ahmed Ibrahim: *Al-Sudan baad 45 Aam 1953-1998*. (Sudan nach 45 Jahren 1953 - 1998) In: *Al-Khartoum vom 12 Mai 1999*. Kairo 1999. S. 5. (= Diyab, *Al-Sudan*)

In dieser Zeit bildete sich eine sudanesische **Elite**, die bereits in eine säkulare Fraktion aus urbanen Hochschulabsolventen, Offizieren und Händlern sowie in eine traditionalistische Fraktion aus religiösen Anführern und lokalen Herrschern gespalten war.

Die erste Gruppe, die nach Struktur und Funktion als **Jellaba-Eliten** bezeichnet werden kann, waren die sog. Ashiqqa (*Blutsbrüder*), die sich zum *gemeinsamen Kampf* zusammenschlossen und von Ismail el-Azhari<sup>126</sup> angeführt wurden. Diese Gruppe dominierte den Graduates Congress und trat für die Unabhängigkeit von Großbritannien durch eine *Einheit des Niltales* ein, also für eine politische Union mit Ägypten. Aus ihr ging die NUP-Partei hervor, die den politischen Arm der *Khatmiya-Bruderschaft*<sup>127</sup> bildete. Diese **Eliten** vertraten die jungen sudanesischen Nationalisten, die für die politische Unabhängigkeit kämpften. Die meisten waren städtische Händler und Beamten. Mit der Zeit baute die NUP in den Städten des Nordens eine effektive Organisationsstruktur auf, mußte sich aber in den ländlichen Gebieten des Nordens und Ostens auf Khatmiya-Beziehungen verlassen. Die Führer setzten sich zum Großteil aus Karrierepolitikern zusammen, die sich auf ein Patronatssystem verließen. Es gelang der **Jellaba**, durch geschickte personelle Schachzüge großen Einfluss auf Schlüsselämter wie Zoll und Import/Export-

---

<sup>126</sup> Er wurde an der American University of Beirut ausgebildet und sein Großvater galt als Heiliger Mann und Gegner des Mahdis. Vgl. Bechthold, Politics. S. 28. Vgl. S. 83.

<sup>127</sup> Die Khatmiya oder Mirghaniya wurde von Sayyid Muhammad Uthman al-Mirghani (1793 – 1853) aus Mekka gegründet. Diese sufistische Bruderschaft stand im Gegensatz zur Mahdia und hatte besonders im Norden und Osten des Landes eine starke Anhängerschaft. Die Khatmiya war eng mit der ägyptischen Politik verbunden.

„Der türkisch-ägyptische Einfluß war zwischen 1821 – 1849 (Eroberung des Nordsudans und Aufbau einer Zentralverwaltung) und 1863 - 1879 (Ausdehnung der Verwaltung bis Darfur und Equatoria) am stärksten; er verschärfte die Konkurrenz zwischen Sufi-Scheichs und *ulama*. Es lag im Interesse der ausländischen Mächte, gegen die dem Sufiismus anhängenden Stämme ein politisches Gegengewicht durch Förderung der klassischen Gelehrten zu schaffen. Die städtischen orthodoxen *ulama* sollten durch die Neurekrutierung von Absolventen der Kairoer al-Azhar-Universität, den Bau von Moscheen und die Entsendung von sudanesischen Theologiestudenten an die al-Azhar-Universität attraktiver gemacht werden. Der mangelnde Erfolg dieser Strategie und verschiedene Vermittlungsaktivitäten der Khatmiya führten schließlich im Zeitraum 1860 - 1870 zu einer Annäherung zwischen der sogenannten Turkiya (den lokalen Machthabern) und der Khatmiya. Aus diesem Zweckbündnis wurde bis zur Unabhängigkeit des Sudans eine strategisch-politische Allianz, die die Khatmiya bei ihren Rivalen in den Ruf eines Kollaborateurs mit der Fremdherrschaft brachte und eine der Ursachen des Mahdiaufstandes war, der vor allem von der westsudanesischen Bevölkerung getragen wurde.“ Tetzlaff, Demokratisierungsanläufe. S. 310f.

Kontrolle zu erlangen, wovon die zahlreichen großen Kaufleute profitierten, welche wiederum die politische Aktivitäten finanziell unterstützten.<sup>128</sup>

In den vierziger Jahren versuchten ländliche Gruppen und Volksgruppen, eine Alternative zur städtischen Ashiqqa zu bilden, was nach anfänglicher Konfusion im März 1945 zur Bildung der Umma-Partei als zweite Gruppe führte. Sie rekrutierten sich weitgehend aus den Ansar (Anhängern) der Mahdiya-Bewegung, deren Anführer Sayyid Abdel-Rahman al-Mahdi war. Zwar hatte diese Partei auf dem Lande eine große Anhängerschaft und repräsentierte auch die Interessen der Provinzen, Völkergruppen und Bauern gegenüber der städtischen *Ashiqqa*, doch ihre Identifikation mit dem Hause al-Mahdi machte sie für das rivalisierende Haus al-Mirghani inakzeptabel. Dessen Anführer, Sayyid Ali al-Mirghani, näherte sich daraufhin vorsichtig der Ashiqqa an und die Umma verlor ihre nichtmahdistischen Anhänger. Während Khatmiya und Ashiqqa beide die Politik der Einheit des Niltales vertraten, schrieb die Umma den Slogan „Sudan den Sudanesen“ auf ihre Fahnen, vertrat damit also die völlige Unabhängigkeit.<sup>129</sup>

Von den drei großen Parteien (NUP, PDP und Umma) war die Umma-Partei bis 1969 am effektivsten. Ihre Führung besteht bis heute aus mahdistischen Anführern von unterschiedlichen Ethnien und Mitgliedern der Mahdi-Familie, die sich auf die ganze hierarchische Struktur der Ansar-Bewegung von der Provinzregierung über die Distrikte bis hinunter zum Dorfkomitee stützen können. Das ursprüngliche Konzept der Mahdiya beinhaltet die Errichtung einer religiös-politischen Gemeinschaft unter einer messianischen Figur. Die Gefolgschaft gebietet daher, allen Weisungen der Mahdi-Führung, seien sie militärisch, politisch oder andersartig, Folge zu leisten. Die Mitglieder dieser Gemeinschaft zeigen fanatische Loyalität gegenüber ihrer Bewegung und können sehr **leicht mobilisiert** werden.<sup>130</sup> Die Hauptgebiete der Umma-Partei liegen im **Westen in Darfur, Kordofan und am Weißen Nil um die Insel Aba und die Stadt Kosti**. Enklaven befinden sich im Beja-Gebiet (im Osten) und in Dongola, der alten Hauptstadt von Nubien und Geburtsstadt des Mahdi (im Norden innerhalb des Khatmiya-Gebietes). Die Umma ist

---

<sup>128</sup> Vgl. Bechtolt, Politics. S. 79f.

<sup>129</sup> Vgl. Bechtolt, Politics. S. 30.

<sup>130</sup> Vgl. Bechtolt, Politics. S. 78f.

traditionsgemäß eine konservative Partei. Ihre Ziele umfassen eine islamische Verfassung, eine freie Wirtschaft, um private und ausländische Investitionen anzuziehen und eine völlige Unabhängigkeit des Landes, insbesondere von Ägypten.<sup>131</sup> Nachdem NUP und PDP in den fünfziger Jahren von Ägypten finanziell unterstützt worden waren, gab es in den sechziger Jahren starke Gerüchte, dass die Umma finanzielle und technische Hilfe von den westlichen Staaten erhalten haben soll. Dies liegt darin begründet, dass sich die sudanesischen Parteien hauptsächlich durch Spenden finanzieren.<sup>132</sup>

Zusammenfassend kann zu den traditionalistischen Sektengruppen gesagt werden, dass sie zur Entwicklung des Staates kaum beigetragen haben. Ihre Organisationen sind fast nur zu Wahlzeiten in den Provinzen präsent und es besteht ein Mangel an Planung und Parteidisziplin.<sup>133</sup> Um es mit Tetzlaff zu sagen:

„Sie vertraten keine soziale Klientel mit erkennbarem Klasseninteresse. Zudem ausgestattet mit schwachen Führerpersönlichkeiten, die in feudaler Tradition nicht durch Verdienst, sondern durch Geburt in ihre öffentlichen Ämter aufrückten und die sich in nicht enden wollende Querelen um Fragen des persönlichen Prestiges und um Formalien verschlissen – wobei Neid und Mißgunst gegenüber den Rivalen das *primum movens* darstellte -, hat keine der beiden Sektenparteien eine richtungsweisende politische Führerschaft für das Land zu entwickeln vermocht. Sie haben damit eine große Chance der von oben inszenierten Modernisierung und Demokratisierung einer stark zerklüfteten Gesellschaft vertan.“<sup>134</sup>

---

<sup>131</sup> Vgl. Bechtolt, Politics. S. 82.

<sup>132</sup> Vgl. Bechtolt, Politics. S. 85.

<sup>133</sup> Vgl. Bechtolt, Politics. S. 85 – 88.

<sup>134</sup> Tetzlaff, Demokratisierungsanläufe. S. 311.

## 6. Die radikalen Akteure

Die Muslim-Bruderschaft und die kommunistischen Gruppen des Sudans sind erbitterte Feinde, haben aber dennoch einige Gemeinsamkeiten. Beide begannen als Untergrundorganisationen und wurden von den verschiedenen Regierungen als *gefährliche Elemente* betrachtet. Beide stützen sich im Wesentlichen auf eine Schicht junger desillusionierter Gebildeter, die den traditionellen Politikern die Fähigkeit zur Lösung der wichtigsten Probleme absprechen.<sup>135</sup>

### 6.1. Islamic Charter Front (ICF) und National Islamic Front (NIF)

Die Muslim-Bruderschaft, die 1954/55 an der Universität von Khartoum durch Akademiker gegründet wurde, sah den Grund allen Übels im Eindringen fremder, nicht-islamischer Ideen und Praktiken in eine islamische Gesellschaft und strebte die „Säuberung“ von diesen fremden Elementen an.<sup>136</sup> Diese Bruderschaft (al-ikhwan al-muslimun) entstand aus dem Ableger einer ägyptischen Mutterorganisation mit einer einheimischen islamischen Bruderschaft (Harakat al-tahrir al-islami) und war anfangs stark von der Ideologie des Ägypters Hasan al-Bannas geprägt und strebte die Ausarbeitung einer islamischen Verfassung an. 1964 entstand die Islamic Charter Front (ICF, Jabhat al-mithaq al-islami) als Partei, deren Kern die Muslimbrüder bildeten. Diese zielte auf eine islamische Verfassung, die Einführung der Sharia, die Einführung des Zinsverbots (zakat) und des Verbots der Spekulation und des Hortens von Waren (ihtikar) usw. Ihr Generalsekretär war Hasan al-Turabi,<sup>137</sup> dessen Fraktion sich 1985 als National Islamic Front (NIF, al-jabha al-islamiya al-qawmiya) selbständig machte.<sup>138</sup> Die Muslimbrüder und die ICF sahen sich als moderne und intellektuelle Alternative zu den Sektenparteien, von deren gebildeten Anhängern viele zu ihnen abwanderten.<sup>139</sup> Muslimbrüder und NIF stützten sich auf städtische Kleinhändler der unteren Mittelklasse, die sich in Opposition

---

<sup>135</sup> Vgl. Bechtolt, Politics. S. 88.

<sup>136</sup> Vgl. Bechtolt, Politics. S. 88.

<sup>137</sup> Hasan al-Turabi, geboren 1930, Schwager von Saddik al-Mahdi, war bereits in den fünfziger Jahren in der Studentenschaft aktiv und hatte an der Sorbonne bis 1962 Jura studiert und war einer der ersten Sudanesen, die den Dokortitel erlangt haben. Vgl. Mattes, Sudan. S. 35. Vgl. Wolf, Susanne: Die islamische Bewegung im Sudan bis 1989. In: Wuqûf 7 – 8/1992 – 1993. Hamburg 1993. S. 206f. (= Wolf, Bewegung)

<sup>138</sup> Vgl. Mattes, Sudan. S. 35.

<sup>139</sup> Vgl. Bechtolt, Politics. S. 89.

zu den traditionellen Kaufmannsfamilien der Oberschicht befinden, auf Studenten und Schüler sowie auf ländliche Lehrer, die sich von den Sektenparteien abgewandt hatten und auf eine islamische Renaissance hofften. Besonders diese gebildeten Bürger verhalfen der NIF bei der Wahl im April 1986 zu 20% der Sitze im Parlament, wodurch sie drittstärkste Partei wurde. Turabi interpretierte dieses Resultat als Votum gegen den Säkularismus und für die Sharia:<sup>140</sup>

„...it proved that the Sudanese in general, and the graduates in particular, were fed up with sectarianism and communism and had opted therefore for the only logical alternative. Furthermore, since most of the NIF's assembly members were graduates, and it was the only party with several women among its members, the NIF represented the progressive nonsectarian wave, which in turn was the only party in the Sudan with its face to the future.“<sup>141</sup>

Nach Ansicht des französischen Islamexperten Gerard Prunier hat die NIF mehrere Gesichter:

„...das scheinbar freundlich kultivierte ihres Führers Hassan al-Turabi, das von Geschäftemachern wie Khalid Osman al-Mudawi und Abdel Rahim Hamdi von der Faysalbank, aber auch das des *harten Kerns* der islamischen Revolution, zu dem beispielsweise der heutige Außenminister Ali Osman Muhammad Tara und sein Stellvertreter Ghasi Sala al-Din Attabani gehören. Letztere machten kein Geheimnis daraus, daß sie den Sudan für zu arm hielten, um dem universalistischen Islam, der ihnen vorschwebte, allein eine hinreichende territoriale Basis bieten zu können. Die fundamentalistische Bewegung musste sich so schnell wie möglich ausbreiten, angefangen mit den Nachbarländern - eine Art *islamischer Trotzismus*, der einen *Islamismus in einem Lande* ablehnte. Insofern könnte man sagen, daß die Leitung der sudanesischen NIF

---

<sup>140</sup> Vgl. Tetzlaff, Demokratisierungsanläufe. S. 319.

<sup>141</sup> In: Al-Tadamun. London, 17. Mai 1986. Zit. n. Wolf, Bewegung. S. 213, Anm. 36.

aus überzeugten *Internationalisten* bestand, was bei weitem nicht für alle islamischen Bewegungen zutrifft.“<sup>142</sup>

## 6.2. Die Republikanischen Brüder

Die Republikanischen Brüder (*ikhwan al-hizb al-jumhuri*, *Brüder der republikanischen Partei*) entstanden etwa gleichzeitig mit den Muslimbrüdern und verstanden sich wie diese als eine islamische Bewegung. Ihr geistiger und politischer Führer war Mahmud Muhammad Taha (1909 – 1985), der für einen unabhängigen demokratischen und republikanischen Nationalstaat eintrat und sowohl einen Anschluss an Ägypten als auch eine Monarchie ablehnte, was ihn in Gegensatz zu Khatmiya und Mahdiya brachte. Auf diese Gruppen und ihre programmatisch-ideologischen Schwächen setzten die Republikanischen Brüder zunächst den Schwerpunkt der Auseinandersetzung, später kritisierten sie die Forderungen der Muslimbrüder nach einem *islamischen System*. In dieser Zeit entstanden die beiden Hauptwerke Tahas, 1966 „Der Weg Muhammads“ und 1967 „Die zweite Botschaft des Islams“. Sie bilden die Grundlage für die Auseinandersetzung mit den legalistischen Kräften des politischen Islams, was insbesondere auf die Muslimbrüder zielte und Kritik an der Regierungaübung rechtfertigte. Die Republikanische Partei stand zwar in der Tradition der mystischen Bruderschaften, unterschied sich von diesen jedoch durch ideologische Grundlagen. Die Sharia wurde als historisch und als entwicklungsfähig interpretiert, wodurch sich Taha von den wörtlichen Einzelanweisungen zugunsten allgemeinerer Prinzipien löste, zum Zweck der Schaffung einer *tugendhaften Gesellschaft*. Die Gesellschaft sollte von wirtschaftlicher, politischer und sozialer Gleichheit geprägt sein – einschließlich der Gleichberechtigung der Frau und freier Partnerwahl -, sowie von dem Prinzip einer *toleranten öffentlichen Meinung*. Dadurch, ebenso wie durch seine Neudefinition der Sunna<sup>143</sup> und seiner Vorstellung, dass im Koran das Prinzip der Entwicklung angelegt sei, erntete er

---

<sup>142</sup> Prunier, Gérard: Wenn Islamisten sich in Afrika verirren. Der Sudan im Zentrum eines Regionalkriegs. In: Le Monde Diplomatique / die Tageszeitung / WoZ – Februar 1997 - 9 vom 14.2.1997.

<sup>143</sup> „Die Sunna, die soviel bedeutet wie *Handlungsweise*, war ursprünglich die Gesamtheit der von der frühen islamischen Glaubensgemeinschaft überlieferten Traditionen. Sie erhielt später die Bedeutung der rechtgläubigen – orthodoxen – Tradition, dann der Orthodoxie, sprich der dominanten Richtung des Islam.“ Brissaud, Alain: Islam und Christentum. Gemeinsamkeit und Konfrontation gestern und heute. Berlin 1993. S. 31.



scharfe Ablehnung.<sup>144</sup> Taha, der dadurch den Ansatz einer islamischen Demokratie entwickelt hatte, schaffte es nicht ins Parlament und wurde am 18. Januar 1985 im Alter von 76 Jahren hingerichtet, seine Bücher öffentlich verbrannt.<sup>145</sup>

### **6.3. Kommunistische Partei des Sudan (KPS)**

Die KPS, gegründet 1946, wurde trotz zeitweise heftiger Verfolgung zu einer der stärksten kommunistischen Parteien der arabischen Welt. Sie war Teil von Oppositionsbündnissen gegen die Militärregimes von General Abbud und Numeiri und wesentlich an deren Sturz beteiligt.<sup>146</sup> Zu Beginn konzentrierten die Kommunisten<sup>147</sup> ihre Aktivitäten auf die Arbeiter, die bei der Eisenbahn beschäftigt waren, als erste erkennbare Gruppe von Industriearbeitern sowie auf einige Pächter in der Gezira-Region. Als 1964 die Oktoberrevolution stattfand, war die KPS die einzige gut organisierte politische Gruppierung. Ihre Organisationsstruktur entsprach derjenigen anderer kommunistischer Parteien, indem sie aus einem engen Netzwerk kleiner Zellen bestand.<sup>148</sup> Die Partei wurde erst 1967 im Rahmen der allgemeinen Annäherung der arabischen Staaten an die Sowjetunion legalisiert.<sup>149</sup> Ihr Generalsekretär Abd al-Khaliq Mahjub wurde 1971 hingerichtet. Sein Nachfolger ist bis heute Muhammad Ibrahim Nugud.<sup>150</sup> Für die Sudanesischen Kommunisten liegt die Ursache aller Probleme im *Imperialismus in all seinen Formen* bzw. in der Anwendung *Unwissenschaftlicher Methoden*.<sup>151</sup>

### **6.4 Marginalisierte Gruppen bilden sich als Parteien**

Den regionalen Parteien aus dem Westen, Osten und Süden des Sudans ist gemeinsam, dass sie aus den nichtarabischen Völkern des Landes hervorgegangen

---

<sup>144</sup> Vgl. Mattes, Sudan. S. 37f.

<sup>145</sup> Vgl. Mattes, Sudan. S. 54.

<sup>146</sup> Vgl. Mattes, Hanspeter: Die sudanesische Oppositionsbewegung im In- und Ausland. Ein Überblick. In: Wuqūf 7 – 8/1992 – 1993. Hamburg 1993. S. 130. (= Mattes, Oppositionsbewegung)

<sup>147</sup> Zunächst unter Deckorganisationen wie der „Sudanese Movement for National Liberation“ und „Anti-Imperialist Front“. Vgl. Bechtolt, Politics. S. 88.

<sup>148</sup> Vgl. Bechtolt, Politics. S. 88f.

<sup>149</sup> Vgl. Heller, Erdmute: Die arabisch-islamische Welt im Aufbruch. In: Benz, Wolfgang & Graml, Hermann (Hgg.): Weltprobleme zwischen den Machtblöcken. Das zwanzigste Jahrhundert III. (Fischer Weltgeschichte Bd. 36) Frankfurt/M. 1981. S. 141.

<sup>150</sup> Vgl. Bechtolt, Politics. S. 89.

<sup>151</sup> Vgl. Bechtolt, Politics. S. 88.

sind, welche sich von der „arabisch-nubisch“ geprägten Regierung in Khartoum unterdrückt, ausgebeutet oder vernachlässigt fühlten.<sup>152</sup>

### **6.5 Die Parteien des Südens vor 1969**

1953 wurde die Südpartei (Southern Party) gegründet, die sich ab 1954 Liberale Partei nannte und die die einzige offizielle Partei des Südens bis zum Militärregime von General Abbud 1958 war. Nach dem Ende der Militärherrschaft 1964 bildeten sich zwei neue Südparteien: Die Southern Front und die Sudan African National Union (SANU). Die Southern Front stützte sich auf aus dem Süden stammende Beamten und Studenten in der Region um Khartoum. Die SANU-Partei war aus einer Exilbewegung namens Sudan African Closed Districts National Union entstanden, die 1962 von Pater Saturnino, Joseph Oduhu und William Deng gegründet worden war. Die SANU spaltete sich 1965 auf: Eine Gruppe unter Deng blieb im Lande, während eine andere unter Aggrey Jaden ins Exil ging und sowohl Dengs Fraktion als auch die Regierung bekämpfte. Diese Exilfraktion, die eine zunehmend militante Politik verfolgte, spaltete sich weiter in die Azania Liberation Front (ALF) und die Sudan African Liberation Front (SALF), um sich im Dezember 1965 als ALF unter Oduho als Präsident mit Jaden als Vizepräsident wiederzueinigen. Ein Grundproblem für Politiker und Organisationen des Südens ist die Schwierigkeit, sich zusammenzuschließen. Die Ursache dafür ist in Ethnienkonflikten zusehen: Die SANU ist besonders in der Bahr el-Ghazal-Provinz vertreten, dem Hauptgebiet der Dinka, während die Southern Front sich auf die Provinz Equatoria stützen. Beide Parteien zusammen kamen in den Wahlen von 1968 auf weniger als die Hälfte der für den Süden vorgesehenen Sitze (insgesamt nur auf 5,5%), obwohl sie sich als die wahren Vertreter der Südbevölkerung ausgegeben hatten. Organisatorische Mängel und die Tatsache, dass diese Parteien (wie übrigens auch die unten beschriebenen Beja- und Nuba-Organisationen) mehr durch die Aktivitäten ihrer Anführer in Khartoum als durch ihre Präsenz im Lande charakterisiert wurden, verhinderten ihren Erfolg.<sup>153</sup>

---

<sup>152</sup> Vgl. Bechtolt, Politics. S. 93.

<sup>153</sup> Vgl. Bechtolt, Politics. S. 94 – 96.

## 6.6 Parteien im Westen und Osten

Die erste nichtarabische politische Organisation des Sudans nannte sich *kutla as-suda* (Schwarzer Block) und wurde 1938 von Dr. Adam Adham gegründet. 1954 gründeten Parlamentarier aus dem Westen und Osten die Nuba Mountains General Union und den Beja Congress. Sie wollten ursprünglich innerhalb der Nördlichen (Parteien) regionale Interessen vertreten, hatten damit aber keinen Erfolg. Beide Gruppen traten 1965 als eigenständige Parteien auf. Die Nuba Union forderte die Einheit aller Nuba, Wiedererrichtung der Nuba Mountain-Provinz, Abschaffung der Wahlsteuer, den Bau von Schulen im Westen und eine Politik der Afrikanisierung des Sudans statt einer Arabisierung. Im Januar 1968 schlossen sich Nuba Union, SANU/Westen und Southern Front im Parlament zu einem anti-islamischen und anti-arabischen Block zusammen.<sup>154</sup>

## 7. Machtverteilung zwischen den Regionen

Im Rahmen des Abzugs der Kolonialbeamten waren im Sudan zahlreiche Posten in staatlicher Verwaltung, Polizei und Armee freigeworden. 1954 wurde die sogenannte Sudanisierungskommission gebildet, um die freigewordenen Stellen zu verteilen bzw. zu *sudanisieren*. Von **800** Stellen gingen nur sechs Posten an die Südsudanesen und **keine Stelle** an einen Westsudanesen. Diese Stellen waren nicht höher als ein Assistent District Commissioner. Nach Abzug der Engländer traten die Nordsudanesen an deren Stelle, und die Südsudanesen blieben außen vor. Das Endergebnis der Sudanisierung stellte für die Südsudanesen einen schweren Schock dar und löste bei ihnen große Enttäuschung und Frustration aus. Die Westsudanesen hatten auch keinen Anspruch auf eine dieser Stellen erhoben.<sup>155</sup> Die meisten Verwaltungsposten wurden von seßhaften Bewohnern der Flussregionen (**Jellaba**), die aufgrund der Nähe zu den Bildungsanstalten des Zentrums den Kern der westlich geschulten, von der Idee des modernen Nationalismus nach dem Zweiten Weltkrieg nach indischem und chinesischem Beispiel geprägten sudanesischen **Eliten** stellten. Die meisten von ihnen waren Söhne von Regierungsangestellten während der Kolonialzeit, die den Weg in die mittleren und höheren Schu-

---

<sup>154</sup> Vgl. Bechtolt, Politics. S. 93f.

<sup>155</sup> Vgl. Beshir, Southern Sudan. S. 72. Vgl. Breier, Intelligenza. S. 135.

len fanden. Eine weitere wichtige Gruppe bildeten die Söhne von Händlern und Großgrundbesitzern (**genannt Jellaba-Araber**), während die Söhne von Bauern und Hirten aus unterentwickelten Peripherien von Süd-, West- und Ostsudan kaum vertreten waren.<sup>156</sup>

Die Ergebnisse der Sudanisierung und das ungeschickte Verhalten der Regierung führten zu politischen Unruhen und Gewalt im Südsudan. Wie oben schon erwähnt, meuterten 1955 als Reaktion auf die Sudanisierung die überwiegend südsudanesischen Truppen des Equatoria-Corps in Torit und richteten ihre Waffen gegen ihre nordsudanesischen Offiziere. Dieser Aufstand hatte deutlich gezeigt, wie tief der Graben zwischen Norden und Süden kurz vor der Unabhängigkeit geworden war. Um die Ereignisse, Ursachen und den Verlauf der Rebellion zu untersuchen, wurde eine Untersuchungskommission von allen Parteien gebildet. Als Ursachen der Unruhen nannte die Untersuchungskommission u.a. folgende:

1. Die Enttäuschung über den Ausgang der Sudanisierung.
2. Die rassischen, religiösen und sprachlichen Unterschiede zwischen Nord- und Südsudan.
3. Im selben Sinne erwähnte die Kommission die historisch begründete Einschätzung des Nordens als traditionellen Feind durch den Süden sowie der Kolonialherren, die bestehende Gräben vertieft hätten. Darüber hinaus hätten die Bildungs- und Entwicklungsunterschiede zwischen den beiden Gruppen, im Süden das Gefühl hervorgerufen, ausgebeutet, versklavt und beherrscht zu werden.<sup>157</sup> Es gab unter einigen ungebildeten Bewohnern des Südens sogar Gerüchte über eine Wiederaufnahme des Sklavenhandels.<sup>158</sup>

Von den 46 Mitgliedern des 1956 gebildeten National-Komitees, das über die künftige Verfassung beraten sollte, kamen nur drei aus dem Süden. Ihre Forderungen nach einer **föderalistischen Verfassung wurden abgelehnt**. Es wurde argumen-

---

<sup>156</sup> Vgl. Wirtz, Krieg. S. 198ff.

<sup>157</sup> Vgl. Wirtz, Krieg. S. 220ff.

<sup>158</sup> Vgl. Tetzlaff, Demokratisierungsanläufe. S. 307.

tiert, dass der Föderalismus den sudanesischen Verhältnissen **nicht** angemessen sei.<sup>159</sup>

„...Federation will definitely weaken the already weak Sudanese Government. It will create sentiments of selfishness in the federal regions, and this in turn will obstruct national solidarity as well as the efforts for mobilizing all the resources for the development of the depressed areas and the other parts of the country as well. The relationship between Northerners and Southerners are weak and lack mutual confidence and federation will further deteriorate these relations. Granting federal constitutional powers, which are not easily revocable, and in most cases, cannot be controlled except by military force, may lead to serious political problems between the federal government and the unit governments and in this way may worsen the situation in the south rather than solve the problem...“<sup>160</sup>

Zentralistische, den Föderalismus ablehnende Staatsgedanken sind im Sudan seit der Unabhängigkeit verbreitet – wie in vielen anderen afrikanischen Staaten auch. Der Wunsch nach politischer Einheit ist eine Reaktion auf die koloniale Politik des *divide et impera*, die im Sudan durch die *indirect rule* und das Konzept des *closed district* repräsentiert wurde. Die **Jellaba-Araber** sind dafür bekannt, dass sie sich einer Teilung der Macht bis heute widersetzen, obwohl sie mittlerweile die Kunst des *divide et impera* zu beherrschen gelernt haben. Tetzlaff unterstellt zu Recht, dass das Machtverständnis der sudanesischen Politiker dem Modell eines demokratischen Pluralismus zuwiderläuft. Macht wird hier als ein Wert an sich betrachtet, den man weder abgibt noch teilt, sondern zu maximieren und bewahren sucht. Eine echte Demokratisierung erscheint vor diesem Hintergrund als „unnatürlich“. Tetzlaff sieht es als

„Ironie der Geschichte,...daß die postkolonialen einheimischen Herrscher im Sudan demselben politischen Ideal von Herrschaft

---

<sup>159</sup> Vgl. Abdel Gaffar, Integration. S.145f.

<sup>160</sup> Ahmed, Rafia Hassan: The Prospect of Regional Government in the Sudan with Reference to the South. M. Sc. Thesis, University of Khartoum 1973. S. 156.

nacheiferten wie deren koloniale Vorgänger: nämlich Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten (*maintenance and peace*)...Die Transformation vom Untertanen zum Bürger gelang indes nicht...Die ‚Arabier‘ des Nordens traten an die Stelle der Kolonialmacht.“<sup>161</sup>

### 7.1 Rolle des Militärs – Machtergreifung

Das sudanesisches Militär hat möglicherweise früher als andere gesellschaftliche Gruppierungen ein Klassenbewusstsein entwickelt. Besonders bei den Offizieren hat eine neue Identität die Zuordnung zu Ethnien und traditionellen Bruderschaften fast ersetzt. Dieses Selbstbewusstsein erwächst zum einen aus der Abgrenzung gegenüber dem zivilen Sektor und zum anderen aus einem Gefühl der Zuständigkeit für die Probleme des Landes. Zusätzlich fließen hier noch kriegerische Traditionen vieler Ethnien und die Teilnahme an Kampfeinsätzen im Zweiten Weltkrieg und gegen die Italiener in Äthiopien mit ein.<sup>162</sup> Entstanden ist die Armee aus der *Sudan Defense Force* (SDF) von 1925. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit betrug ihre Stärke etwa 5000 Mann. Die Offiziere entstammten meist aus angesehenen Familien der Mittel- und Oberklasse (**Jellaba**). Im Rahmen einer Verzehnfachung der Armee (von 5000 auf 50000 Mann) von 1955 bis 1972 stand die Offizierslaufbahn zunehmend auch Söhnen von Kaufleuten und öffentlichen Angestellten offen. Den Süd- und Westsudanese jedoch blieb der gehobene Militärdienst weitgehend verschlossen.<sup>163</sup> Dies liegt nicht zuletzt in der Tatsache begründet, dass sich die Schulen, deren Abschluß der Eintritt in die Militärakademie voraussetzt, zumeist im Norden des Landes befinden. Besonders in den Jahren nach der Unabhängigkeit fanden sich unter den hochrangigen Offizieren bevorzugt Vertreter einiger nördlicher Ethnien speziell der Shaiqiyyah. Vor Einführung der Wehrpflicht im Jahre 1971 waren unter den Mannschaftsdienstgraden die Bewohner einiger der ärmeren Regionen stärker vertreten, insbesondere die Beja und Nuba.<sup>164</sup> Der Ausschluss der Südsudanese vom Militär, der schon auf das anglo-ägyptische Kon-

---

<sup>161</sup> Tetzlaff, Rainer: Ethnische Konflikte im Sudan. In: Wuqûf 7 – 8. Beiträge zur Entwicklung von Staat und Gesellschaft in Nordafrika. Hamburg 1993. S. 152f. (= Tetzlaff, Konflikte)

<sup>162</sup> Vgl. Bechtolt, Politics. S. 119.

<sup>163</sup> Vgl. Tetzlaff, Demokratisierungsanläufe. S. 307.

<sup>164</sup> Vgl. Bechtolt, Politics. S. 120.

dominium zurückgeht, führte bereits 1955 zum offenen Konflikt. Die Besatzung einer Kaserne im Süden meuterte und floh in den Busch, um dort einen Guerillakrieg gegen die Arabisierung des Südens zu führen.<sup>165</sup>

„Wie bereits dargestellt, hat die sudanesischc Armee in der postkolonialen Geschichte des Landes unterschiedliche Rollen gespielt. Außer der Rebellen- und ‚Terroristen‘ bekämpfung hat sie oft auch politische und polizeiliche Aufgaben wahrgenommen und in Krisensituationen mit demokratischen Volksbewegungen punktuell zusammengearbeitet, um so demokratischen Parlamentswahlen den Weg zu ebnet. Ein Großteil der Offiziere, die meist nicht aus den reichen Familien der Landoligarchie stammen und daher nicht von konservativem Geist durchdrungen sind, kann als Bestandteil der modernen Bildungselite angesehen werden. Sie betrachten sich selbst als Teil der *intelligentsia* und pflegen Kontakte zu deren zivilen Mitgliedern.“<sup>166</sup>

Nach dem Staatsstreich von 1989 allerdings dominierten Offiziere einer anderen Art. Tetzlaff bezeichnet sie als „**missionarische Antipluralisten**“,<sup>167</sup> die den Muslimbrüdern nahestehen. Zwischen den Offizieren die von unterschiedlichen Sekten unterstützt werden, besteht seit jeher eine interne Machtkonkurrenz.

„Der zunehmende Legitimationszerfall der Regierung im Zentrum war bedingt durch die Fragmentierung der Parteien, und die fehlende Entschlossenheit erschwerte die Möglichkeit einer Lösung der Probleme der Nationenbildung. Gekoppelt mit einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise brachte alle zusammengenommen die parlamentarische Regierung in Mißkredit und schuf die Bedingung für die Machtübernahme durch die Militärs.“<sup>168</sup>

---

<sup>165</sup> Vgl. Tetzlaff, Demokratisierungsanläufe. S. 307.

<sup>166</sup> Tetzlaff, Demokratisierungsanläufe. S. 318.

<sup>167</sup> Vgl. Tetzlaff, Demokratisierungsanläufe. S. 318.

<sup>168</sup> Abdel Gaffar, Integration. S. 147f.

## 7.2 Militärregime unter General Ibrahim Abbud 1958 – 1964

Nach den Wahlen von 1958 war die Regierungskoalition von Premierminister Khalil sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch zerstritten und hielt praktisch nur noch durch ihre Feindschaft gegenüber der säkularistischen Mittelklasse (*effendia*) zusammen. Am 21. Oktober 1958 riefen die sudanesischen Gewerkschaften zum Generalstreik, der sich nicht nur gegen die schlechte Wirtschaftslage, sondern auch gegen den Kooperationsvertrag mit den USA richtete.<sup>169</sup> Es gab Gerüchte über eine erneute Annäherung von NUP und PDP zwecks Bildung einer neuen Koalitionsregierung mit pro-ägyptischem Kurs und die ägyptischen Medien machten Stimmung gegen Khalil. Fraktionskämpfe und Stimmenkauf im Parlament brachten nicht nur die Regierung, sondern das demokratische System an sich in Mißkredit.<sup>170</sup> Es kam zu Kontakten zwischen Khalil und General Ibrahim Abbud, wobei ersterer, der selbst lange Soldat gewesen ist, den General dazu ermuntert haben soll, die Macht zu übernehmen, bis sich die politische und wirtschaftliche Krise gelegt hätte.<sup>171</sup>

Am 17. November 1958 übernahm ein 13köpfiger „oberster Rat der Streitkräfte“ unter General Ibrahim Abbud<sup>172</sup> die Macht. Die provisorische Verfassung wurde außer Kraft gesetzt, alle politischen Parteien verboten und das Kriegsrecht verhängt. Abbud, der sich nun „Präsident der Republik“ nannte, erklärte, er strebe eine Rückkehr zu demokratischen Verfassungsformen an. Er selbst gehörte der Khatmiya an, während sein Stellvertreter General Abd al-Wahab zu den Mahdisten zu rechnen war. Das Kabinett bestand aus sieben Offizieren, die gleichzeitig im Obersten Rat saßen, und fünf Zivilisten.<sup>173</sup> Entgegen seiner Erwartungen befand sich Ex-Premier Khalil nicht unter den neuen Regierungsgliedern, sondern wur-

---

<sup>169</sup> Vgl. Mattes, Sudan. S. 14.

<sup>170</sup> Vgl. Ghaffar/Landfried, Sudan. S. 1964.

<sup>171</sup> Vgl. Bechtolt, Politics. S. 201.

<sup>172</sup> „Abbud selbst war Angehöriger der Schaigiya und verkörperte gewissermaßen alle militärischen Vorurteile über diesen Stamm, der traditionell seit dem turko-ägyptischen Regime ein Hauptelement in der Armee darstellte, die Armee hatte sich darauf eingelassen, das die Interessen sowohl der Mahdisten als auch der Khatmiya berücksichtigt werden sollten. Dadurch wurde der Staat zu einer Art Unternehmen (im ökonomischen Sinn), in dem sich den Parteien den Kuchen teilten. Prunier, Genozid, S. 55.

<sup>173</sup> Vgl. Ghaffar/Landfried, Sudan. S.1964.



de im Gegenteil sogar für kurze Zeit inhaftiert.<sup>174</sup>“In Darfur jedoch herrschte das Empfinden vor, dass es keinen Unterschied mache, wer an der Macht sei: Zivilisten oder Militärs, die Männer in Khartoum kümmerten sich nicht um ihre entlegene Kolonie, sondern nur um das Niltal“<sup>175</sup>.

Die Politik des Militärregimes für den Südsudan bestand in erster Linie darin, die Opposition zu unterdrücken und die Einheit des Landes durch Islamisierung und Arabisierung zu verwirklichen, wobei man den Slogan „Ein Land, eine Sprache, eine Religion - Sudan, Arabisch, Islam“ verwendete.<sup>176</sup> Die Arabisierungs- und Islamisierungspolitik der Regierung im Südsudan, unter dem Deckmantel der nationalen Integration, weckte unter der Bevölkerung wachsenden Widerstand. Viele Südsudanesen verließen ihre Dörfer und schlossen sich entweder der Guerilla-Organisation Anya Nya an, oder flohen über die Grenzen in die Nachbarstaaten.<sup>177</sup> Alle Repressionsmaßnahmen, derer sich das Militärregime bediente, trugen nichts dazu bei, die Hauptprobleme des Landes zu lösen. Weder die Verbesserung der miserablen Wirtschaftslage, gekennzeichnet durch hohe Teuerung und Arbeitslosigkeit noch die Befriedung des Südens wurden erreicht.<sup>178</sup> Das Militärregime entfremdete sich 1959 von den Mahdisten, deren Mitglieder aus dem Obersten Rat ausschieden, während General Wahab in den Ruhestand ging. Die ehemalige Umma-Partei sammelte nun im Untergrund die Opposition um sich.<sup>179</sup>

Die Militärregierung unternahm den Versuch, durch Vereinheitlichung von Sprache und Religion den Süden zu integrieren, was ohne ein umfassendes Planungskonzept zum Scheitern verurteilt war. Man beschränkte sich darauf, Moscheen und religiöse Institute zu gründen, anstatt die Integration „im Rahmen eines sozio-ökonomischen Entwicklungsprozesses zu propagieren.“<sup>180</sup> Nach dem Scheitern dieser Politik setzte die Militärregierung eine Untersuchungskommission zur Unter-

---

<sup>174</sup> Vgl. Bechtolt, Politics. S. 201.

<sup>175</sup> Prunier, Genozid. S. 55.

<sup>176</sup> Vgl. Mattes, Sudan. S. 41.

<sup>177</sup> Vgl. Beshir, Southern Sudan. S. 80.

<sup>178</sup> Vgl. Mattes, Sudan. S.14.

<sup>179</sup> Vgl. Ghaffar/Landfried, Sudan. S. 1964f.

<sup>180</sup> Vgl. Abdel Gaffar, Integration. S. 157.

suchung der Ursachen der regionalen Konflikte ein, die sich aus der „Gegenelite“ des Nordens zusammensetzte: Angehörige der urbanen Schichten und Mitglieder der verbotenen Parteien, die hier ihre Chance sahen, ihrer Unzufriedenheit ein Sprachrohr zu verschaffen. Es wurde dabei auch eine Ablösung des Militärregimes und eine Rückkehr zu einer demokratischen Verfassung gefordert. Das Verbot solcher Diskussionen im universitären Bereich wurde nicht eingehalten und führte zu Unruhen.<sup>181</sup> Die Militärregierung hatte zudem versucht, durch Einführung eines neuen Provinzverwaltungssystems die traditionellen Herrschaftsstrukturen zu schwächen, was lediglich zu verstärkter Opposition und passivem Widerstand des Beamtenapparates führte.<sup>182</sup>

Am 21. Oktober 1964 kam es zu Massenprotesten (die sog. *Oktoberrevolution*), hauptsächlich von Mitgliedern der *effendia* und linksnationalistischen Kräften (welche die Professionals' Front bildeten), worauf die Armee ihr politisches Scheitern eingestand und bald in die Kasernen zurückkehrte.<sup>183</sup> Die Opposition proklamierte die sog. Oktobercharta:

- Bildung einer Übergangsregierung auf dem Boden der Verfassung von 1956
- Abhaltung von Wahlen bis März 1965 zur Bildung einer neuen Exekutive und Ausarbeitung einer neuen Verfassung
- Abschaffung des Kriegsrechts und Gewährung der freien Meinungsäußerung
- Unabhängigkeit der Justiz und der Universität von Khartoum
- Freilassung aller politischer Gefangener
- Eine neue Außenpolitik, die sich gegen den Imperialismus und gegen imperialistische Bündnisse wendet<sup>184</sup>

---

<sup>181</sup> Vgl. Abdel Gaffar, Integration. S. 160.

<sup>182</sup> Vgl. Sellin, Harald: Innenpolitik. In: Eitner, Kurt & Ahmed, Munir D. (Hgg.): Republik Sudan. Staat – Politik – Wirtschaft. Probleme eines Entwicklungslandes. (Mitteilungen des deutschen Orient-Instituts Nr. 14) Hamburg 1980. S. 83.

<sup>183</sup> Vgl. Mattes, Sudan. S. 14.

<sup>184</sup> Vgl. Khalid, Mansur: Al Nukhba al-Sudaniya wa Idman al-Faschel. (Die sudanesische Elite und ihr Dauerversagen) Kairo 1993. S. 76f.(= Khalid, Al-Nukhba)

Abbud löste den Obersten Rat und sein Kabinett auf und trat kurze Zeit später zurück. Am 30. Oktober wurde eine Übergangsregierung unter dem parteilosen Sirr al-Khatim al-Khalifa gebildet. Vom neuen Kabinett kamen sieben Mitglieder aus der *effendia* (Professionals' Front), zwei aus dem Süden und je eins von Umma, NUP, PDP, Muslimbruderschaft und KPS. Durch ihre starke Präsenz in der *effendia* kamen die Kommunisten, die als einzige ihre Parteistruktur während der Militärrherrschaft erhalten können, schließlich auf drei Kabinettsitze. Während die meisten etablierten Parteien eine rasche Durchführung von Wahlen befürworteten, um ihre Legitimität wiederherzustellen, wollten die Professionals' Front und die Kommunisten, die radikale Reformen im Auge hatten, sowie die PDP die Wahlen hinausschieben.<sup>185</sup> Aus der Sicht von Umma und NUP wurde die Übergangsregierung zu sehr von Kommunisten und Intellektuellen (*effendia*) dominiert, und so erzwangen sie eine Regierungsumbildung, nachdem es im Februar 1965 zu Massendemonstrationen von Anhängern der Sektenparteien in Khartoum gekommen war.<sup>186</sup> Das neue Kabinett aus Umma, NUP und der Muslimbruderschaft (ICF) wurde von KPS und PDP boykottiert, während die Professionals' Front zerbrach. Die Wahlen fanden schließlich im April statt.<sup>187</sup>

Um eine politische Lösung des Nord-Süd-Konfliktes herbeizuführen, wurde noch vor der Wahl (im März) in Khartoum die „sogenannte Round-table-Konferenz“ einberufen, an der Vertreter aller politischen Kräfte aus Nord und Süd teilnahmen. Auf dieser Konferenz stießen die zentrifugalen Kräfte des Südens auf die zentripetalen Kräfte des Nordens. Die zentrifugalen Bestrebungen ihrerseits zeigten zwei Richtungen: Der radikale Flügel der Sanu trat zusammen mit der Southern Front für eine völlige Abtrennung des Südens ein, während der gemäßigte Flügel später für eine **föderative Lösung** war. Ihr Modell sah zwei getrennte Regierungen und ein Koordinationsorgan vor, ein Vorschlag, der im Norden kein Gehör fand. Die zentripetalen Kräfte, vertreten durch Bürokratie, Wirtschaft und Militär wollten in jedem Fall den Staat erhalten und lehnten sowohl das bisherige Staatsmodell als auch die föderative Lösung zugunsten einer regionalen Ordnung ab. Diese Ansichten

---

<sup>185</sup> Vgl. Holt/Daly, Sudan. S.182f.

<sup>186</sup> Vgl. Ghaffar/Landfried, Sudan. S.1969.

<sup>187</sup> Vgl. Holt/Daly, Sudan.S.183f.

waren zu konträr, um eine Lösung zu ermöglichen – die Konferenz scheiterte. Als einziger Fortschritt wurde jedoch ein zwölköpfiges Komitee aus Vertretern beider Regionen ins Leben gerufen, um alternative Lösungen auszuarbeiten. Dieses Komitee hat später ein verwendbares Modell einer regionalen Autonomie mit einem Regionalparlament ausgearbeitet, obwohl zahlreiche noch strittige Fragen an eine **zukünftige Verfassung verwiesen** wurden. Auch dieses Modell fand nicht die Zustimmung des Nordens.<sup>188</sup>

### 7.3 Der Post-Oktober-Gesellschaft im Sudan 1965 – 1969

Für die Wahlen von 1965 hatte man das Wahlalter auf 18 Jahre gesenkt und erstmals ein Frauenwahlrecht eingeführt. Ein Senat wurde nicht mehr gewählt. Der Süden blieb von der Wahl ausgeschlossen; hier sollten erst 1967 Nachwahlen stattfinden. Es stellten sich zwölf Parteien zur Wahl, wobei der Wähler zwischen traditionellen und radikalen, einander ausschließenden Ansichten entscheiden mußte und nicht wie bisher nur die Wahl zwischen zwei Sektenparteien und einer weltlichen Partei hatte.<sup>189</sup> Der kurze Wahlkampf konzentrierte sich auf die drei Hauptthemen Lösung des Südproblems, Beendigung der Wirtschaftskrise sowie politische und soziale Prioritäten in der „Post-Oktober-Gesellschaft“.<sup>190</sup>

Die beiden Wahlsieger Umma und NUP gingen eine Koalition ein; Ministerpräsident wurde Mahgoub (Umma). Dieser setzte eine **Verfassungsänderung** durch, die bewirkte, dass der NUP-Chef und frühere Premier Azhari bis zur nächsten Wahl Präsident des Souveränitätsrates wurde. Damit hatten sich die beiden großen Sektenparteien abermals arrangiert, doch waren sie nicht in der Lage, stabile Verhältnisse herbeizuführen. Es begann eine Phase wechselnder Koalitionsregierungen.<sup>191</sup> Die Regierung Mahgoub schien bezüglich der Behandlung des Nord-Süd-Konfliktes wenig vom vorausgehenden Militärregime gelernt zu haben. Gewalt durch Regierungstruppen ließ im Süden den Bürgerkrieg weiter eskalieren, was schließlich dazu führte, dass die Regierung im Süden die Kontrolle über die Gebie-

---

<sup>188</sup> Vgl. Ghaffar, Integration. S.161ff.

<sup>189</sup> Vgl. Bechtolt, Politics. S. 220.

<sup>190</sup> Vgl. Bechtolt, Politics. S. 224.

<sup>191</sup> Vgl. Ghaffar/Landfried. Sudan. S. 1970f.

te außerhalb der Städte an die Anya Nya-Rebellen verlor. Unterdessen formierte sich die Southern Front zu einer offiziellen Partei. Gleiches tat die SANU-Fraktion unter William Deng, die für eine föderale Lösung eintrat, aber beide waren keine Vertreter der Anya Nya-Rebellen oder der Südsudanesen im Exil.<sup>192</sup> Die Parteien des Südens, wenn man sie so bezeichnen darf, waren als Träger eines föderalen Systems denkbar schlecht geeignet. Tetzlaff bezeichnet sie als „wenig mehr als *Ethno-Vereine*, d.h. operationsschwache Einrichtungen zur Maximierung von Wählerstimmen.“<sup>193</sup> Diese Gruppen waren um Einzelpersonen ausgerichtet und es fehlte an klaren Programmen. Ein bedeutender Teil der südlichen Bildungselite wurde zudem in den Massakern des Jahres 1965 umgebracht.<sup>194</sup>

Die Anhänger der Mahdisten aus Darfur waren gerade gut genug, um in der Mahdi-Miliz als Speer- und Messerträger zu dienen, für die Umma-Partei zu stimmen und für einen Hungerlohn auf den Ländereien der „familieneigenen“ Sekte zu arbeiten, hatten aber kein Recht, einen angemessenen Anteil am Etat der Regierung zu verlangen, zu deren Wahl sie entscheidend beigetragen hatten. Nach der Wahl von 1965 wurde ein Verfassungskomitee geschaffen, das über eine Verfassung diskutierte, die dem Sudan angemessen wäre. Es gab drei Entwürfe: eine vom ICF (Hassan al-Turabi, der junge, dynamische Führer der Muslimbrüder, war Mitglied des Verfassungskomitee<sup>195</sup>) unterstützte islamische Verfassung, eine säkulare, die vom Süden und von einigen säkular eingestellten Abgeordneten aus dem Norden befürwortet wurde, und einer „islamisch ausgerichtete“ Verfassung, die von den Unionisten getragen wurde.

“ Der Hauptwiderstand dagegen kam überraschenderweise nicht nur aus dem Süden, sondern auch von den Vertreter aus Darfur, den Nubabergen und der Bergregion am Roten Meer, und zwar weil >sie, obwohl Muslime, eine islamische Verfassung als einen

---

<sup>192</sup> Vgl. Holt/Daly, Sudan. S. 187f.

<sup>193</sup> Tetzlaff, Demokratisierungsanläufe. S. 312.

<sup>194</sup> Vgl. Tetzlaff, Demokratisierungsanläufe. S. 312f.

<sup>195</sup> „Dieser Faktor ist außerordentlich wichtig. Die gesamte Elite der „Fluss-Araber“ ist ein riesiges Netzwerk miteinander verwandter und verschwägerter Familien. Hassan al-Turabi, z.B. ist mit einer Schwester Sadiq al-Mahdis verheiratet. Die auf sie gemünzte Bezeichnung *aulad al-beld* („Söhne des Landes“) besagt, dass, wer nicht zu dieser Elite gehört, Bürger zweiter Klasse ist“. Prunier Genozid. S.58.

Trick ansahen, die Vorherrschaft des Norden-Zentralsudans unter dem Schutz einer islamischen und arabischen Kultur zu festigen, war die Marginalisierung der Bevölkerung im Süden, Westen und Osten fortschreiben würde“<sup>196</sup>

Ende des Jahres wurde die Kommunistische Partei von der Regierung verboten, worauf die acht kommunistischen Abgeordneten der Verfassungsgebenden Versammlung ihre Mandate verloren. Zwar wurde ihrem Berufungsantrag am Appellationsgericht stattgegeben und das Verbot für illegal erklärt, aber durch von den traditionellen Parteien initiierte Großdemonstrationen in Khartoum gelang es dem Parlament (bzw. der Regierung), sich auf ihr höheres Recht als Verfassungsorgan zu berufen. Hier wurde ein Ansatz zur Gewaltenteilung von den traditionalistischen Kräften blockiert. Im Jahre 1966 war die Umma-Partei in einen progressiven Flügel unter dem jungen Saddik al-Mahdi<sup>197</sup> und in einen konservativen Flügel unter dem Imam al-Mahdi, Saddiks Onkel, gespalten. Diese Spaltung wurde von NUP-Führer Azhari ausgenutzt, der eine Diskussion um die Frage entfachte, wer den Sudan auf internationalen Gipfeltreffen vertreten sollte. Die NUP-Kabinettsmitglieder traten zurück, um Azhari zu unterstützen und kehrten wieder in die Regierung zurück, nachdem entschieden worden war, dass Azhari künftig das Land auf internationalen Konferenzen vertreten sollte.<sup>198</sup> Dem progressiven Flügel gelang es zusammen mit der NUP, am 15. Juli 1966 die Regierung Magoub zu stürzen.<sup>199</sup> Einige Umma-Abgeordnete waren an Maghoub herantreten und wollten ihm nahelegen, zugunsten des jungen Saddik zurückzutreten, doch Maghoub hatte sein Befremden darüber zum Ausdruck gebracht und erwidert, Saddik, der gerade erst 30 Jahre geworden war, sei zu jung für das Amt des Premiers und taue auch nicht dazu, und wenn er Premier würde, würde er sich nicht mehr als neun Monate lang halten können – was dann auch eintrat. Saddik wurde am 26. Juli 1966 Premierminister und konnte sich nur bis Mai 1967 halten. Nach seinem Sturz hielt Maghoub eine

---

<sup>196</sup> Prunier, Genozid. S.57.

<sup>197</sup> Saddik (Sadiq) al-Mahdi, geboren am 25. Dezember 1935, Urenkel des Dynastiegründers, studierte in Oxford Geschichte und zog als Abgeordneter des Wahlkreises Kosti, einer Ansar-Hochburg am Weißen Nil, wo seine Familie durch Baumwolle zu einer der reichsten des Landes geworden ist, ins Parlament ein. Vgl. Tetzlaff, Staatswerdung. S. 34.

<sup>198</sup> Vgl. Holt/Daly, Sudan. S. 189.

<sup>199</sup> Vgl. Ghaffar/Landfried, Sudan. S. 1971.

Rede im Parlament, in welcher er die gegenwärtige Situation als Krise der Demokratie, Krise der Moral und Krise der menschlichen Beziehungen bezeichnete und beklagte, dass die gleichen Leute, für die er ein Leben lang gekämpft habe, ihm nun die Hände fesselten, seinen Bogen zerbrachen und sein Schwert durch ein Holzsword ersetzt hätten.<sup>200</sup> Im Mai 1967 zerbrach die Koalition zwischen NUP und Umma-Fraktion Saddiks.

Die NUP koalierte nun mit der Imam-Fraktion der Umma und Mahgoub wurde erneut Premier. Diese Regierung hob das Verbot der KPS wieder auf und legte noch einen Verfassungsentwurf vor, (Präsidentialverfassung mit starker Exekutive), der bei PDP und KP auf heftigen Widerstand stößt, obwohl diese Parteien im Parlament kaum eine Rolle spielten. Dennoch führte diese Verfassungsdiskussion dazu, dass sich NUP und PDP wieder annäherten und zusammen die DUP (UDP) unter Vorsitz von Azhari und des PDP-Vorsitzenden Ali Abdul Rahman bildeten.

Nach Rücktritt von über einem Drittel ihrer Mitglieder war die Versammlung am 7. Februar 1968 in **Verfassungsfragen** nicht mehr beschlußfähig, worauf die Regierung ihre Auflösung und Neuwahlen beschloß. Eine Verfassungsklage der Opposition unter Saddik wurde aus formalen Gründen abgewiesen. Im April und Mai 1968 wurden Neuwahlen nach dem gleichen System wie 1965 abgehalten.<sup>201</sup>

In der neuen Versammlung bildete die DUP eine Koalition mit dem Imam-Flügel der Umma-Partei mit Mahgoub als neuen und alten Premierminister. In den Diskussionen um die **Präsidentialverfassung** ging es den Parteien nur um personelle Alternativen. Als die DUP Azhari als ihren Kandidaten für das Präsidentenamt aufstellte, vereinigten sich die beiden Umma-Flügel wieder und stellten den Imam al-Mahdi als Kandidaten auf. Seitens der links panarabisch orientierten Intelligenz wurde der ehemalige Oberrichter Awadallah als Kandidat präsentiert, der bereits 1965 das KP-Verbot für illegal erklärt hatte. Diese wollten das im Verfassungsentwurf vorgesehene Verbot von „atheistischen Organisationen“ (womit vor allem die KP gemeint war) zu Fall bringen. Die Unzufriedenheit mit den Koalitionsregierungen wuchs. Es kam wieder zu Stimmenhandel im Parlament und die Minister ver-

---

<sup>200</sup> Vgl. Khalid, Al Nukhba. S.154f.

<sup>201</sup> Vgl.Ghaffar/Landfried, Sudan.S.1971f.

suchten, ihre Ministerien in kleine „Sonderregierungen“ zu verwandeln.<sup>202</sup> Saddik al-Mahdi beschrieb die Situation folgendermaßen: “Outstanding leaders go about with parliamentary baskets in which they collect M.P,s. When one has collected the right number, he becomes Prime Minister.. When some M.P,s jump out, he ceases to be Prime Minister.”<sup>203</sup>

Nach der Wiedervereinigung der beiden Umma-Flügel am 11. April 1969 verschaffte sich diese Partei sogleich einige Stimmen, um die Regierung Mahgoub zu stürzen. Am 24. April erklärte Mahgoub seinen Rücktritt, wollte aber bis zur Bildung einer neuen Koalitionsregierung im Amt bleiben.<sup>204</sup> Das Land war **einen Monat ohne Regierung** und eine neue Amtszeit von Saddik al-Mahdi schien sich anzubahnen, doch zuvor machte ein Militärputsch durch Jafaar Mohamed Numeiri<sup>205</sup> den Parteienstreitigkeiten ein Ende.<sup>206</sup>

## 8. Das Militärregime unter Numeiri 1969 - 1985

Am 25. Mai 1969 übernahm eine Gruppe „freier Offiziere“ unter der Führung von Oberst Numeiri in einem unblutigen Staatsstreich die Macht. Verfassungsgebende Versammlung und Staatsrat wurden aufgelöst, die **provisorische Verfassung** annulliert und alle Parteien verboten. Widerstand gab es nur auf Seiten der Umma und der Muslimbruderschaft, während Mohammed Osman, der Chef der Khatmiya Numeiri seine Unterstützung versprach. Bewaffneter Widerstand der Mahdisten wurde bereits 1970 von der Armee niedergeschlagen, wobei der Imam den Tod fand. Die neuen Machthaber waren einem staatlichen Sozialismus nach ägyptischem Vorbild verpflichtet.<sup>207</sup> Die KPS, obwohl nicht mit den Putschisten verbündet, behielt einen gewissen Handlungsspielraum, da sich Numeiri von den Kommunisten Unterstützung gegen die Mahdisten und Muslimbrüder versprach. Es wurde ein Revolutionsrat eingesetzt und ein neues Kabinett gebildet, in dem drei

---

<sup>202</sup> Vgl. Ghaffar/Landfried, Sudan.S. 1973.

<sup>203</sup> Zit. n. Ghaffar/Landfried, Sudan. S. 1973.

<sup>204</sup> Vgl. Bechtolt, Politics. S. 257.

<sup>205</sup> Jaafar Mohammed an-Numeiri wurde 1930 in Omdurman geboren und schloß 1952 die sudanesishe Militärschule ab. Nassers Staatsstreich in Ägypten 1952 übte einen starken Einfluß auf ihn aus. Vor seiner Beteiligung am 1969er-Putsch war er in mehrere Verschwörungen verstrickt. Microsoft Encarta Enzyklopädie 2000: Stichwort „Numeiri, Jaafar Mohammed ”.

<sup>206</sup> Vgl. Tetzlaff, Staatswerdung. S. 35.

<sup>207</sup>



Kommunisten saßen. Ministerpräsident wurde zunächst der ehemalige Oberrichter Awadallah, bis ihn Numeiri bereits im November 1969 auf den Posten des Justiz- und Außenministers versetzt und selbst Ministerpräsident wurde. Am 9. November 1970 wurden Pläne einer Föderation zwischen Sudan, Ägypten und Libyen proklamiert. Numeiri kündigte eine **Präsidentialverfassung** an und lehnte es ab, zur parlamentarischen Demokratie zurückzukehren. Er plante eine Staatspartei nach ägyptischem Vorbild und forderte daher von der KP eine „freiwillige“ Selbstauflösung, was diese ablehnte. Trotz Bekenntnis zum „wissenschaftlichen Sozialismus“ als neuem Staatsprinzip wendete sich Numeiri nun gegen die KPS. Die geplante Staatspartei wurde am 25. Mai 1971 als *Sudanesische Sozialistische Union* (SSU) gegründet. Nachdem im Juli fast ein Putsch gegen ihn gelungen war, sah Numeiri sich gezwungen, sich plebiszitäre Bestätigung zu verschaffen und veranstaltete im September Scheinwahlen mit sich als einzigem Kandidaten und erhielt 98,6% Stimmen.<sup>208</sup> Im Mai 1973 wurde eine **Verfassung verabschiedet**, nach der die „Landbewirtschaftler, Arbeiter, Intellektuellen, nationalen Kapitalisten und Soldaten“ die fünf Säulen der „sozialistischen“ Volksgemeinschaft bildeten. Von religiösen Führern war hier keine Rede, auch die Minderheiten im Süden, Westen und Osten kommen nicht vor. Im Sudan der Numeirizeit lassen sich sieben politikprägende Gruppen ausmachen:

- Offiziere mit unterschiedlichen Weltanschauungen, die ihrerseits in drei Gruppen zerfallen: eine nasseristisch-sozialistische Fraktion die z.T. den Kommunisten nahesteht; eine säkulare oder gemäßigt-islamische Fraktion und eine fundamentalistisch-islamische Fraktion, die den Muslimbrüdern nahesteht und eine islamische Republik anstrebt.
- Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter mit dem regionalen Schwerpunkt Atbara (dem Sitz der Eisenbahngesellschaft)
- Die *effendia*, meist in Berufsverbänden organisierte Gruppen urbaner Mittelschichten.
- Die religiösen Sekten mit ihren Parteien Umma und DUP.

---

<sup>208</sup> Vgl. Ghaffar/Landfried, Sudan. S. 1973ff.

- Die beiden modernen islamischen Gegenbewegungen zu den Sektenparteien: die reformorientierten Republikanischen Brüder und die rückwärts gerichteten Muslimbrüder.
- Die „Gezira-Pächter“, ein einflußreicher Interessenverband der Pächter von Baumwollparzellen in der Gezira-Region.
- Regionale ethnische Protestbewegungen, z.B. der Beja-Kongress, SNAU Westen die Nuba Mountains Union oder die Anya Nya-Rebellen im Süden.<sup>209</sup>

Von diesen Gruppen sind es vor allem die Muslimbrüder, die bis 1977 immer wieder kleinere Unruhen und Demonstrationen angezettelt haben, obwohl Numeiri sich mit demonstrativen religiösen Aktivitäten in der Öffentlichkeit zeigte. Nach einigen Umsturzversuchen verkündete Numeiri 1977 eine „nationale Versöhnung“, worauf ein Großteil der Muslimbrüder mit ihrem Anführer Turabi sich der SSU anschloß, um diese mit ihrer Ideologie zu unterwandern.<sup>210</sup> Die Politik der „nationalen Versöhnung“ bewirkte, dass zahlreiche Oppositionelle aus dem Exil zurückkehrten, die in der Folge auch bei der Vergabe von Posten berücksichtigt wurden. Zahlreiche der alten Funktionäre, die daraufhin ihre Privilegien verloren, wandten sich von Numeiri ab und wechselten ins Lager der Opposition. Die Schwäche der Regierung führte zu einem Erstarren der traditionellen Kräfte, insbesondere der Muslimbrüder, auf deren wachsenden Einfluß Numeiri in irgendeiner Weise reagieren mußte. Er beschloß daher die Einführung der Sharia-Gesetze.<sup>211</sup>

---

<sup>209</sup> Vgl. Tetzlaff, Demokratisierungsanläufe. S. 300ff.

<sup>210</sup> Vgl. Wolf, Bewegung. S. 209.

<sup>211</sup> Vgl. Tzschaschel, Joachim: Spannungsfeld Sudan. Regionale Ursachen und überregionale Zusammenhänge. In: Europa-Archiv, Folge 15, 1984. S. 464ff. (= Tzschasche, Spannungsfeld) Vgl. ferner: Duran, Khalid: Die islamische Welt in der ideologischen Zerreißprobe – Totalitärer Islamismus versus Reformation des Glaubens. In: Zeitschrift für Kulturaustausch Nr. 35. Stuttgart 1985. S. 498ff.

## 8.1 Die Einführung der islamischen Gesetze (Sharia<sup>212</sup>)

„Ohne die Betrachtung der islamischen Bewegungen und Parteien ist die Blockierung der Demokratiebewegung im Sudan gänzlich unverständlich. In keinem afrikanischen Land hat die Religion eine so zentrale Rolle gespielt wie im Sudan seit Beginn des zweiten Bürgerkriegs.“<sup>213</sup>

Dieses Zitat von Tetzlaff zeigt, dass die Bedeutung des Islam im Sudan nicht zu unterschätzen ist. Politische Struktur und Konfliktpotentiale gehen auf die besondere Form der Islamisierung des Landes seit dem 16. Jahrhundert zurück, was in keinem anderen arabischen Land der Fall ist. Vier große Parteien (Umma/Ansar, DUP/Khatmiya, Muslimbrüder und Republikanische Brüder) sind jeweils eng mit einer islamischen Tradition im Sudan verbunden.<sup>214</sup> Insbesondere Hasan Turabi, der Anführer der Muslimbrüder, sah sich in der Tradition der großen islamischen Reformer Gamal ad-Din al-Afgani (1839 – 1897), Muhammad Abduh (1848 – 1905) und dem Gründer der Bruderschaft Hasan-al-Banna (1906 – 1948). Die Muslimbrüder strebten eine umfassende religiös-politische Erneuerung von Staat und Gesellschaft an, wobei ihnen eine „korankompatible“ Version der Demokratisierung vorschwebte. Sie sahen sich dabei als im Gegensatz sowohl zu den traditionellen Sektenparteien als auch zum westlichen Parteiensystem stehend.<sup>215</sup> Die Bruderschaft errang in ihren Bemühungen um eine islamische Verfassung einen ersten Erfolg, als Turabi 1967 in die 44köpfige *National Commission for the Constitution* und in deren 15köpfiges technisches Komitee berufen wurde. Nach dem Militärputsch 1969 wurde der Islamisierungsprozess zunächst unterbrochen, da sich Numeiri am arabischen Sozialismus ägyptischer Prägung orientierte und sich ge-

---

<sup>212</sup> „Sharia“ ist eines der meistgebrauchten Schlagwörter, wenn über den Islam gesprochen wird. Islamisten fordern in ihren Staaten, die Sharia als politisches System durchzusetzen. Kritiker der Sharia warnen vor den Gesetzen der Sharia, weil die Herrscher nicht Gerechtigkeit einführen können. Mit dem Begriff Sharia verbindet man zumeist harte Körperstrafen, zu diesen Strafen gehören: Amputation von Gliedmaßen, Auspeitschung, Steinigung bei Ehebruch und Hinrichtungen mit anschließender Kreuzigung. Obwohl die Sharia kein real vorliegendes Gesetzbuch ist, wird sie schon in einigen islamischen Staaten angewandt. Vgl. Hoffmann, Murad: Islam als Alternative. München. 1992. S.123.(= Hoffmann, Islam)

<sup>213</sup> Tetzlaff, Demokratisierungsanläufe. S. 309.

<sup>214</sup> Vgl. Mattes, Sudan. S. 31f. Hier findet sich ein ausführlicher historischer Abriss über die verschiedenen Richtungen. Siehe auch Fußnoten 121 und 156.

<sup>215</sup> Vgl. Tetzlaff, Staatswerdung. S. 17.

gen die Bruderschaft wandte, die in der Folgezeit das Ziel von Repressionen wurde. Es wurde bereits erwähnt, dass Numeiri seine Politik änderte und sich den Muslimbrüdern annäherte. So wurde Turabi 1979 zum Generalstaatsanwalt ernannt, wodurch die Bruderschaft erheblichen Einfluß gewann. In Form der sog. Septembergesetze vom 8. September 1983 verfügte Numeiri per Präsidialdekret die Aufhebung des bisherigen Rechtssystems. Das islamische Recht, die Sharia wurde die Grundlage der Gesetzgebung und die volle Anwendung der dort vorgesehenen Strafen gesetzlich angeordnet. Islamisierungsgesetze für den wirtschaftlichen Bereich folgten. Zwar konnte diese Entwicklung nicht dem direkten Einfluß der Muslimbrüder zugeschrieben werden, sondern eher Numeiris Beratern al-Nayyil Abu Qurum und Ahmad al-Jid, doch war es Turabi, der diese Politik guthieß und dem Engagement seiner Bruderschaft zuschrieb.<sup>216</sup> Turabi selbst vertrat später die Ansicht, dass Numeiri lediglich mit der *Sharia*-Frage gespielt hätte, um sein Regime zu stabilisieren:

„Numeiri selbst war in dieser Sache gar nicht ehrlich engagiert, glauben Sie mir. Er sah einfach, daß die islamische Bewegung und das islamische Bewußtsein im Lande zunehmen und wollte Vorteile daraus ziehen. Ich war zu der Zeit Dekan der juristischen Fakultät und Generalstaatsanwalt. Er entließ mich als Generalstaatsanwalt, warf mich sozusagen fort, ...denn er wollte nicht, daß die Islamisierung mir zum Teil zugute geschrieben wurde, er wollte den ganzen politischen Vorteil daraus für sich. Und nachdem die *Sharia* angewandt wurde und er Druck von den Amerikanern bekam, warf er mich ins Gefängnis.“<sup>217</sup>

Im Sudan ist die Sharia eigentlich nichts Neues. Sie wurde von den Muslims schon immer bei persönlichen Angelegenheiten wie Hochzeiten, Scheidungen, Erbschaften usw. praktiziert. Die anderen Glaubensgemeinschaften, z.B. die sog. Buchreli-

---

<sup>216</sup> Vgl. Mattes, Sudan. S. 35f.

<sup>217</sup> Al-Turabi, Hasan: „Den Willen der Mehrheit im Lande fallen lassen?“ Interview mit H. Falkenstörfer am 5.12.1992 in Khartoum. In: epd. Dokumentation 9/93, hg. vom evangelischen Pressedienst. Frankfurt/M. 1993. S. 42 – 61. zit. n. Tetzlaff, Staatswerdung. S. 27.

gionen (Christen und Juden), hatten das Recht, ihre persönlichen und religiösen Angelegenheiten entsprechend ihrer Religion zu regeln. Die Anwendung der islamischen Sharia-Gesetze, die die seit 1899 bestehende angelsächsische Rechtsordnung abgelöst hat, blieb umstritten. Besonders umstritten waren die sogenannten Sharia-Strafbestimmungen im Bereich des Strafrechts.<sup>218</sup> Die Sharia-Gesetze sehen u.a. vor, dass Diebstahl mit Verlust der rechten Hand (im Wiederholungsfall zusätzlich mit Verlust des linken Fußes) bestraft wird (Koran, Sure 5, 38 – 39), wobei der gestohlene Gegenstand einen gewissen Mindestwert haben muß; das Trinken von Alkohol wird mit 40 Geißelhieben (oder je nach Rechtsschule mit 80) bestraft (Koran, Sure 5, 90f.); auf Unzucht stehen je nach Umständen Steinigung oder 100 Geißelhiebe (Koran, Sure 24, 2). Der Abfall vom Islam kann bei Uneinsichtigkeit der Todesstrafe unterliegen. Andere Vergehen unterliegen einer „Züchtigung“ nach Ermessen des Richters, wobei alles als Vergehen angesehen werden kann, was dem „öffentlichen Interesse“ (maslaha amma) widerspricht. Das islamische Recht wird durch das Beweisrecht stark eingeschränkt und es existiert auch keine Verfolgung von Amts wegen.<sup>219</sup> Die rigide Anwendung der Sharia-Gesetze hat zu erheblichen Menschenrechtsverletzungen geführt. Zwar kommen Verletzungen der Menschenrechte im Sudan seit der Unabhängigkeit ungeachtet der Regierungsform in großer Häufigkeit vor – lediglich ihr Ausmaß ist Schwankungen unterworfen – doch traten sie in der Numeirizeit besonders gehäuft auf.<sup>220</sup>

Obwohl verschiedene Erklärungen für die plötzliche Einführung der islamischen Sharia-Gesetzgebung gegeben wurden, scheint es, dass die Absicht Numeiris darin bestanden hat, die Muslimbruderschaft auszumanövrieren, die sich dem Plan ideologisch trotz seiner allgemeinen Unpopularität nicht widersetzen konnte. Gegen die Einführung der Sharia-Gesetze gab es neben der starken Opposition in der Südregion auch aus den Kreisen der Nordsudanesen starke Kritik.<sup>221</sup> Die Ge-

---

<sup>218</sup> Vgl. Al-Affendi, Abdel Wahab: Sudan Nile – New laws for a new land. In: Arabia (Books), Nr. 39. Burnham Nov. 1984. S. 24f.

<sup>219</sup> Vgl. Lexikon des Mittelalters. Studienausgabe. Bd. 8. Stuttgart – Weimar 1999. S. 206f. Vgl. Woodward, Peter: Islam and Politics. In: Abd al-Rahim, Muddathir & Badal, Raphael (Hgg.): Sudan since independence. Hauts (England) 1986. S. 4ff.

<sup>220</sup> Vgl. Adam, Jürgen: Die Lage der Menschenrechte im Sudan 1985 – 1993.. In: Wuqûf 7 – 8. Beiträge zur Entwicklung von Staat und Gesellschaft in Nordafrika. Hamburg 1993. S. 101 – 117.

(= Adam, Menschenrechte)

<sup>221</sup> Vgl. Tzschaschel, Spannungsfeld. S. 498ff.

setze von 1983 entsprachen nicht der islamischen Jurisprudenz (fiqh), sondern sind als „Überstülpung“ islamischer Rechtsbegriffe auf vorhandene Gesetze zu sehen. Es blieb etwa ungeklärt, welcher Rechtsschule zu folgen sei und die oben erwähnten Einschränkungen der strengen Gesetze (etwa Rechtszweifel, strenge Beweisregeln und Ausschluss unzulässiger Zeugen) wurden nicht angewendet, vielmehr wurde eine möglichst rigide Anwendung der Gesetze angestrebt und ohne erkennbare juristische Richtung die jeweils schärfsten Maßnahmen getroffen. Muslime und Nichtmuslime wurden zudem unterschiedlich behandelt. Der Führer der Umma-Partei, Saddik al-Mahdi kritisierte in einer Rede vom 17. September 1983 die Einführung der Sharia in einer Rede in der Ansar-Moschee von Omdurman. Er vertrat die Ansicht, die selektive Anwendung der Sharia laufe dem wahren Islam zuwider und widerspreche dem islamischen Prinzip der sozialen Gleichheit. Saddik al-Mahdi wurde mit anderen Ansar-Führern kurz darauf verhaftet und blieb bis Ende des Numeiri-Regimes in Haft.<sup>222</sup>

Bei aller Kritik der Sharia-Gesetze von islamischer Seite darf jedoch nicht übersehen werden, dass diese Kritik nicht aus menschenrechtlichen Gesichtspunkten erfolgt ist, denn der Begriff der Menschenrechte ist ein Produkt der kulturellen Moderne und bezieht sich auf die Freiheit des Individuums. Der Islam - wie auch die anderen großen Weltreligionen – steht dieser Vorstellung skeptisch bis ablehnend gegenüber und der Begriff der Menschenrechte kommt in seinen Quellen nicht vor.<sup>223</sup>

Durch die Einführung der Sharia-Gesetze wurden die Spannungen zwischen Nord und Süd gefährlich verschärft. Das Abkommen von Addis Abeba von 1973, das den Bürgerkrieg zwischen Nord und Süd einstweilig beendet hatte und die Verpflichtungen der Verfassung von 1973, welche die Gleichheit aller Sudanesen vor dem Gesetz garantierte, wurden dadurch verletzt.<sup>224</sup> Als Reaktion auf die Einführung der Sharia meuterten ganze Truppenteile und gingen in den Busch, täglich

---

<sup>222</sup> Vgl. Köndgen, Olaf: Die Kodifikation des islamischen Strafrechts im Sudan seit Beginn der 80er Jahre. In: Wuqûf 7 – 8. Beiträge zur Entwicklung von Staat und Gesellschaft in Nordafrika. Hamburg 1993. S. 226f.

<sup>223</sup> Vgl. Krieger, Mark: Menschenrechte in arabo-islamischen Staaten. Am Beispiel Ägypten und Sudan. (Europäische Hochschulschriften. Reihe XXXI Politikwissenschaft Bd. 377) Frankfurt/M u.a. 1999. S. 351. (= Krieger, Menschenrechte)

<sup>224</sup> Vgl. Badal, Raphael: Oil and regional sentiment in the south. In: Abd al-Rahim, Muddathir & Badal, Raphael (Hgg.): Sudan since independence. Hauts (England) 1986. S. 143f.

desertierten Offiziere, Polizisten und Soldaten. Sie überfielen Polizeistationen oder arabische Händler aus dem Norden. So goß die Einführung der Sharia Öl ins Feuer. Sie förderte die politische Einigung des traditionell unter sich zerstrittenen Südens und gab dem militärischen Widerstand der Rebellen neuen Auftrieb. Die Rebellen wurden unter Führung John Garangs<sup>225</sup> reorganisiert und die Bewegung wurde in *Sudanese People's Liberation Army* (SPLA) mit dem politischen Flügel *Sudanese People's Liberation Movement* (SPLM) umbenannt.<sup>226</sup>

## 8.2 Der Widerstand marginalisierten Gesellschaften im Süden

Der Nordsüdkonflikt, der seit 1955 eskaliert und zwischen 1972 und 1983 nur oberflächlich zur Ruhe gekommen ist, ist derart vielschichtig, dass es bis heute noch nicht zu einer Lösung gekommen ist. Die Ursachen liegen in einem Konglomerat aus historischen Umständen (der *Southern Policy* der Kolonialherren), ethnischen und religiösen Unterschieden und verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen. Das sudanesisches Informationsministerium hat sie 1989 als „objektive innere Faktoren“ bezeichnet. Besonders seit Beginn der achtziger Jahre wurde seitens des Nordens eine unflexible Islamisierungs- und Arabisierungspolitik betrieben, deren Ziel die religiöse und kulturelle Dominanz des Nordens über den Süden war. Demgegenüber vertraten die Führer des Südens wie auch die säkular orientierte nationalistische Bewegung des Nordens das Konzept eines säkularen Staates ohne Diskriminierung von Religionen oder Ethnien.<sup>227</sup> Der Südsudankonflikt ist ein hauptsächlich politischer Konflikt um den Machtzugang in der nachkolonialen Phase der Staatswerdung und der Nationenbildung. Die politische **Elite**, die nach der Unabhängigkeit zur Macht gelangte, war ihrem Identitätsverständnis **nach arabisch** und stammte aus dem Norden oder aus dem Zentrum des Landes.

---

<sup>225</sup> John Garang, 1940 als Sohn muslimischer Dinka in Bor geboren, erhielt sein Abitur in Rumbek (Bahr al-Ghazal) und besuchte das Grinnell College in den USA. 1970 bis 1972 diente er in der Anya Nya I, bis er nach dem Frieden von Addis Abeba 1973 in die reguläre sudanesisches Armee eintrat. Mitte der 70er Jahre erhielt er militärische Fortbildungen in den USA und in Israel. An der State University Iowa promovierte er über den Jonglei-Kanal, dessen Bau er erstaunlicherweise befürwortete. Garang, mittlerweile Oberst, desertierte im Mai 1983 während eines Besuchs in Bor und wurde Chef der SPLA. Vgl. Lesch, *Confrontation*. S.114ff.

<sup>226</sup> Vgl. Haidir, *Taha: Al-Akhwan wa al-Askar. Qesa al-Jabbah al-Islamiya wa al-Saltah fi as-Sudan*. (Die islamischen Brüder und das Militär. Geschichte der islamischen Front und der Herrschaft im Sudan) Khartoum 1993. S. 132f. (= Haidir, *Al-Akhwan*)

<sup>227</sup> Vgl. Mattes, *Sudan*. S. 41.

Sie sah ihre Aufgabe darin, ihre Machtstellung durch **Monopolisierung des Staatsapparates** zu bewahren und war nicht daran interessiert, einen breiteren Konsens mit anderen Bevölkerungsgruppen zu suchen. Aus ihrem Unvermögen, eine im ganzen Lande akzeptierte Politik der Nationenbildung zu formulieren, geschweige denn umzusetzen, sind die heutigen Probleme des Sudan entstanden.<sup>228</sup> Der Zweite Bürgerkrieg im Sudan begann im Mai 1983, als die in Bor stationierten Truppen meuterten, da sie in den Norden des Landes verlegt werden sollten. Dieses Beispiel machte Schule und insgesamt desertierten 2000 bis 3000 Soldaten, die sich in den Busch zurückzogen. Aus ihnen rekrutierten sich zumeist SPLA und SPLM.<sup>229</sup> Die SPLA, in der die Dinka die Mehrheit stellten, erregte im November 1983 und im Februar 1984 internationales Aufsehen, als sie leitende ausländische Techniker entführte, welche am Bau des Jonglei-Kanals<sup>230</sup> und der Erschließung der Ölfelder von Bentiu<sup>231</sup> arbeiteten. Die Arbeit an diesen bedeutenden Großprojekten mußte eingestellt werden, was die Regierung in Schwierigkeiten brachte. Es gelang der SPLA außerdem, wichtige Verkehrsverbindungen zu Lande und in der Luft in der Region Oberer Nil und im Osten von Bahr al-Ghazal zu unterbrechen.<sup>232</sup> Es existierten noch weitere Widerstandsorganisationen im Süden. Während die SPLA sich vorwiegend aus Dinka zusammensetzte, bestand die *Southern Sudan Liberation Front* (SSLF) hauptsächlich aus dem einer kriegerischen Tradition verhafteten Gruppe der Murle. Diese Organisation hatte bereits im Juni 1983 fünf europäische Mitarbeiter der Across Missionsstation auf dem Boma-Plateau als Gei-

---

<sup>228</sup> Vgl. Kok, Peter Nyot: Die „Jihad“-Konzeption der sudanesischen Armee zur Lösung des Bürgerkrieges. In: Wuqûf 7 – 8. Beiträge zur Entwicklung von Staat und Gesellschaft in Nordafrika. Hamburg 1993. S. 167.

<sup>229</sup> Vgl. Tzschaschel, Spannungsfeld. S. 464ff.

<sup>230</sup> Der Jonglei-Kanal ist das Produkt eines 1974 geschlossenen Abkommens zwischen Ägypten und Sudan. Dieser 360 km lange Kanal sollte zwischen Jonglei und Malakal angelegt werden, um die Wasserführung des Nils zu erhöhen. Das dadurch neu gewonnene Wasser sollte zwischen beiden Ländern geteilt werden und der Landwirtschaft zugute kommen. Es sollte außerdem durch künstliche Bewässerung die landwirtschaftliche Entwicklung der Jonglei-Region einleiten und den Schifffahrtsweg zwischen Khartoum und Juba um 300 km verkürzen. Vgl. Noordwijk, Meine van: Ecology textbook for the Sudan. Amsterdam 1984. S. 207ff. Vgl. ferner Lesch, Ann Mosely: Confrontation in the Southern Sudan. In: The Middle East Journal 40, Washington/DC 1986. S. 114. (= Lesch, Confrontation)

<sup>231</sup> Mitte der 70er Jahre hatte der Chevron-Konzern im Gebiet von Bentiu umfangreiche Ölvorkommen entdeckt, was Numeiri dazu bewog, die Grenzen der Bundesstaaten neu zu ziehen, damit die Vorkommen dem Norden zugerechnet würden. Der Bau einer Pipeline nach Port Sudan wurde von der SPLA behindert. Vgl. Loimeier, Manfred: Zum Beispiel Sudan. Göttingen 1998. S. 68f.

<sup>232</sup> Vgl. Lesch, Confrontation. S.114ff.



seln genommen. Bald darauf unterstützte sie die SPLA. Eine weitere Organisation, die sich *Anya Nya II* nannte, stützte sich besonders auf den Stamm der Nuer.<sup>233</sup> Alle Widerstandsgruppen, inklusive weiterer hier nicht aufgeführte Organisationen von marginaler Bedeutung setzten sich aus Personen mit unterschiedlichen politischen Hintergründen zusammen. Neben desertierten Soldaten oder Anhängern der Protestbewegung von 1983 fanden sich auch alte Kämpfer aus dem ersten Bürgerkrieg (*Anya Nya I*), die sich nach gewaltsamen Demonstrationen gegen den Bau des Jonglei-Kanals 1974 und einer Meuterei in Akobo 1975 nach Äthiopien oder in die von nilotischen Völkern bewohnten Regionen zurückgezogen hatten. Es schlossen sich ihnen auch sudanesishe Politiker (teils aus dem Exil) an, die das Addis Abeba-Abkommen von vornherein als **Betrug** angesehen hatten. Mitte 1984 brachen bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern von John Garang und der *Anya Nya II* unter dessen Gegenspielern Samuel Gaitut und Akuot Atem aus. Dies führte dazu, dass sich die *Anya Nya II* auflöste und die von Äthiopien unterstützte SPLM unter Garangs Führung die bedeutendste Kraft innerhalb der Widerstandsbewegungen des Südens wurde.<sup>234</sup> Es ist kaum möglich, zwischen SPLA und SPLM wesentliche Unterschiede auszumachen, da viele ihrer Mitglieder in Personalunion beiden Organisationen angehören. Beide wurden von John Garang geführt. Er war Vorsitzender des zehnköpfigen Oberkommandos der SPLA, welches gleichzeitig die militärische und politische Führung der Organisation wahrnimmt und im Exekutivkomitee, dem höchsten Gremium der SPLM saßen neben ihm mehrheitlich Militärs. Über verschiedene Koordinationsbüros in Afrika und Europa ist die SPLM für internationale Öffentlichkeitsarbeit und für die korrekte Information über den zivilen und militärischen Bereich zuständig. Eine 1985 gegründete Unterorganisation, die Sudan Relief and Rehabilitation Association (SRRA) soll in den vom Bürgerkrieg betroffenen SPLA-Gebieten die Versorgung der Zivilbevölkerung durch lokale und internationale Hilfslieferungen gewährleisten und koordinieren.<sup>235</sup>

---

<sup>233</sup> Vgl. Heraclides, Alexis: Janus or Sisyphos – The Southern Problem of the Sudan. In: *The Journal of Modern African Studies* 25. Cambridge Juni 1987. S. 228. Vgl. ferner: Peterson, Nick: Südsudan – südsudanesishe Autonomie Schritt für Schritt zerstört. In: *Pogrom* 107. Hamburg 1984.

<sup>234</sup> Vgl. Lesch, Confrontation. S.114ff.

<sup>235</sup> Vgl. Allier, Abel: *Southern Sudan: too many agreements dishonoured*. Exeter 1990. S. 50.

### 8.3 Die Ziele von SPLA und SPLM

Im Gegensatz zur Anya Nya I, die eine Abspaltung des Südens forderte und sich erst später mit dem Norden auf eine Autonomie und Verbleib im Staatsverbund einigen mußte, strebte die SPLA bis zu ihrer Spaltung im Jahre 1991 einen vereinten, säkularen, föderativen sozialistischen Sudan mit Gleichberechtigung der Ethnien an. Ihr erklärtes Ziel war nicht die Sezession, sondern die Wiedererlangung der regionalen Autonomie und insbesondere die Änderung der politischen und wirtschaftlichen Macht- und Ausbeutungsverhältnisse der Zentralregierung gegenüber der Peripherie und marginalisierte Gruppen.<sup>236</sup> Am 22. März 1985 stellte John Garang in einer Rede über den Radiosender der SPLA/SPLM in Addis Abeba das politische Programm seiner Organisation vor. Er erklärte:

„Wir sind der Befreiung des gesamten Sudans, der Einheit seiner Menschen und der territorialen Integrität des Landes verpflichtet. Wir sind verpflichtet, einen neuen demokratischen Sudan zu schaffen, in dem Gleichheit, Freiheit und soziale Gerechtigkeit sowie die Menschenrechte nicht nur Schlagworte bleiben, sondern konkrete Realität werden, welche wir fördern, hegen und beschützen müssen. Wir sind verpflichtet, die Nationalitäten sowie die Religionsfrage zur Zufriedenheit aller Sudanesen in einem demokratischen und säkularen Zusammenhang und in Übereinstimmung mit den objektiv bestehenden Realitäten zu lösen. Wir stehen für wirklich autonome oder föderale Regierungen in den einzelnen Regionen des Sudans, die den Massen, nicht den regionalen Eliten, Einfluß auf die soziale Entwicklung und die Förderung ihrer Kulturen gibt. Wir sind verpflichtet, das Herrschaftssystem der Zentralregierung radikal umzustrukturieren, so daß ihre Vormachtstellung für immer endet. Das Machtmonopol jeglicher Gruppen von eigennützigen Individuen muß durchbrochen werden; sei es, sie kom-

---

<sup>236</sup> Vgl. Artikel „Südsudan“ In: Taz vom 23.8.1986. Vgl. ferner: Sudan People's Liberation Movement (Hg.): Manifest der SPLA/SPLM. Addis Abeba 1983. S. 1 – 28. Vgl. ferner: Wakoson, Elias Nyamell: The Sudanese dilemma – The south-north conflict. In: Northeast African Studies 9. East Lansing 1987. S. 53ff. (= Wakoson, Dilemma)

men aus politischen Parteien, aus Familiendynastien, aus religiösen Sekten oder aus der Armee. Wir stehen standhaft für die Beendigung der Umstände und der Politik, die zu dem heute bestehenden ungleichen Entwicklungsstand geführt haben. Ein Vorgang, der riesige Regionen des Ostens, Südens, Westens und des entfernten Nordens als unterentwickelte Peripherie im Vergleich zum relativ entwickelten Zentrum beließ. Wir sind verpflichtet, gegen Rassismus zu kämpfen, den verschiedene Minderheits-Regime als nützlich empfunden haben, zu instrumentalisieren. Dieser fand sich oft in verschiedenen Formen und Farben wieder, wie in der apartheid-ähnlichen, Kasha-Politik', unter der viele Arme sowie Arbeitslose massenweise und gewaltsam in die Regionen ihrer Herkunft, meistens in den Westen oder Süden, zurückgeschickt wurden. Dies aus dem einfachen Grund, weil die herrschende Clique in Khartoum glaubt, die Stadt sei ihre alleinige Heimat und nicht die aller Sudanesen. Wir widmen uns der Ausrottung des Tribalismus, des Partikularismus und des Provinzialismus, welche in letzter Zeit von der Regierung und eigennützigem Politikern favorisiert wurden, um durch Zwietracht den Kampf der Sudanesen zu schwächen."<sup>237</sup>

Am Anfang seiner Rede hatte John Garang sehr deutlich darauf hingewiesen, dass seine Organisation sich nicht einfach als Fortsetzung der Anya Nya im ersten Bürgerkrieg versteht. Er sagte „Wir sind der Befreiung des *gesamten Sudans*, der *Einheit* seiner Menschen und der *territorialen Integrität* des Landes verpflichtet.“ Damit hatte Garang klar und deutlich ausgedrückt, dass es zwischen dem ersten und zweiten Bürgerkrieg bedeutende Unterschiede gab. Im ersten Bürgerkrieg wurde unter der militärischen Führung von General Joseph Lagu ein separater südsudanesischer Staat angestrebt. Man gab sich schließlich mit einer Autonomie zufrieden. Der zweite Bürgerkrieg unter Führung von John Garang hatte eine nationale gesamtsudanesische und ideologische Basis: Das wichtigste Ziel des zweiten Bürgerkrieges war die Befreiung des ganzen Landes vom Joch der nordsudanesi-

---

<sup>237</sup> zit. n. Wakoson, Dilemma. S. 53ff.

schen Regimes und die Schaffung eines vereinten, säkularen, föderativen Sudans. Außerdem finden sich Unterschiede zwischen den beiden Bewegungen in der Namensgebung, so hieß die erste Bewegung unter Lagu *Southern Sudan People's Liberation Movement*, und die jetzige Bewegung *Sudan People's Liberation Movement*. Damit wird ersichtlich, dass sich die zweite Bewegung als Sammelbewegung für den ganzen Sudan versteht, d.h. die ethnischen Gruppen des Nordsudans ausdrücklich mit einbezieht. Im Hinblick auf die unterentwickelten und teilweise benachteiligten Peripherien des Nordsudans sagte Garang u.a.: „(...) Ein Vorgang, der riesige Regionen des Ostens, Südens, Westens und des entfernten Nordens als unterentwickelte Peripherien im Vergleich zum relativ entwickelten Zentrum beließ“<sup>238</sup>. Damit wurde die SPLA von Nordsudanern als eine Bewegung, die für die Interessen aller Sudanern kämpft, anerkannt. Ganz sicher wurde aber mit dem Versuch, auch die unterentwickelten benachteiligten Regionen im Westen, Osten und in den entlegenen Norden mit einzubeziehen, ein großer Schritt getan, um die Gesamtbewegung zu stärken, eine Einheit herzustellen und vor allem klargestellt, dass nun im Gegensatz zum Ersten Bürgerkrieg, nicht mehr pauschal alle Nordsudanern als Feind betrachtet wurden.

Die SPLA will mit dieser Politik einerseits die Idee einer „gesamtsudanesischen Identität“ mit heterogenen ethnischen Gruppen verwirklichen. Andererseits will sie jedoch mit dieser Politik einen vereinten neuen Sudan, der zentral von Khartoum aus regiert wird, aber nicht mehr arabisch dominiert, sondern afrikanisch ausgerichtet ist, erreichen. Nicht nur den südsudanesischen ethnischen Gruppen, sondern auch den nichtarabischen oder teilweise arabisierten islamisch-orientierten Volksgruppen der nordsudanesischen Provinzen, wie z.B. der Ethnie der Nuba in Kordofan, der Beja im Ostsudan, sowie weiteren unterschiedlichen ethnischen Gruppen, wie z.B. den Fur in Darfur, wäre gemäß den Vorstellungen des SPLA (bzw. John Garangs) ihr gebührendes Gewicht einzuräumen.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und der Entmachtung von Mengistu in Addis Abeba verlor die sudanesische Volksbefreiungsarmee (SPLA) sowohl

---

<sup>238</sup> . Diyaab, Al-Sudan. S. 5.

ihre wichtigsten Stützpunkte in Äthiopien als auch ihre wichtigsten Waffenlieferanten in den Ostblockländern, was die ideologische und politische Lage der SPLA entscheidend schwächte so dass sich die militärische Situation im Südsudan in der Folge des Machtwechsels in Addis Abeba erheblich zu Ungunsten der SPLA veränderte.<sup>239</sup>

Zusammenfassend kann über die SPLM/SPLA gesagt werden, dass sie aufgrund ihres militärischen Führungsstils nicht als demokratische Organisation anzusehen ist. Ihre ethnische Zerstrittenheit, die besonders in den Perioden der demokratischen Regierungen ausgeprägt zu Tage tritt, würde bei einem angenommenen, wenn auch kaum wahrscheinlichen Sieg im Bürgerkrieg in einem südsudanesischen Separatstaat zu den gleichen Machtkämpfen führen, wie sie bisher im Gesamtstaat Sudan zu beobachten sind. Auch hier würde eine Ethnie – die Dinka – die anderen dominieren. Wenn Befreiungsbewegungen, insbesondere von ländlich-bäuerlicher Herkunft, an die Macht kommen, neigen sie oft dazu, „no-party-systems“ zu errichten und einen Interventionismus bis in die untersten Gesellschaftsebenen zu praktizieren, so wie es beispielsweise in Eritrea Afewerki vorgezogen hat, gar keine Wahlen durchzuführen.<sup>240</sup>

#### **8.4 Der Zusammenbruch des Numeiri-Regimes**

Das Numeiri-Regime geriet seit 1983 zunehmend in Bedrängnis. Eine schwere Hungersnot im Westsudan wurde von Numeiri geleugnet und erst 1985 erging ein Hilfeersuchen an die Internationale Gemeinschaft, insbesondere an die USA und die Golfstaaten. Trotz der Hungersnot im Sudan stieg die Zahl der Flüchtlinge aus den benachbarten Ländern Äthiopien, Uganda und dem Tschad, im Jahre 1984 auf 1,25 Millionen, was die allgemeine wirtschaftliche Situation noch weiter verschärf-

---

<sup>239</sup> Vgl. Diyab, Al-Sudan. S. 5.

<sup>240</sup> Vgl. Bächler, Günther: Bürgerkriege im Horn von Afrika. In: Spillmann, Kurt R & Wenger, Andreas (Hgg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte VII - Vortragsreihe an der ETH Zürich Sommersemester 1999. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, No.54, Zürich 1999. In: [http://www.fsk.ethz.ch/publ/zuercher/zu\\_54/zu54\\_Baechler.htm](http://www.fsk.ethz.ch/publ/zuercher/zu_54/zu54_Baechler.htm). (= Bächler, Bürgerkriege)

te.<sup>241</sup> Die Schuldenlast im Jahre 1983 betrug 700% der Exportgewinne.<sup>242</sup> Anfang März 1985 kam es aber auch zur Abrechnung Numeiris mit den Muslimbrüderschaften, die ihm bisher wegen der Einführung der Sharia treu zur Seite gestanden hatten. Numeiri klagte sie öffentlich mit der Argumentation an, dass sie seine Regierung zu stürzen versuchten. Daraufhin wurden Tausende von Muslimbrüdern, unter ihnen auch Turabi, verhaftet und nach Darfur transportiert, wo sie bis zum Sturz Numeiris in Lagern interniert wurden.<sup>243</sup> Parallel zu den innenpolitischen Schwierigkeiten waren im März 1985 verschiedene wirtschaftliche Maßnahmen, die den ständigen Sanierungsforderungen von IWF und Weltbank entsprachen, durchgeführt worden. Numeiri mußte sich dem Druck der Weltbank und des IWF beugen und die Subventionen für Grundnahrungsmittel und Benzin aufheben.<sup>244</sup> Im April 1985 kam es zu Demonstrationen und zu politischen Kundgebungen in Khartoum und Omdurman, die sich schnell auf das ganze Land ausbreiteten. Nach den ersten Protesten und Unruhen riefen einige Tage später Berufsverbände (Ärzte, Juristen, Lehrer, Ingenieure, usw.) Studenten und Schüler zum Generalstreik auf. Der Streik dauerte bis zum 6. April, dann griff wie üblich die Armee ein und setzte Numeiri offiziell ab, der sich gerade auf dem Rückweg von den USA nach Khartoum in Kairo befand, wo ihm nach der Entmachtung auch Asyl gewährt wurde.<sup>245</sup>

Kurz gefasst wurde der Sturz Numeiris durch eine Vielzahl von verschiedenen Faktoren verursacht, die sich auf wenige Grundzüge zurückführen lassen:

- Die seit 1984 existierende Hunger- und Dürrekatastrophen in vielen Regionen, besonders im Westen(Darfur, Kordofan).

---

<sup>241</sup> Vgl. Hofmeier, Rolf: Der Sudan nach dem Sturz Numeiris – Schwieriger Neubeginn bei Bürgerkrieg und Wirtschaftsbankrott. In: Internationales Afrikaforum 2, 1986. S. 109.

<sup>242</sup> Vgl. Gurdon, Charles G.: Sudan in Transition: A Political Risk Analysis. Economist Intelligence Unit, Special Report No. 226. London 1986. S. 66.

<sup>243</sup> Vgl. Haidir, Al-Akhwan. S. 96.

<sup>244</sup> Vgl. Gurdon, Charles G.: The economy of Sudan and recent strains. In: Woodward, Peter (Hg.): Sudan after Nimeiri. The Economist Intelligence Unit. Country Profile Sudan London – New York 1991. S. 30.

<sup>245</sup> Vgl. Haidir, Al-Akhwan. S. 98.

- Eine starke Zunahme von Flüchtlingen und Asylanten aus den Nachbarstaaten, insbesondere aus Äthiopien nach Ostsudan und aus dem Tschad nach Westsudan.
- Verschärfung des Bürgerkriegs im Süden durch ungeschickte Politik Numeiris. (Verletzung des Addis Abeba-Abkommens)
- Einführung der Sharia-Gesetze.
- Allgemeine Verschlechterung der Wirtschaftslage, besonders an der Peripherie.<sup>246</sup>

Numeiri „...erstickte 16 Jahre lang, bis zu seinem unblutigen Sturz im April 1985 durch eine völlig desillusionierte Civil society politischen Pluralismus, eine liberale Presse und die Ansätze eine demokratischen Streitkultur im Land.“<sup>247</sup>

## 9. Die Übergangsregierung (1985 – 1986)

Nach dem Sturz Numeiris übernahm am 11. April 1985 das Militär die Macht im Sudan und bildete das 15köpfige *Transitional Military Council* (TMC), welches kollektiv für eine einjährige Übergangszeit die Rolle des Staatsoberhauptes und der Legislative übernahm. SSU und andere Institutionen des Numeiri-Regimes wurden aufgelöst, obwohl eine Abrechnung mit dem Regime weder politisch noch rechtsstaatlich erfolgte. Premierminister auf Zeit wurde Dr. Gizouli Dafallah, der Vorsitzende der Ärztevereinigung. Drei Sitze im Übergangsrat wurden an Südsudanesen vergeben, wobei auch John Garang vorgeschlagen wurde. Dieser jedoch lehnte jegliche Zusammenarbeit mit der Übergangsregierung ab, insbesondere, weil die Sharia-Gesetze zwar ausgesetzt, aber nicht abgeschafft wurden. Da diese Voraussetzungen für den Militärrat unakzeptabel waren, wurde der Krieg im Sudan mit unverminderter Härte weitergeführt. Nachdem sich der Militärrat und die SPLA nicht politisch angenähert hatten, trafen sich Vertreter der unterschiedlichen Parteien und Berufsverbände mit der SPLA im März 1986 zu einer Konferenz in Koka Dam (bei

---

<sup>246</sup> Vgl. Haidir, Al-Akhwan. S. 108f.

<sup>247</sup> Vgl. Tetzlaff, Demokratisierungsanläufe. S. 302.

Addis Abeba).<sup>248</sup> In Koka Dam einigten sich John Garang und Saddik al-Mahdi auf folgende Punkte zur Beendigung des Krieges:

- Aufhebung des Ausnahmezustandes.
- Aufhebung der „Septembargesetze“ und anderer Gesetze, die die bürgerlichen Freiheiten einschränkten (inklusive Sharia).
- Eine neue Verfassung. Aufbauend auf die Verfassung von 1956 mit den Ergänzungen von 1969 mit Betonung von regionaler Autonomie für die Provinzen.
- Aufkündigung aller Militärpakte, die die nationale Unabhängigkeit beschneiden würden.
- Dauerhafte Bemühungen beider Bürgerkriegsparteien um einen wirksamen Waffenstillstand.
- Bildung einer neuen Regierung mit Einbeziehung aller Kräfte einschließlich von SPLA/SPLM.
- Abhaltung einer Verfassungskonferenz, die über Zentralstaat oder Föderation entscheiden sollte.

Die einzuberufende Nationalversammlung sollte in ihren Debatten „grundlegende Probleme des Sudans“ behandeln und sich nicht auf das Südsudanproblem beschränken. In der dritten Juniwoche des Jahres 1986 sollte in Khartoum die Verfassungskonferenz stattfinden, an der erstmalig auch die SPLA teilnehmen sollte. Es sollten alle relevanten nationalen Fragen behandelt werden:

- Die Frage der Nationalitäten und ihrer Rechte.
- Die Frage nach der Bedeutung der Religionen.
- Die Geltung der Menschenrechte.
- Die Frage des geeigneten Regierungssystems.
- Das Problem regional ungleicher Entwicklung.
- Die Frage der Nutzung der natürlichen Ressourcen.

---

<sup>248</sup> Vgl. Tetzlaff, Staatswerdung, S. 30ff.



- Die Rolle der Armee und der Sicherheitsorgane.
- Die Frage der Kultur, der Erziehung und der Massenmedien.
- Die Frage der Außenpolitik und der Sicherheitsverträge.

Es kam jedoch zu keiner Realisierung dieser Punkte, weil Saddik erwartete, auch DUP und Muslimbrüder für einen Ausgleich mit der SPLA zu gewinnen, was ihm jedoch nicht gelang.<sup>249</sup> Turabi sprach der Übergangsregierung das Recht ab, die islamische Rechtsprechung wieder abzuschaffen und drohte mit dem Druck der Straße: "Die Straßendemonstrationen, die den Sturz Numeiris bewirkten, können auch einen jeden zu Fall bringen, der versucht, die *Sharia* abzuschaffen."<sup>250</sup>

Ungeachtet des Koka Dam-Abkommens versuchte die Übergangsregierung auf diplomatischem Wege über die Nachbarländer die SPLA unter Druck zu setzen und sie so zu Gesprächen zu veranlassen. Die Übergangsregierung nahm die abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu Libyen und Äthiopien wieder auf und normalisierte die vorher gespannten Beziehungen zur Sowjetunion. Ein weiterer Schritt dazu war die Nichtteilnahme sudanesischer Truppen an amerikanisch-arabischen Manövern, was den Bruch einer zehnjährigen Tradition darstellte. Durch die neuen Kontakte hoffte die Übergangsregierung, eine ähnliche Situation herbeiführen zu können, wie sie 1972 zum Addis Abeba-Abkommen beigetragen hatte. Die neuen Verbindungen zu Libyen stellten sich für Khartoum als positiv heraus. Ghaddafi entzog daraufhin Garang seine Unterstützung und schloß dafür mit der Übergangsregierung ein Waffenlieferungsabkommen. Tatsächlich lieferte Libyen 1985 Waffen und Munition für die Regierungstruppen im Südsudan.<sup>251</sup>

---

<sup>249</sup> Vgl. Tetzlaff, Staatswerdung. S. 80f. ; vgl. Tetzlaff, Demokratisierungsanläufe. S. 315f.

<sup>250</sup> Tetzlaff, Staatswerdung. S. 39.

<sup>251</sup> Vgl. Mirghani, Osman: Al Sudan Faydan al-Nil wa Qelien al-Sharya. (Nilüberschwemmung im Sudan und die Wut der Straße) In: Al Majalla 866, London 15. – 21. September 1996. S. 19f.

## **9.1 Fazit**

Die einzige positive Leistung des Numeiri-Regimes bestand in der Beendigung des Bürgerkriegs durch das Addis Abeba-Abkommen von 1972. Die Einführung scheinbarer föderalistischer Strukturen – eine Forderung der benachteiligten Regionen – verschaffte dem Land eine zehnjährige Ruhepause im Bürgerkrieg. Föderalismus, scheindemokratische Wahlen und eine Einparteienherrschaft dienten als machtpolitische Instrumente zur Eindämmung des Einflusses der Sektenparteien. Der Liberalisierungsprozeß machte in dieser Zeit keine Fortschritte, weil das Regime bezüglich Machtverteilung keine Kompromisse einging. Von der Einführung der Sharia-Gesetze profitierte allein die NIF, die gestärkt aus dieser Periode herausging. Nach Numeiri besserte sich die Lage der Menschenrechte, insbesondere wurden die Sharia-Strafen zwar weiterhin verhängt, aber nicht durchgeführt, aber die Verhängung des Notstands und dessen regelmäßige Verlängerung gab der Regierung die Möglichkeit, die Menschenrechte weiter zu mißachten.<sup>252</sup>

## **9.2 Die dritte Republik 1986 – 1989**

Nach 17 Jahren fanden im Sudan im April 1986 erstmals wieder freie Wahlen statt. Diese Wahlen stellen auch im Bezug auf ganz Afrika eine Besonderheit dar, weil der unblutige Sturz einer Diktatur durch eine breite bürgerliche Opposition als ein Zeichen der Hoffnung gewertet wurde.<sup>253</sup>

---

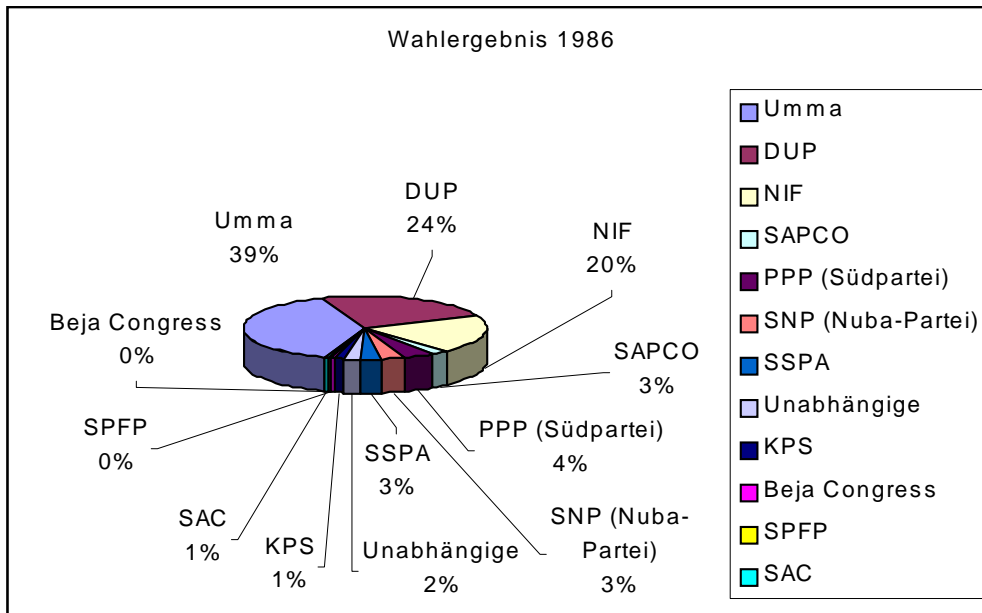
<sup>252</sup> Vgl. Adam, Menschenrechte. S. 101f.

<sup>253</sup> Vgl. Terzlaff, Staatswerdung. S. 24.

**Tabelle 4: Verteilung der Sitze in Parlament**

<b>Partei</b>	<b>Sitze</b>
Umma	100
DUP	63
NIF	51
SAPCO	7
PPP (Südpartei)	10
SNP (Nuba-Partei)	8
South Sudan Political Association	7
Unabhängige	6
KPS	3
Beja Congress	1
SPFP	1
Sudanese African Congress (SAC)	2
Gesamt	259

**Abb. 4.:** Wahlergebnis 1986



(Quelle: Tetzlaff, Staatswerdung. S. 46.)<sup>254</sup>

Dass die Parteien weniger als ein Jahr Zeit hatten, um sich zu formieren, begünstigte die gutorganisierte NIF, während Umma und DUP auf ihre ländlichen religiösen Anhänger verlassen konnten und regionale ethnische Parteien ihre sicheren Wahlkreise hatten. Andere Parteien wurden durch diese Situation jedoch benachteiligt. Obwohl fast zwei Dutzend Parteien an den Wahlen teilnahmen, hatten die meisten keine ernsthaften Aussichten auf Parlamentssitze. Solche „verschwendeten“ Stimmen bewirkten aufgrund des Wahlsystems, dass ein Kandidat mit einer Unterstützung von nur 20% der Wähler einen Sitz erringen konnte. Daneben kandidierten in einigen Wahlkreisen insbesondere von der DUP, im geringeren Maße auch von der Umma mehrere Kandidaten, die sich gegenseitig Konkurrenz machten, wovon die Kandidaten anderer Parteien profitieren konnten. Es kam auch zu informellen Wahlallianzen, z.B. um die Wahl der beiden NIF-Führer zu verhindern oder zur Unterstützung des Nuba-Führers Ghabbush oder des KP-Chefs Nuqud. Fast 10% der Mandate waren sog. Graduiertenmandate, die so beschaffen waren,

<sup>254</sup> Vgl. The Economist Intelligence Unit. Country Profile Sudan. London 1986. In vier Wahlkreisen waren die Resultate ungeklärt, in einem wurde nicht gewählt und in 37 Wahlkreisen des Südens wurden die Wahlen wegen des Bürgerkriegs verschoben, was eine hypothetische Zahl von 301 Mandaten ergibt. Vgl. Tetzlaff, Staatswerdung. S. 46.

dass sich die Wähler aussuchen konnten, in welchem Distrikt sie stimmten. Aufgrund ihrer Organisation gelang es der NIF durch eine gezielte Strategie, die meisten dieser Mandate zu gewinnen. Da im Süden die Wahlen in zahlreichen Wahlkreisen bürgerkriegsbedingt verschoben wurden, waren die Südsudanesen im Parlament unterrepräsentiert. Sie erhielten nur 10% der Sitze, obwohl der Süden ein Drittel der Bevölkerung stellt. Darüber hinaus kamen die meisten der südlichen Abgeordneten aus der Provinz Equatoria, wo man Numeiris Aufteilung des Südens in drei Regionen unterstützte und Verhandlungen mit der SPLM ablehnte. Die Zersplitterung der Südparteien verhinderte eine gemeinsame Front gegen die islamischen Kräfte.<sup>255</sup>

Es wurde eine Koalitionsregierung unter Saddik al-Mahdi gebildet, in der die Umma acht Ministerien erhielt, die DUP sechs, die Südparteien drei und die SNP eins. Damit war die alte Parteienkonfiguration in etwa wiederhergestellt, wie sie seit der Unabhängigkeit bestand, und dementsprechend wiederholten sich die Ereignisse. Tetzlaff spricht von einem „*immanenten Muster des Scheiterns von demokratischer Entscheidungsfindung*“.<sup>256</sup> Die NIF blieb in der Opposition, obwohl sie am meisten Stimmen hinzugewonnen hatte und von allen Parteien finanziell am besten stand, was möglicherweise auf ihre Beziehungen zu den Golfstaaten zurückzuführen ist. Die Koalitionsparteien einigten sich auf ein Einfrieren der Sharia-Gesetze, da sie sich darüber nicht einig waren. Die Umma war für ihre Abschaffung, die DUP dagegen, wodurch eine Ratifizierung des Koka Dam-Abkommens vom März 1986 verhindert wurde. Zwei Jahre später war es die DUP, die November 1988 praktisch das gleiche Abkommen mit John Garang schloß, das abermals nicht ratifiziert wurde. Diesmal verweigerte die Umma ihre Zustimmung, während die NIF, die seit April 1988 an der Regierungskoalition beteiligt war, grundsätzlich für die Beibehaltung der Sharia-Gesetze war.<sup>257</sup> 1986 hatte al-Mahdi erklärt, die Anwendung der Sharia sei nur akzeptabel, wenn die Mehrheit der Bevölkerung demokratisch dafür abstimmen würde. Es hatte den Anschein, als sehe er die Demokratie als Prozeß der Konfliktbewältigung durch Konsens: „What is more important ...is adherence by

---

<sup>255</sup> Vgl. Lesch, *Democratization*. S. 212f.

<sup>256</sup> Tetzlaff, *Staatswerdung*. S. 47.

<sup>257</sup> Vgl. Wolf, *Bewegung*. S. 214.

consent to democratic decision-making. Even if the decision is in conflict with the ideology of this or that party.”<sup>258</sup>

Doch al-Mahdi konnte sich damit im Parlament nicht durchsetzen und es wurde allgemein beklagt, er sei ein zu **schwacher** und unentschlossener Premierminister. Er konnte seine früher geäußerte tolerante Haltung unter dem Druck der radikalen Muslime nicht aufrechterhalten und näherte sich schließlich der NIF an.<sup>259</sup> Im Mai 1987 kam es zu einer Regierungskrise, als Wirtschaftsminister Yousif Abu Harira einige Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption anordnete, durch die die Umma-Partei einige ihrer Interessen gefährdet sah, worauf der Minister unter dem Vorwurf entlassen wurde, für zahlreiche politische Fehlschläge verantwortlich zu sein. Die Regierung wurde neu gebildet, geriet im August jedoch in eine erneute Krise, als die NUP al-Sayed Hamad für den (fünfköpfigen) Obersten Rat nominierte, einen vormals engen Gefolgsmann Numeiris. Nach Protesten der Umma zerbrach die Koalition. Hier zeigte sich, dass einerseits das alte System der Personalisierung von Koalitionspolitik noch wirksam war und andererseits auch die Numeirzeit noch nachwirkte. Die alte Koalition bildete sich nach einiger Verzögerung schließlich neu.<sup>260</sup> Im Januar 1988 unterzeichneten 14 Parteien die *Transnational Sudanese Charter*, die bis zur Durchführung der geplanten Nationalen Verfassungskonferenz die Grundlage des politischen Handlungsrahmens zwischen Regierung und den anderen Parteien bilden sollte. In ihr wurde u.a. das Mehrparteiensystem bestätigt, Arabisch zur Amtssprache erklärt (wobei im Süden auch Englisch zugelassen war und lokale Sprachen als nationales Erbe geschützt werden sollten) und als Hauptreligionen des Südens Islam und Christentum erklärt wurden. Der Vorsitzende des seit 1972 bestehenden Südrats sollte vom Premier ernannt werden. Bezüglich der Definition der Rolle der Religion im Staat wurde auf die abzuhaltende Verfassungskonferenz verwiesen. Die Sharia-Gesetze sollten so rasch als möglich durch neue Gesetze ersetzt werden. Da diese Charta auch von den Südparteien unterstützt wurde, kündigte al-Mahdi im Februar an, auch Vertreter des Südens an der Regierung zu beteiligen. Eine Regierungserklärung vom März

<sup>258</sup> Interview mit al-Ahali in Kairo, 16. April 1986. zit. n. Lesch, *Democratization*. S. 205.

<sup>259</sup> Vgl. Khalid, *Al Nukhba*. S. 206.

<sup>260</sup> Vgl. Woodward Peter: *Sudan 1898 – 1989. The Unstable Staat*. London 1990. S. 215.

beinhaltete ein Programm zur Sicherung der Versorgungslage, Bekämpfung des Schwarzmarktes, Ersatz der Septembergesetze, Mobilisierungen zur Beendigung des Bürgerkriegs, Revision des Wahlgesetzes und Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs. Anfang April unterzeichneten Umma, DUP und NIF ein Übereinkommen, um die Übergangscharta zum Regierungsprogramm aufzuwerten. Als Zugeständnis an die NIF wurde angekündigt, zwei Monate nach der geplanten Regierungsumbildung neue Gesetze auf Basis der Sharia einzuführen. Der Bürgerkrieg sollte mit friedlichen Mittel beendet werden. Bis zum 16. Mai wurde eine neue Regierung aus Umma, DUP, National Party und NIF gebildet, nachdem man der NIF eine Revision der islamischen Gesetze bis Jahresende zugesagt hatte.<sup>261</sup>

Nach der Regierungsbeteiligung der NIF wurden Al-Mahdis Äußerungen radikaler; er forderte nun selbst die **Einführung der Sharia und den Heiligen Krieg (Jihad) gegen die Rebellen im Süden**. Turabi wurde Justizminister und ließ einen neuen **Gesetzentwurf** für die Sharia ausarbeiten, der allerdings nicht ratifiziert wurde.<sup>262</sup> Gegen Jahresende verhandelte al-Mirghani, der Führer der Khatmiya, auf eigene Faust mit der SPLM/SPLA und handelte mit John Garang am 16. November 1988 ein Friedensabkommen aus, gegen das Anhänger der NIF offen demonstrierten, weil es u.a. das Einfrieren der geplanten Sharia-Gesetze vorsah. Al-Mahdi stand damit vor der Wahl, dem Friedensprozeß, dessen Einleitung er zugestimmt hatte, fortzusetzen und damit die Unterstützung der NIF zu verlieren, oder den Bruch mit der DUP zu riskieren. Er entschied sich für die zweite Möglichkeit, und am 28. Dezember trat die DUP aus der Regierungskoalition aus. So kam weder das Friedensabkommen noch die damit gekoppelte Verfassungskonferenz zustande, weil nun die DUP, die die Konferenz als Teilbedingung ihres Friedensabkommens ansah, sich querstellte und ihre Zustimmung verweigerte.<sup>263</sup> Eine Regierungsumbildung vom 30. Januar 1989, die im wesentlichen Umma und NIF stärkte, brachte keine neuen Impulse. Am 20. Februar 1989 – der Verteidigungsminister war gerade u.a. aus Protest gegen die „friedenshemmende hegemoniale Stellung der NIF

---

<sup>261</sup> Vgl. Mattes, Hanspeter: Sudan. In: Nahost Jahrbuch 1988 (Hg. v. Deutschen Orient-Institut). Opladen 1989. S. 138f. (= Mattes, Sudan 1988)

<sup>262</sup> Vgl. Wolf, Bewegung. S. 214.

<sup>263</sup> Vgl. Mattes, Sudan 1988. S. 140.

im Kabinett“ zurückgetreten – überreichte das Militär der Regierung ein Memorandum, das von 150 hohen Offizieren unter Führung des Oberkommandierenden unterzeichnet war. In 21 Punkten wurde von der Regierung gefordert, innerhalb einer Woche weitreichende Verbesserungen der derzeitigen Situation herbeizuführen. Die Gewerkschaften und der Staatsratsvorsitzende al-Mirghani schlossen sich diesen Forderungen an, so dass der Regierung keine Wahl blieb, als darauf einzugehen und am 24. Februar einen Prinzipienkatalog zu verabschieden. Am 20. März wurde eine neue Regierung ohne Beteiligung der NIF gebildet, die das im November von der DUP mit der SPLA ausgehandelte Friedensabkommen annahm. Die Umma hatte damit innerhalb kürzester Zeit politisch die Fronten gewechselt. Die Entscheidung über die Abschaffung der Sharia wurde wieder einmal auf eine geplante Verfassungskonferenz vertagt. Am 30. Juni 1989 setzte ein Staatsstreich durch General al-Bashir dieser Regierung ein Ende und zog einen Schlusstrich unter die Periode demokratisch legitimierter Regierungen im Sudan.<sup>264</sup>

Rückblickend ist zu der dreijährigen Phase der Regierungen unter Saddik al-Mahdi zu bemerken, dass durch kurzsichtige Politik zahlreiche Fehler gemacht wurden. So wurde die bislang größte Chance, den Bürgerkrieg zu beenden, nicht genutzt. Im Gegenteil wurde der Bürgerkrieg sogar noch verschärft, als die Regierung die Bewaffnung der Stammesmilizen mit automatischen Waffen zuließ, was zu zahlreichen Massakern unter der Zivilbevölkerung führte. Gegenüber den verhandlungsbereiten Elementen der SPLA/SPLM wurde eine Hinhaltetaktik betrieben, die nichts einbrachte. Die Ratifizierung des Koka Dam-Abkommens von 1986 wurde aus taktischen Gründen blockiert.<sup>265</sup> Tetzlaff kommt zu dem Schluß:

„Es ist als verhängnisvoller Fehler anzusehen, daß die aus Wahlen hervorgegangene Regierung nicht unverzüglich einen bedingungslosen Waffenstillstand verkündete. Dabei hätte Saddik nur fortset-

---

<sup>264</sup> Vgl. Mattes, Hanspeter: Sudan. In: Nahost Jahrbuch 1989 (Hg. v. Deutschen Orient-Institut). Opladen 1990. S. 141f. (= Mattes, Sudan 1989)

<sup>265</sup> Vgl. Tetzlaff, Demokratisierungsanläufe. S. 315.



zen müssen, was die NANS<sup>266</sup> 1985 bereits auf den Weg gebracht hatte: Ein unterschriftsreifes Abkommen über einen Waffenstillstand, die friedliche Beendigung des Krieges sowie die Vorbereitung für die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung, die dem ‚neuen Sudan‘ (ohne *Sharia*-Gesetze) ein demokratisches, säkulares Grundgesetz hätte geben sollen.“<sup>267</sup>

Die SPLA war unrealistischerweise davon ausgegangen, dass sich die Regierung auflösen würde, um unter Beteiligung der SPLA eine Übergangsregierung zu bilden, bis eine neue Verfassung ausgearbeitet sein würde. Saddik al-Mahdi ging jedoch seinen eigenen Weg, obwohl der Frieden in greifbarer Nähe zu sein schien.<sup>268</sup> Diese Kritik lässt außer Acht, dass Saddik al-Mahdi kein westlicher Politiker ist. Vielmehr war er in einer Position, in welcher er vielerlei Rücksichten nehmen mußte: Als Oberhaupt der islamischen Ansar-Sekte, strenggläubiger Muslim und Schwager von Turabi konnte er es sich aus religiöser Überzeugung, verwandtschaftlichen Rücksichten und aus persönlicher Loyalität nicht leisten, die als gottgegeben geltenden islamischen Gesetze aufzuheben. Außerdem mußte er die Interessen der Khatmiya berücksichtigen. Fehlende Rücksichtnahme hätte ihn sein Amt kosten können, zumal auch Turabi der Ansicht war, seine eigene Partei (NIF) sei mit der Ansar-Sekte (Umma) insofern vergleichbar, als dass sie in der Tradition der Mahdi-Bewegung stehe und eine islamische Erneuerung anstrebe.<sup>269</sup> Auch während der Regierung Saddik al-Mahdis fanden Menschenrechtsverletzungen statt und sie wurden nicht infrage gestellt. Kritiker wurden stattdessen inhaftiert. Es gab zwar in dieser Periode eine unabhängige Justiz und Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit. Die Gewaltenteilung war wenigstens in Bezug auf die Judikative gegeben und die Gerichtsverfahren entsprachen dem internationalen Standard.<sup>270</sup> Aufgrund der o. a. Inhaftierungen von Kritikern zeigt sich jedoch, dass diese Demokratie noch viele Schwachstellen aufwies. Bezüglich der Machtverteilung

---

<sup>266</sup> „National Alliance for National Salvation“, eine sich hauptsächlich aus der *effendia* rekrutierende Gruppe, von der Teile konsequent auf eine Friedensregelung hingearbeitet hatten. Vgl. Tetzlaff, Demokratisierungsanläufe. S. 314f.

<sup>267</sup> Vgl. Tetzlaff, Demokratisierungsanläufe. S. 315.

<sup>268</sup> Vgl. Tetzlaff, Demokratisierungsanläufe. S. 316.

<sup>269</sup> Vgl. Haidir, Al Akhwan. S. 143f.

<sup>270</sup> Vgl. Adam, Menschenrechte. S. 102f.

zwischen den einzelnen Regionen herrschte immer noch Ungleichheit zugunsten des Nordens, auch wenn das Verhältnis im Vergleich zu anderen Herrschaftsperioden ausgeglichener war.<sup>271</sup>

### 9.3 Fazit

Das dreijährige demokratische Zwischenspiel brachte nur eine Wiederholung der Zustände, die seit der Unabhängigkeit prägend für den Sudan sind und die die Demokratie bisher immer wieder scheitern ließen. Jedesmal errangen die religiösen Parteien gut zwei Drittel aller Stimmen bei Wahlen, während die säkularen und die regionalen, ethnisch geprägten Parteien immer in der Minderheit blieben. Tetzlaff sieht den Grund dafür in einem unüberwindbaren „Bildungs- und Erfahrungsgelände zwischen der urbanen Machtelite im Zentrum einerseits und den weitgehend noch analphabetischen, rural geprägten Wählerklientelen der religiösen Sekten an der Peripherie andererseits.“<sup>272</sup> Die blinde Gefolgschaft, die diese Wähler ihren religiösen Führern gegenüber zeigen, stellt die Funktion von freien, gleichen, geheimen und allgemeinen Wahlen grundsätzlich in Frage, weil festgelegte Verhaltensmuster bewirken, dass die Traditionsparteien die Mehrheit im Parlament und damit die Regierung stellen. Ein Wahlrechtssystem westlicher Prägung ist hier auf eine Gesellschaft aufgesetzt, die von religiös-politischem Klientelismus geprägt ist, was nicht zusammenpaßt. Freie und mündige Bürger im westlichen Sinne gibt es in dieser Gesellschaft noch nicht.<sup>273</sup> Es verhält sich jedoch nicht so, dass die Probleme des Sudan mit demokratischen Methoden an sich nicht lösbar wären, auch wenn der Mythos vom Demokratieverständnis der Sudanesen – zweimal (1964 und 1985) haben Volksaufstände eine Diktatur beseitigt – auf falschen Annahmen beruht. Da bisher im Sudan vorwiegend Militärdiktaturen an der Macht waren, gibt es nur wenige Vorstellungen bei der Bevölkerung, was die Spielregeln eines demokratischen Staates sind. Es gibt keine Wechselwähler, die ihre Wahlentscheidung von Opportunität und Parteiprogrammen abhängig machen, nicht zuletzt, weil die Parteien offenbar gar keine Programme haben. Politischer Frontwechsel gilt

---

<sup>271</sup> Vgl. Das „Schwarze Buch“ .Teil 1: Übersetzt aus dem Arabischen S. 6.

<sup>272</sup> Vgl. Tetzlaff, Staatswerdung. S. 47.

<sup>273</sup> Vgl. Tetzlaff, Staatswerdung. S. 47f.

meist gleich als Verrat am Glauben. Unter diesen Umständen sind Wahlergebnisse vorhersehbar.<sup>274</sup>

---

<sup>274</sup> Vgl. Mattes, Rettungsrevolution. S. 72.

## 10. Darfur von 1956 bis heute

Nach der Unabhängigkeit des Sudans 1956 wurden die Kolonialbeamten ausgewechselt, aber die Politik auf Dorfebene veränderte sich nicht.

Die Darfuris streben seit langem nach Selbstbestimmung, weil sie sich von der Zentralregierung benachteiligt fühlen. Erst der People Local Government Act von 1971 brachte mit seinen Bestrebungen, die traditionelle politische Verwaltung durch ein demokratisches System zu ersetzen, neue Impulse. Eine nationale Bewegung in Darfur, die sich gegen die Einsetzung von Darfuris im Kriegsgebiet des Südsudan wehrte, wurde niedergeschlagen. Außer im Südsudan gibt bzw. gab es für die einzelnen Provinzen keine politische Autonomie. Die dem Südsudan durch das Abkommen von Addis Abeba 1972 gewährte Selbstständigkeit wurde 1983 durch das erneute Aufleben des Bürgerkriegs abgebrochen.

Seit 1988 werden erkennbar die alten Autoritäten wieder gefördert, um die Meinungsführer in Darfur wieder auf die Seite der staatlichen politischen Führung zu bringen.<sup>275</sup>

Jede dieser Regionen verfügt über eine Regionalversammlung und untersteht Gouverneuren (Wali), die von der Zentralregierung ernannt werden. Die „Vertreter der Zentralregierung“ besetzten die Peripherie mit verstreuten symbolischen Posten auf dem Land und einer Garnison und einem Gouverneur in der traditionellen Hauptstadt, aber zu keiner Zeit haben sie spürbar verwaltet, nachhaltig kontrolliert oder die üblichen Eigenschaften unter Beweis gestellt, die mit guter oder schlechter Regierungsführung verbunden werden.“<sup>276</sup>

### 10.1 Geschichte und politische Entwicklung

Geschichtlich gesehen gehört Darfur zu den Reichen, die bis zum Nil und der Nigerianischen Savanne reichten. Es wurde bereits vor dem 15. Jahrhundert gegründet, und auf der Höhe seiner Macht umfasste es ein Gebiet, das so groß wie Libyen, der Tschad und die Zentralafrikanische Republik war. Das Reich Darfur

---

<sup>275</sup> Vgl. Bliss, Leben mit der Dürre. S. 15.

<sup>276</sup> Köndgen, Tragödie. S. 9.

erstreckte sich von der Sahara bis zu den kultivierteren Savannen des tropischen Afrika. Ab 1603 war Darfur selbständiges Sultanat, seit 1874 ägyptisches, seit 1899 anglo-ägyptisches Protektorat und seit 1916 schließlich sudanesisches Provinz.

Hauptstadt der Provinz Nord-Darfur ist El-Fasher, wo sich auch alle Institutionen konzentrieren. El-Fasher ist ein kleines, Wüstenstädtchen, von hier aus führen Pisten in das Jebel Marra-Massiv, nordwärts Richtung Libyen und in die Oase El Atroun sowie westwärts in den Tschad. Bis 1916 bestand hier das Sultanat von Darfur unter Ali Dinar.<sup>277</sup> Drei große Herrschaftsepochen lösten einander zwischen dem 12. und dem späten 19. Jahrhundert ab. Unter Ali Dinars Herrschaft war Darfur ein unabhängiger Staat mit Namen 'Mamlakat Darfur'. Während des Mahdi-Aufstandes kämpften er und seine Anhänger gegen die angloägyptische Kolonisation. Ali Dinars Herrschaft wurde 1916 durch die Briten beendet.<sup>278</sup>

Der Islam, der unter der Keira-Dynastie vor allem durch arabische Händler nach Darfur gebracht und durch das Sultanat gefördert wurde, fand bald weite Verbreitung, jedoch in einer liberalen Adaptionform.

Bis 1916 ließen die Kolonialbehörden im Sudan, Ägypten und Großbritannien das Verwaltungssystem weitgehend unangetastet. Es wurde lediglich eine Verwaltungsreform durchgeführt und der Einfluss der Scharty gefördert. Auf Landesebene wurde die Macht beschnitten, in den Dörfern jedoch blieben die traditionellen Autoritäten unangetastet.<sup>279</sup>

Genauso wurde bei den Besitzverhältnissen verfahren. Sie wurden nicht angetastet, und die Steuerbelastung der Bauern blieb im Wesentlichen unverändert. Die Einführung von staatlichen Gerichten und überwiegend unter britischem Einfluss stehenden Ordnungsbehörden blieb für die Bauern in den Dörfern und die Nomaden von geringem Interesse.<sup>280</sup> Bis 1916, als es in den kolonialen Staat Sudan integriert wurde, war Darfur ein unabhängiges Sultanat. Es blieb bis 1989 formell ein Regionalstaat in der Republik Sudan, dann wurde es in drei Regionen aufgeteilt.

---

<sup>277</sup> Vgl. Iten, Sudan. S. 47.

<sup>278</sup> Vgl. Bliss, Leben mit der Dürre. S. 16.

<sup>279</sup> Vgl. Bliss, Leben mit der Dürre. S. 17.

<sup>280</sup> Vgl. Bliss, Leben mit der Dürre. S. 13.

Al-Fasher ist die Hauptstadt von Nord-Darfur, Nyala von Süd-Darfur und Al-Jeneina (Geneina) von West-Darfur.

## 10.2 Verkehr und Kommunikation

Darfur ist eine von vielen Regionen des Sudan, deren Infrastruktur vernachlässigt wurde. Dies macht sich insbesondere wirtschaftlich bemerkbar, denn es fehlen Verkehrs- und Kommunikationswege. Der Sudan verfügt über ein Schienennetz von 5.500 km (Stand 1983), das aber längst nicht vollständig nutzbar ist, und ein Straßennetz von 48.000 km, von denen lediglich 1.750 km asphaltiert sind, der größte Teil also während der Regenzeit nicht befahrbar ist.<sup>281</sup>

Nicht nur wegen der Dürre, auch aufgrund fehlender Transportkapazitäten ging der sudanesischer Export von Lebendvieh 1989 auf ein Zehntel des Umfangs von 1983-84 zurück (allerdings wurde gleichzeitig der Schmuggel von über 600.000 Schafen pro Jahr ins Ausland zu einem volkswirtschaftlichen Problem.<sup>282</sup>)

Und die Förderung der wenigen Bodenschätze, die der Sudan hat, scheitert u. a. auch an der fehlenden Transportinfrastruktur.<sup>283</sup>

Darfur benötigt eine Anbindung an die Hafenstadt Port Sudan, Sudans einziger Anbindung ans Meer. Die Hauptstadt Khartoum muss mit den ökonomischen Zentren des Landes verknüpft werden. Doch bisher existiert kein vernünftiger Verkehrsweg zwischen dem Niltal und der Region Darfur, sondern nur eine nicht asphaltierte Straße, die während der Regenzeit häufig unpassierbar ist. Auf dieser Strecke ereignen sich außerdem häufig Überfälle in der Gegend um Kordofan, und staatlicherseits wird dagegen nichts unternommen.<sup>284</sup>

In Nyala, Süd-Darfur, kommt zweimal pro Woche ein Zug aus Kostie südlich von Khartoum an. Diese Eisenbahnlinie ist in einem sehr schlechten Zustand. Das Schienennetz ist in einem so miserablen Zustand, dass die Sudanesen selbst darüber Witze machen. Der Konflikt zwischen dem Nord- und Südsudan hatte diese

---

<sup>281</sup> Vgl. New African Year Book 1993-94. Hrsg. v. Linda Van Buren. London, A. B. Yedder, 1993-94. New African Year Book. S. 353.

<sup>282</sup> Vgl. Nohlen/Nuscheler, Dritten Welt Bd. 5. S. 168.

<sup>283</sup> Nohlen/Nuscheler, Dritten Welt Bd. 5. S. 157.

<sup>284</sup> Vgl. Bliss, Leben mit der Dürre. S. 17.

Eisenbahnlinie außerdem längst eingeholt und gefährdete den Transport zeitweise in hohem Maße.<sup>285</sup>

Für diese Situation gibt es mehrere Gründe: Die Zentralregierung in Khartoum betrachtet Darfur lediglich als Militär- und Arbeitskräftereservoir, vor allem für das landwirtschaftliche Großprojekt Gezira (Kernstück der Bewässerungslandwirtschaft, das in den 20er Jahren begonnen und 1962 fertiggestellt wurde. Zwischen Weißem und Blauem Nil angesiedelt, bildet es den größten Bewässerungsparameter der Welt: 2,1 Mio. Feddan = 880.000 ha, 100.000 Pächter in Kooperation mit dem Sudan Gezira Board), auf dem 1991/92 u. a. auf 707.000 Feddan Sorghum, 530.000 Feddan Weizen, 215.000 Feddan Baumwolle und 40.000 (Feddan) Gemüse angebaut wurde.<sup>286</sup>

Die gezielte politische Isolation hat wirtschaftlich verheerende Folgen. Seit 1956 hat Darfur weder ein vernünftiges Verkehrs- und Kommunikationsnetz erhalten noch wurden Schulen, Krankenhäuser oder eine funktionierende Verwaltung eingerichtet. Die internationalen Entwicklungsorganisationen bemühen sich um eine Verbesserung der Lage, doch häufig werden sie bei ihrer Arbeit behindert.

Dies ist auch darin begründet, dass die meisten hohen Regierungsbeamten aus dem Nordsudan kommen und sich der Region nicht so verbunden fühlen wie Darfuris. Die Auswahl dieser Beamten erfolgt weniger nach Kriterien wie Qualifikation, Pflichtbewusstsein und Unbestechlichkeit sondern aufgrund ihrer Herkunft (z. B. Glaubensbrüder).<sup>287</sup>

Straßen<sup>288</sup> und Schienen sind die Adern eines modernen Landes. Wo keine Straße hinführt, da kann auch nichts her- bzw. hinkommen. Für Darfur bedeutet das: Zum einen wird der Warenverkehr in beide Richtungen behindert. Die Einfuhren verteuern sich beträchtlich. Zum anderen können die Agrarprodukte der Provinz von we-

---

<sup>285</sup> Vgl. Bliss, *Leben mit der Dürre*. S. 17.

<sup>286</sup> Vgl. Nohlen/Nuscheler, *Dritten Welt*, Bd. 5. S. 168.

<sup>287</sup> Vgl. Streck, *Sudan*, S. 210

<sup>288</sup> „Zu dieser Zeit gab es 160 Kilometer geteerte Straßen in Darfur, die in den 1970er Jahren von der Weltbank gebaut wurden: Ali Osman bezog sich auf das altbekannte Projekt der sogenannten Inqaz-Straße, die Präsident al-Baschir früher einmal angekündigt hatte (siehe Al-Bayan, 26.Juni 2001) und für pro Meter Straße [von jedem Bewohner von Darfur] eine Sondersteuer von 55 Dollar erhoben worden war. Allerdings war sie nie gebaut worden. Später wurde bei einem heftigen, [inszenierten] Wortwechsel [unter den Jallaba] im Parlament zwischen dem Transportminister al-Hadi Buschra und dem Vize Präsidenten Ali Osman Mohamed Taha bekannt, dass Geld vor der Nase des Ministers vom „Autonomen Komitee für die Inqaz-Straße unter der Leistung von Ali al-Haddsch unterschlagen worden war.“ Prunier, *Genozid*. S. 122.

nigen Ausnahmen abgesehen aufgrund der hohen Transportkosten nicht ausgeführt werden. Auch wegen der Transportdauer von zwei Wochen und mehr zwischen El-Fasher oder Nyala und Khartoum kommt der Export von landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Mangos, Tomaten, Orangen etc.) für Darfur kaum in Betracht. „Darfur ist für Agrarprodukte ein isolierter Markt ohne nennenswerten Warenaustausch mit dem Zentrum Khartoum oder mit den angrenzenden Nachbarländern Tschad und Zentralafrika“<sup>289</sup>.

Selbst innerhalb der Provinz gibt es Transportschwierigkeiten. Das heißt, dass selbst bei entsprechender Nachfrage die regionalen Produkte nicht verkauft werden können, weil es an den entsprechenden Verkehrswegen fehlt.

Die einzige asphaltierte Straße, die es gibt, wurde nicht etwa vom Sudan, sondern mit deutschen Entwicklungshilfegeldern zwischen Nyala und Zalingei gebaut. 1995 gab es in Darfur nicht einmal die Möglichkeit, mit Khartoum zu telefonieren; was heute teilweise in den größeren Städten möglich ist. Die vorhandenen Funkgeräte befanden sich im Besitz von höheren Beamten und Militärs (Jellaba).<sup>290</sup>

Diese Defizite im Kommunikationswesen betreffen auch die Verwaltung und die gesamte öffentliche wie private Infrastruktur. Die mit finanziellen Mitteln nur äußerst ärmlich ausgestattete Verwaltung kann Dienstleistungen auf dem Land praktisch gar nicht erbringen. Die örtliche Verwaltung und Administration der Rural Councils sind von einem Austausch mit den Area Councils und der Provinzregierung weitgehend ausgeschlossen. Welche katastrophalen Folgen dies haben kann, zeigte sich z. B. 1988 bei der wirkungslosen Bekämpfung der Heuschreckenplagen, die in jenem Jahr besonders große Ausmaße angenommen hatte, oder bei der durch die letzte Dürreperiode ausgelösten Hungersnot. „More than 5m people were still (= 1986) affected by famine in the western provinces of Darfur and Kordofan, where poor transport, infrastructure restricted the supply of food aid“.<sup>291</sup> Dass diese Zustände das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat und seine Regierung nicht eben stärken, ist leicht nachzuvollziehen. Auch die Entwicklungshilfeorgani-

---

<sup>289</sup> Schrenk, Helmut: Naturraumpotential und agrare Landnutzung in Darfur, Sudan. Vergleich der agraren Nutzungspotential und deren Inwertsetzung im westlichen und östlichen Jebel-Marra-Vorland. Inaugural-Dissertation. Katholische Universität Eichstätt 1990. S. 188. (= Schrenk, Naturraumpotential)

<sup>290</sup> Vgl. Bliss, Leben mit der Dürre. S. 18.

<sup>291</sup> New African Year Book. S. 356.



sationen,<sup>292</sup> die in Darfur tätig sind, leiden unter diesen Defiziten in der Infrastruktur.

### 10.3 Ausbildung

"Das Erziehungswesen, die Schule, könnte sich bald einmal zu einem der größten Probleme des Kontinents entwickeln. Nicht nur hat Afrika ein falsches Bildungssystem, das mehr drop-outs, Versager und Arbeitslose produziert als sinnvoll ausgebildete junge Menschen; dieses falsche System erweist sich auch immer mehr als enorme finanzielle Belastung, ja, es ist als Schule für alle mit allgemeiner Schulpflicht einfach nicht finanzierbar"<sup>293</sup>.

Was Bänziger hier meint sind importierte Bildungssysteme aus dem Westen, die in keiner Weise den Erfordernissen des Landes entsprechen.

(Auch in Deutschland wird die Diskrepanz zwischen Ausbildungsinhalten und Wissensvermittlung einerseits und den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes inzwischen kontrovers diskutiert). In Sudan stellt sich ein weiteres Problem, das bereits zu Numeiris Regierungszeit entstand. Das trotz aller Kritik zum Teil bewährte alte Schulsystem (von den Engländern eingeführt) wurde durch ein arabisches Schulsystem ersetzt, bedingt durch die arabische Union, die dies aus strategischen Gründen von Sudan gefordert hatte. Nach der Machtübernahme von al-Bashir und der NIF wurde erneut ein islamisches geprägtes Schulsystem eingeführt. Dabei wurden die lokalen Bedürfnisse der marginalisierten Gesellschaften nicht berücksichtigt (zum Beispiel Unterricht in der Muttersprache, Kenntnisse in der eigenen afrikanischen Geschichte).

---

<sup>292</sup> „Die ökologischen Gegebenheiten in Darfur bedingen Lebensumstände, welche die Vorstellungskraft der meisten Europäer überfordern dürften. Auf dem Land leben die Menschen meist knapp an der Existenzgrenze, in einfachsten Lehm- und Strohütten mit einem Minimum an abwechslungsloser Nahrung, Wasser muss oft über weite Distanzen herangeschafft werden. Nomaden leben gar monatelang ausschließlich von Kamelmilch. Erdrückende Tagestemperaturen und bitter kalte Winternächte, Trockenperioden und Überschwemmungen, Staub- und Sandstürme, Fliegen- und Mückenschwärme werden ebenso wie mannigfache Krankheiten und der Mangel an Transportmöglichkeiten mit unbeschreiblicher Gelassenheit ertragen und dennoch begegnet man mehr strahlenden Gesichtern als in unseren Breiten. Täglich sterben vor allem Kinder an einfach heilbaren Erkrankungen, weil weder Ärzte noch Medikamente verfügbar sind. Doch welcher Arzt wäre bereit, unter solchen Bedingungen zu praktizieren?“ Kröpelin, Flüchtlingskatastrophe.

<sup>293</sup> Vgl. Bänziger, Andreas: Die Saat der Dürre. Afrika in den achtziger Jahren. 2. Auflage. Bornheim-Merten, Lamu 1987. S.177 (= Bänziger, Die Saat der Dürre. Afrika)

Bei den ehemaligen Kolonien kommt noch hinzu, dass das importierte Schulsystem die Menschen von ihrer eigenen Lebensweise, die größtenteils landwirtschaftlich geprägt ist, entfremdet. In diesem Zusammenhang bezeichnet Bänziger die Schule als "letzte Bastion des Kolonialismus".<sup>294</sup> Im Sudan ist der Analphabetismus sehr hoch, so liegt die Einschulungsquote bei ca. 50%.<sup>295</sup>

Eine gute Schulausbildung auf breiter öffentlicher Ebene, die die dörfliche Umwelt mit einbezieht und den Lebenserfahrungen der Menschen Rechnung trägt und auch noch finanzierbar ist, wäre sehr vorteilhaft für die Menschen. Es stellt sich die Frage, ob die bisherigen Methoden und Techniken der Unterrichtung verbessert werden sollen, oder ob neue einfache Techniken der Unterrichtsgestaltung von Menschen mit einer ähnlichen Kultur einfach übernommen werden sollen. Entscheidend ist, dass die Menschen mit diesen Veränderungen auch einverstanden sind. Hierzu bedarf es einer umfangreichen Aufklärung der Bevölkerung.

Der Sudan verfügt über ein großes Potential an menschlichen Arbeitskräften, die zum Vorteil seiner Gesellschaft eingesetzt werden sollten. Deshalb wäre es wünschenswert, Dorfschulen einzurichten, um Hirten und Viehzüchter weiterzubilden, sie zu technischen Experten für die Landwirtschaft und Wirtschaft zu machen. Dabei sollte ein solches Schulsystem auf den Lebensrythmus der Landbevölkerung ausgerichtet sein. Auf einen dreimonatigen Schulbesuch sollten ebenso lange Schulferien erfolgen, damit den Kindern die Möglichkeit gegeben wird, Zeit in ihren Familien zu verbringen. Dies ist deshalb so wichtig, damit den Familien z. B. in den Erntezeiten auch die Kinder helfen können und die Schüler den Bezug zu ihrem ländlichen Alltag nicht verlieren.

Selbstverständlich sollte neben agrarwissenschaftlichem Wissen den Schülern auch Allgemeinbildung vermittelt werden. Dabei sollte das Schulsystem nicht nur darauf abzielen, Eliten heranzubilden, sondern auch Wissen vermittelt werden, das auf breiter Basis praxisnah eingesetzt werden kann. "Zur Zeit ist es aber so, dass

---

<sup>294</sup> Bänziger, Die Saat der Dürre. Afrika. S. 177f.

<sup>295</sup> Vgl. Michler, Weißbuch. S. 30.

die ärmsten Provinzen auch die schlechtesten Schulen und dadurch auch die schlechtesten Aufstiegschancen haben."<sup>296</sup>

#### **10.4 Fazit**

Darfur liegt in einer wenig zugänglichen Region des Sudans, schon unter normalen Umständen ist das Land schwer zu erreichen. Eine Schule einzurichten, die für alle Kinder offen steht und finanzierbar ist, ist dort fast aussichtslos. Zum Beispiel haben Schmiede einen geringen sozialen Status, was dazu führt, dass nur wenige von ihnen es wagen würden oder auch nur in der Lage sind, ihre Kinder in die Schule zu schicken. Hier wird sich ein solches Schulsystem nicht so einfach verwirklichen lassen, denn traditionelle gesellschaftliche Strukturen lassen sich nicht so einfach von heute auf morgen ändern, auch nicht per Gesetz von oben. Das englische Kolonialsystem hat in Darfur keine leistungsfähige Infrastruktur errichtet, da dieses Gebiet als nicht wirtschaftlich bedeutende Region angesehen wurde. So waren die in 1951 eingerichteten 60 Local Government Councils, die bereits eine eigene Finanz- und Rechtssprechung besaßen, über die Fläche des Sudans sehr ungleich verteilt. In Westsudan gab es große Flächen, in denen kein einziger Rat (Local Government Council) vertreten war<sup>297</sup>. Das Land lag einfach zu fern von dem Zentrum und die natürlichen Bedingungen wie Berge, Wadis und Wüsten, waren und sind geographisch nicht sehr vorteilhaft. Die Nationale Regierung in Sudan hat die Politik der Kolonialzeit fortgesetzt.

---

<sup>296</sup> Bänziger, Die Saat der Dürre. Afrika. S. 177f.

<sup>297</sup> Vgl. Streck, Sudan, S. 200

## **11. Die Militärregierung von General al-Bashir - „Schurkenstaat“<sup>298</sup>**

Am 30. Juni 1989 übernahm ein 15köpfiger „Revolutionärer Kommandorat der nationalen Errettung“ (RCCNS) unter Führung von General al-Bashir<sup>299</sup> die Macht. In diesem Rat waren zunächst Offiziere aus allen Regionen des Landes präsent; fünf davon waren Muslimbrüder, fünf weitere waren als „fromme Muslime“ anzusprechen, drei kamen aus dem Süden und zwei Offiziere hatten gute Beziehungen zu Libyen und Irak. Keiner von ihnen gehörte jedoch zu den Offizieren, die im Februar 1989 das Memorandum unterzeichnet hatten. Alle Parteien und politischen Institutionen wurden aufgelöst und zahlreiche Politiker verhaftet, darunter auch Turabi, obwohl dessen Partei (NIF) bei der Vorbereitung des Putsches eine maßgebliche Rolle gespielt hatte. Das neue Regime versuchte sich unter Berufung auf die Mißstände unter der alten Regierung zu legitimieren (Gefahr der nationalen Aufsplitterung, Verfälschung der Demokratie, wirtschaftlicher Niedergang, Missbrauch der Institutionen, Ruin der öffentlichen Einrichtungen, Korruption, außenpolitische Isolierung, Bürgerkrieg, Vernachlässigung der Armee).<sup>300</sup> Am 4. Februar 1991 erließ das Regime ein Verfassungsdekret („Konstitution des föderalen Staates“), welches die Umwandlung des Sudans in einen föderalen Staat mit neun Bundesstaaten beinhaltete. Darauf aufbauend wurde ein „Konferenzsystem“ (nizam al-mutamarat) nach libyschem Vorbild eingeführt. Auf lokaler Ebene gab es 7000 bis 10000 Volkskonferenzen mit verschiedenen Ebenen, während auf nationaler Ebene eine 300köpfige „Transitional National Assembly“ eingesetzt wurde, für deren Mitglieder für die Zukunft Wahlen vorgesehen waren. Dazwischen existierten „sektorale Konferenzen“ aus Berufsverbänden. Die politische Partizipation in die-

---

<sup>298</sup> Vgl. Dieterich, Johannes: „Es gibt keine Völkermord in Darfur“ Frankfurter Rundschau. 17. Januar 2006 Nr. 141D/H/R/S. S. 2. (= Dieterich, Völkermord in Darfur)

<sup>299</sup> Omar al-Bashir wurde 1944 in Schendi geboren und stammt aus einer Familie, die der Elite des Zentrums des Nordsudans zuzuordnen ist. Nach dem Besuch der Militärakademie, in der er 1966 einer der besten seines Jahrgangs graduierte, kämpfte er im arabisch-israelischen Krieg vom Oktober 1973 in der Suezkanalzone und war von 1974 bis 1978 in den Vereinigten Arabischen Emiraten stationiert. Er erhielt militärische Ausbildung in Ägypten und in den USA. Er stieg in den Rang eines Brigadiers auf und wurde der dritthöchste Offizier im Fallschirmspringerkorps. Als Bataillonskommandeur wurde er zeitweilig im Sudsudan stationiert und erlebte somit den Bürgerkrieg vor Ort. Vgl. Loimeier, Sudan. S. 18.

<sup>300</sup> Vgl. Mattes, Sudan 1989. S. 142f.

sen Kongressen beschränkte sich jedoch auf Detailfragen, da richtungsweisende Direktiven vom Kommandorat kamen.<sup>301</sup>

Das libysche Kongreßsystem basiert auf der Theorie der *Jamahiriya*, einer von Ghaddafi im „Grünen Buch“ beschriebenen sozialistischen Lehre, die auf Basisvolkskonferenzen und Volkskomitees auf lokaler und nationaler Ebene fußt. Nach dem Selbstverständnis dieser Ideologie stellt dieses System die einzig wahre Demokratie dar: „Ohne Volkskongresse gibt es keine Demokratie...Die Macht gehört dem Volk und keinem anderen als dem Volk.“<sup>302</sup> Die *Jamahiriya*-Lehre besteht aus drei Teilen, die sich auf den politischen, den wirtschaftlichen und den sozialen Sektor beziehen, wie es im „Grünen Buch“ beschrieben ist.<sup>303</sup> Von diesen drei Teilen hat das al-Bashir-Regime jedoch nur den politischen Teil übernommen und zum Programm gemacht. Formal war das neue parteilose System pyramidenförmig aufgebaut mit Partizipationsstrukturen von unten nach oben (lokale, sektorale und nationale Ebene von Konferenzen). Die komplizierten Verflechtungen dieser Konferenzen, mit denen experimentiert wurde, können hier nicht näher beschrieben werden<sup>304</sup>, doch in der Praxis sah es so aus, dass eine Abwahl der Regierung nicht vorgesehen war. Von einem parlamentarischen System westlicher Art kann daher keine Rede sein. Die Mitglieder der „Transitional National Assembly“ waren handverlesen (neben allen Mitgliedern des Kommandorates auch deren Berater, die Bundesminister, die von al-Bashir 1991 neu ernannten Provinzgouverneure, weitere Administratoren, Vertreter von Armee und Polizei und „politische Oldtimer“, z.T. von Norden und aus dem alten Personal des Numeiriregimes).<sup>305</sup> Sehr bald stand die Politik des al-Bashir-Regimes unter dem Motto einer verstärkten Islamisierung und Arabisierung: Am 1. Januar 1991 wurde die sofortige Einführung der Sharia

---

<sup>301</sup> Vgl. Mattes, Hanspeter: Sudan. In: Nohlen, Dieter & Nuscheler, Franz (Hgg.): Handbuch der Dritten Welt. Bd. 5 Ostafrika und Südafrika. 3. Aufl. Bonn 1993. S. 162f.

<sup>302</sup> Abdjad, Ibrahim; Al-Hodeyri, Salem & Amara, Nasr (Hgg.): Jamahiriyisches Lexikon. Termini aus der Dritten Welttheorie. o. O. [Tripolis] o. J. S. 31.

<sup>302</sup> Vgl. Internationales Studien- und Forschungszentrum des Grünen Buches (Hg.): Kommentare zum Grünen Buch. o.O. [Tripolis] 1988. Bd. 1 – 3.

<sup>302</sup> Ausführliche Darstellung von Theorie und Praxis in Mattes, Rettungsrevolution. S. 86 – 92.

;Al-Hodeyri, Salem & Amara, Nasr (Hgg.): Jamahiriyisches Lexikon. Termini aus der Dritten Welttheorie. o. O. [Tripolis] o. J. S. 31.

<sup>303</sup> Vgl. Internationales Studien- und Forschungszentrum des Grünen Buches (Hg.): Kommentare zum Grünen Buch. o.O. [Tripolis] 1988. Bd. 1 – 3.

<sup>304</sup> Ausführliche Darstellung von Theorie und Praxis in Mattes, Rettungsrevolution. S. 86 – 92.

<sup>305</sup> Vgl. Mattes, Rettungsrevolution. S. 90. Vgl. Tetzlaff, Demokratisierungsanläufe. S. 320.

beschlossen, wobei die drei Südprovinzen ausgenommen sein sollten; weiterhin sind zu nennen: Verstärkung der Missionstätigkeit, Kleiderordnung für Frauen, verstärkte Propaganda in den Medien, Islamisierung der Polizeiausbildung, militärische Ausbildung internationaler Islamisten usw.<sup>306</sup> Diese Entwicklung bestätigt Gerüchte, nach denen bereits zu Beginn des Regimes gemutmaßt wurde, die neuen Machthaber würden der NIF nahestehen, obwohl diese offiziell noch verboten war. Einzelne Regierungsmitglieder gehörten Familien an, die islamisch-fundamentalistisch orientiert waren. Da der Militärputsch wenige Monate vor der geplanten verfassungsgebenden Konferenz stattgefunden hatte, waren viele der Meinung, dass der Putsch in Wirklichkeit stattgefunden haben könnte, um die sich abzeichnenden Verhandlungen mit der SPLA zu hintertreiben, wie es der Politik der NIF entspräche. Auch in der Frage der islamischen Gesetzgebung ging das Regime mit den Vorstellungen der NIF konform und machte diese Frage sogar zur wichtigsten Regierungsaufgabe. Auch der „Transitional National Assembly“ gehörten überwiegend NIF-Mitglieder an. Bei der Verteilung von Regierungsposten wurden NIF-Anhänger meist bevorzugt.<sup>307</sup>

Konkrete Initiativen zur Beendigung des Bürgerkrieges gingen vom al-Bashir-Regime nicht aus. Gerade die Einführung der Sharia hat den Bürgerkrieg nur verschärft. Eine bereits 1989 stattfindende „Konferenz des Nationalen Dialogs“ fand ohne Beteiligung der SPLA statt. Die vom Regime ernannten Delegierten schlugen zwar ein föderatives Staatssystem vor, indem die Durchführung der Sharia den Teilstaaten vorbehalten blieb, doch entsprach dies nicht den Vorstellungen der SPLA, die für den gesamten Sudan eine demokratische Umgestaltung mit Trennung von Staat und Religion anstrebte.<sup>308</sup>

Der militärische Kommandorat (RCCNS) wurde 1993 aufgelöst, nachdem al-Bashir zum Präsidenten der Republik ernannt worden war. Es wurde eine formale Entmili-

---

<sup>306</sup> Vgl. Mattes, Hanspeter: Sudan. In: Nahost Jahrbuch 1991 (Hg. v. Deutschen Orient-Institut). Opladen 1992. S. 144. (= Mattes, Sudan 1991)

<sup>307</sup> Vgl. Haidir, Taha: Al-Akhwan wa al-askar. Qesa al-Jabbah al-Islamiya wa al-Saltah fi as-Sudan. ( Die islamischen Brüder und das Militär, Geschichte der islamischen Front und der Herrschaft im Sudan) Khartoum 1993. S. 267f. (= Haidir, Al-Akhwan).

<sup>308</sup> Vgl. Delius, Ulrich: Der Konflikt im Südsudan – Keine Hoffnung auf Frieden. In: Wuqûf 7 – 8. Beiträge zur Entwicklung von Staat und Gesellschaft in Nordafrika. Hamburg 1993. S. 189f. (= Ulrich, Südsudan)

tarisierung des Regimes durchgeführt.<sup>309</sup> Im März 1996 fanden inszenierte Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Bei den Präsidentschaftswahlen erhielt al-Bashir über 75% der Stimmen bei insgesamt 41 Kandidaten, wobei der nächste Kandidat gerade 2,4% erhielt. Die gewählte 400köpfige Nationalversammlung löste die „Transitional National Assembly“ ab, wobei 125

Mitglieder von der Regierung bestimmt wurden. Da in einem Drittel der südlichen Wahlbezirke bürgerkriegsbedingt nicht gewählt wurde, bestimmte Al-Bashir die Zahl der Sitze der südsudanesischen Abgeordneten für das Parlament. Die Opposition sprach von massiven Manipulationen bei der Wahl.

An der grundsätzlichen Orientierung der Regierung wurde festgehalten; Parteien blieben weiterhin verboten und die „islamische Gesellschaftskonzeption“ mit der Sharia wurde beibehalten. Turabi wurde Parlamentssprecher und baute seinen Einfluss weiter aus.<sup>310</sup> Die NIF, die sich mittlerweile *National Congress Party* (NCP) nannte, hatte im Parlament die absolute Mehrheit. Turabi als ihr Generalsekretär galt bis vor kurzem als „graue Eminenz“ im Hintergrund. Er hat mehrfach betont, dass die Militärs im Jahre 1989 nur mit seinem Segen die Macht hätten ergreifen können und geriet ab etwa 1998 zunehmend in Gegensatz zu al-Bashir. Turabi als ideologischer Führer des Landes wollte den Staat auf eine striktere fundamentalistisch-islamische Linie bringen. Seiner Ansicht nach hatten die Militärs ihre Aufgabe erfüllt und sollten nun einer zivilen Regierung Platz machen. 1998 setzte die Islamische Front (NIF/NCP) eine Verfassung durch, welche zwar – mit erheblichen Hürden - die Zulassung von Parteien vorsah, aber gleichzeitig die meisten Bürgerrechte (Versammlungs-, Rede- und Reisefreiheit) drastisch einschränkte. Offenbar wollte sich Turabi mit seiner Rolle als Mann im Hintergrund nicht länger zufriedengeben. Vielleicht schien ihm al-Bashir nicht mehr geeignet, den islamisch-fundamentalistischen Staat weiterzuentwickeln. Al-Bashir seinerseits wollte keine Macht abgeben und setzte weiter auf das Militär, nicht zuletzt unter Berufung auf den Bürgerkrieg im Süden. Letztendlich fand hier ein Machtgerangel zwischen zwei Personen statt, die sich kaum unterschieden, weder ideologisch noch in ihrer

---

<sup>309</sup> Vgl. Mattes, Hanspeter: Sudan. In: Nahost Jahrbuch 1993 (Hg. v. Deutschen Orient-Institut). Opladen 1994. S. 144. (= Mattes, Sudan 1993)

<sup>310</sup> Vgl. Mattes, Hanspeter: Sudan. In: Nahost Jahrbuch 1996 (Hg. v. Deutschen Orient-Institut). Opladen 1997. S. 145f. (= Mattes, Sudan 1996)

harten Haltung im Bürgerkrieg und in der Frage der Islamisierung. Am 18. November 1999 versuchte das Parlament, die Machtbefugnisse des Präsidenten zu beschneiden und beschloß, dass der Präsident mit einer parlamentarischen Zweidrittelmehrheit abwählbar sein sollte. Die Regierung sollte von einem Premierminister geführt werden, der dem Parlament verantwortlich sein sollte. Die Provinzgouverneure sollten künftig vom Parlament gewählt anstatt vom Präsidenten ernannt werden. Bevor es zur Beratung weiterer Modalitäten kam, handelte al-Bashir. Er verhängte im Dezember 1999 den Ausnahmezustand und löste das Parlament auf.<sup>311</sup> Nun ist ein fundamentalistisches, islamisches Regime an der Macht, das das Land zu einem arabischen, islamischen Staat erklärt hat, der auf drei Säulen beruht:

**1. Islamisierung** der ganzen Region, eingeschlossen die Nachbarländer Tschad, Kongo, Zentralafrika, Uganda, Kenia, Mittelafrika. Die Islamisten, die derzeit die Regierung stellen, formulieren ihre Visionen folgendermaßen:

"The adoption of Islamic sharia and the federal system within the framework of the comprehensive national unity has been further enrichment to our nationalists experience pioneered by the nation's loyal sons who steadfastly sacrifice their souls for the sake of its protection throughout the decades, revolution uprisings and national struggle"<sup>312</sup>

**2. Arabisierung**, Eliminierung der afrikanischen Sprachen, damit die arabischen Bevölkerungsteile ihre Ziele besser realisieren können, nach dem alten Slogan „Ein Land, eine Sprache, eine Religion - Sudan, Arabisch, Islam“.<sup>313</sup>

Seit jeher galt der Satz:

"It is extremely important to spread the use of Arabic language in the southern Sudan and the Nuba mountains. Arabic is the most effective instrument for spreading Arab Islamic culture, the spread of

---

<sup>311</sup> Vgl. Baumgartner, Peter: "Im Sudan tobt ein Machtkampf" In: <http://www.tagesanzeiger.ch/archiv/99dezember/991214/127702.HTM>.

<sup>312</sup> Abdelrahman, Föderalismus.S. 78 In fern Zit.n.DUP 1986: working paper on the South.

<sup>313</sup> Mattes, Sudan. S. 41.



Arabic language in those areas (South Nuba mountains) is one of the most important arenas for struggle in the name of God and the Arab nation."<sup>314</sup>

**3. Wirtschaft**, die Verfügungsgewalt über die Ressourcen sollen in der Hand der nordsudanesischen Eliten (Afendier) bleiben, um das Land ewig regieren zu können. Der Ex-Minister für Wirtschaft und Finanzen, Abderaheem Hamdi, hat in einem Parteikongress der regierenden Partei diese strategische Planung für die Wirtschaft vorgestellt:

**„Fundamental Hypotheses:**

**Hypothesis One:** Investment is an important economic tool. It will however be useless if it is not backed by appropriate policies.

**Hypothesis Two:** Financial flows from Oslo Agreement and other International and Regional Institutions will be characterised by the following;

1- They will be late

2- Will be far less than promised

3- They will be surrounded by rules and bureaucracy of the donors.

4- Investment fund will go to areas that are already predetermined in the Peace Agreement; that is, to the geographical south with its defined borders, Nuba Mountains Southern Blue Nile. Moreover, these investment funds will be supervised by certain Commissions which ensure that they go to the specified zones only. Due to these facts, foreign investment will remain out of our hands and will not benefit the North much.

5- In a sharp contrast to that, Arab and Islamic investment, both official and private will go to the Geographical North – as before. With direction from the North, some of this investment can be channelled to limited zones in Darfur and south Sudan. As we in the North have personal and official connections with the investors

---

<sup>314</sup> Abdurahman, Föderalismus.S. 78. In fern Zit.n.National Charter for Political Action, April 1992.S2.

in this category, we can influence it much more than our chances with Western/European investment (this category of investment refers to funds coming from the Arab Banks, Arab and Islamic Investors and Islamic Bank for Development and related institutions).

6- Huge investment funds in the oil sector are now going to the North (Blocks 8, 9, 15, and later 10 and 12). Some of the investors in this category do not shy from going south (Block 5 contracted to French, US and Kuwaiti companies - currently under dispute with the SPLM). Petromax Company now has a sizable share in Block A5 and B5... in the south of Sudan in Block 3 and 7. The Chinese also have sizable shares in these Blocks. As for most of petrol services i.e. downstream operations, they will go by necessity to the north – with its new Blocks.

7- The decisive voting block in the coming election resides in the geographical North – at least 25 million - in the Northern States, down to Sinnar/ Gezira and Blue Nile areas. Voters in this zone are election oriented, more educated and can be influenced. Due to their high level of education, they also have higher demand for services and employment opportunities. We must focus on this zone. Fortunately, this zone is nearer and well connected with transport networks – tarmac roads, communication facilities, etc. It is easier and faster to manage election campaigns in this zone.

**Hypothesis Three:** The geopolitical body which I referred to earlier as the North, and which I call henceforth Dongola - Sinnar +Kordofan Axis or the Northern Axis is very homogeneous <- and + original; it reads Dongola minus Sinnar plus Kordofan?>. This Axis has carried the Arab Islamic flag for several centuries and throughout early Islamic kingdoms. For this, it is possible to incorporate this Axis into an Arab-Islamic political coalition. It is to be noted that this Northern Axis financed the Sudan throughout its Turkish, colonial and Independent eras. Even if the others have gone sepa-

rate <South>, this Axis can continue as a viable state. This is true in case of separation of the South and it is equally so though in a different way in case of separation of Darfur. The Northern Axis can maintain good economic relations with Darfur even if it moved away politically (the South is now lost economically but not politically through withdrawal of substantial resources from the Northern Axis).

**Hypothesis Four:** This is not a hypothesis but a reality that has happened in the South, and will repeat itself in Darfur and to a lesser degree in the East. The reality is: withdrawal of substantial resources from the Northern Axis. In today's calculations, the loss to the Northern Axis is in the region of 65% of public revenue resources and 25% of Gross National Products. If we are to win the populations of the Northern Axis and bring them into our political project, this reality calls for urgent and dramatic development of the traditional resources of the Northern Axis.

**Hypothesis Five:** Broad and extensive policies can only bear fruit if their implementation is entrusted to a team that believes in the mission at hand. It is naïve to think that policies realise their objectives by themselves. Hence, and if we are to be honest, we must be prepared to work out all necessary structural, human power, legal and financial changes. We should not take the formation of the present Transitional Government as sufficient to enable us realise our objectives.

**Hypothesis Six:** The unity of Sudan may not be voted for and we, therefore, must start working now for its alternatives. We must avoid taking attractiveness of the unity of Sudan for granted. If the unity is realised, we may still face another scenario. Influential foreign powers may resort to igniting secessionist fires, particularly if

they fail to transform the unity of the country into certain desired mechanisms for their purpose. I mean those mechanisms that divide the Sudan and place it under the rule of the non-Arab-Islamic minority. This will be a repeat of what they did in all countries of the Protective Belt against Islam, south of the Sahara (From Ethiopia, passing through Nigeria to Senegal).<sup>315</sup>

Die Politik des Militärregimes für die marginalisierten Sudanregionen bestand in erster Linie darin, die Opposition zu unterdrücken und die Einheit des Landes durch Islamisierung und Arabisierung zu verwirklichen. Diese Vorgehensweise, unter dem Deckmantel der nationalen Integration, „sudanesisch“ mit „arabisch-islamisch“ und einheitlicher Sprache, religiöse Kultur, weckte unter der Bevölkerung wachsenden Widerstand gegen die Dominanz der nördlichen Niltaleliten. Die marginalisierten Gruppen aus den Südost- und Westregionen fordern eine föderale Staatsordnung mit mehr Rechten für ihre Regionen, eine gerechtere Macht- und Ressourcenverteilung sowie eine ausgeglichene wirtschaftliche Entwicklung. Diese „Erniedrigungspolitik“ des arabischen nordsudanesischen Regimes führte zu einem der längsten Bürgerkriege im Herzen von Afrika, in dem die Südsudanesen für ihre Rechte kämpften. Während dieses Krieges zerstörte die nordsudanesische Armee die gesamte noch schwach ausgebildete Infrastruktur im Südsudan. Gut ausgebildete Südsudanesen wurden eliminiert. Viele Zivilbürger verloren ihr Leben. Die Einwohner des Südsudan erlebten die Regierung als fremde Macht.<sup>316</sup> Bereits in diesem Bürgerkrieg hat das sudanesisches Regime bestimmte Gruppen aus Darfur und Kordofan als arabische Milizen eingesetzt, um gegen die Zivilbevölkerung im Grenzgebiet zwischen Nord- und Südsudan vorzugehen. Gerechtfertigt wurde dieses Vorgehen mit religiösen und ideologischen Parolen.

---

<sup>315</sup> Hamdi, Abderaheem: Future of Foreign Investment in Sudan: A Working Paper (Abderaheem Hamdi is a Member of the National Congress Party (NCP) and an ex-Minister for Economy and Finance) Khartoum, 11-12 September 2005, translated by El-Tom Abdullahi: Office of Strategic Planning and Training, JEM Abuja, 10/10/2005.<http://www.sudanjem.com/en/index.php?page=books.26.10.2005>

<sup>316</sup> Vgl. Hofheinz, Albrecht: Sudan – Widerstand gegen den Zwang zur Einheit. In: Informationen zur politischen Bildung.Nr. 272, 3. Quartal 2001. Bonn 2001. S. 49. (= Hofheinz, Einheit)

Durch Einsatz solcher Milizen instrumentalisierte die sudanesische Regierung das bereits bestehende Konfliktpotenzial zwischen den unterschiedlichen ethnischen Gruppen, um ihre eigenen Interessen zu verfolgen, mit dem Deckmantel „ diese paramilitärischen Kräfte dienten nur der Verteidigung der Demokratie“.<sup>317</sup>

### **11.1 Der Widerstand marginalisierter Gesellschaften im Westen - Eskalation der Gewalt**

Mit der Machtübernahme von Omar al-Bashir 1989 verschärfte sich die Situation in Darfur, weil der als islamistischer „Hardliner“ angetretene al-Bashir die arabischen Ethnien weiterhin mit modernsten Waffen ausrüstete, um eine Politik der Arabisierung unter der afrikanischen Bevölkerung zu betreiben. Die Rechte wie z. B. Freiheit und Sicherheit der afrikanischen Ethnien Fur, Masalit und Zaghawa verschlechterten sich massiv. Seit den achtziger Jahren bis heute wird der Konflikt in Darfur gewaltsam ausgetragen. Der aktuelle Konflikt wird von der Regierung und ihren arabischsprachigen verbündeten Gruppen als eine sogenannte „arabisch-afrikanische“ Auseinandersetzung dargestellt. Der Regierungsantritt von al-Bashir hat den Konflikt eskalieren lassen, weil er die arabischen Ethnien bevorzugt behandelte.<sup>318</sup>

Die untenstehende Tabelle gibt eine Übersicht über die Art der Konflikte und die Verhandlungen zwischen den zerstrittenen Parteien. An allen waren die Araber maßgeblich beteiligt.

---

<sup>317</sup> Khalafalla Khalid Y: Der Konflikt in Darfur. Aus Politik und Zeitgeschichte. Bonn. 4/2005.24 Januar 2005. S. 42. (= Khalafalla, Darfur)

<sup>318</sup> Vgl. Köndgen, Olaf: Tragödie in Darfur, KAS/Auslandsinformation 10/04 Hrsg. Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2004. S.10. (= Köndgen, Tragödie in Darfur)

**Tabelle 5:  
Zahlreiche regionale Konflikte in Darfur**

1	1924	Rezigat-Dinka	Rezigat-Dinka	Wasser, Gras
			Kababish und Kaohla (Nord Kordofan)	
2	1932	Um Gozin		gegen Saidia und Berti (Nord Darfur
			Kababish und Kaohla (Nord Kordofan)	
3	1942			gegen Saidia und Berti(Nord Darfur
4	1957	Al Malha	Kababish und Kaohla (Nord Kurdofan)	
			gegen Saidia und Berti (Nord Darfur	Wasser, Gras
5	1968	El-Fasher	Maolia und Rezigat	Verwaltungsproblem
6	1974	El-Fasher	Zaghawa und Bergid	Politik und Wasser,
7	1975	Safaha	Rezigat-Dinka	Wasser, Gras
				Clan-Konflikt
8	1976	El-Fasher	Saidia und Midoub	Wasser, Gras
9	1976	Niyala	Miheria und Bin Halba	Wasser, Gras
10	1980	Niyala	Miheria und Bin Halba	Wasser, Gras
11	1980	Niyala	Tasher und Salamat	Verwaltungsproblem
12	1980	El-Dalinj	Misiria (Kordofan) Rezigat (Darfur)	Wasser, Gras
13	1981	Ba-Banusa	Rezigat-Dinka	Wasser, Gras
14	1982	Niyala	Tasher und Salamat	Wasser, Gras
15	1982	Malit	Clan-Nord Darfur.Clan-Nord Kordofan	Wasser, Gras
16	1984	Niyala	Misiria (Kordofan) Rezigat (Darfur)	Wasser, Gras

17	1984	Um Kadada	Clan-Nord Darfur.Clan-Nord Kordofan	Wasser, Gras
18	1987	Malit	Clan-Nord Darfur.Clan-Nord Kordofan	Wasser, Gras
19	1987	Niyala	Falata,Gemir, El Mararit	Grenz-Problem
20	1989	Kabkabia	Fur. Zaghawa	Wasser, Gras
21	1989	El-Fasher	Fur. Arab	Wasser,Clan- Konflikt
22	1989	Kabkabia	Bedait-Zaghawa	Führung
23	1990	El-Fasher	Gemir Zaghawa	Wasser, Gras
24	1990	El-jenina	Gemir Zaghawa	Wasser, Gras
25	1990	Niyala	Gemir, Bargo	Wasser, Gras
26	1991	Niyala	Gemir Taisher	Grenz-Problem
27	1991	El- Dioin	Zaghawa- Maoalia	Wasser, Führung
28	1991	El-Fasher	Zaghawa, Mima,Birged	Wasser,Führung
29	1991	Kabkabia	Zaghawa, Bine Hessien	Wasser
30	1991	Niyala	Zaghawa und Bergid	Wasser, Führung
31	1991	Niyala	Fur .Tarjem	Verwaltungsproblem
32	1994	Kutuom	Zaghawa, Rezigat	Land
33	1996	El-Genina	Massalit, Arab	Wasser,Land
34	1997	El-Fasher	Nord Kurdofan-Nord Darfur	Wasser,Clan- Konflikt
35	1997	El.Dioin	Rezigat-Zaghawa	Führung
36	1999	El-Genina	Massalit, Arab	Wasser,Clan- Konflikt
37	2000	El-Fasher	Miduob, Berti	Wasser,Grenze
38	2003	Niyala	Rezigat, Maoalia	Verwaltungsproblem und Clan-Problem
39	2003	Kass	Fur, Arab	Clan-Konflikt

Quelle: Die regionalen Konflikte in Darfur<sup>319</sup>

Zahlreiche regionale Konflikte oder „Stammes-, Religions- und Separationskriege“ sind eindeutig auf die massive Einmischung der Regierung in die unterschiedlichen Probleme in Darfur zurückzuführen.<sup>320</sup> Nach Mattes dienen diese Kriege der Verfolgung partikularer Interessen, auf Autonomiegewinnung oder politisch-territoriale Absonderung.<sup>321</sup> Zudem versuchte die Regierung durch Einführung eines neuen 26-Provinzenverwaltungssystems die traditionellen Herrschaftsstrukturen zu schwächen, was lediglich zu verstärkter Opposition und passivem Widerstand des Beamtenapparates führte.<sup>322</sup>

„Im postkolonialen Staat Sudan hat sich dieses Verhältnis jedoch grundlegend verändert. Insbesondere die von der NIF kontrollierte Regierung in Khartum hat die traditionellen Stammesführer gezielt geschwächt und Teile ihrer Ländereien an arabische Nomadenstämme gegeben. Die traditionelle Konkurrenz von Bauern und Viehzüchtern um den Boden hatte sich in der Region im Zuge der Sahel-Dürre und des Fortschreitens der Sahara nach Süden seit den 70er Jahren deutlich verschärft. Die Regierung in Khartum ergriff in dieser Situation einseitig Partei für die arabische Seite. Inzwischen sind rund eine Million Menschen von den Kriegshandlungen im Darfur unmittelbar betroffen.“<sup>323</sup>

Diese Entwicklung zeigt deutlich, dass trotz scheindemokratischer Maßnahmen des al-Bashir-Regimes von Demokratie hier keine Rede sein kann. Die innere

---

<sup>319</sup> Adam El zin Mohammed, Mussa Adam Abdul Jalil, Sidiq Ambada, Mohammedin Tejani Sif El nassr El Tanimia Muoftah: El.Salam Fi Darfur. (Entwicklung, Schlüssel für den Frieden in Darfur), Adam El zin Mohammed, Mussa Adam Abdul Jalil, Sidiq Ambada, Mohammedin Tejani Sif El nassr Friedrich Ebert Stiftung(Hrsg). Khartoum 2003 S. 37-39. (= Adam, Frieden in Darfur).

<sup>320</sup> Vgl. Adam, Frieden in Darfur. S. 37-39.

<sup>321</sup> Vgl. Matthies, Kriegsschauplatz, S. 50

<sup>322</sup> Vgl. Sellin, Harald: Innenpolitik. In: Eitner, Kurt & Ahmed, Munir D. (Hgg.): Republik Sudan. Staat – Politik – Wirtschaft. Probleme eines Entwicklungslandes. (Mitteilungen des deutschen Orient-Instituts Nr.14) Hamburg 1980. S. 83. (= Sellin, Innenpolitik)

<sup>323</sup> Vgl. Holberg Anton: Sudan; Der Krieg nach dem Krieg Ölabkommen zwischen Regierung und SPLA-Guerilla - Neue Kämpfe im westlichen Darfur. In: [www.uni-kassel.de/fb5/frieden/welcome.htm/](http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/welcome.htm/). (Holbert, Ölabkommen)



Struktur des Landes wurde von der Militärregierung nicht verändert, auch wenn man sich den Anschein von **Föderalismus** gab. Weiterhin gibt es keine Transparenz in den Regierungsgeschäften und keine Mitsprache der Bevölkerung, Parteien sind als Verursacher von politischer Instabilität, Korruption und Stammesdenken geächtet und die Opposition ist verboten. Das Staatsmodell der NIF mit „direkter Beteiligung“ des Volkes, „Basiskongressen“ und „Volkskomitees“ passt nicht so recht auf die pyramidenförmige Gesellschaftsorganisation und die föderalistischen Strukturen scheinen nur ein Machtinstrument nach dem Prinzip „divide and rule“ zu sein. Es bleibt die Frage, was davon übrigbleibt, nachdem die NIF in Ungnade gefallen ist. Al-Bashir scheint nach dem Muster von Numeiri zu verfahren, der nacheinander alle großen Parteien für seine Zwecke benutzt und danach fallengelassen hat. Er suchte unter den Islamisten seine Gefolgsleute und sie unterstützten ihn dabei und erhielten als Ausgleich die Teilhabe an der politischen Macht.

„ Noch nie wurde ein ernsthafter Versuch unternommen, eine gerechte Verteilung von politischer Macht und Ressourcen in diesem multi-religiösen und multi-kulturellen Land zu schaffen. Im Gegenteil: Einer kleinen Elite gelang es, in wechselnden Allianzen und unter Missachtung der Menschenrechte, das Land und seine Bewohner zu dominieren“<sup>324</sup>

Als Fortsetzung nahmen die lokalen Auseinandersetzungen zwischen Afrikanern und Arabern zu. Indess sah Khartoum aufgrund seiner politischen Unfähigkeit und seiner Parteilichkeit dieser Entwicklung tatenlos zu. Eine Verwaltungsreform im Jahr 1994 führte dazu, dass sich die Stellung der Fur zunehmend verschlechterte. Die in 2001 gegründeten Sondergerichte, deren ursprüngliche Aufgabe darin bestand, das Banditentum in Darfur zu bekämpfen, verhafteten zunehmend die Kritiker des Regimes.

Das führte dazu, dass sich städtische und ländliche Gruppen der Fur, Massalit und Zaghawa in einem politischen Bündnis zusammenschlossen, um sich gegen die „Arabier“ und die Zentralregierung zu verteidigen. Ein Machtkampf in Khartoum zwischen al-Bashir und seinen Anhängern verschärfte die Lage. Ende 2000 trennte

---

<sup>324</sup> Peter, Marina: Die angekündigte Katastrophe, al-journal 8/2004. S. 16. (= Peter, Katastrophe)

sich ein turabi-treuer Teil von der inzwischen in National Congress (NC) umbenannten NIF ab, viele Mitglieder schlossen sich Turabi an. Die Sicherheitsdienste Khartoums setzten in Darfur statt der paramilitärischen Peoples Defence Force (PDF) loyale Gefolgsleute mit arabischer Herkunft ein, und ergriffen deren Partei. Turabi verlor den politischen Machtkampf in Khartoum und versucht seitdem über die Regionen, Einfluss zurückzugewinnen.<sup>325</sup>

Seit Jahrzehnten wird der Sudan von schweren sozialen und wirtschaftlichen Spannungen, sowie politischen und nationalen Umbrüchen erschüttert. Diese wurden von stetig steigender staatlicher Gewalt gegen bestimmte Personen- und Bevölkerungsgruppen, die dem bestehenden politischen System eigene soziale, politische und wirtschaftliche Ideen zur Umgestaltung der sudanesischen Gesellschaft entgegensetzten, begleitet. Seit den fünfziger Jahren hat die herrschende Elite durch ihr Unvermögen, auf diese neuen politischen Herausforderungen zu reagieren, eine sich ständig wachsende Spirale von staatlicher Gewalt und Gegengewalt der davon betroffenen Personen- und Bevölkerungsgruppen geschaffen. An diesem Zustand ist die Zentralregierung durch ihr Nichtstun und auch durch ihre politischen Machenschaften für die Lage in den marginalisierten Regionen mitverantwortlich.<sup>326</sup>

Nachdem al-Bashir die Macht im Sudan ergriffen hatte, suchte er in der islamischen Partei seine Gefolgsleute, eine gewisse Anzahl von Darfuris unterstützt ihn in seinen Bemühungen und erhielt als Ausgleich die Teilhabe an der politischen Macht.

Die Darfuris gewannen durch ihre politische Arbeit in Ministerien umfangreiche Kenntnisse in politischen Belangen. Sowohl die Elite der Darfuris als auch Mitstreiter an der Macht haben ihre Sorgen über ihre Region, der Unterentwicklung, Mangel an Bildung, Unterernährung, medizinischer Versorgung immer wieder kundge-

---

<sup>325</sup> Vgl. Ludermann, der Sudan zwischen Krieg und Frieden. S. 90.

<sup>326</sup> DE WAAL, Alex: Wie die Fur zu Afrikanern wurden. Die Historischen Wurzeln des Darfur-Konflikts. Aus dem Deutschen übersetzt von Niels Kadritzke. Le Monde diplomatique. Berlin. 14/9/2004. In: <http://www.mondediplomatique.de/pm/2004/09/10.mondeText.artikel,a0054.idx,15>.

tan. Die darfurische Bevölkerung hat oft ihren Bedarf in Bezug auf die Entwicklung der Infrastruktur, Aufbau von Schulen und Krankenhäusern bei dem nordsudanesischen Regime angemeldet. Diese Forderungen wurden von der sudanesischen Regierung nicht ernst genommen. Befürworter eines politischen Aufbaus von Darfur wurden von der Regierung kaltgestellt und aus ihren Posten entlassen. Seit die al-Bashir-Regierung die politische Macht ausübt, versucht sie Entwicklungsprojekte, die für Darfur geplant waren, mit Absicht zu verhindern. Hier möchte ich nur einige nennen:

1. Versteigerung des Jabal Mara Agrar-Projekts.
2. Beendigung des Westsavanna-Projektes.
3. Verhinderung der Projekte zur Bekämpfung der Wüste.
4. Beendigung des Gazala Jausat-Projekte für die Tierzucht.
5. Vernachlässigung des Projekts Umbäda im Agrarsektor.
6. Vernachlässigung des Projekts Savanna (Sak-nam), bei dem es um die Wasserversorgung der El-Fasher Stadt, ihrer Umgebungsgebiete und Gemüseplantagen ging.
7. Gaddafi-Projekt, das den Bau einer Straße von Al-Fasher nach Kufra, beinhaltet, wurde nicht realisiert, stattdessen wurde eine Straße (Shirian Al shamal) von Khartoum nach Dongola gebaut.
8. Eigenmächtige Entscheidung der Regierung, die Region Atron (mit einem Rohstoff, der als eine Art von Antibiotikum für die Nutztiere verwendet wird) von Norddarfur zum Nordsudan einzugliedern.
9. Falsche Versprechungen im Bezug auf den Straßenbau (Ingas al-garby). Gelder, die für den Straßenbau Khartoum- El-Fascher vorgesehen waren, wurden von Regierungsmitgliedern veruntreut.
10. Behinderung und politischer Versuch der Schließung des Zollbüros in Melid (Darfur), um stattdessen ein anderes Zollbüro in Dungola (Nordsudan) für den grenzüberschreitenden Verkehr mit Libyen zu nutzen.

11. Durch den Erlass eines Gesetzes wurde der Export von Tieren aus Darfur an internationale Märkte sehr erschwert, obwohl die meisten Tierzüchter Darfuri-Araber sind. Nur durch eine gültige Lizenz darf man Tiere ins Ausland verkaufen, die jedoch nur die nordsudanesischen Händler ausgestellt bekommen.
12. In Süd-Darfur-Kordofan (Abu Jabra) wird Öl gefördert, jedoch wurde die Raffinerie in Mulet (Nordsudan) gebaut. Zudem wurden Arbeitskräfte aus dem Norden anstatt aus Kordofan (Darfur) eingesetzt. Die in diesem Gebiet lebenden Bevölkerung wurden umgesiedelt und es wurde ihnen verboten, das Gebiet zu betreten.
13. Vernachlässigung der Entwicklung der Region Abu Jabra, wo das Öl gefördert wird.<sup>327</sup>

“Offenbar besteht ein enger Zusammenhang zwischen ungelösten wirtschaftlichen oder ethnisch-kulturellen Modernisierungskonflikten, mangelnder, politischer Konsolidierung und der Anwendung militärischer Gewalt, und ist es die extrem ungleiche Verteilung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen in einer Gesellschaft.“<sup>328</sup>

Auch in dem folgenden Zitat wird deutlich, wie die Regierung ihre Vormachtstellung dazu nutzt, marginalisierte Gesellschaften mit unterschiedlichsten Methoden zu diskriminieren und ihnen Entwicklungschancen vorzuenthalten.

„Die Situation in Darfur ist - wie die in den anderen Regionen des Sudan mit Ausnahme von Khartum und der reichen El-Gezira Region - geprägt durch politische Marginalisierung und gravierende Unterentwicklung. Sie ist gekennzeichnet durch einen Mangel an Infrastruktur, Mangel an Investitionen (auch in Bildung und Ausbildung), das Fehlen grundlegender sozialer Dienste, kaum Aussicht auf Erwerbseinkommen und die Verbreitung von Kleinwaffen. Die

<sup>327</sup> Vgl. Al haj Adam, Hiessen: As Bab Maschakil Darfur, (Ursache des Darfur Problem). In: [www.Sudanjem.com.18.08.2003](http://www.Sudanjem.com.18.08.2003).

<sup>328</sup> Matthies, Kriegsschauplatz.S.60-61.

ständigen Überfälle und Beutezüge der Milizen und die damit verbundene Straflosigkeit haben außerdem ein kriminelles Bandenwesen hervorgebracht. Mit einem Erlass der Zentralregierung wurden 2001 Sondergerichte etabliert, die Waffenhandel, illegalen Waffenbesitz, Mord und bewaffneten Raub verfolgen sollten. Jedoch nutzten die Sicherheitsorgane ihre Sondervollmachten, um Menschen willkürlich und zeitlich unbegrenzt zu verhaften. Jeder, der verdächtigt wurde, die Regierung zu kritisieren, konnte über Monate ohne Anklageerhebung in Haft gehalten werden, was oft auch geschah.“<sup>329</sup>

Die Elite der Darfuris entschloss sich nun gegen die Politik al-Bashirs vorzugehen. In Geheimtreffen der Darfuris im Sudan wurden die politischen Probleme diskutiert und Lösungsvorschläge entwickelt. Es wurden Informationen und Daten über die marginalisierten Regionen in Hinsicht auf Politik, Sozialsysteme, Wirtschaft und Parteien gesammelt. Die Erkenntnisse wurden in dem sogenannten “Schwarzen Buch” veröffentlicht.

Dieses “Schwarze Buch” bildet in den Jahren 2000 und 2003 die ideologische Grundlage für die Gründung von zwei neuen militärisch-politischen Bewegungen in Darfur: die “Sudan Liberation Movement/Army” (SLM/A) und die “Justice and Equality Movement” (JEM).<sup>330</sup>

Im November 2001 wird eine militärische Bewegung von der Elite Darfurs in Tschad ins Leben gerufen. Soldaten haben eine Basis in den Marrabergen gegründet. In Bielefeld (Deutschland) gründen Intellektuelle von Darfur die Bewegung JEM (Justice and Equality Movement) und veröffentlichen ihre Ziele. Im nächsten Kapitel werde ich auf die Gründung vom JEM weiter eingehen.

---

<sup>329</sup> Trivelli, Richard M : Sudan Darfur-eine vorgesehene Katastrophe In. EED Arbeitsstelle Frieden und Konfliktbearbeitung Nr.25, Februar 2004. In: <http://www.eed.de/fix/files/doc/eed-fr-infobrief.25-deu-2004.pdf> (=Trivelli, eine vorgesehene Katastrophe).

<sup>330</sup> Vgl. Trivelli, eine vorgesehene Katastrophe.

## 11.2 Die Geschichte der Gründung von JEM

In der Literatur und in der Öffentlichkeit sowie von Seiten der sudanesischen Regierung wird die Gründung von JEM oft mit den Islamisten der Fraktion Turabi in Verbindung gesetzt.<sup>331</sup> Die ehemaligen Mitglieder der NIF, die zu den Gründungsmitgliedern der JEM gehören, betonen immer wieder, dass dies nicht der Wahrheit entspricht.

Die Gründung der JEM erfolgte im Jahr 2000, als sich Delegierte aus Darfur zu einer Konferenz in Bielefeld zusammenfanden. Ziel war es, eine politische Bewegung zu gründen, die sich gegen die Marginalisierungspolitik des sudanesischen Regimes wehrt, und für eine gerechtere Macht- und Ressourcenverteilung kämpft.

Zu den Gründungsmitgliedern zählen Dr. Khalil Ibrahim, Abubakir Hamed Nuor, Dr. Haroun Ahmed Haroun, Khatab Ahmed Waada, Beshari Mahmed Ahmed, Sefef Dawla Koko, Ahmed Hussien Adam, aus dem Sudan<sup>332</sup>, und aus Deutschland Dr. Zakaria Mahmed Ali, Dipl. Wirtschaft. Ahmed Mussa, Dipl. Ing. Mahmed Zakaria Targni, Fadul Andusa M.A., Ahmed Hashim Andusa M.A., Abdul alrahman Ali, Abdalla Mahmed Yuosef.<sup>333</sup>

Es ist eindeutig, dass die JEM, insbesondere ihr Vorsitzender Dr. Khalil, mit den „radikalen Ideen“, wie sie durch Dr. Turabi vertreten werden, nicht sympathisiert. Im diesen Zusammenhang möchte ich das mit Ahmed Musa geführte Interview wiedergeben. Es lautet wie folgt:

„Ich kenne Dr. Khalil Mohammed seit der Grundschule in Tina. Er studierte Medizin in Gazira und praktizierte nach seinem Universitätsabschluss als Arzt in Sudan und danach in Saudi-Arabien.

In der Folge der Machtübernahme von NIF, kehrte er nach Sudan zurück, um in einer Klinik als Chefarzt in Khartum zu arbeiten. 1994 ernannte ihn die Regierung zum Gesundheitsminister in Norddar-

---

<sup>331</sup> Vgl. Neue Züricher Zeitung 22. Mai 2004, Khartoums grausamer Stellvertreterkrieg. In: [http://www.nzz.ch/2004/05/22/al/kommentar9lzp\\_v\\_1.256796.html](http://www.nzz.ch/2004/05/22/al/kommentar9lzp_v_1.256796.html), o.A.

<sup>332</sup> Weitere Gründungsmitglieder dürfen aus Sicherheitsgründen nicht genannt werden, da ihre Mitgliedschaft ihr Leben bedrohen würde.

<sup>333</sup> Interview mit Mahmed Targoni, Mitglied und Mitgründer der JEM, am 14.05.2006 in Duisburg.

fur. Sicher ist, daß er ein praktizierender Muslim ist, dabei richtet Dr. Khalil seine politischen Vorstellungen nicht nach den islamitischen Ideen des Dr. Turabi. Es ist und war nie seine Absicht Dr. Turabi wieder zur politischen Macht oder zu einem politischen Amt zu verhelfen, da seine gesamte Familie und Verwandten im Darfurkonflikt vertrieben und getötet wurden. Seine Mutter lebt derzeit im Flüchtlingslager in Tuluom. Ich bin der festen Überzeugung, dass Dr. Khalil uns nicht belügt oder betrügt<sup>334</sup>.

### 11.3 Ziele von JEM

“Religion is a source of spiritual and moral inspiration that serves the pursuit needs of our peoples and the entire human-kind of peacefull interaction and greater moral and spiritual ascendancy. The state machinery belongs to all Sudanese regardless of their religious or spiritual values and its neutrality must be preserved. Religion and policy belong to two different domains and must be kept in their respective domain, with religion belonging to the personal domain and the state in public domain, that is, religion belongs to the individual and the state belongs to all of us. In this way religion cannot become a cause of conflict among citizens of the same country”.<sup>335</sup>

Dabei setzt sich JEM für folgende Ziele ein:

1. “Eradication of economic, cultural and political marginalization of the majority of Sudanese, which has been a feature of Sudan`s politics since its Independence in 1956.

---

<sup>334</sup> Interview mit Ahmed Mussa Ali, Mitglied und Mitgründer der Darfur Hilfe e.V., am 23.06.2006 in Bielefeld.

<sup>335</sup> Salih, M. A .Mohamed: Understanding the Conflict in Darfur, Occasional paper Centre of African Studies University of Copenhagen 2005. S.15. (= Salih,Darfur)

2. Establishment of a just system based on democratic principles, rule of law, respect of human rights and accommodation of diversity of all Sudanese people.
3. Institution of constitutional reform that enables all regions of Sudan to rule
4. Improvement of standards of living for all people in the country and with equitable access to public services.
5. Initiation of sustainable socio-economic development that will span the whole nation.
6. Realization of the supremacy of the law and separation of powers in the country.
7. Establishment of a federal and democratic government of national unity.
8. Liberation of Sudanese citizens from poverty, disease, hunger and restoring their dignity and confidence.
9. Enabling all Sudanese citizens to participate effectively in the process of production, creativity and peaceful co-existence.
10. Encouragement and support of women, youth and other marginalized sectors to assume their full role in building a prosperous society.
11. Provision of care for the weakest members of the society including children, orphans, widowed, elderly, displaced...
12. Institution of friendly relations with the outside world guided by principles of mutual respect and promotion of common interests".<sup>336</sup>

#### **11.4 Gründung und die Ziele der SLA/M**

Seit 1990 war die gesamte Region Darfurs durch immerkehrende Überfälle durch bewaffnete Banden bedroht. Als Gegenmaßnahme auf diese Überfälle gründete die Bevölkerung eine Bürgerwehr, die vor allem in der Region Zaghawa und in der Bergregion Marra aktiv wurde. Dazu kam es, als sich die Fur-Bevölkerung zu ihrem Schutz direkt an das Volk der Zaghawa wendete, das traditionell über militärische Erfahrung und Waffen verfügt. Bis 2001 wurde die Fur durch die Zaghawa militärisch ausgebildet, um sich wirksam gegen die Banditen zu schützen.

---

<sup>336</sup> Manifest der JEM: A proposal for Change: Towards a Sudan of Justice and Equality, compiled by Training and Planning Office, JEM, Ohne Ort 2005



Der Kampf sollte sich von nun an nicht mehr nur gegen bewaffnete Banden sondern auch der „Gerechtigkeit“ dienen, er sollte sich nun massiv gegen den sudanesischen Staat richten. Damit waren beide Gruppen einverstanden und der Aufstand gegen die sudanesisische Regierung begann.

Seit der Machtübernahme des al-Bashir-Regimes findet eine verstärkte Arabisierung der Gesellschaft im Sudan statt, gegen die sich große Teile der Bevölkerung im Süden und auch in Darfur wehren. „Beide Konflikte eint, dass sich die afrikanischen Ethnien gegen die von Khartoum vor allem nach der Amtsübernahme 1989 von Omar al-Bashir betriebene Arabisierung der Gesellschaft wehren.“<sup>337</sup>

Seit dem 25. Februar 2003 kämpfen beide Gruppen gemeinsam in Darfur. Die im Jahr 2002 gegründete Darfur-Befreiungsfront (DLF) rief zum Aufstand auf. Um die Gemeinsamkeit zu verdeutlichen, änderte im März 2003 die sich hauptsächlich auf die Ethnie Fur stützende DLF ihren Namen in Sudanesische Befreiungsarmee (SLA), in der neben den Fur auch die afrikanischen Ethnien wie die Masalit, Zaghawa und Berti angehören. Die SLA bekämpft nach eigenen Angaben die »ethnische Vertreibung« afrikanischer Ethnien aus Darfur.<sup>338</sup>

Mitglieder der beiden genannten politischen Gruppen baten John Garang (Widerstandskämpfer im Südsudan) um Hilfe für die Gründung einer politischen Widerstandsbewegung. Dieser und seine südsudanische Partei, die seit Jahrzehnten in einen Bürgerkrieg gegen die Regierung Sudans verwickelt ist, waren bereit, das Vorhaben mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen.

Fur-Anführer Abdul Wahid und Zaghawa-Anführer Adam Abakar schlossen sich zu einer neuen Bewegung zusammen, der sie den Namen SLA/M gaben. Unter Anwendung militärischer Gewalt wollten sie gegen die ungerechten sudanesischen Gesetze<sup>339</sup> und ungelösten wirtschaftlichen Zustände, ethnologisch-kulturellen

---

<sup>337</sup> Ling Martin: Der Konflikt in Darfur hat viele Dimensionen, Sudan: Zwangsarabisierung, Wasserknappheit und politischer Machtpoker. In: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/ling.html> 19.07.05. (= Ling, Konflikt in Darfur).

<sup>338</sup> Vgl. Ling, Konflikt in Darfur.

<sup>339</sup> „1994 führte Khartoum in Darfur Verwaltungsreformen durch, die das Siedlungsgebiet der sesshaften Fur auf drei Gliedstaaten aufteilte, und damit ihren politischen Einfluss schwächte. Ebenso erging es den ebenfalls sesshaften Masalit, dessen Heimatgebiet in eine Vielzahl von Emiraten aufgeteilt wurde und den Arabischsprachigen zugeteilt wurde. „Diese ‚Reform‘ führte in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre zu einem im Ausland kaum beachteten Aufstand, in dessen Verlauf von

Konflikte und mangelnde politische Konsolidierung vorgehen. Es sollte gegen innerstaatlichen Kolonialismus<sup>340</sup>, diktatorische Machtkartelle<sup>341</sup> vorgegangen werden, die Ihnen den Status einer legale politische Beteiligung verwehrte.<sup>342</sup>

„The Sudan Liberation Movement/Army is of the view that Sudans unity is of paramount importance, but it should not be maintained and cannot be viable unless it is based on justice and equality for all the Sudanese peoples. Sudans unity must be anchored on a new basis that is predicated on full acknowledgement of Sudans ethnic, cultural, social and political diversity. Viable unity must therefore ultimately be based on the right of self-determination and the free will of the various peoples of Sudan. The fundamental imperatives of a viable unity are an economy and political system that address the uneven development and marginalization that have plagued the county since independence, so that the interests of the marginalized majority are adequately catered for and they are brought to the same level of development of the ruling minority the SLM/A shall work with all political forces that ascribe to this view.“<sup>343</sup>

Ihre Ziele lauten folgendermaßen:

1. Befreiung der sudanesischen Bürger von sozialer, kultureller, politischer, und wirtschaftlicher Ungerechtigkeit.
2. Garantie der Einheit des Landes, Betonung des einzelnen Bürgers als Grundbasis der Gesellschaft.
3. Einführung des Föderalismus als
4. Aufbau eines Regierungssystems mit demokratischen Elementen, wie z.B. Pressefreiheit, unabhängige Gerichte.
5. Der Präsident soll direkt vom Volk gewählt werden.

---

Khartum unterstützte arabische Milizen Dörfer nieder brannten und Zehntausende Masalit ins tschadische Exil trieben“. (NZZ 22.5.2004).

<sup>340</sup> SLA/JEM bezeichnen in ihren Schriften die Regierung als innerstaatliche Kolonialisten

<sup>341</sup> Vgl. Matthies, Kriegsschauplatz. S. 64.

<sup>342</sup> Vgl. Matthies, Kriegsschauplatz. S. 64.

<sup>343</sup> .Salih, Darfur.S.14.

6. Religionsfreiheit.
7. Bekämpfung aller politischen Willkürherrschaft und wirtschaftlicher Vernachlässigung, Bekämpfung des Rassismus der Regierung seitens der Bürger.
8. Entwicklung der Regionen des Landes, die unterentwickelt sind
9. Kostenlose Bildung und Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung
10. Reform der militärischen Institutionen und Sicherheitsapparate, Verwaltung, Wirtschaft.
11. Wiederaufbau von Darfur.<sup>344</sup>

### **11.5 Fazit**

Die SLA und die JEM setzen sich vor allem aus Fur, Massalit, Zaghawa und anderen Ethnien zusammen. Zwar kooperieren SLA und JEM im Kampf gegen die Zentralregierung, ideologisch bestehen jedoch wichtige Unterschiede. Die SLA fordert einen vereinigten, demokratischen Staat.<sup>345</sup> Die JEM hingegen setzt sich für ein föderales, säkulares Sudan bei voller Anerkennung der ethnischen, kulturellen, sozialen und politischen neugegliedertes System ein, bei dem der Präsident des Staates in einem Rotationsprinzip wechselt.<sup>346</sup>

## **12. Machtverteilung im Hinblick auf die Regionen**

Insbesondere die ungerechte Verteilung von Macht und Ressourcen zwischen den einzelnen Regionen wurde vom al-Bashir-Regime verschärft und weiter zementiert. Diese Ungerechtigkeit in der Machtverteilung zieht sich seit der Unabhängigkeit durch alle Regierungen, ungeachtet ihrer Richtung oder Farbe, ob säkular oder islamisch, ob inszeniert demokratisch oder militärdiktatorisch. Diese Ungerechtigkeit besteht darin, dass eine einzige Region gegenüber dem ganzen Land Sudan bevorzugt wird: Die Machtverteilung der Verwaltung und die Verteilung der Ressourcen, um das Land aufzubauen, konzentrieren sich nur auf eine Region, näm-

---

<sup>344</sup> Vgl. Manifest SLA /M.Sudan. <http://www.sudaneseonline.com> 11.17 2005.

<sup>345</sup> Vgl. Olaf Köndgen, Tragödie in Darfur.

<sup>346</sup> Vgl. Manifest JEM. Bielefeld, 2003. S.8. o.A <http://www.sudanjem.com/index.php.2.4.20005>.

lich den Nordsudan (das Gebiet von Khartoum bis Ägypten entlang des Nils) Gaze-  
ra-Region. Einige Zahlen sollen dies verdeutlichen:

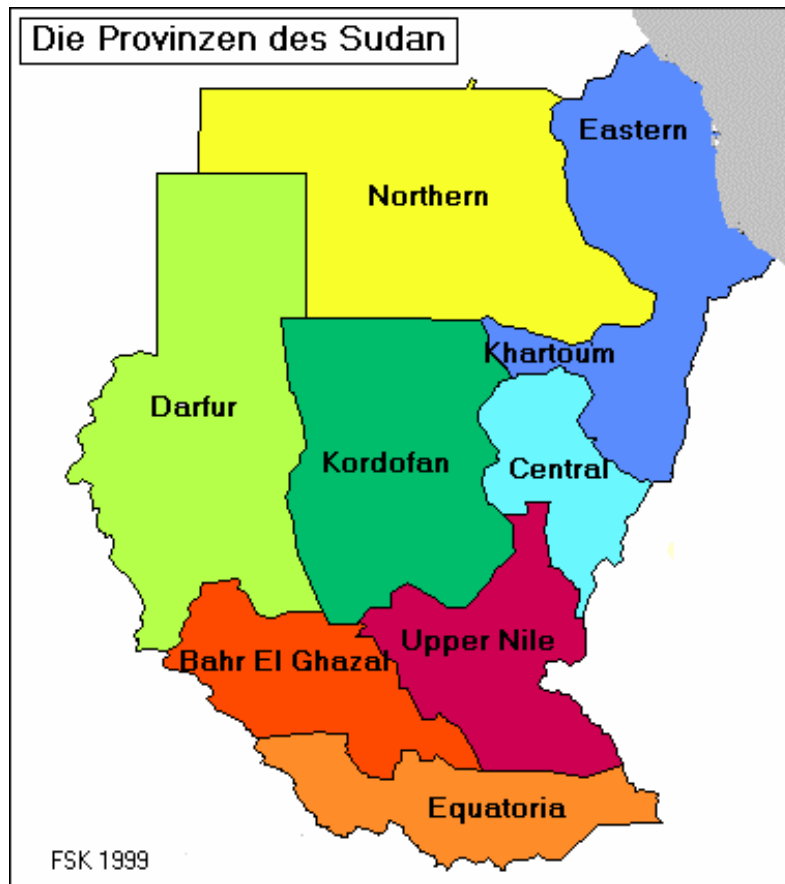
Bevölkerungsverteilung auf die Regionen (Stand 1993):

- Ost-Region (Kassala, Gadarif, Rotes Meer): 3 051 958 Einwohner, 12,2%  
der Gesamtbevölkerung.
- Nord-Region (Norden, Nil): 1 291 620 Einwohner, 5,3% der Gesamtbevölke-  
rung.
- Mittel-Region (Gezira, Sinar, Blauer Nil, Weißer Nil, Khartoum): 8 829 367  
Einwohner, 35,4% der Gesamtbevölkerung.
- Westregion (Kordofan, Darfur): 7 912 258 Einwohner, 31,7% der Gesamtbe-  
völkerung.
- Südregion (Oberer Nil, Bahr el-Ghazal, Equatoria): 2 845 480 Einwohner,  
11,4% der Gesamtbevölkerung.<sup>347</sup>

---

<sup>347</sup>Vgl. Das „Schwarze Buch“. Teil 1: Übersetzt aus dem Arabischen.S.4.

**Abb. 5:** Die Provinzen des Sudan nach der Unabhängigkeit.<sup>348</sup>



Bei der Verteilung der Ministerposten im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil ist die Nordregion, wie aus Tabelle 2 ersichtlich ist, mehr als zehnfach überrepräsentiert. Erschwerend kommt noch hinzu, dass die Minister aus der Mittelregion hauptsächlich aus Khartoum kommen und sich überwiegend aus Nordsudanesen rekrutieren. In den demokratischen Phasen war das Verhältnis der Regionen in Bezug auf die Machtverteilung etwas ausgeglichener, jedoch zeigt sich bei einer genaueren Analyse, dass die marginalisierten Gruppen nur unbedeutende Ministerposten erhielten, besonders von 1986 bis 1989. Bestimmte Ministerien waren immer nur für Nordsudanesen offen, z.B. das Außenministerium, Innenministerium, Arbeits- und Verwaltungsministerium, Verteidigungsministerium, Finanzministerium und Ministerium für Kabinettangelegenheiten.<sup>349</sup> "Wer als arabischer Muslim im

<sup>348</sup> Bearbeitet von Andusa, Ahmed

<sup>349</sup> Vgl. Das „Schwarze“ Buch Teil 1: Überstetzt aus dem Arabischen S. 11 – 15.

Norden zur Welt kommt, hat Glück gehabt, wer als Afrikaner im Westen, Süden und Osten geboren wird, hat kaum eine Chance.“<sup>350</sup>

Die untere Tabelle verdeutlicht, dass die meisten Mitglieder des obersten Revolutionskomitee von 1989 aus den Nordregionen stammen.

**Tabelle 6:**  
**Die Mitglieder von dem obersten Revolutionskomiteerat von 1989**<sup>351</sup>

No.	Name	Position	Region
1	F. Marshall Omer A. al-Bashir	President	Northern
1	Ali Osman M. Taha	First Deputy President	Northern
3	George Kangoor Arop	Deputy President	Southern
4	Dr. Riak Mashar	Assistant President	Southern
5	Dr. Ibrahim Ahmed Omer	Assistant President	Northern
6	Lt. General Bakri Hasan Salih	Minister for presidency Of the Republic	Northern
7	Dr. Ahmed Ali Imam	Presidential Advisor	Northern
8	Dr. Nafayi Ali Nafayi	Peace Affairs	Northern
9	Dr. Altayib Mohamed Kheir	Security Affairs	Northern
10	Dr. Suaad Alfatih	Women and Children	Northern
11	Abdel Basit Sabdarat	Legal Politics	Northern
12	Salah Mohamed Salih	Water Resources	Northern

Aus obiger Tabelle wird ersichtlich, dass der überwiegende Teil der Mitglieder des obersten Revolutionsrates Militäroffiziere aus der Nordregion waren. Die Mitglieder aus dem Norden überzeugten die übrigen Mitglieder aus dem Süden, Darfur, Kordofan, sich an einem Militärputsch zu beteiligen, um die bisherige Regierung Sadiq Al-mahdi zu beseitigen.

Nach der Machtübernahme durch das al-Bashir-Regime in den neunziger Jahren wurde das Oberste Revolutionskomitee aufgelöst. Alle Mitglieder aus den margi-

<sup>350</sup> Tetzlaff, Staatswerdung. S. 6.

<sup>351</sup> Vgl. Das „Schwarze“ Buch Teil.1:Überstetzt aus dem Arabischen S. 16.

nalisierten Regionen Darfur und Kordofan wurden entlassen. Jedoch sind die vier Nordsudanesen an der Macht geblieben und bilden einen Teil des Regimes.

Bei der Budgetverteilung erhält der Norden nie weniger als 60%, die anderen Regionen jedoch nie über 36%; allen Versuchen, dies zu ändern, werden bürokratische Hindernisse in den Weg gelegt. Die bedeutendsten Wirtschaftsregionen des Agrarlandes Sudan sind die Mittelregion und vor allem die West-Region. Dennoch gibt es im Westen keine bedeutenden Entwicklungsprojekte, weil alle Ressourcen und Mittel bevorzugt in den Norden fließen und dort Entwicklungsprojekte umgesetzt werden. Diese Benachteiligung der anderen Regionen zugunsten des Nordens steht in krassem Widerspruch zur Rohstoffverteilung.<sup>352</sup>

Verteilung der Rohstoffe:

Ost-Region:	Gold
Nord-Region:	-
Mittel-Region:	Erdnüsse, Sesam, Baumwolle, Hibiskus, Hirse
West-Region:	Erdnüsse, Sesam, Gummi arabicum, Vieh, Hibiskus, Erdöl, Hirse
Südregion:	Erdöl <sup>353</sup>

Die folgenden Tabellen zeigen die wichtigsten Ministerien und ihre Machtverteilung. Hier wird klar, dass Sudanesen aus anderen Regionen benachteiligt sind, denn sie dürfen unbedeutende Ministerien besetzen. In den Entwicklungsländern spielen die unten genannten Ministerien eine untergeordnete Rolle für die Machtentscheidung im Zentrum, da ihnen keine finanzielle Unterstützung durch die Regierung gewährt werden.

Die unwichtigeren Ministerien im Sudan sind das Luft- und Vermessungsministerium, das Ministerium für die Viehwirtschaft und Agrarwesen, das Ministerium für

---

<sup>352</sup> Vgl. Das „Schwarze“ Buch. Teil 1: Übersetzt aus dem Arabischen. S. 11 – 15.

<sup>353</sup> Vgl. Das „Schwarze“ Buch. Teil 1: Übersetzt aus dem Arabischen. S. 40.

föderale Angelegenheiten, das Planungs- und Sozialministerium und das Umwelt- und Tourismusministerium.

Diese Ministerien werden überwiegend von Personen aus marginalisierten Gebieten besetzt, die auch als Dekorationsfiguren bezeichnet werden können, weil sie keine echte Entscheidungsmacht besitzen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Besetzung der Innenministerposten seit der Machtübernahme in 1989-2003.<sup>354</sup>

**Tabelle 7:  
Die Besetzung der Innenministerposten seit der Machtübernahme in 1989**<sup>355</sup>

Name	Amtszeit von	bis	Herkunft (Region)
Faeisal Ali Abu Salah	9/7/89	13/4/91	Nord Sudan
El Ziber Mohamed Saleh	13/4/91	18/1/93	Nord-Sudan
Abdrhim Mohamed Hussien	18/1/93	13/7/94	Nord- Sudan
El Teib Ibrehim Mohamed	13/7/94	16/8/95	Nord- Sudan
Bakri Hassen Saleh	16/8/95	8/3/98	Nord-Sudan
Abdrhim Mohamed Hussen	8/3/98	10/7/2000	Nord-Sudan
El Hadi Abdlah Mohamed Ab- drhim	10/7/2000	22/2/2001	Nord-Sudan
Abdrhim Mahmed Hussien	22/2/2001	bis heute	Nord-Sudan

Die Tabelle 8 zeigt die Machtverteilung im Innenministerium und zwar dem 100% igen Anteil der Nordeliten (Jellaba).

<sup>354</sup> Vgl. The Black Book: Imblance of Power and Wealth in Sudan. (von Arabic Translator Anony-  
mous)March 2004. S.54 (= Black Book) (Das „Schwarze Buch“. Teil 2) Jamahad tulab al-Haq wa  
al-Adala (Studentengruppe für Recht und Gerechtigkeit) (Hg.): lkhtilal misan al-Sulta wa al-Thaura fi  
al-Sudan. Al-Kitab al-Assuad. (Ungleichgewicht der Macht und der Ressourcen im Sudan.) (Das  
„Schwarze Buch“. Teil 2) o.O. [Khartoum] o.J. [2003]. S. 54. (= Das „Schwarze Buch“.Teil 2 ). Auch  
im Internet.www.sudanjem.com. Das „schwarze Buch 2“. Teil 2: Übersetzt aus dem Arabischen. S .  
54

<sup>355</sup> Vgl. Das „Schwarze Buch“. Teil 2: Übersetzt aus dem Arabischen. S . 54



**Tabelle 8:**  
**Prozentuale Ergebnisse der Machtverteilung im Innenministerium<sup>356</sup>**

Gesamte Regionen	Khartoum	Ost-Sudan	Kordofan	Nord-Sudan	Darfur	Mittel-Sudan	Süd-Sudan
8	0	0	0	8	0	0	0
Prozent	0%	0%	0%	100%	0%	0%	0%

Die Tabelle bringt klar zum Ausdruck, dass die marginalisierten Regionen noch nie Innenminister gestellt haben. Der Innenminister ist für die Machterhaltung der Regierung unerlässlich.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Machtverteilung im Verteidigungsministerium und die Besetzung des Verteidigungsministerposten seit 1989 -2003.

**Tabelle 9:**  
**Die Besetzung der Verteidigungsministerposten seit 1989 nach der Herkunft ihrer Amtsinhaber<sup>357</sup>**

Name	Amtszeit von	Amtszeit Bis	Herkunft B. Land
Omer Hassen El Beschir	9/7/89	19/10/93	Nord-Sudan
Hassan Abderhman	19/10/93	8/3/98	Khartoum
Ibrahim Suliman Hassen	8/3/98	6/3/99	Darfur
Abderhman Sir El Chtim	6/3/99	10/7/2000	Nord-Sudan
Bakri Hassen Saleh	10/7/2000	Bis heute	Nord-Sudan

<sup>356</sup> Vgl. Das "schwarze Buch". Teil 1: Übersetzt aus dem Arabischen. S.36.

<sup>357</sup> Vgl. Das "schwarze Buch". Teil 1: Übersetzt aus dem Arabischen. S.37.

**Tabelle 10:**  
**Prozentuale Ergebnisse der Machtverteilung im Verteidigungsministerium<sup>358</sup>**

Gesamt	Khartoum	Ost-Sudan	Kordofan	Nord-Sudan	Darfur	Mittel-Sudan	Süd-Sudan
5	1	0	0	3	1	0	0
%	20%	0%	0%	60%	20%	0%	0%

Die oben stehende Tabelle verdeutlicht, dass überwiegend Nordsudanesen höhere Militärränge besetzen und bringt zum Ausdruck, wie entscheidend dieses Ministerium für den Machterhalt der Nordregion (Regimewechsel-Putsch) ist. Vorwiegend hat die Nordregion seit 1989 den Verteidigungsminister gestellt.

---

<sup>358</sup> Vgl. Das „Schwarze Buch“. Teil 1: Übersetzt aus dem Arabischen. S. 37.

Sudan gehört zu den ärmsten und dabei hochverschuldesten Ländern der Welt (LLDC). Das Pro-Kopf Einkommen der Bevölkerung (Ca.32.5 Mio. Ew.) beträgt weniger als 400 Euro im Jahr.<sup>359</sup>

Die Ernährungslage der Bevölkerung insbesondere im Westen, Osten und Süden des Landes ist vielerorts besorgniserregend. Unter anderem wegen den Konflikten im Ost-, West- und Südsudan ist die Lebensmittelversorgung in den marginalisierten Gebieten nicht gewährleistet und das sudanesisches Regime fühlt sich nicht verantwortlich, dieses Problem zu lösen, obwohl dafür genügend Ressourcen vorhanden sind. (Export von Tieren, etc.) Internationale Hilfsorganisationen übernehmen in diesem Fall die Aufgabe des Staates. Korruption<sup>360</sup> und eine bis vor kurzem einseitig auf den Agrarsektor ausgerichtete Wirtschaft, auch Dürreperioden führen immer wieder zu extremen Hungerkatastrophen, die humanitäre Interventionen erforderlich machen. Wassermangel, Desertifizierung und Mißmanagement sind charakteristisch für weite Landesteile und wirken entwicklungshemmend. Gleichzeitig verfügt der Sudan, wie bereits erwähnt über reiche Bodenschätze, darunter u.a Öl, Edelmetalle, das Nilwasser und fruchtbares Ackerland sowie fähige Arbeitskräfte.<sup>361</sup>

Trotz dieser guten Voraussetzungen verbessert sich die wirtschaftliche Situation in den marginalisierten Gebieten nicht, da sich die Aktivitäten des Regimes nur auf das Zentrum konzentrieren.

Die Ursachen für diese negative Entwicklung sind vielschichtig. Die sudanesisches Infrastruktur, insbesondere in den Bereichen Energieversorgung, Wasser/Abwasser, Telekommunikation und Verkehr ist völlig unzureichend erschlossen. Es besteht großer Entwicklungsbedarf in allen Bereichen.

---

<sup>359</sup> Worldbank, Sudan Data Profile (FN 18) August 2004. In: <http://devdata.worldbank.org/external/cpprofile.asp?ccode=SDN&PTYE=CP> am 03.06.05.

<sup>360</sup> Im Vergleich zu 2003 ist Sudan 2004 (gemeinsam mit 7 anderen Staaten) von Platz 106 auf Platz 122 des Corruption Perceptions Index gefallen. Transparency International am 13.06.2005.

<sup>361</sup> Vgl. Hansohm, Wirtschaft. S.397-403.

In der Mitte der 90er Jahren verfolgte der Sudan in Zusammenarbeit mit dem IWF ein wirtschaftliches Reformprogramm zur Modernisierung und marktwirtschaftlichen Orientierung des Landes. Privatisierung, Liberalisierung und Diversifizierung der Wirtschaft sind Eckpfeiler der Reformstrategie, die auf einen besseren Ausgleich der am Wirtschaftsprozess teilhabenden Kräfte, makroökonomische Stabilität und sozio-ökonomische Wachstumseffekte zielt.<sup>362</sup>

Die Reformstrategie hat erste Erfolge gezeigt. BSP-Wachstumsraten von jährlich 5 – 6%, Eindämmung der Inflation auf 7 – 9%, ein moderates Haushaltsdefizit von unter 2%, kontrolliertes Geldmengenwachstum und stabile Wechselkurse zu den wichtigen Leitwährungen sind ebenso Belege dafür, wie eine investitionsfreundlichere Gesetzgebung und sektorale Reformbemühungen in zentralen Wirtschaftsbereichen z.B. Bankensektor.<sup>363</sup>

Weitere zentrale Reformanliegen richten sich auf fortschreitende Privatisierung, die Umgestaltung des Steuersystems (z.B. Einschränkung von Privilegien und Befreiungen; Ausdehnung der Besteuerungsbasis), Erhöhung der fiskalpolitischen Transparenz und Effizienz, Subventionsabbau und weiterem Abbau administrativer und rechtlicher Hürden (z.B. im Zollbereich) im regionalen Wettbewerb um stärkeren Zufluss von ausländischem Investitionskapital. Größter Kritikpunkt beim Budgetansatz sind gewöhnlich die mit schätzungsweise bis zu 40% des Haushalts viel zu hohen Militärausgaben, die in eklatantem Missverhältnis zu sozialen Ausgaben stehen. Hier fordern IMF und Weltbank eine deutliche Umverteilung zugunsten sozialer Reformprogramme.<sup>364</sup>

Im Zuge der Umsetzung des Friedensabkommens vom 9. Januar 2005 muss die Regierung in Khartoum aufgrund des internationalen Druckes verstärkte Entwicklungsbemühungen in den bis lang stark vernachlässigten Bundesstaaten und marginalisierten Regionen des Landes unternehmen. Das neue Budget 2005 sieht dazu deutlich erhöhte Transferleistungen an die Bundesstaaten und deren Übernah-

---

<sup>362</sup> Vgl. Prunier, Gerard: Zur Ökonomie des Bürgerkrieges im Südsudan, Jean, Francois und Rufin, Jea-Christophe: Ökonomie der Bürgerkrieg. Hamburg 1999. S.279-313. ( Prunier, Bürgerkrieges im Südsudan).

<sup>363</sup> Vgl. Worldbank: Sudan Data Profile. World Development Indicators database, August 2004.In: <http://devdata.worldbank.org/external/cpprofile.asp?ccode=SDN&PTYE=CP> am 03.06.05.

<sup>364</sup> Vgl. Wohlmuth, Karl: Wirtschaftsreform in der Diktatur? Zur Wirtschaftspolitik des Bashir-Regimes im Sudan Berichte aus dem Weltwirtschaften Colloquium der Uni BremenNr.31.Bremen im Oktober 1993. S. 46. (= Wohlmuth, Wirtschaftsreform)

me von mehr Eigenverantwortung im Zuge eines nur zäh voranschreitenden Dezentralisierungsprozesses vor. Abzuwarten bleibt, ob diese Versprechungen auch tatsächlich umgesetzt werden, weil es bisher keine effizienten Kontrollmechanismen gibt.

Die Bundesstaaten sind bislang in den allerwenigsten Fällen auf derartige Schritte vorbereitet. Es bestehen größte Absorptions- und Kapazitätsprobleme, sowie überall anhaltende Korruption und Mangel an Transparenz in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

**Tabelle 11:**  
**Besetzung der Finanzministerposten seit der Machtübernahme 1989 bis heute**<sup>365</sup>

Name	Amtszeit von	Amtszeit bis	Herkunft Bundesland
Dr. Seid Ali Zeki	09.07.1889	10.01.1990	Kordofan
Al Seid Abdrhim Hamdi	10.04.1990	30.10.93	Nord-Sudan
Al Seid Abdallah Hassan Ahmed	30.10.1993	20.04.1996	Nord-Sudan
Dr. Abdul Wahab Osman	20.04.1996	24.01.2000	Nord-Sudan
Dr. Mohamed Chir Al Zebir	24.01.2000	22.02.2001	Nord-Sudan
Al Seid Abdrhim Hamdi	22,02.2001	Keine Angaben	Nord-Sudan
Al Zebir Mohamed al Hassan	Keine Angaben	Bis heute	Nord-Sudan

<sup>365</sup> Vgl. Das „Schwarze Buch“. Teil 2: Übersetzt aus dem Arabischen S. 30.

**Tabelle 12:**  
**Prozentuale Ergebnisse der Verteilung der Finanzministerposten** <sup>366</sup>

Gesamt	Khartoum	Ost-Sudan	Kordofan	Nord-Sudan	Darfur	Mittel-Sudan	Süd-Sudan
7	0	0	1	6	0	0	0
100%	0	0	15%	85%	0	0	0

Das Finanzministerium ist für den Sudan eines der wichtigsten Ministerien überhaupt, das fast immer von den Jellaba dominiert wird. Lediglich ein Politiker aus Kordofan hatte das Amt des Finanzministers für 7 Monate inne, und wurde nach Ablauf dieser Frist von einem Nordsudanese abgelöst. Die durchgängige Besetzung des Finanzministeriums mit Nordsudanese erklärt auch die oben ausgeführte wirtschaftliche Vernachlässigung der marginalisierten Gebiete. Es verdeutlicht, dass Finanzminister aus dem Norden keine Kenntnisse und Erfahrungen über die Situation in den peripheren Gebieten haben. Die finanziellen Investitionen beschränken sich vorwiegend auf das Zentrum und aufgrund fehlender Transparenz gibt es auch keine Kenntnisse über das Budget und es werden sogar bewusst manipulierte Daten veröffentlicht.

Die nächste Tabelle gibt Auskunft über die Machtverteilung von zwei unbedeutenden Ministerien seit der Machtübernahme von 1989 und die Besetzung des Ministerpostens für Tourismus / Umweltkultur und Bildung.<sup>367</sup>

<sup>366</sup> Vgl. Das „Schwarze Buch“. Teil 2: Übersetzt aus dem Arabischen. S. 30.

<sup>367</sup> Vgl. Das „Schwarze Buch“. Teil 2: Übersetzt aus dem Arabischen. S.24.

**Tabelle 13:**  
**Besetzung des Ministerpostens für Tourismus / Umweltkultur und Bildung<sup>368</sup>**

Name	Amtszeit, von	Amtszeit, bis	Herkunft
Mohamed El-Taher Ila	9/2/95	24/1/2000	Ost Sudan
El-Tigani Adam Taher	24/1/2000	22/2/2001	Darfur
Abdelbased Sebtrad	22/2/2001	bis heute	Nord-Sudan
Abdelbased Sebtrad		bis heute	Nord-Sudan
Abdelgelil El'bascha	???????	bis heute	Kordofan

**Tabelle 14:**  
**Ergebnisse der Verteilung des Ministerpostens für Tourismus/ Umweltkultur und Bildung.<sup>369</sup>**

Gesamt	Khartoum	Ost-Sudan	Kordofan	Nord-Sudan	Darfur	Mitte	Süd. Sudan
5	0	1	1	2	1	0	0
%	0%	20%	20%	40%	20%	0%	0%

**Tabelle 15:**  
**Verteilung des Ministerpostens für Viehwirtschaft seit der Machtübernahme 1989 bis heute<sup>370</sup>**

Name	Amtszeit, von	Amtszeit, bis	Herkunft
Mossa Mag Kur	20/4/96	8/3/98	Aus Süd
Jozaf Malwal Deng	8/3/98	24/1/2000	Aus Süd
Dr. Abdala Mohamed El-said	24/1/2000	22/2/2001	Aus Nord
Dr. Reyag Gay	22/2/2001	31/10/2001	Aus Süd
Geloag Deng	31/10/2001	bis heute	Aus Süd

<sup>368</sup> Vgl. Das „Schwarze“ Buch. Teil 2: Übersetzt aus dem Arabischen. S.24.

<sup>369</sup> Vgl. Das „Schwarze“ Buch. Teil 2: Übersetzt aus dem Arabischen. S.23.

<sup>370</sup> Vgl. Das „Schwarze“ Buch. Teil 2: Übersetzt aus dem Arabischen. S.23..

**Tabelle 16:**  
**Übersicht über die Besetzung des Ministerpostens für Viehwirtschaft seit der Machtübernahme 1989 bis heute**<sup>371</sup>

Gesamt	Khartoum	Ost	Kordofan	Nord	Darfur	Mitte	Süd
5	0	0	0	1	0	0	4
%	0%	0%	0%	20%	0%	0%	80%

**Tabelle 17:**  
**Besetzung der Ministerposten für Kommunikation und Tourismus seit der Machtübernahme 1989 bis heute**<sup>372</sup>

Name	Beginn der Amtszeit	Ende der Amtszeit	Herkunft Bundesland
Ibrahim Nail Idam	8/7/93	13/7/94	Kordofan
Dr. Kbitchob Koko Kembal	13/7/94	20/4/96	Kordofan

**Tabelle 18:**  
**Prozentuales Ergebnisse der Ministerposten für Kommunikation und Tourismus seit der Machtübernahme 1989 bis heute**<sup>373</sup>

Gesamt	Khartoum	Ost	Kordofan	Nord	Darfur	Mitte	Süd
2	0	0	2	0	0	0	0
%	0%	0%	100%	0%	0%	0%	0%

Die drei genannten Tabellen zeigen, dass Ministerien, die im politischen Geschehen von Sudan eher eine untergeordnete Rolle spielen, von Personen aus den marginalisierten Gebieten besetzt werden, hier können sie keine wirkliche politische Macht ausüben und somit kein Unheil anrichten und nicht aktiv im politischen Prozess der Entscheidungsfindung eingreifen.

<sup>371</sup> Vgl. Das „Schwarze Buch“. Teil 2:Übersetzt aus dem Arabischen. S.23.

<sup>372</sup> Vgl. Das „Schwarze Buch“. Teil 2:Übersetzt aus dem Arabischen. S.24.

<sup>373</sup> Vgl. Das „Schwarze Buch“. Teil 2:Übersetzt aus dem Arabischen. S.24.



Hier sollen nun einige Daten aus der Wirtschaft vorgestellt werden, die verdeutlichen, dass auch das Wirtschaftsgeschehen im Wesentlichen von den Nordsudanesen beherrscht wird. Im Sudan existiert ein Komitee, das sich ausschließlich mit der Verteilung der Staatseinkünfte für den gesamten Sudan beschäftigt. Die Hauptaufgabe des Gremiums besteht darin, zu entscheiden, wie und wo die Gelder im Sudan investiert werden.

**Tabelle 19:**  
**Verteilung der Macht in dem Komitee, das für die Verteilung der Staatseinkünfte zuständig ist<sup>374</sup>**

Gesamt	Khartoum	Ost	Kordofan	Nord	Darfur	Mitte	Süd
25	0	1	1	19	0	1	3
100%	0%	4%	4%	76%	0%	4%	12%

Die ungleiche Machtverteilung in dem Komitee, verursacht vermutlich die ungleichen Investitionen in den unterschiedlichen Gebieten, was die folgende Tabelle noch mehr verdeutlicht.

**Tabelle 20:**  
**Nationale Straßenbauprojekte, die vom Staat im Zeitraum 1989- 2002 geplant und durchgeführt wurden, gemessen in km<sup>375</sup>**

Straßenbauprojekte	Khartoum	Ost	Kordofan	Nord	Darfur	Mitte	Süd
geplante	120	47	736	1162	779	745	97
durchgeführt	70	47	338	572	60	652	7
Rest	50	0	398	590	719	93	90
realisiert in %	58%	100%	46%	49%	8%	87,5%	7%

Bei der Analyse von Daten der Tabelle müssen drei Faktoren näher berücksichtigt werden. Einerseits wird ersichtlich, dass bereits sehr unterschiedliche Pläne für

<sup>374</sup> Vgl. Das „Schwarze Buch“. Teil 2: Übersetzt aus dem Arabischen. S. 54.

<sup>375</sup> Vgl. Das „Schwarze Buch“. Teil 2: Übersetzt aus dem Arabischen. S.102.

Straßenbauprojekte realisiert werden sollen. In Nordsudan sind danach 1162 km für den Bau von Straßen vorgesehen, und damit liegt die höchste Planung eindeutig im Norden. Im Gegensatz dazu wurden z. B. im Osten oder im Süden nur sehr niedrige Planungen vorgenommen. Andererseits werden die Bauvorhaben sehr unterschiedlich umgesetzt, so wurden im Nordsudan bereits 49% der Bauvorhaben verwirklicht. Dabei muss nochmals darauf hingewiesen werden, dass dies aufgrund der hohen Ausgangslage (1162) mit 572 gebauten Straßenkilometern deutlich mehr ist als in den anderen Regionen. Im Osten wurden zwar 100% der geplanten Projekte realisiert, jedoch wurden lediglich 47 km gebaut. Gewaltige Unterschiede lassen sich auch hinsichtlich für Bauprojekte, die für Darfur, Westsudan und im Südsudan geplant sind, erkennen, denn in diesen Regionen sind noch nicht einmal 10% der Bauvorhaben realisiert. Es wurden z.B. in Darfur von den geplanten 779 km gerade einmal 60 km realisiert. Es scheint, dass die Besetzung der Ämter des Wirtschaftskomitees die Verteilung der Staatseinkünfte entscheidend beeinflusst,

d. h. dass die Nordregion bevorzugt wird. Durch die Bevorzugung des Nordens in sämtlichen Projekten wird die infrastrukturelle Entwicklung in den anderen Regionen gehemmt und bewusst vernachlässigt.<sup>376</sup>

---

<sup>376</sup> Vgl. Abdelrahman, Föderalismus. S.73.

**Tabelle 21:**  
**Machtverteilung im Banksektor/ Manager der der Zentralbank (Staatlich) von 1989 bis 2002<sup>377</sup>**

Name	Amtszeit, von	Amtszeit, bis	Herkunft
Mahdi Al Faki	1988	1990	Nord-Sudan
Cheik Said Ahmed	9.9.1990	8.7.1993	Nord-Sudan
Dr. Saber Mohamed Al Hasan	8.7.1993	20.4.1996	Nord-Sudan
Abdullah Hassan Ahmed	21.4.1996	20.03.1998	Nord-Sudan
Dr. Saber Mohamed Al Hasan	20.03.1998	bis heute	Nord-Sudan

Seit 1988 bis heute gab es fünf Zentralbankchefs, die alle aus Nordsudan stammen. Hier wird deutlich, wie entscheidend die Zentralbank für das Wirtschaftsgeschehen ist, und dass die Nordsudanesen hier zu 100% überwiegen. Eine der wichtigsten Aufgaben der Zentralbank ist die Vergabe von staatlichen Krediten an Bundesländer, Provinzen, an Banken usw. Durch die einseitige Besetzung der Posten werden häufig Kredite an Nordsudanesen und ihre Region vergeben.<sup>378</sup>

<sup>377</sup> Vgl. Das „Schwarze Buch“. Teil 2: Übersetzt aus dem Arabischen. S.82.

<sup>378</sup> Vgl. Abdelrahman, Föderalismus. S. 73.

**Tabelle 22:**  
**Machtverteilung in Privatbanken und Finanzsektoren<sup>379</sup>**

Gesamt	Khar-toum	Ost-Region	Kordofan-Reg.	Nord-Region	Darfur-Region	Mittlere Region	Süd-Region
39	3	2	2	26	1	5	0
100%	7%	5%	5%	67%	2%	12%	0%

Hier wird ersichtlich, dass auch in anderen Wirtschaftssektoren, wie z.B. bei den Privatbanken und den Versicherungsgesellschaften, die Führungsebene hauptsächlich aus Nordsudanese(n) zusammensetzt.

Der Posten des Zakat-Instituts wird auch immer von Nordsudanese(n) übernommen. Zakat ist eine Art von Steuer, die jeder Muslim normalerweise an den Staat zu entrichten hat. Die Verteilung dieser Einnahmen darf nur an Bedürftige/Arme erfolgen. Jedoch gibt es in diesem Bereich keine Transparenz. Von daher hat der Leiter dieser Institution einen großen Entscheidungsspielraum, ohne dass ihn jemand kontrolliert.<sup>380</sup>

**Tabelle 23:**  
**Besetzung der Leitung der Zakat-Institution nach Regionen<sup>381</sup>**

Gesamt	Khar-toum	Ost-Region	Kordofan-Reg.	Nord-Region	Darfur-Region	Mittlere Region	Süd-Region
4	0	0	0	4	0	0	0
100%	0	0	0	100%	0	0	0

Diese Institution spielt eine wichtige Rolle bei der Unterstützung von hilfsbedürftigen Personen, aber auch hilfsbedürftigen Organisationen, wobei laut Islam der Zakat nur für arme Privatpersonen und Mujaheddins bestimmt ist. Da bisher nur Nordsudanese(n) diese Institution geleitet haben, wurden die Nordsudanese(n) bei der Vergabe der Gelder bevorteilt. Zum einen ist der Zakat nur für Muslime bestimmt, womit Christen kein Einforderungsrecht besitzen. Aber auch Muslime

<sup>379</sup> Vgl. Das „Schwarze Buch“. Teil 1:Übersetzt aus dem Arabischen. S.82.

<sup>380</sup> Vgl. Abdelrahman, Föderalismus. S. 74.

<sup>381</sup> Vgl. Das „Schwarze Buch“. Teil 2:Übersetzt aus dem Arabischen. S. 97.

aus den marginalisierten Gebieten erhalten selten Unterstützung aus diesem Topf.<sup>382</sup>

## Öffentlicher Dienst

**Tabelle 24:**  
**Anzahl der Krankenhäuser in den einzelnen Regionen<sup>383</sup>**

Gesamt	Khar-toum	Ost-Region	Kordofan-Reg.	Nord-Region	Darfur-Region	Mittlere Region	Süd-Region
309	39	44	30	53	21	80	42

Es wird deutlich, dass die Anzahl an Krankenhäusern im Zentrum deutlich höher ist als in den marginalisierten Regionen. Das Verhältnis von Einwohner und vorhandenen Krankenhäusern ist in den vernachlässigten Gebieten deutlich schlechter bzw. es gibt gar keine Krankenhäuser.

Es ist keiner Regierung gelungen, eine gerechte Machtverteilung zwischen den Regionen herbeizuführen. Es haben im Gegenteil die Sektenparteien eine Methode gefunden, Mandate zu „exportieren“, indem sie bei Wahlen den blinden Gehorsam ihrer Anhänger in den Regionen ausnutzen, um ihre aus dem Norden in die anderen Regionen geschickten Kandidaten ins Parlament zu bringen und sich dadurch zusätzlich Sitze zu sichern. Für die Ausbeutung dieser Regionen haben die Sektenparteien einen eigenen abfälligen Begriff geprägt, der sich im Deutschen nur schwierig wiedergeben lässt: *Al-Manatq al-Mohamasha*, wörtlich „verheizte Regionen“, der zum Allgemeingut geworden ist.<sup>384</sup>

Nach dem Putsch von 1989 hatte sich die Menschenrechtssituation drastisch verschärft: Es kam zu Verhaftungswellen, militärischen Sondergerichten (bei denen Angeklagte zwar erstmals das Recht auf einen Verteidiger haben, dieser aber vor Gericht nicht sprechen darf!), Folter, Ausdehnung der Todesstrafe auf zahlreiche Delikte bei allgemein formulierten Gesetzen, Auspeitschungen, Steinigungen etc. Die Behauptung der Regierung, das neue islamische Strafrecht

<sup>382</sup> Das „Schwarze Buch“. Teil 1: Übersetzt aus dem Arabischen. S. 97.

<sup>383</sup> Vgl. „Das Schwarze Buch“. Teil 2: Übersetzt aus dem Arabischen. S.105-106.

<sup>384</sup> Vgl. „Das Schwarze Buch“. Teil 1: Übersetzt aus dem Arabischen. S. 10.

würde nur im Norden des Landes angewandt, stimmt nicht mit den Tatsachen überein.<sup>385</sup> Diese Menschenrechtsverletzungen widersprechen auch der 1991 von Mitgliedern der „Organisation Islamische Konferenz“ in Kairo verabschiedeten „Erklärung der Menschenrechte im Islam.“ Der Sudan nach 1989 scheint in punkto Häufigkeit und Schwere von Menschenrechtsverletzungen in Afrika führend zu sein, während die Regierung alle Vorwürfe abstreitet und sich auf gottgegebenes Gesetz beruft.<sup>386</sup> Es verhält sich jedoch nicht so, dass der Islam grundsätzlich mit den Menschenrechten unvereinbar wäre, sondern ist vielmehr dessen politische Instrumentalisierung, welche die Probleme verursacht. Das Rechtskonzept der islamischen Fundamentalisten interpretiert die religiösen einseitig in willkürlicher Weise zu politischen Zwecken und ignoriert oder bekämpft alle anderslautenden Interpretationen der islamischen Rechtstradition.<sup>387</sup> Das fundamentalistische Regime im Sudan führt nicht nur einen *Heiligen Krieg* (Jihad) gegen Christen und Polytheisten im Süden, sondern verfolgt auch andersdenkende Muslime und nichtarabische Völker im Westen des Landes. Die ursprüngliche Konfliktdimension „Nord gegen Süd“, „Araber gegen Afrikaner“, „Muslime gegen Nichtmuslime“ trifft nur noch teilweise zu, zumal auch die SPLA,SLA,JEM durch ethnische Konflikte zersplittert ist.<sup>388</sup>

---

<sup>385</sup> Die UN-Generalversammlung ist „...*zutiefst besorgt* über die in Resolution 1997/59 beschriebenen Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, namentlich die Bombenangriffe auf Zivilpersonen, die Sklaverei, den Sklavenhandel, die außergerichtlichen Tötungen, die willkürlichen Festnahmen, die Inhaftierungen ohne ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren, das Verschwindenlassen von Personen, die Verletzungen der Rechte von Frauen und Kindern, die gewaltsame Vertreibung von Personen, die systematischen Folterungen und die Vorenthaltung der Religionsfreiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, der Vereinigungs- und der Versammlungsfreiheit; *mit dem Ausdruck ihrer ernsthaften Besorgnis* über auch weiterhin andauernde Meldungen über religiöse Verfolgungen, namentlich die Zwangsbekehrung von Christen und Animisten in den von der Regierung kontrollierten Gebieten Sudans; (...) *insbesondere besorgt* über die auch weiterhin andauernden Meldungen über die Mißhandlung von Kindern, einschließlich Sklaverei, sexuellen Mißbrauchs, Zwangsbekehrung und der Verwendung von Kindern als Soldaten, die im Sachstandsbericht des Sonderberichterstatters der Menschenrechtskommission über die Menschenrechtssituation in Sudan beschrieben sind, obwohl die internationale Gemeinschaft wiederholt dazu aufgefordert hat, diesen Praktiken ein Ende zu setzen; *zutiefst besorgt* über die Politiken, Praktiken und Tätigkeiten, die gegen Frauen und Mädchen gerichtet sind und insbesondere ihre Menschenrechte verletzen, und feststellend, dass diese Praktiken, so auch die zivilrechtliche und gerichtliche Diskriminierung von Frauen, den Berichten des Sonderberichterstatters zufolge andauern, *ernsthaft besorgt* über Meldungen, wonach diese Praktiken häufig von Organen im Auftrag der Regierung Sudans durchgeführt wurden oder mit Wissen der Regierung stattgefunden haben...“ Generalversammlung – Zweiundfünfzigste Tagung V. RESOLUTIONEN AUFGRUND DER BERICHTEN DES DRITTEN AUSSCHUSSES .In: <http://www.un.org/depts/german/gv-52/band1/52bd1-3.pdf> (70. Plenarsitzung 12. Dezember 1997)

<sup>386</sup> Vgl. Adam, Menschenrechte. S. 101 – 117.

<sup>387</sup> Vgl. Krieger, Menschenrechte. S. 351.

<sup>388</sup> Vgl. Krieger, Menschenrechte. S. 334.

### 13. Aufstand in Darfur – Konfliktverlauf in Darfur

Seit 1999 erlebte der Sudan durch den Ölexport einen unerwarteten wirtschaftlichen Aufschwung. Zugleich erfolgte durch das im Juli 2002 in Machakos geschlossene Abkommen eine friedliche Annäherung zwischen Khartoum und dem Südsudan. Von dieser Entwicklung konnte jedoch die Region Darfur nicht profitieren, im Gegenteil die Vernachlässigung der Region verschlimmerte sich zunehmend. Dies führte dazu, dass die Widerstandsgruppen SLA und die JEM begannen, sich gewaltsam zu wehren. So wurde im Februar 2003 eine Stadt in Darfur besetzt und im April 2003 der Flughafen in al-Fasher, der Hauptstadt der Region Nord-Darfur“ angegriffen, weil dort der militärische Stützpunkt der sudanesischen Armee ist, von wo aus Angriffe auf Dörfer und auch kleinere Städte erfolgte.<sup>389</sup> Weiterhin griffen die Rebellen der SLA und der JEM zahlreiche Polizeistationen, diverse Kasernen und Regierungsgebäude an.<sup>390</sup>

Die Regierung, die von diesen Besetzungen alarmiert war, startete im Juli Luftangriffe im breiten Umfang. „Lokale Banden wurden bewaffnet und auf ihren Beutezügen von Kampfjets und Kampfhubschraubern und Kriegsflugzeugen der Armee unterstützt. Den apokalyptischen Reitern der Dschandschawid war der Auftrag erteilt worden: `Tötet die Sklaven´“<sup>391</sup>

Der Konflikt dehnte sich zu einem Bürgerkrieg aus. Janjaweed-Milizen zerstörten unzählige Dörfer. Nach Schätzungen der UN fielen den Kämpfen bis zum Ende März 2004 mindestens<sup>392</sup> mit 200.000 Menschen zum Opfer<sup>393</sup>. Die Neue Züricher Zeitung erklärt dazu: „Das Regime schlägt auch darum so hart zu, weil sich seine islamistischen Rivalen um den früheren Parlamentspräsidenten Turabi auf die Seite einer Gruppe von Aufständischen (Rebellen) geschlagen ha-

---

<sup>389</sup> Vgl. Ergin, Yasemin: Sudan (Darfur) [http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/301ak\\_sudan\\_darfur.htm](http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/301ak_sudan_darfur.htm)  
Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung, (AKUF): Das Kriegsgeschehen 2004, Hamburg 2005. S. 212.

<sup>390</sup> Thielke, Thilo: Krieg im Lande des Mahdi. Darfur und der Zerfall des Sudan. Essen 2006. S.35 (= Thielke, Krieg im Lande Mahdi)

<sup>391</sup> Thielke, Krieg im Lande Mahdi. S. 35.

<sup>392</sup> Vgl.: Fischer Weltalmanach 2005: Zahlen, Daten, Fakten, S. Fisher-Verlag, Fochler-Hauke, Gustav (Hrsg.) Frankfurt 2005. S. 415.

<sup>393</sup> Vgl. Henken =, Nächster Interventionskandidat Sudan?, Hamburg, ist einer der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag; Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um die überarbeitete und aktualisierte Fassung eines Vortrags beim "13. Friedenspolitischen Ratschlag", 2. und 3. Dezember 2006, in der Uni Kassel. In: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/henken.html>

ben und offensichtlich die Rebellion in Darfur dazu benutzen, um ihre Rückkehr an die Macht in Khartoum zu betreiben.“<sup>394</sup>

Die Anhänger des Muslimbruders al-Turabi aus Khartoum stammen meist aus Darfur.

„In diesem Zusammenhang ist auch der Machtkampf zwischen Präsident al-Bashir und dem ehemaligen Parlamentssprecher Hassan al-Turabi von Bedeutung, da es bei dieser Auseinandersetzung unter anderem um die Frage nach der zukünftigen Ausrichtung des Sudan ging (nämlich der Föderalismus-Frage). Turabi, welcher stärker als Bashir für eine radikale Islamisierung des gesamten Sudan eintrat, stand seit der Machtübernahme 1989 neben Bashir an einer fragilen Doppelspitze. Er verlor den Machtkampf und wurde mitsamt seiner Anhängerschaft von Bashir ins politische Abseits gedrängt.“<sup>395</sup>

Die al-Bashir-Regierung war der Auffassung, dass die JEM mit ihren Beziehungen zu Mitgliedern der Turabi-Fraktion eine größere Bedrohung für sie darstellte als die SLA, die lediglich innerhalb Darfur ihre Aktivisten hatte.<sup>396</sup>

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 7.7.2005 wird auch der Verdacht geäußert, dass Turabi der ‚Erfinder‘ der Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit (JEM) ist.<sup>397</sup> Charles Snyder, Afrika-Experte der Bush-Administration geht davon aus, dass die Rebellion in Darfur für die Regierung in Khartoum eine größere Bedrohung als der lang andauernde Rebellenaufstand im Süden darstellt.<sup>398</sup> „Gerade die Verbindung von Islamistenführer Hassan al-Turabi mit dem JEM könne für al-Bashir gefährlich werden. Diese Bedrohung sei auch der Grund für die Brutalisierung des Konflikts.“<sup>399</sup>

Unterdessen verschlechterten sich die Zustände in Darfur immer mehr. 2004 zeigen Aufnahmen eines US-Spionagesatelliten“ die Zerstörung von mindestens 400 Dörfern und 56000 Häusern.<sup>400</sup> Die systematische Kriegsführung der

---

<sup>394</sup> Neue Züricher Zeitung 22. Mai 2004, Khartoums grausamer Stellvertreterkrieg. In: [http://www.nzz.ch/2004/05/22/al/kommentar9lzp\\_v\\_1.256796.html](http://www.nzz.ch/2004/05/22/al/kommentar9lzp_v_1.256796.html), o.A.

<sup>395</sup> Heisel, Corinna: Sudan (Krieg). In: [http://www.sozialwiss.unihamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/158a\\_k\\_sudan.htm](http://www.sozialwiss.unihamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/158a_k_sudan.htm)

<sup>396</sup> Vgl. Prunier, Genozid. S.114f., 160.

<sup>397</sup> Vgl. Roßler, Hans-Christian. Begehrlichkeiten in Sudan.S.5. FAZ 7.7.2005.

<sup>398</sup> Vgl. Thielke, Krieg im Lande des Mahdi. S.152.

<sup>399</sup> Thielke, Krieg im Lande des Mahdi. S.152.

<sup>400</sup> Vgl. Thielke, Krieg im Lande des Mahdi. S. 151.



Regimes und sein Verbündung mit den Janjaweed-Milizen, machte den Darfurkonflikt zum weltweit blutigsten der 2004 geführten Kriege.<sup>401</sup>

Eine weitere Folge des Krieges war das Entstehen einer in der Region bis dahin unbekanntes Gruppierung, die der „Krieg gewöhnlich mit sich bringt“, zu ihnen zählen die so genannten Warlords, öffentliche Potentaten oder Milizchefs, die aus den Krieg ihre Profite ziehen, die Regierung und Rebellenführer tendieren dazu, sich mit ihnen zu verbünden. Nach Ludermann, fördern sechs Faktoren das Auftreten dieser oben beschriebenen Gruppierungen<sup>402</sup>.

**Erstens** sind die Regionen Darfur und Ostsudan kaum erschlossen. Es existiert nur eine Eisenbahnlinie. In der Regenzeit sind weite Teile des Landes so gut wie gar nicht erreichbar. Es gibt kein Stromnetz für Radios, keine Post und keine Zeitungen. Dadurch wird die Meinungsbildung der Bevölkerung erheblich erschwert, denn es fehlen entscheidende Medien für die Bildung einer Öffentlichkeit und damit für breit verankertes politisches Bewusstsein.

**Zweitens** hat die britische Kolonialherrschaft nur sehr geringe Verwaltungsstrukturen aufgebaut, die bis 1983 weitgehend vernachlässigt und ausgehöhlt worden sind.

**Drittens** unterteilt sich die Bevölkerung der marginalisierten Regionen so auch in Darfur aus vielen unterschiedlichen Volksgruppen. Es finden zwischen mehreren Gruppen traditionelle Fehden statt, die in Viehdiebstählen begründet sind.

**Der vierte Faktor**, der die Entstehung von Kriegsherren erlaubt, ist die Schwäche des Staates, Darfur hinreichend zu kontrollieren. Die Regierung in Khartoum muß auf halb autonome Mittelsmänner und Milizen zurückgreifen, um Darfur zu kontrollieren.

**Fünftens** hat die Verbindung mit Konflikten mit den Nachbarländern und die Erhaltung von Hilfen aus dem Ausland den Verlauf des Krieges beeinflusst. Zum Beispiel war die SPLA/M bis 1991 stark abhängig von Hilfsleistungen von Äthiopien, die Flüchtlingslager waren für die SPLA/M ein wichtiger wirtschaftlicher und logistischer Faktor, sie dienten der Ausbildung der Rekruten einerseits, andererseits zweigte die SPLA/M für sich systematisch Hilfsgüter ab, die den Flücht-

---

<sup>401</sup> Vgl. Lühr, Henken: Nächste Interventionskanidat Sudan.

<sup>402</sup> Vgl. Ludermann, Bernd, "Zerstörerischer Befreiungskrieg". In: Frankfurter Rundschau vom 6. Juni 2001. (= Ludermann, Zerstörerischer Befreiungskrieg)

lingen zukommen sollten. Auch einige Mitglieder der SLA bzw. JEM haben Hilfsgüterlieferungen überfallen, um selbst zu überleben.

**Der sechste Faktor**, der die Entwicklung von Kriegsherren **begünstigt**, ist die Eigendynamik des andauernden Bürgerkrieges. Diese Eigendynamik schafft einen Zustand der Gesetzlosigkeit. Milizen von jeder Seite stellen gute Aufstiegschancen für junge Männer dar, geben einen Anreiz zu Raubzügen, da die Kämpfer bis heute keinen Sold erhalten.<sup>403</sup>

„In der Tat sind die Kriege im Sudan miteinander verknüpft. Konflikte zwischen der Zentralregierung und peripheren Regionen sind verquickt mit lokal verursachten Streitigkeiten, mit Konflikten zwischen dem repressiven Militärregime und der Opposition aus dem Nordsudan sowie mit Machtkämpfen innerhalb des Regimes. Ethnische und /oder religiöse Unterschiede spielen vor allem in den beiden Süd-West-Konfliktarten eine große Rolle.“<sup>404</sup>

### 13.1 Der Neue Völkermord in Darfur

Ob in Darfur ein Völkermord vorliegt oder nicht, darüber gibt es unterschiedliche Meinungen. So nannte der US-Kongress im Juni 2004 das Morden in Darfur einen Völkermord, dieser Meinung schloss sich auch der damalige Außenminister Colin Powell an. Präsident Bush sprach im September 2004 vom Genozid.<sup>405</sup> Das Europaparlament setzte im selben Jahr die Gewalttaten in der sudanesischen Region Darfur mit Völkermord gleich.<sup>406</sup> Die britische Abgeordnete Glenys Kinnock (Sozialdemokratische Partei Europas, SPE) (Mitglied des Europaparlaments) sprach über ihre eigene Erfahrung bei einer Erkundungsmission des Parlaments in Flüchtlingslagern in Darfur im vergangenen Jahr (2004). Die Politik der sudanesischen Regierung, so Kinnock, unterstütze durch ihre „Politik der verbrannten Erde“, die ethnischen Säuberungen und die Unterstüt-

---

<sup>403</sup> Vgl. Hofheinz, Einheit. S. 50. Vgl. Ludermann, Zerstörerischer Befreiungskrieg.

<sup>404</sup> Ludermann, Bernd: Der Sudan zwischen Krieg und Frieden. In: Friedensgutachten 2005 hrg. von Rasch, Ulrich/ Mutz, Rheinhard/ Schoch, Hauswedell, et.al. Bonn 2005. S. 88. (= Ludermann, der Sudan zwischen Krieg und Frieden)

<sup>405</sup> Vgl. Thielke: Krieg im Lande der Mahdi. S. 16.

<sup>406</sup> Vgl. Europaparlament sieht in Darfur "Völkermord" [18.09.2004]

In:[http://www.darfurhilfe.org/nachrichten.php?subaction=showfull&id=1095542203&archive=&st art\\_from=&ucat=1&](http://www.darfurhilfe.org/nachrichten.php?subaction=showfull&id=1095542203&archive=&st art_from=&ucat=1&)

zung der Janjaweed einen andauernden Genozid. Sie forderte gezielte Sanktionen, einen sofortigen Waffenstillstand und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen – „Straflosigkeit hilft nicht die Wunden zu heilen.“<sup>407</sup> Wiener stellt die Frage, ob Darfur ein »zweites Ruanda« ist, wie es in unterschiedlichen Medien oft formuliert wurde. Ahmed Musa (Darfur Hilfe .e.V.) ist folgender Auffassung „ Es ist ein schleichender Völkermord. In Ruanda geschah dies damals unter den Augen der Uno-Truppen. In Darfur ist es ähnlich. Die Weltöffentlichkeit redet zwar darüber, aber sie tut nichts. Was wir sehen, ist eine gezielte ethnische Säuberung“<sup>408</sup>. Der Völkerrechtler Prof. Norman Paech vertritt eine andere Meinung. Er hielt sich Anfang Oktober 2006 im Sudan auf und stellt in seinem mit Paul Schäfer zusammen verfassten Bericht fest: „Die Begriffe Völkermord und ethnische Vertreibung passen auf die Gewaltverbrechen, die in Darfur begangen werden, nicht. [...] In dem Konflikt spielen ethnische, rassische oder religiöse Motive keine Rolle“<sup>409</sup>

Diesen Meinungen schloss sich die UNO an. Eine fünfköpfige Kommission, die der Sicherheitsrat einsetzte, kam nach 3 Monaten zu folgendem Ergebnis: Zuerst befassten sie sich damit, ob das Vorgehen der Regierung vorsätzlich ist, was sie jedoch nicht feststellen konnten, da es nicht genügend Beweise gäbe, dass das Regime aus Khartoum eine staatliche Politik mit dem Vorsatz betreibt, eine bestimmte rassische oder ethnische Gruppe zu vernichten.<sup>410</sup> Im Gegensatz dazu spricht der damalige Generalsekretär Kofi Annan im Zusammenhang mit Darfurkatastrophe von einem zweiten Ruanda, d. h. einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit.<sup>411</sup> Der frühere Innenminister und UN-Sudan-Beauftragte Gerhard Baum kritisierte an der sudanesischen Regierung; „Im Grunde verfolgt die gesamte Führung in Khartoum eine Politik der ethnischen Säuberung“<sup>412</sup>. Die sehr uneindeutige Stellungnahme des UNO-Sicherheitsrates resultiert aus den unterschiedlich gelagerten Interessen seiner Mitglieder. Zum Beispiel arbeitet China sehr eng mit dem bestehenden sudane-

---

<sup>407</sup> Darfur: Friedensnobelpreisträger im Gespräch mit EU-Abgeordneten. In: [http://www.europarl.europa.eu/news/public/focus\\_page/030-7352-156-06-23-903-20070601FCS07344-05-06-2007-2007/default\\_p001c001\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/public/focus_page/030-7352-156-06-23-903-20070601FCS07344-05-06-2007-2007/default_p001c001_de.htm).

<sup>408</sup> Wirner, Stefan: „ Es ist ein Völkermord“ . In: Jungle Word.12.10.06

<sup>409</sup> Paech, Norman/ Schäfer, Paul: Bericht über eine Sudanreise von 2. bis 7. Oktober. In: <http://www.norman-paech.de/index.php?id=284#c955> <http://www.norman-paech.de>

<sup>410</sup> Vgl. Prunier, Genozid. S 202.

<sup>411</sup> Vgl. Böhn, Andrea: Ein zweites Ruanda. In: <http://www.zeit.de/online/2006/43/Darfur-2310?page=2>

<sup>412</sup> Zülch, Tilman: Völkermord in Darfur, Menschenrechtsreport Nr.34 GVB. August 2004. Gesellschaft für Bedrohte Völker. Göttingen, 2004.S.5.(= Zülch, Völkermord in Darfur).

sischen Regime zusammen und verweigerte deshalb lange seine Zustimmung zu den Resolutionen. Es zeigt sich immer wieder, dass politische Opportunität eine größere Rolle spielt als die Einhaltung der Menschenrechte und der Umsetzung des humanitären Völkerrechts.<sup>413</sup>

Es gab und gibt genügend Beispiele, die darauf hinweisen, dass eine ethnische Säuberung in Darfur stattfindet. Die Regierung al-Bashirs hat mit verschiedenen Mitteln, wie Bombardements, Einsatz der sudanesischen Armee, Teile der Polizei und auch Behörden, sowie der Aufrüstung der paramilitärischen Reitermilizen (Janjaweed) die Bevölkerung systematisch vertrieben und getötet.<sup>414</sup>

Heidemarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin für Wirtschaft und Entwicklung nannte das Sterben im Darfur einen „Völkermord in Zeitlupe“<sup>415</sup>.

Diese Aussage gilt bis heute. Die vorliegende Dokumentation verdeutlicht, dass im Westsudan von der sudanesischen Regierung ein langsamer schleicher Völkermord begangen worden ist.

**Tabelle 25:**  
**Genozidkonvention 11a und 11b**

Genozidkonvention II a) Vorsätzliche Zerstörung von Mitgliedern einer Gruppe		
Bombardierungen		
Datum	Fallbeschreibung	Quelle
15.03.2003	Nach Angaben der Darfur Diaspora Association (DDA) attackieren Regierungstruppen an diesem Tag westlich von Nyala gelegen. 5 Zivilisten werden während des Angriffs getötet und 42 weitere verletzt. Ein Augenzeuge berichtet, die Stadt sei zunächst vom Flugzeug aus angegriffen worden.	DDA, 01.06.2003

<sup>413</sup> Neue Zürcher Zeitung: Khartoum an die Kandare nehmen? Khartoum 2. Februar 2005. [http://www.nzz.ch/2005/02/02/al/kommentarckf33\\_1.89189.html](http://www.nzz.ch/2005/02/02/al/kommentarckf33_1.89189.html)

<sup>414</sup> Vgl. Züch, S.19ff 34.

<sup>415</sup> Vgl. Plenarprotokoll 15/ 146 der Bundestagessitzung, Berlin 3.12. 2004.In: <http://dip.bundestag.de/btp/15/15146.pdf> Sie bekräftigt damit die Aussage der „International Crisis Group“, die das Sterben in Darfur als ein Völkermord mit dem Zusatz Zeitlupe tedulierte.

20.03.2003	Der Waffenstillstand wird gebrochen. Hubschrauber der sudanesischen Regierung werfen Bomben über Dörfern ab.	Gesellschaft für bedrohte Völker, 2004
01.05.2003	Das Dorf Amnastay im Bezirk Kabkabiya wird von der sudanesischen Luftwaffe mit mehreren Bomben angegriffen.	Amnesty International, Sudan, Darfur: Rape as a weapon, 19.07.2004. S.9
12.05.2003	Das Dorf Kutoorume, östlich von Nertitay gelegen, wird von Flugzeugen aus bombardiert	Darfur Diaspora Association (DDA) 21.05.2003
01.06.2003	Das Dorf Silaya im Süden Norddarfurs wurde von Juni bis November mehrfach Ziel von Bombenangriffen. Nördlich von Silaya im Dorf Turlili fielen acht Personen einen solchen Angriff zum Opfer.	Amnesty International Press Release, 03.02.2004. S. 14
14.06.2003	Das Dorf Tina, bewohnt von Angehörigen der Zaghawa wird bombardiert. Mehrere Häuser brennen vollständig ab. Berichte über menschliche Opfer sind nicht vorhanden.	SHRO Canada, 30.06.2003
20.06.2003	Die Stadt Korny ist mehrfach Ziel von Bombardements. Dabei werden mehrere Menschen getötet und Häuser zerstört.	Amnesty International Press Release, 03.02.2004. S. 12
28.06.2003	Das Dorf Abu Jidad wird von einer Antonov-Maschine und zwei Helikoptern aus der Luft angegriffen.	Amnesty International, Victims of the war in Darfur speak about their plight, 03.06.2004

29.06.2003	Das Dorf Goz Na`ima wird im Rahmen einer Militäraktion von zwei Antonov Flugzeugen aus der Luft angegriffen.	Amnesty International, Victims of the war in Darfur speak about their plight, 03.06.2004 Amnesty
Juni/Juli 2003	Das Dorf Amnaty im Bezirk Kabkaiya wird von bewaffneten Truppen in Uniformen angegriffen. Ein großer Teil der Menschen versucht, vor dem Angriff in ein benachbartes Dorf zu fliehen. Auf der Flucht werden sie von Janjawids angehalten und von Flugzeugen aus mit Bomben geworfen.	Amnesty International, Sudan, Darfur: Rape as a weapon. 19.07.2004. S.9
01.07.2003	Während der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen und der SLA in Kutum waren wiederholt Zivilisten und zivile Häuser Ziel von Bombenangriffen geworden. Dabei wurden auch das Krankenhaus und das Gefängnis von Bomben getroffen.	Amnesty International, Press Release, 03.03.2004. S. 14
07.07.2003	Der achtjährige Abdel Quader und ein weiteres Kind werden bei einem Bombenangriff auf ihr Dorf verletzt.	Amnesty International Victims of the war in Darfur speak about their plight, 03.06.2004
14.07.2003	Bei einem Luftangriff auf das Dorf Marah sterben die zwölf Jahre alte Asha Abbaker und der 17-jährige Abdle–Azis Mohammed al-Bashir. Weitere sieben Menschen wurden während des Bombardements getötet.	Gesellschaft für bedrohte Völker, 2004

17. – 20.07.2003	Nach Aussagen des Anführers der sudanesischen Befreiungsbewegung, Mani Arkoi Minawi, haben Kampfflugzeuge der Regierung während der letzten drei Tage zwei Dutzend Dörfer im Westsudan bombardiert. Den Bombardements fallen mindestens 300 Dorfbewohner zum Opfer, 200 werden zum Teil schwer verletzt. Minawi berichtet ebenfalls, zahlreiche Verwundete seien Opfer eines nicht näher spezifizierten Giftgases geworden.	AFB , 20.07.2004
August 2003	Das Dorf Kerana wird nach Aussagen einer 24-jährigen Augenzeugin am frühen Morgen von drei Antonov- und zwei MIG-Flugzeugen angegriffen. An dem Übergriff auf das Dorf waren auch Milizen beteiligt, insgesamt kamen 150 Menschen ums Leben.	Amnesty International Victims of the war in Darfur speak about their plight, 03.06.2004
05.08.2003	Die Stadt Tina wird wiederholt Ziel von Bombardierungen. Auch die Schule im Viertel Jurga wird gezielt angegriffen. Während des Bombardements werden dutzenden Menschen getötet oder verletzt, unter ihnen viele Kinder	Amnesty International Press Release, 03.02.2004.S.12
27.08.2003	Bei der Bombardierung der Stadt Hbila, in der Flüchtlinge aus den umliegenden Dörfern Zuflucht gesucht hatten, kommen 24 Zivilisten um. Antonov-Bomber haben die Stadt an diesem Tag sechs Mal angegriffen	HRW: Darfur Destroyed, Mai 2004, S. 25
21.11.2003	Abdallah Hassaballah berichtet AFP gegenüber, 10 Zivilisten seien bei einem Bombenangriff in Cornei ums Leben gekommen. Unter den Getöteten hätten sich	AFP, 21.11.2003

	Frauen und Kinder befunden, eine nicht näher bekannte Zahl von Menschen sei verletzt worden.	
01.12.2003	Nach Berichten eines Sprechers des Justice and Equality Movements (JEM) sind Zivilisten in Darfur am 1. Dezember 15 Minuten lang von Militärflugzeugen aus bombardiert worden. Abu Bakr Hamid al-Nur, der Generalkoordinator der Bewegung berichtet hierzu: „Zivilisten waren in eine Gegend geflohen, wo ein Kampf stattfand (...)und das Flugzeug der Regierung folgte ihnen und bombardierte sie.“	CNN 11.12.2003
13.01.2004	Flugzeuge der sudanesischen Luftwaffe bombardieren erneut die Stadt Tina im West-Sudan, dabei kommen 45 Menschen, überwiegend Kinder, um.	Empty promises:Darfur, Marina Peter, 09.07.2004
15.- 19.1.2004	Nach Erkenntnissen von HRW intensiviert die sudanesische Regierung ihre Luftangriffe auf zivile Ziele besonders im Norden Darfurs in dieser Zeitspanne.	HRW: Darfur Destroyed, Mai 2004, S. 10
29.01.2004	Der tschadische Teil der Stadt al Teinah wird von Flugzeugen aus bombardiert. Laut militärischer Quellen aus dem Tschad sollen 10 Menschen getötet und 16 weitere verwundet worden sein.	Arabic News, 30.01.2004
29.01.2004	Am 29.1.2004 wird die sudanesische Seite der Grenze zum Tschad mehrere Male bombardiert. Mindestens sieben Explosionen haben Augenzeugen gezählt. Mindestens zwei Einwohner des Tschad kommen dabei ums Leben, 15 werden verwundet, in ihrer Mehrzahl Frauen und Kinder.	UNHCR, News Stories, 30.01.2004, BBC, 29.01.2004, Frankfurter Rundschau, 31.01.2004



03.02.2004	Die Dörfer Khasan Abu Gamra und Tum-dubai sind mehrmals täglich Ziel von Bombenangriffen. Auch das Dorf Hasan Basao wird von der Luft aus angegriffen	Human Rights Watch, Darfur Destroyed, Mai, 2004, S. 24
07.02.2004	Das Dorf Sildi südöstlich von Geneina wird von der Luft aus angegriffen.	Human Rights Watch, Darfur Destroyed, Mai 2004, S.26
08.02.2004	Tausende sudanesischer Flüchtlinge erreichten in den letzten vier Tagen den Tschad. Dies wird als Indiz für neue Kämpfe in Darfur gewertet. Die Flüchtlinge sagten aus, ihre Dörfer seien zuerst von Regierungsflugzeugen bombardiert und danach von arabischen Milizen angegriffen worden.	BBC, 08.02.2004
09-13.02.2004	Elf Dörfer werden bombardiert: Habila Karanik, Karanik, Mornay, Gurnyu, Mejmeri, Effendi, Urbi, Liri, Kastara und Nuri Last, alle liegen in Westdarfur. Die Menschen fliehen in die vier größten Städte und Dörfer der Umgebung. Die verlassenen Dörfer werden zerstört, nach Berichten von Augenzeugen greifen die Janjawid diese Zufluchtstätten an und töten einige Vertriebene	Amnesty International, 07.04.2004
13.03.2004	6 Frauen und Kinder werden durch Bombenangriffe der sudanesischen Armee getötet und 25 verletzt. Unter den Toten befindet sich ein einjähriges Kind. Ein Sprecher des Sudan Liberation Movement fügt hinzu, dass die Bombardements sporadisch wieder aufgenommen worden seien und 15 Kinder nach wie vor vermisst wür-	Aljazerra 13.03.2004

	den.	
28.04.2004	Die sudanesische Luftwaffe bombardiert das Dorf Kolbus im Tschad, parallel dazu greifen Janjawid Flüchtlinge und Zivilisten entlang der Grenze zum Tschad an.	Amnesty International Public Statement, 01.05.2004

Mai 2004	Die sudanesische Luftwaffe bombardiert die Stadt Tabit, dabei kommen mindestens 12 Menschen auf einem Markt zu Tode.	Human Rights Watch, 22.07.2004
07.05.2004	Für die Menschenrechtskommission fertigte der amtierend Hochkommissar für Menschenrechte, Bertrand Ramcharan, einen Bericht über die Menschenrechtsslage in Darfur an. Darin wird deutlich, dass gezielte Bombardierungen stattgefunden haben, in denen die sudanesischen Soldaten die Operationen leiten, d.h. im Norden von Darfur, wo die Bevölkerung größtenteils dem Volk der Zaghawa angehört. Es war der Delegation der UN nicht möglich, in diese Region zu gelangen	Report of the High Commissioner for human Rights, 07.05.2004, S.8
28.05.2004	Trotz Waffenstillstands am 08.04. bombardiert die sudanesische Armee weiter. Tabit, ein Dorf im Norddarfur wird am 28.05. angegriffen, dabei sterben mindestens 12 Personen.	Roger Winater, Assistant US AiD, Stestimony before the Senate, 15.6.2004, S. 2
29.06.2004	Am 29.06.2004 wird ein aus acht LKW bestehender Konvoi der UN von Janjawid – Milizen zwischen Sisi und Zalingei angegriffen. Er sollte Decken, Benzinkanister, Seife und Plastikplanen von Nyala in die Flüchtlingslager Mornei und Geneina bringen. Ein Beifahrer wird getötet, zwei Fahrer verletzt und mindestens 350 Decken werden ge-	US Agency for International Development , 09.07.2004

	stohlen.	
Juni 2004	Das Dorf Mugdi wird von der sudanesischen Luftwaffe bombardiert	The Guardian, 08.07.2004
Juni 2004	Anfang Juni bombardiert die sudanesische Luftwaffe Orte im Grenzgebiet zum Tschad, darunter Birak, eine unbekannte Zahl von Menschen kommt dabei ums Leben.	Human Rights Watch, 22.07.2004
Juli 2004	Neue Flüchtlingsgruppen treffen im Lager Kalma bei Nyala ein und berichten von Bombardements durch die sudanesische Luftwaffe.	Gesellschaft für bedrohte Völker 2004
01.07.2004	Am 01.07 werden zahlreiche Dörfer im Süden Darfurs bombardiert. Betroffen sind die Dörfer Marla, Labado und Muhajiriyah.	IRN, 02.07.2004
01.07.2004	Abdallah Abdel Kermin von MJE berichtet, drei Antonov-Flugzeuge hätten die Städte Lobodou Mahadjirya und Samfodo bombardiert; „ Die Bombardements gingen am Mittag noch weiter und wir wissen noch nicht, ob es Opfer gibt.	AFP,01.07.2004
06.07.2004	Am 6. Juli liegt die UNHCR einen Bericht über unausgesetzte Angriffe von sudanesischen Regierungstruppen und Janjawid – Milizen auf Dörfer in von der SLM/A kontrollierten Gebieten Darfurs , durch die immer mehr Zivilisten vertreiben werden, vor. Binnenflüchtlinge berichten nach ihrer Ankunft im Lager Kalma nahe Nyala in Süd – Darfur, dass ihre Dörfer südöstlich von Nyala von Antonov – Bombern und Kampfhelikoptern der sudanesischen Luftwaffe angegriffen wurden. Danach seien Bewaffnete in Kleintransportern, zu Pferd oder auf Kamelen gekommen, hätten Zivilisten getötet.	US-Agency for International Development, 09.07.2004

	Frauen vergewaltigt und die Häuser gebrannt. Diese Berichte stimmen mit Angaben der SLM/A überein, denen zufolge seit dem 30. Juni 40 Dörfer niedergebrannt wurden.	
09.07.2004	Der UNHCR verstärkt Hilfe für die mehr als 170.000 Flüchtlinge; die aus dem Sudan in den Tschad kamen; 70 Prozent von ihnen wurden in Flüchtlingslager im Landesinneren gebracht. Drei Familien mit insgesamt 30 Angehörigen aus dem Dorf Aboulia in Darfur berichteten dem UNHCR; dass ihr Ort im Januar 2004 zuerst von sechs Antonov-Kampfbombern angegriffen und dann von mehr als 100 Janjawid – Milizionären auf Pferden und Kamelen gestürmt wurde. Die Milizen schossen auf Menschen, raubten Vieh und brannten Häuser nieder.	UNCHR; 09.07.2004
Mitte Juli 2004	Mehr als 50 Zivilisten werden nach Angaben des rebellischen Sudan Liberation Movement getötet. SLM-Sprecher Omer Suleiman berichtet AFP per Telefon: „Regierungseinheiten griffen mit Unterstützung bewaffneter Banden Dörfer in Norddarfur an und sie bombardierten diese aus 16 Antonov Flugzeugen“.	AFP, 28.07.2003

Genozidkonvention II a) : Vorsätzliche Zerstörung von Mitgliedern einer Gruppe

Einzeltötungen

08.04.2002	Bis zu diesem Zeitpunkt sind bereits die Intellektuellen aus der Ethnie der Massalit - Ustaz Ahmad Abdul Frag, Dr. Ahmed Dina,	Gesellschaft für bedrohte Völker, 2004
------------	--	--

	Mowlana Hissein Haroun, Omer Barrah Sherif, Ibrahim Yacoub und Azza Deifa-erschossen worden.	
09.10.2002	Die von der sudanesischen Regierung unterstützten Milizen töteten den Rechtsanwalt Mohammed Ibrahim Musa und Faisal (weitere Namen unbekannt) auf der Straße zwischen Golo und Nyala. Fünf weitere Personen, die im selben Flugzeug unterwegs waren, wurden verletzt	Darfur Association Toronto, 09.10.2002
Februar 2003	<p>Aktivisten der Massalit wurden vom sudanesischen Geheimdienst verfolgt und in Geneina getötet. Es handelt sich um folgende Person: 1 Saleh Osman, Student, 2 Hamad Khamis, Bauer, 3 Abdalla Haroun, Bauer, 4 Yousif Ali Mohamad, Student, 5 Adam Abdall Tagir.</p> <p>Im selben Monat wurde Sharif Ishag Ibrahim, ein Massalit und Mitglied des sudanesischen Parlamentes vom sudanesischen Geheimdienst ermordet. Der Geheimdienst des Sudan hat auch in benachbarten Ländern Jagd auf die Massalit und andere sudanesische Schwarzafrikaner gemacht. So haben ägyptische Behörden den Sudanesen seit Dezember 2002 folgende Personen übergeben, deren weiteres Schicksal ungewiss ist:</p> <p>Omer Osman, Hamad Hussein Haroun Mohamed Adam Dsoliman Hassan Arbab Adam Idris Ramadan</p>	The Representative of the Massaleit Community in Exile, 02.03.2003

	Yagya Hassan Ishag Osman Gumaa Hassan Ibrahim Alhaj	
März 2003	Scheich Saleh Dakoro, ein religiöser Führer der Massalit, wird auf einer Reise mit seinen Leibwächtern ermordet.	Gesellschaft für bedrohte Völker, 2004
April 2003	Al Mahdi Suleiman (30), Hassan Suleiman (20) und Dilloh Ismail (30) aus dem Dorf Hasan Basau in Norddarfur werden von Milizen getötet, während sie ihre Rinder auf den Weideplatz bringen.	Amnesty International Press Release, 03.02.2004. S. 12
24.04.2003	Eine sudanesische Quelle gibt bekannt, bei Stammeskämpfen zwischen Massalit und Arabern seien in Westdarfur, 35 km nordöstlich von Geneina, 44 Personen getötet und 22 verletzt worden.	AFP, 24.04.2003
25.04.2003	Als die Bevölkerung gegen das Massaker in Mulli demonstriert, wird ein Demonstrant von Sicherheitskräften getötet.	Gesellschaft für bedrohte Völker, 2004
Juli 2003	In Adar, einem Dorf in Norddarfur, wird der 35-jährige Ishaq Jur Asarda von uniformierten und bewaffneten Milizen aus dem Haus geschleift. Seine Mutter berichtet, wie ihm die Milizen auf offener Straße die Kehle durchschnitten.	Amnesty International Press Release, 03.02.2004. S.9
25.07.2003	Während die SLA Kutum besetzt, greifen bewaffnete Milizen scheinbar wahllos Dörfer in der Umgebung an. Mindestens 15 Menschen sterben, darunter Duda Hassan	Amnesty International, 29. August 2003

	Jabir und Hassan Jabir und Yakub Khalifa Hassan. Neun Menschen werden in Kereinga verwundet.	
26.07.2003	38 Zivilisten werden in dem Dorf Abu Jidad umgebracht, darunter Altigani Mahmoud Altayeb und Mohamed Abdulla Yaqub.	Amnesty International, 29. August 2003
27.07.2003	Im Goor al Naem werden 43 Zivilisten getötet, darunter Makka naser Mahmoud und Mohamed Monsour Nahar; eine Frau wird nach Angaben von Zeugen vergewaltigt und dann von den Angreifern umgebracht.	Amnesty International, 29. August 2003
August 2003	Bei einem Angriff der Janjawid auf das Dorf Kereinek werden zwei Männer getötet.	Amnesty International, Sudan, Darfur: Rape as a weapon. 19.07.2004. S. 24
August 2003	Bei einem Überfall der Janjawid auf das Dorf Miski widersetzt sich eine 43-jährige Frau ihren Vergewaltigern, sie wird daraufhin getötet.	Amnesty International, Sudan, Darfur: Rape as a weapon. 19.07.2004. S. 24
August 2003	Die 25-jährige Zeinab Nayah aus Nana bei Korny war Augenzeugin, als Mitglieder der Janjawid ihren Bruder in seinem Laden töteten. Der Mann wurde vor seinem Tod geschlagen und misshandelt.	Amnesty International Press Release. 03.02.2004. S. 9
01.09.2003	Die 17-jährige Khadija Idris wird von Milizen getötet, weil sie versuchte, diese davon abzuhalten ihre Kühe zu stehlen.	Amnesty International Press Release, 03.02.2004.S. 12
03.02.2004	Der 38-jährige Dahbai Mohammed Adam	Amnesty Interna-

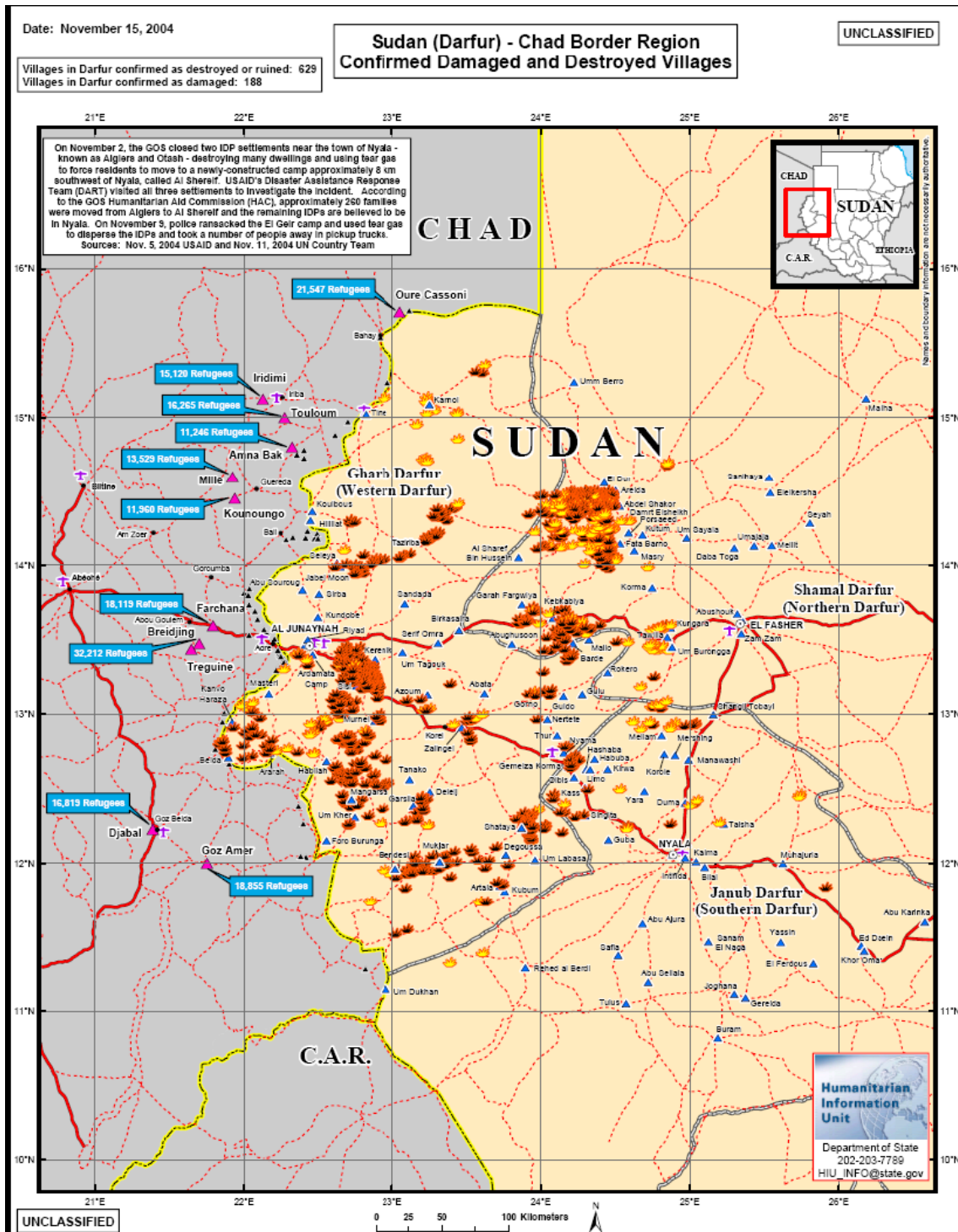
	aus Abu Gamra, einem Dorf in der Nähe von Kornoy, berichtet von der Tötung seines Schwiegersohns. Die arabischen Milizen näherten sich nach Angaben des Mannes meist dann den Häusern, um sie auszurauben, wenn die Männer nicht dort sind. Sein Schwiegersohn, der während eines Überfalls durch die Araber schlafend aufgefunden wurde, wurde von diesen zu Tode geprügelt.	tional Press Release, 03.02.2004. S.9
03.02.2004	Die 15-jährige Kaltuma Abdallah wurde in Abu Jidad von arabischen Milizen in ihrem Haus angegriffen. Als das Mädchen zu fliehen versuchte, wurde es angeschossen; ihre Tante wurde bei dem Vorfall getötet.	Amnesty International Press Release, 03.02.2004.S.14
03.02.2004	Die 37-jährige Heilia Hardja berichtet von der Tötung ihres 4-jährigen Kindes Abakar Yusuf und ihres 42-jährigen Neffen, Sadiq Ali Abdallah. Die beiden hatten sich im Vorgarten befunden, als die arabischen Milizen kamen und sie willkürlich erschossen.	Amnesty International Press Release, 03.02.2004. S. 9
03.02.2004	Die Zeugin eines Angriffs durch Araber in dem Dorf Sasa bei Kornoy, Aisha Ali berichtete, dass die einfallenden Männer die zweijährige Sara Bishara mit einem Messerstich in den Rücken töteten.	Amnesty International Press Release, 03.02.2004. S. 9

(Quelle: Gesellschaft für Bedrohte Völker)<sup>416</sup>

<sup>416</sup> Zülch, Völkermord in Darfur. S.19ff 34.



Abb. 6: Zerstörung der Dörfer in Sudan <sup>417</sup>



<sup>417</sup> Quelle: Reliefweb / Darfur Humanitarian Information Centre: Maps (United States Department of State Date: 15 Nov 2004).  
 Reliefweb ist eine Website der „United Nations providing information to humanitarian relief organizations; updated daily“ of State

### 13.3. Exkurs: Das Darfurproblem als Dreiecksproblem mit Libyen, Tschad und Sudan

Da die meisten afrikanischen Staaten unter enormen politischen und ökonomischen Problemen leiden, nehmen sie auch große Zahlen von Flüchtlingen auf: „Das Flüchtlingsselend in Afrika wird nicht nur durch internationale Hilfe, sondern auch durch eine bemerkenswerte Öffnung der Grenzen für Flüchtlinge abgemildert“.<sup>418</sup> Zahlreiche Auseinandersetzungen innerhalb der afrikanischen Staaten verursachen massenhafte Flüchtlingsströme an den Grenzgebieten. Insgesamt 28 afrikanische Staaten wurden 1986 für ca. 3.447.300 Flüchtlinge zum Asylland, das sind etwa 29% aller Flüchtlinge weltweit.<sup>419</sup>

Der Sudan mit seiner exponierten geographischen Lage und Grenzen, die wie fast überall in Afrika, einzelne Ethnien in den Grenzgebieten auf unterschiedliche Staaten verteilen, nimmt mit 1.164.000 Flüchtlingen aus Äthiopien, dem Tschad, Uganda und Zaire dabei eine Spitzenposition ein; er folgt weltweit an dritter Stelle hinter Pakistan. Die Region Darfur grenzt im Westen an den Tschad. Als dort 1970-71 die französischen Militäreinsätze ihren Höhepunkt erreichten, flüchteten etwa 10.000 Menschen über die sudanesishe Grenze. Sie gehörten überwiegend Ethnien an, die beiderseits der Grenze leben, wie z. B. die Masalit, Zaghawa, Araber. Deshalb war es auch möglich, dass sich diese Flüchtlinge mit Hilfe der Mitglieder ihrer jeweils eigenen Ethnien relativ schnell integrieren konnten. Betroffen von diesem ersten Flüchtlingsstrom war vor allem der Distrikt El Geneina.

Der Bürgerkrieg im Tschad, in den 1980 libysche Verbände eingriffen und ihn militärisch zugunsten Goukouni Waddei's gegen Habré entschieden, führte zu einer weiteren Flüchtlingswelle über die Grenze nach Darfur. Die Gesamtzahl der Flüchtlinge aus dem Tschad erreichte im März 1981 20.000, meist Anhänger des geschlagenen Habré. Die Gesamtbevölkerung im Western District stieg zwischen 1976-83 um 46%, wobei hier auch die Migranten aus den von der Dürre stärker betroffenen nördlichen Teilen Darfurs enthalten sind.<sup>420</sup>

Der UNHCR und die freiwilligen Hilfswerke wurden im September 1984 tätig, als der Abzug der libyschen und französischen Truppen aus dem Tschad zu

---

<sup>418</sup> Vgl. Nohlen, Dieter: Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 6. München 1987. S. 202.

<sup>419</sup> Vgl. Salih, Darfur. S. 2ff. und S. 58ff.

<sup>420</sup> Vgl. Schrenk, Naturraumpotential. S. 109.

weiteren Massenfluchtbewegungen führte und etwa 100.000 Menschen Darfur erreichten. Was dieser Bevölkerungsdruck für diese Region bedeutete, kann man ermessen, wenn man dies vor dem Hintergrund der zuvor geschilderten sozioökonomischen Verhältnisse sieht. In den 80er Jahren war Darfur von einer schweren Dürreperiode betroffen und viele der dort Ansässigen waren in die Städte abgewandert. Auch auf die schwierige Situation, die durch die Raubzüge der Banditen entstand, ist bereits hingewiesen worden. Vor diesem Hintergrund lässt sich auch verstehen, dass die sudanesisische Regierung sich bemühte, die tschadischen Flüchtlinge zu einer freiwilligen Rückkehr zu bewegen.

Lange Zeit galt der Sudan als vorbildliches und hilfsbereites Land, in die Schlagzeilen geriet er erst durch die Art und Weise, wie er mit den Flüchtlingen aus dem eigenen Land, den durch den Krieg mit dem Süden heimatlos gewordenen Südsudanese umgeht. Nach Khartoum geflohene Südsudanese wurden zwangsweise wieder nach Süden getrieben.

„Nach Angaben der offiziellen ‚SUDANOW‘ soll es im September 1989 zirka drei Millionen Obdachlose im Nord- und Westsudan gegeben haben, davon allein zwei Millionen in der Hauptstadt Khartoum und Umgebung, wo die Flüchtlinge in 47 Lagern kümmerlich untergebracht worden waren. Man muß annehmen, dass durch diese miserabel vorbereiteten Umsiedlungsaktionen Zehntausende von Menschen ihr Leben verloren haben: Opfer von Hunger, verseuchtem Trinkwasser, Epidemien... Fürchtet die Regierung eine Verzweiflungstat der Verzweifelten, eine Nacht der langen Messer, oder ist diese Tat nur ein Mosaikstein im großen Bild, dessen Umrisse einen auf Jahren hin angelegten Ethnozid bedeuten“<sup>421</sup>.

In derselben Zeit flüchten etwa 2 Millionen Tschadien nach Darfur und 1981 löste die Ernennung eines Gouverneurs, der aus dem Norden stammt, eine „Intifada“<sup>422</sup> gegen die sudanesisische Regierung aus, die zahlreiche Todesopfer forderte. Daraufhin wurde von der sudanesischen Regierung Ahmed Ibrahim

---

<sup>421</sup> Schrenk, Naturraumpotential. S. 242

<sup>422</sup> „**Intifada** انتفاضة (hebräisch: אינתיפאדה – auch **Intefadah** oder **Intifadah**; vom Arabischen: انتفاض intafada, „sich erheben, loswerden, abschütteln“) ist der Name für zwei palästinensische Aufstände gegen Israel. Die erste Intifada begann als sogenannter „Krieg der Steine“ 1987 und die Gewalt ging seit 1991 zurück. In: <http://de.wikipedia.org/wiki/Intifada>. Diese Seite wurde zuletzt am 8. Oktober 2007 besucht.

Drej als Gouverneur von Darfur ernannt. Seit der Ermordung des Sultan Ali Dimar war kein Darfuri mehr Gouverneur, somit stellt die Ernennung Drej eine Besonderheit dar, da dieser aus Darfur stammt. Die Fur hegten die Hoffnung, dass das alte Sultanat wiedererwachen könnte, was von den arabischen Gruppen, die im Furgebiet sesshaft geworden sind, als Bedrohung angesehen wurde.<sup>423</sup>

Gleichzeitig verschlechterte sich die ökonomische Lage im Sudan rasant. Die Ausweitung der Bewässerungslandwirtschaft sowie mehrere schwere Dürren führten zu zunehmender Spannung im Nebeneinander von Ackerbauern im Zentralgebiet und Hirten im trockenen Norden und Süden Darfurs. Streitigkeiten um Nutzung von Wasser und Land sowie Banditentum und Raub sind an der Tagesordnung. Justiz und Polizei konnten diese Streitigkeiten aufgrund logistischer Schwächen nicht eindämmen.

Das „bewusst“ schlechte Flüchtlingsmanagement der sudanesischen Zentralregierung, insbesondere in Bezug auf die Flüchtlingsströme aus dem Tschad, hat die Darfur-Problematik verschärft. 1982 wurden die Konflikte zwischen Libyen und Tschad nach Darfur verlagert. Im selben Jahr putschte Hissan Habre<sup>424</sup> (unterstützt durch den Sudan) den von Libyen unterstützten Präsidenten des Tschads, Goukoni, aus dem Amt. Hinzu kam, dass Darfur in den 80er Jahren als Rekrutierungs-, Rückzugs- und Kampfgebiet der militärischen Auseinandersetzung zwischen dem Tschad und Libyen diente.

Zudem führte die „arabische Legion“, eine in Libyen gegründete paramilitärische Organisation, von Darfur aus militärische Operationen gegen die Habre-Regierung des Tschad aus. Zwar konnte sie sich militärisch nicht durchsetzen, jedoch hinterließ sie aber eine große Zahl moderner Waffen und eine panarabische Ideologie.<sup>425</sup>

Am 31. März 1980 versuchte der General Sad Bahar den sudanesischen Diktator Numeiri zu stürzen. Dieser Versuch misslang, als Folge davon beschuldigte Numeiri Libyen der Beihilfe zum Putsch. Libyens Außenpolitik zielte zur dieser Zeit darauf ab, ihre arabischen Weltanschauungen im Süden und Osten des

---

<sup>423</sup> Vgl. Al Haj, Hiessen Adam, As Bab Geyam Al thora fi Darfur, (Gründe für die Revolution in Darfur).In: <http://www.sudanjem.com/index.php> 27.07.2003.

<sup>424</sup> Präsident von Tschad 1982-1990, jetzt im Exil in Senegal.

<sup>425</sup> Vgl. Ludermann, Bernd: Der Sudan zwischen Krieg und Frieden. S.90.

Sudan, sowie im Niger zu verbreiten, den Tschad zu besetzen und die Darfur-region politisch zu kontrollieren. Durch die verstärkte Ansiedlung von arabischen Ethnien in diesen Regionen kam es zu einer langsamen Verdrängung der einheimischen Bevölkerung. „Pan-Arabische“ Ideologien sollten von Darfur aus bis Zentralafrika verbreitet werden.

Die Regierung unter Numeiri lehnte die libyschen Ideen ab und ging eine Koalition mit Ägypten ein. Ägypten unterzeichnete das Camp David Abkommen<sup>426</sup> und wurde aus diesem Grund von den arabischen Ländern isoliert. Numeiri stand dem Camp David Abkommen und damit Ägypten positiv gegenüber und wurde auch finanziell von der amerikanischen Regierung unterstützt. Der Konflikt zwischen Libyen und Tschad wurde nach Darfur verlagert. Der libysche Revolutionsführer Ghaddafi entwickelte sich nun zu einer der Schlüsselfiguren im Darfurkonflikt.

„Im Rahmen seiner damaligen panarabischen Ideologie, welche die Araber als „überlegene Rasse“ herausstellt, unterstützt Ghaddafi die „Arabische Union“ in Darfur, eine militante, panarabische Gruppe, die erst den Tschad und dann den Sudan unter arabische Vorherrschaft bringen will. Der von 1969-85 regierende sudanesischer Präsident (...) Numeiri betreibt eine Schaukelpolitik zwischen Ost und West, doch wendet er sich in letzter Zeit verstärkt dem Westen zu, was das Misstrauen Ghaddafis erregt: der „Verräter“ Numeiri muß weg!“<sup>427</sup>

Durch die Intifada endete im April 1985 die diktatorische Regierungszeit Numeiris im Sudan. Im sudanesischen Wahlkampf im Jahre 1986 unterstützte Ghaddafi die Umma Partei, die ihn nach ihrem Wahlsieg zu freundschaftlichen Gesprächen nach Khartoum einlud.

Die außenpolitischen Beziehungen zu den USA werden daraufhin zunehmend schlechter, was dazu führte, dass die Amerikaner das Land verließen. Im sel-

---

<sup>426</sup> Die Camp-Davids-Verhandlungen oder auch Camp-David-Abkommen vom 17. September 1978 basierte auf der Grundlage der Resolution 242 des Un-Sicherheitsrates und sollte einen Teil zur Friedenssicherung in Nahost beitragen.“ In: [http://de.wikipedia.org/wiki/Camp\\_David](http://de.wikipedia.org/wiki/Camp_David).

<sup>427</sup> Hanisch, Kay: Darfur und kein Ende. In: <http://www.plattform-leipzig.de/beitraege/20070908darfur.html>

ben Jahr wanderte die tschadische Bevölkerung arabischer Herkunft in das Furgebiet mit ihren Tieren ein, um die guten ertragreichen Viehweiden der Fur zu nutzen. Die tschadischen Araber erfuhren auch von den in Darfur lebenden Arabern, mit denen sie verwandt waren, wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung. Sie wurden in den anhaltenden Dürreperioden seit der Mitte der 1980er Jahre auch von dem damaligen Premierminister Sadiq al-Mahdi insoweit unterstützt, dass sie Zugangsrechte zu Wasser und Land von afrikanischen Darfuris bekamen und diese im Gegenzug Rekruten für die sudanesisch-Ägyptische Armee in ihrem Kampf gegen die SPLA zur Verfügung stellten. Diese arabischen Milizen überzogen in den folgenden zehn Jahren die südlichen Provinzen Bahr al-Ghazal und Upper Nile mit regelmäßigen blutigen Überfällen.<sup>428</sup>

Nach dem Regierungswechsel hoffte die arabisch-tschadische Bevölkerung auf mehr Unterstützung aus Khartoum. Ihre Forderungen wurden in den vorgehenden Jahren nicht in dem Maße erfüllt, wie sie es sich erwünscht hatten. 1987 schlossen sich siebenundzwanzig arabischen Ethnien in Darfur zur „arabischen Allianz“ (Quoräsch eins) zusammen, die sich gegen afrikanische Gruppen (arab. „Zurger“) positionierten. Diese Allianz wollte eine politische Rolle in der Region spielen, d. h. die Araber sollten an Macht und Ressourcen beteiligt werden, da sie behauptete, dass etwa 40% der Darfurs Araber seien. Auch wollte man den Namen Darfur ändern, der nach ihrer Auffassung aus rassistischen Wörtern zusammengesetzt sei. Dieser ideologisch-rassistische Konflikt führte zu einer Auseinandersetzung zwischen „Afrikanern“ und „Arabern“. Dabei wurden viele Afrikaner ermordet und ihre Dörfer vollständig zerstört.

Die Al Sadiq Mahdi Regierung ging nicht gegen die veröffentlichten Schriften der „Arabischen Allianz“ vor. Die Araber glaubten sich in ihrem Recht und in ihren Forderungen bestätigt. Sie verbreiteten diese Ideen auch in Kordofan. Daraufhin schlossen sich die Hälfte der Kordofanischen Araber dieser Allianz an, und nannten sich „Quoräsch zwei“.<sup>429</sup>

1984 herrschte in Darfur eine Hungersnot. Libyen startete eine umfangreiche humanitäre Hilfsaktion. Am 23. August 1985 kam der erste von vielen Konvois mit Getreide, Trockenmilch und Waffen von Bengasi in El-Fashir an.<sup>430</sup> Den

---

<sup>428</sup> Vgl. Köndgen, Tragödie in Darfur.

<sup>429</sup> Vgl. El-Tom Abdullahi Osman The Arab Congregation and the Ideology of Genocide in Darfur, Sudan. In: <http://www.sudanjem.com/en/index.php?page=news.full&id=5501> 04.08.07

<sup>430</sup> Vgl. Prunier, Darfur. S.75f.

Konvoi begleitete außerdem ein 800 starkes libysches Militärkontingent. „Der Beweis war erbracht, dass Tripolis in der Lage war, unverzüglich im Westsudan zu intervenieren.“<sup>431</sup> Die von der sudanesischen Regierung aufgestellten Milizen wurden von dem libyschen Regime bewaffnet, um die SPLA in Bahr al-Ghazal zu bekämpfen. Dabei wurden in dem kleinen Ort Ad dan bis zu 1700 Dinka getötet<sup>432</sup>. Die Darfurer lebten zunehmend in einer Atmosphäre der Gewalt und ethnischen Hasses, die von den fremden Mächten zur Durchsetzung ihrer Ziele instrumentalisiert wurde.

1987/88 war das Jahr in dem zwischen Tschad und Libyen der Krieg um den Aouzou-Streifen ausbrach; die Libyer hatten nun die Gelegenheit, den Westen des Sudans als Einfallstor in den Tschad zu nutzen. Das Ergebnis waren Lieferungen von Waffen nach Darfur, die dort billig erworben werden konnten.<sup>433</sup> Im November desselben Jahres drang die tschadische Armee in Darfur ein und griff libysche Lager und Lager der Milizen in Kabkabiya, As-Sireif sowie Gama an und tötete 2000 Kämpfer und Zivilisten. Die sudanesischen Regierung<sup>434</sup> und ihr Präsident Sadiq al-Mahdis neigten zur pro-libyschen Politik auch mit dem Wissen, damit die Stammesmilizen zu unterstützen, die für Gräueltaten an Zivilisten bekannt waren. Das gilt vor allem für Fadlallah Burma Nasir,<sup>435</sup> dem damaligen sudanesischen Verteidigungsminister, der für die massive Rekrutierung der Murahlin als auch für die Beteiligung der Regierung des Tadschammu al Arabi verantwortlich war.<sup>436</sup> „Unterdessen wurde Darfur weiter in das tschadisch-libysch-sudanesischen Dreiecksverhältnis hineingezogen.“<sup>437</sup>

Auch das folgende Zitat macht deutlich, dass eine Verdrängung der einheimischen Ethnien in Darfur zugunsten von arabischen Gruppen nach wie vor stattfindet, die zum Beispiel aus Tschad oder dem Niger einwandern. Die Regierung unterstützt diese Entwicklung massiv.

“Arabs from Chad and Niger are crossing into Darfur in “unprecedented” numbers, prompting claims that the Sudanese govern-

---

<sup>431</sup> Prunier, Darfur S.76.

<sup>432</sup> In der kleinen Stadt Ad Da wurden 1000 bis 1700 Menschen von den Muralin getötet.

<sup>433</sup> Vgl. Khallafala Darfur. S. 44.

<sup>434</sup> Bakri Adil (Minister für Erziehung, ein Baggara Humr) Fadallah Burma Nasir (Staatsminister für Verteidigung, Missiriya) und Musa Adam Madilo (Energieminister, ein ad-Da in Rizzeiquat) alles Araber. Prunier, Genozid. S. 85.

<sup>435</sup> Verteidigungsminister in der Regierung Sadiq und gehört zu arabischen Ethnien.

<sup>436</sup> Vgl. Prunier, Genozid. S. 85-86.

<sup>437</sup> Prunier, Genozid. S. 91-92.

ment is trying systematically to repopulate the war-ravaged region. An internal UN report, obtained by The Independent, shows that up to 30,000 Arabs have crossed the border in the past two months. Most arrived with all their belongings and large flocks. They were greeted by Sudanese Arabs who took them to empty villages cleared by government and janjaweed forces. One UN official said the process "appeared to have been well planned". The official continued: "This movement is very large. We have not seen such numbers come into west Darfur before."<sup>438</sup>

### **13.4 Die Janjaweed: Ihre Herkunft , ihre Gründung**

„Von Arabern als Täter und von Afrikanern als Opfer zu sprechen, würde der Komplexität des multiethnischen, in einem Jahrhunderte alten Streit um Land und Wasserressourcen, um Macht und Vorherrschaft wurzelnden Konflikt im afrikanischen Darfur sicherlich nicht gerecht werden. Sehr unterschiedliche Völker- Zaghawa-Nomaden und eine kleine arabischsprachige Minderheit im Norden, sesshafte nicht arabischsprachige Fur, Massalit, Daju und Berti im Westen sowie Baggara im Süden Darfurs – haben durch Kriege, in denen oft genug die Regierungen des Landes eine unrühmliche Rolle spielten, ein Spannungspotenzial geschaffen, das in jüngster Zeit laut UN zu 50 000 Konfliktopfern, laut anderen Angaben zu 180 000 Toten geführt hat. Vor allem die Reitermilizen der Dschandschawid (Janjaweed), derer sich die islamische, arabo-zentrisch orientierte Regierung Präsident Baschirs im Kampf gegen die aufständischen SLA und JEM bedient, sind für die Zerstörung zahlreicher Dörfer, eine Unzahl von Toten sowie die Flucht von über eine Million Menschen verantwortlich. Ein Ende des Sterbens der in tschadischen und sudanesischen Lagern lebenden Flüchtlinge ist nicht in Sicht zumal die Führung des Landes ange-

---

<sup>438</sup> Bloomfield, Steve: Arabs pile into Darfur to take land 'cleansed' by janjaweed. Africa Correspondent Published: 14 July 2007. In: <http://www.sudanjem.com/en/index.php.14..07.2007>



sichts des nur schwachen Drucks von EU, UN und USA kaum Anlass zu einem Kurswechsel sieht“.<sup>439</sup>

Das Wort Janjaweed besteht aus drei Wörtern: jinn (Geist), jim (Gewehr), jowad (Feld). In der Literatur finden sich auch andere Definitionen. Eine lautet folgendermaßen: arabische Banditengruppen zu Pferd und Kamel, gegründet in den 80er Jahren.<sup>440</sup> Die Times übersetzt janjawid mit „devils on horsebacks“.<sup>441</sup> De Waal bezeichnet sie als „Kosaken der Sahara“.<sup>442</sup> Die Namensgebung lässt sich auf einen ihrer Anführer namens *Hamid Jenied* zurückführen, der der Ethnie der Ta ascha angehörte. Er hat mehrere Jahre gegen die Regierung gekämpft und die Bevölkerung terrorisiert. Sie werden als Janjaweed bezeichnet. Andere bezeichnen das Jahr 1999 als Gründungsjahr der Janjaweed.<sup>443</sup> In Dar Massalit führte der Widerstand der „schwarzen“ Urbevölkerung gegen arabische Dominanz zu verstärktem Militäreinsatz der Regierung. „Da die Regierung für ihren Krieg gegen den Süden immer mehr junge Männer aus Darfur rekrutierte, führte dies in den Gebieten der Massalit zu Widerständen und Revolten, die die Regierung unterdrückte. Die Regierung hat in Süddarfur arabische Freiwillige ausbilden lassen und bezahlte sie. „Zum ersten Mal wüteten Janjaweed in Darfur (1999), mehr als dreißig Dörfer wurden niedergebrannt, mehr als eintausend Massalit getötet. Die meisten Täter, hieß es, seien aus dem Tschad gekommen, um hier, in Darfur, einen panarabischen Krieg zu führen.“<sup>444</sup> Musa Hilal<sup>445</sup> der bedeutendste Anführer, dieser Araberbanden äußert sich zu den Definitionsversuchen von den Begriff Janjaweed folgendermaßen:

---

<sup>439</sup>Köndgen, Tragödie. S.4.

<sup>440</sup> Vgl. Al haj, Adam Hessen: Man Whom Aljanjaweed (wer sind die Janjaweed). In: [www..Sudanjem.com/sudanilee9..htmlcom.10.11.2003](http://www..Sudanjem.com/sudanilee9..htmlcom.10.11.2003).

<sup>441</sup> The Tragey of Sudan. TIMES October 4, 2004, S. 52

<sup>442</sup> in Le Monde Diplomatique, September 2004

<sup>443</sup> Vgl. Al haj, Adam Hessen: Man Whom Aljanjaweed (wer sind die Janjaweed). In: [www..Sudanjem.com/sudanilee9..htmlcom.10.11.2003](http://www..Sudanjem.com/sudanilee9..htmlcom.10.11.2003).

<sup>444</sup>Thielke, Krieg im Lande des Mahdi. S.246.

<sup>445</sup> „Er stamme vom Stamm Um Dschallul ab, schreibt «Africa Confidential». Er wird uns später sagen, dass er von seinem Vater, der vor 25 Jahren starb, den Titel des Scheichs der Mahrija-Gruppe (und nicht der Um Dschallul) im arabischen Volk der Reseigat geerbt hat. Von seiner Odyssee als Häftling nach Port Sudan ganz im Osten des Landes und weiter nach Wad Medani südlich von Khartum erzählt er nichts. Musa Hilal war im Februar 2003 vom damaligen Gouverneur von Nord-Darfur, Ibrahim Suleiman, unter der Anklage inhaftiert worden, er töte nichtarabische Leute. Doch er hat einflussreiche Stammesfreunde, darunter Abdullah Ali Safi ed-Din en-Nur, ehemaliger Major der Luftwaffe, ehemaliger Norddarfur-Gouverneur und heutiger Staatsminister im Verteidigungsministerium, ließ Hilal aus dem Gefängnis holen und Gouverneur Suleiman, der ihn inhaftiert hatte, absetzen. Denn er und weitere Mächtige des Regimes hatten andere Pläne mit dem Gefangenen. Musa Hilal sei der eigentliche Verbindungsmann zwischen den Dschandschawid und der Regierung, sagt der Parlamentarier Mohammed Baraka. Er sei das Werkzeug der Regierung, um die Fur, die Zaghawas, die Massalit und andere eingeborene,

„ ‚Dschandschawid‘ (Janjaweed) bedeutet nichts . Es ist ein Wort, das nur das Böse bezeichnen soll, dieses Wort soll es den Amerikanern leicht machen, zu verstehen, wer die Good Guys und wer die Bad Guys sind. Als die Rebellion begann, hat sich die Regierung uns genähert und uns bewaffnet.... Einige Stammesbrüder schlossen sich der Popular Defense Force an. Die Rebellen haben das Wort Dschandschawid verbreitet und benutzt, als ob wir eine Organisation wären. Es gibt aber keine politische Gruppe mit einem Konzept, das „Dschandschawid“ heißt.“<sup>446</sup>

Im Oktober 2002 begangen die Janjaweed mit ihren ethnischen Säuberungen in Darfur, im gleichen Jahr wurden sie in die Armee eingegliedert und mit besseren Waffen ausgerüstet. In den Gebieten der Aufständischen waren sie in ihren Handlungen unabhängig, denn die Regierung machte ihnen keinerlei Vorschriften.<sup>447</sup>

Auch die Herkunft der Janjaweed kann nicht eindeutig geklärt werden. Zur ihrer Herkunft der Janjaweed zirkulieren verschiedene Versionen. Es gibt Hinweise, dass sie sich weitgehend aus den so genannten "Abala", Gruppen kamelzuch-

---

das heißt nichtarabische Völker Darfurs, niederzuschlagen. Er habe das Kommando über die Dschandschawid, vor allem im Gebiet von Kebchabija. Glückliche Umstände führen schließlich zur Begegnung. In blendend weißer Dschalabija und ebensolchem Turban sitzt er uns gegenüber, in einem kleinen Büroraum in Khartum. Er behält sein Handy im Auge und wirkt nervös, doch vielleicht ist er bloß ungeduldig. Zu Journalisten hat er noch nie gesprochen. Seine Antworten fallen ausführlich aus, und die Übersetzung aus dem Arabischen ist umständlich. Musa Hilal setzt zu einer Verteidigungsrede an: Nicht sie, die Araber, seien die Angreifer, vielmehr seien sie von Banditen - Schmuggler und Hijacker nennt er sie auch - angegriffen worden, von Zaghawas zuerst, dann auch von Fur, Massalit und anderen nichtarabischen Gruppen. So hätten diese Kapital angehäuft, um Krieg gegen die Araber und die Regierung zu führen. Als im Frühling 2003 Rebellen al-Fascher und andere Städte besetzten, habe die Regierung die arabischen Milizen zu Hilfe gerufen und sie zu Einheiten der Armee gemacht, erklärt Musa Hilal in verblüffender Offenheit. Denn genau diese enge Verbindung und Zusammenarbeit mit den Dschandschawid bestreitet das Regime in Khartum hartnäckig. Sie seien gute Kämpfer, sie kennten das Gebiet, und sie wüssten besser als die regulären Soldaten, wie man mit diesen Leuten umgehen müsse, fährt Hilal fort. Er werde heute als Anführer der Dschandschawid angesehen. Von Gräueltaten seiner Leute, von Tötungen und Massenvergewaltigungen, will er nichts wissen; er sagt nur: «Vielleicht machen reguläre Soldaten solche Dinge.» In den Dörfern versteckten sich Rebellen mit ihren Waffen, deshalb brenne man sie nieder. «Es ist Krieg, da kann es geschehen, dass Frauen und Kinder getötet werden, aber nicht mit Absicht», ergänzt er. Und mit der gastfreundlichen Einladung, wieder zu kommen und ihn in Darfur zu besuchen, verabschiedet sich Musa Hilal, der Scherge des Regimes im Alltagskleid des friedlichen Sudanesisen. Musa Hilal ist der Anführer der Dschandschawid-Milizen in der Darfur-Provinz. Zum ersten Mal spricht der mutmaßliche Völkermörder mit einem Journalisten“.

<sup>446</sup> Tielke, im Land des Mahdi. S. 246.

<sup>447</sup> Vgl. Köndgen, Olaf: Tragödie in Darfur In: KAS-Auslands-Informationen. - 20 (2004).S.4 und 10ff. ( Köndgen, Tragödie)

tender Nomaden rekrutieren, die bereits in den 70er Jahren aus dem Tschad und Westafrika in den Sudan einwanderten, sowie aus den Baggara aus Süd und Zentral-Darfur.<sup>448</sup> Eine andere Quelle verweist darauf, dass ihre Geschichte bereits Anfang der 1990er Jahre im Tschad beginnt.

Heute bestehen die Janjaweed aus zwei Gruppen. Die eine setzt sich aus arabischen Volksgruppen zusammen, die aus dem Tschad geflüchtet sind, die andere hingegen aus in Darfur einheimischen „arabischen“ Ethnien. Ziel beider Gruppen ist es, die Vorherrschaft in der Region zu erringen. Damit erfüllen sie die Erwartungen der sudanesischen Regierung, denn sie vertreiben genau diejenige Bevölkerung, welche die SLA (Sudan Liberation Army) und die JEM (Justice and Equality Movement) unterstützt, aus Darfur.<sup>449</sup>

Die sudanesische Regierung gewährt den Janjaweed, die in ihrer Politik der „verbrannten Erde“ in Darfur eine zentrale Rolle spielt, eine sehr große Unterstützung, obwohl sie offiziell die Existenz der Janjaweed leugnet. Von dieser Position weicht sie bis heute nicht ab, so erklärt sie mehrmals die Reitermilitzen weder zu unterstützen oder mit ihr zusammenzuarbeiten. Der Sprecher der sudanesischen Botschaft in Deutschland, Yonas bol Demanial, sagt dazu:

"Die Menschenrechtsverletzungen werden von Gesetzlosen begangen, nicht von der Regierung. Die Gruppen werden nicht durch die Regierung unterstützt. Wir sind darum bemüht, den Frieden in unserem Land wieder herzustellen. Außerdem [ist] der Sudan bereit, mit dem Internationalen Strafgerichtshof zusammenzuarbeiten - allerdings unter der Bedingung, dass die Verhandlungen innerhalb des Landes und nicht in Den Haag geführt würden. Die Erzählungen der Flüchtlinge [sind] Propaganda, um der Regierung zu schaden (...) Wahr [sind] die Schilderungen und die Ausführungen der Hilfsorganisationen nicht. Die Medien [haben] in der Vergangenheit immer wieder dazu beigetragen, dem Ansehen des Landes zu schaden."<sup>450</sup>

---

<sup>448</sup>Vgl. Köndgen, Tragödie in Darfur. S.4 f.

<sup>449</sup> Vgl. Köndgen. Tragödie. S.8 .

<sup>450</sup> Hans, Barbara: Der Tag, als man Ismael ins Feuer warf . In:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,498961,00.html> 10.08.2007 (=Hans, Feuer)

Human Rights Watch zeigt jedoch anhand von mehreren Beweisen, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen Regierung und Janjaweed stattfindet und damit an der Mitverantwortung der sudanesischen Regierung für die zahlreichen in Darfur begangenen Kriegsverbrechen.

Mit Hilfe einer Befragung von Flüchtlingen soll im Folgenden untersucht werden, ob von Seiten der sudanesischen Regierung Menschenrechtsverletzungen stattgefunden haben. Weiterhin verdeutlichen die Aussagen der Befragten, dass die sudanesische Armee mit den Janjaweed zusammengearbeitet hat.

#### **14. Analyse der Interviews in tschadischen Flüchtlingslagern**

Der südafrikanische Richter Sachs bemerkt zur Wahrheitskommission in seinem Land folgendes:

„Richter weinen nicht, aber Erzbischof Tutu weinte. Das war kein Gerichtshof, wenn man darunter eine kalte Institution versteht, die nach einem formalen Verfahren zu Urteilen kommt. Vielmehr war es ein sehr menschliches Gremium, das zusammentrat, um in einem würdigen Rahmen das Zeugnis von Menschen anzuhören, die Schlimmes durchgemacht hatten. In einem Gerichtssaal steht keiner dem Zeugen bei, keiner legt ihm die Hand auf die Schulter, reicht ihm ein Glas Wasser oder ein Taschentuch, wenn ihm die Tränen kommen. Bei der TRC [Truth and Reconciliation Commission, d. Verf.] sass immer jemand neben den Zeugen und half ihnen, wenn es schwer für sie wurde.“<sup>451</sup>

Das Zitat verdeutlicht, wie schwierig es manchmal ist, die Wahrheit von schlimmen Ereignissen, bei denen Menschen ein unglaubliches Leid widerfährt, zu dokumentieren. Und trotzdem ist es von großer Bedeutung für die Aufarbeitung und Aufklärung der Gräueltaten. Auch bei meiner Mission von der Gesellschaft für bedrohte Völker, in tschadischen Flüchtlingslagern die Menschen-

---

<sup>451</sup>Schilling, Sandrine: Gegen das Vergessen. Justiz, Wahrheitsfindung und Versöhnung nach dem Genozid in Rawanda durch Mechanismen transnationaler Justiz Gacaca Gerichte. Bern 2005.S.183. (= Schilling,Gegen das Vergessen)

rechtsverletzungen zu sammeln wurde ich mich der Realität konfrontiert, dass die eigene Regierung gegen ihre Bevölkerung grausam vorgeht und das geschilderte Leid sehr betroffen machte und trotzdem war es meine Aufgabe, sachlich die Fakten zu dokumentieren.

Angesichts der alarmierenden Zunahme der Flüchtlingszahlen im Sommer 2004 hat die Gesellschaft für Bedrohte Völker im August eine dreiköpfige Untersuchungskommission, die sich aus Frank Witte, Patrick Kofler und mir zusammensetzte, in den Tschad entsandt, um durch Befragungen einer möglichst repräsentativen Anzahl von Flüchtlingen, den Umfang der Menschenrechtsverletzungen in Darfur festzustellen. Die Flüchtlinge wurden nach eigenen Erlebnissen befragt, nach den Hintergründen und dem Verlauf ihrer Flucht, und sie wurden gebeten, das Schicksal ihrer Verwandten und ihrer unmittelbaren Familie zu schildern. Auch wurden sie aufgefordert, soweit bekannt, Namen der Täter zu benennen. Außerdem hat die Kommission die Versorgungs- und Sicherheitssituation in den Flüchtlingslagern des Tschad untersucht.“ Unser Auftrag war es, in den Flüchtlingslagern Zeugenbefragungen durchzuführen. Informationen galten der Art und den Zahlen der Überfälle, den Orten, den Luftbombardierungen, den Reitermilizen, den vergifteten Dorfbrunnen, den Tötungen und Vergewaltigungen, der Abschachtung des Viehs. Wir befragten über 500 Zeugen. Die meisten Flüchtlinge kannten die Täter mit ihren vollständigen Namen, sie waren teils alte Bekannte.<sup>452</sup>

Es wurden Flüchtlinge in fünf verschiedenen Lagern im Tschad befragt Die Flüchtlinge stammen aus 140 verschiedenen Dörfern und Städten in drei Bundesstaaten Darfurs.

Die Aussagen von Vertriebenen und anderen Bewohnern Darfurs bestätigen die Rolle der Regierung bei der Unterstützung der Milizen und der Verwicklung von Regierungsstreitkräften bei vielen Angriffen.

---

<sup>452</sup> Vgl. Kofler Patrick: Gute Geschäfte. In: In: Zülch, Tilman/Gesellschaft für bedrohte Völker (Hrsg.): Bedrohte Völker. Völkermord in Darfur. Verbrannte Erde. Nr. 228 Heft 6/2004. Göttingen 2004. S. 34.

## 14.1 Zeugenberichte: Janjaweed werden bei Überfällen unterstützt

95,5% der Befragten gaben an, Überfälle auf ihre Dörfer, an denen sowohl Janjaweed als auch Soldaten der sudanesischen Armee beteiligt waren, beobachtet zu haben. Fast alle Interviewten erklärten, dass an den Übergriffen auch Soldaten in Militäruniformen mitgewirkt haben. Darüber hinaus erfolgten vor vielen Plünderungen und Brandschatzungen Luftangriffe der sudanesischen Armee mit dem Ziel, die Zivilbevölkerung zu verängstigen und zu bedrohen. Das bestätigt auch Prunier in seinem Buch:

„Zuerst kamen Flugzeuge, überflogen ein Dorf, um das Ziel ausfindig zu machen, und kehrten dann zurück, um ihre Bomben abzuwerfen. Die Luftangriffe wurden mit russischen viermotorigen Antonow-An-12-Maschinen geflogen, die eigentlich keine Bomber, sondern Transportmaschinen sind. Sie haben weder einen Bombenschacht noch eine Zielvorrichtung, und die „Bomben“ waren alte, mit einer Mischladung aus Explosivstoff und Metallschrott gefüllte Ölfässer...Die als Terrorwaffen ausschließlich gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wurden“<sup>453</sup>

83,4% der Befragten berichten, dass Flugzeuge<sup>454</sup> bei den Überfällen auf ihre Dörfer beteiligt waren. Dazu äußert die 41 Jahre alte Mariam Abaker Adam folgendes:

„ Am 3.Nov. um 24 Uhr Nachts griffen die Janjaweed und Soldaten das Dorf Koko Manda an. Bereits am Abend zuvor hatten Flug-

---

<sup>453</sup> Prunier, Genozid. S.132.

<sup>454</sup> ." Ich habe ihnen gerade die Köpfe weg geblasen", hört Mara Tepe am 29. Januar die Stimme des Piloten eines sudanesischen Antonow-Flugzeuges über einen Kurzwellensender. Seit dem frühen Morgen kreist seine Maschine im einlullenden Singsang über der sudanesisch-tschadischen Grenzstadt Tiné. Gerade hat er elf Bomben abgeworfen, von denen acht auf dem Gebiet des Tschad detoniert sind. "Allah ist mit den Gerechten! Wenn es sein Wille ist, töten wir sie alle", bellt der Pilot ins Mikrofon. Aber dann sieht er unter sich zwei Fahrzeuge der Vereinten Nationen und fragt die Kommandozentrale: "Was sind das für weiße Autos? Sollen wir die abschießen oder nicht?" Die UN-Helfer hören in ihren Jeeps ebenfalls mit und gehen in Deckung. "Das ist nicht mehr mein Tiné, wie ich es kannte." Als die Ethnologin Mara Tepe erstmals seit Ausbruch der Kämpfe vor einem Jahr wieder durch die Stadt geht, sieht sie überall stinkende, aufgebrochene Kadaver von Ziegen, Eseln und Schafen. Daneben haben Flüchtlinge ihre Zelte aufgeschlagen“ Schneider, Dirk: Milizen und muslimische Soldaten des Regimes in Khartum vertreiben Hunderttausende. Aus:Schneider, Dirk:„Die verbrannte Erde der Fur“ EXODUS IM WESTSUDAN. Berittene Milizen und muslimische Soldaten des Regimes in Khartum vertreiben Hunderttausend. Politik: Freitag. Debatte:23. 28. Mai 2004 In:

<http://www.freitag.de/2004/23/04230801.php>

Freitag 23. 28. Mai 2004 unter <http://www.freitag.de/2004/23/04230801.php>

zeuge die Siedlung bombardiert und Häuser sowie Brunnen zerstört, erklärt die Mutter von fünf Kindern. Drei ihrer Söhne wurden bei den Angriffen getötet. Unterstützt von Soldaten der regulären Armee seien Janjaweed in das Dorf gestürmt und hätten mehr als 66 Menschen getötet erklärt Mariam. Besonders Männer seien erschossen worden.

Frauen wurden vergewaltigt, aber auch vor der Ermordung von Kindern hätten die Angreifer nicht zurückgeschreckt. Zwanzig Dorfbewohner seien von den Angreifern verschleppt worden. Nachdem ihre Häuser und Brunnen zerstört worden seien, seien alle überlebenden Einwohner aus Koko Manda geflohen. Auch sie habe dort nicht mehr leben können, weil der Brunnen in ihren Dorf vergiftet und bombardiert wurden, berichtet Mariam, nachdem ihre Ernte zerstört und ihre 4 Kamele, 50 Ziegen, 4 Esel, 3 Pferde und 50 Schafe von den Eindringlingen getötet wurden. Nur wenige Stunden nach dem Überfall verließ sie ihr Dorf und ging mit ihren überlebenden zwei Kindern zu Fuß in den Tschad, dieser Marsch dauerte 2 Wochen, auf der viele Nachbarn Mariams an Hunger und Krankheiten starben.<sup>455</sup>

Ein weiterer Augenzeuge Suliman Oury Hassen bestätigte die gemeinsame Angriffe von Janjaweed und sudanesischen Soldaten auf Dörfer. Hassen ist ein Farmer, und Besitzer einer recht großen Viehherde, er wohnte im Dorf Tina, bis zu dem Tag, an dem Flugzeuge über dem Dorf Bomben abwarfen, und später Milizionäre und Soldaten in den Ort eindrangen. „Grausam hätten die Angreifer in der Siedlung gewütet. Mädchen und Frauen vergewaltigt, berichtet der Vater von neun Kindern.“ Mehr als 300 Kinder und 200 Frauen wurden ermordet.

Herr Hassen verlor bei den Bombardements und dem anschließenden Überfällen durch die Angreifer seinen gesamten Besitz von 10 Kamele, mehr als 475 Schafe, sowie 8 Esel, 300 Ziegen und 4 Pferde, die Ernte war vernichtet. Nach den schrecklichen Erlebnissen sahen die Dorfbewohner für sich keine Überlebenschancen mehr in dem Dorf, da die Angreifer auch noch die Brunnen vergif-

---

<sup>455</sup> Die Aussage haben wir (Ahmed Andussa, Frank Wittich, Patrick Knopfler) auf Video aufgenommen, das Dokument kann man von der Gesellschaft für bedrohte Völker bestellt werden.

tet hatten. Sie verließen gemeinsam das Dorf. Er ist dann zu Fuß mit seiner Familie in den Tschad geflohen.

Auch die Rebellenbewegungen scheinen Dörfer anzugreifen. So berichten 1,2% der Interviewten, dass sie von den Rebellenbewegungen Justice and Equality Movement (JEM) oder Sudan Liberation Army (SLA) überfallen worden sind. Dies bestätigt den Eindruck vieler internationaler Helfer, die über Menschenrechtsverletzungen der SLA und JEM berichten. Allerdings lassen sie sich zahlenmäßig als auch von ihrem Umfang her in keinem Verhältnis zu den von den Janjaweed und der sudanesischen Armee zu verantwortenden Übergriffen vergleichen. Vor allem werden den Rebellen Angriffe auf Hilfstransporte, sudanesishe Helfer und Journalisten zur Last gelegt.

#### **14.2 Vergewaltigung als Waffe, um die marginalisierten gesellschaftliche Gruppen zu zerstören**

59,8% aller Befragten berichten, dass sie mit eigenen Augen eine Vergewaltigung beobachtet haben. 93,3% gaben an von Vergewaltigungen aus dem Kreis der Nachbarn und Freunde gehört zu haben. Manche sagten aus, dass Frauen entführt worden seien, um als Sexsklaven mißbraucht zu werden, oder wurden mit Brandmarken gekennzeichnet.

"The women unequivocally stated their great fear of living in this location (Kailek) due to the daily and nightly harassment and sexual abuse of the Janjawid in town. They expressed how they feel 'imprisoned' and how the women and girls have been raped and sexually abused when leaving the IDP setting, while the men are being harassed and frequently beaten by the security forces. When asked, the women identified several of the rapists and abusers among the present group of armed elements. They explained how the perpetrators use to come to the setting during the



night to abduct girls, bringing them to the nearby wadi where they would be raped."<sup>456</sup>

The UN Declaration on the Elimination of Violence against Women states in Article 1:

"the term 'violence against women' means any act of gender-based violence that results in, or is likely to result in, physical, sexual or psychological harm or suffering to women, including threats of such acts, coercion or arbitrary deprivation of liberty, whether occurring in public or in private life."

It states in Article 2:

"Violence against women shall be understood to encompass, but not be limited to, the following:

- a)** Physical, sexual and psychological violence occurring in the family, including battering, sexual abuse of female children in the household, dowry-related violence, marital rape, female genital mutilation and other traditional practices harmful to women, non-spousal violence and violence related to exploitation;
- (b)** Physical, sexual and psychological violence occurring within the general community, including rape, sexual abuse, sexual harassment and intimidation at work, in educational institutions and elsewhere, trafficking in women and forced prostitution;
- (c)** Physical, sexual and psychological violence perpetrated or condoned by the State, wherever it occurs."<sup>457</sup>

"When we tried to escape they shot more children. They raped women; I saw many cases of Janjawid raping women and girls. They are happy

---

<sup>456</sup> Violence against women in Darfur Refugees fleeing Darfur ©AI/Philip Cox Ki-Index: AFR54/076/2004, 19 Juli 2004, Sudan Darfur: Raub als Waffe des Krieges: sexuelle Gewalttätigkeit und seine Konsequenzen.

<sup>457</sup> United Nations Declaration on the Elimination of Violence against Women General Assembly resolution 48/104 of 20 December 1993 unter [http://www.unhchr.ch/huridocda/huridoca.nsf/\(Symbol\)/A.RES.48.104.En](http://www.unhchr.ch/huridocda/huridoca.nsf/(Symbol)/A.RES.48.104.En)

when they rape. They sing when they rape and they tell that we are just slaves and that they can do with us how they wish."<sup>458</sup>

"Women will not tell you easily if they have been raped. In our culture, it is a shame. Women hide this in their hearts so that men don't hear about it."<sup>459</sup>

"Some women were raped. We heard about this. But only those who are not married can talk about it. We believe that nobody can become pregnant when raped, because this is unwanted sex and you cannot have a child from unwanted sex. For those who are in the camps in Darfur, those whom they rape day and night, they might become pregnant. Then only Allah can help the child to look like the mother. If an Arab child is born, this cannot be accepted"<sup>460</sup>

Die 25 Jahre alte Jamila Mohamed, eine Bäuerin, aus dem Dorf Konkang wurde von ihren Peinigern bei einem Angriff vergewaltigt. Auch hier waren Janjaweed mit Unterstützung der sudanesischen Armee beteiligt, sie überfielen den Ort und zerstörten Brunnen und brannten Häuser nieder. Ihr gelang zu Fuß die Flucht aus dem Dorf, sie verlor ihre Tiere, die von den Angreifern niedergemetzelt worden waren. Dazu zählten 40 abgeschlachtete Kamele, 51 Ziegen, 4 Pferde, 6 Esel und 25 Schafe. Nach 10 Tagen gelang es ihr mit dem Auto in das Nachbarland zu entkommen.

Traurig erscheint auch das Schicksal der Frau Ashta Abdella Tom, der 70jährigen Bäuerin aus Killzgama. Sie musste mit ansehen, wie ihrer Tochter vergewaltigt wurde. Sie verlor ihren Sohn bei dem Angriff von Milizionären und Soldaten. Zwei ihrer Verwandten wurden verschleppt, zweiundvierzig Menschen wurden durch die Eindringlinge erschossen. Wieder, wie so oft griffen zuerst Flugzeuge an, bevor um vier Uhr morgens die Bewaffneten in das Dorf

---

<sup>458</sup> Violence against women in Darfur Refugees fleeing Darfur [©AI/Philip Cox Ki-Index: AFR54/076/2004, 19 Juli 2004](#)

<sup>459</sup> Violence against women in Darfur Refugees fleeing Darfur [©AI/Philip Cox Ki-Index: AFR54/076/2004, 19 Juli 2004](#)

<sup>460</sup> Violence against women in Darfur Refugees fleeing Darfur [©AI/Philip Cox Ki-Index: AFR54/076/2004, 19 Juli 2004](#), Sudan Darfur: Raub als Waffe des Krieges: sexuelle Gewalttätigkeit und seine Konsequenzen.

eindringen. Sie verwüsteten systematisch alle Häuser, Brunnen, Viehherden und Ernten. Auch Halima Hamit verlor durch diese Abschichtung der Angreifer ihre 17 Scharfe, 7 Ziegen, 5 Pferd und 3 Kamele, ihr gesamtes Eigentum. Ihr blieb nur die Flucht ins Nachbarland Tschad, das sie zu Fuß erreichte, sie brauchte dazu 15 Tage.

Herr Ibrahim Idriss Adam beobachtete wie Verwandte vergewaltigt wurden. Der 30 Jahre alte Vater von vier Kindern wurde Zeuge von Massenerschießungen in dem Ort Tabal. Auch hier wurden alle 350 Dorfbewohner brutal von ihren Angreifern vertrieben. Auch bei diesem Angriff wurden die Janjaweed von regulären Soldaten der sudanesischen Armee unterstützt, berichtet Ibrahim.

Im Gegensatz zu Ruanda, bei dem während des Völkermordes 1992 die Mehrzahl der Vergewaltigten von ihren Peinigern getötet wurden, überleben in Darfur rund 93% die Gewaltverbrechen. Viele der Opfer flehten ihre Verwalter nach der Tat an, sie zu töten. Denn Ihnen war bewusst, dass ihr Leben nach den Verbrechen nicht mehr so sein würde wie es war. Denn durch die Vergewaltigung sind die Frauen und Mädchen nicht nur körperlich und psychisch verletzt, sondern für ihr ganzes Leben gekennzeichnet. In der muslimischen Gesellschaft im Westen des Sudans werden vergewaltigte Frauen als „unrein“ angesehen. Sie gelten als unwürdig, zu heiraten.

In den letzten 19 Monaten bis jetzt wurden tausende muslimische Frauen bei Überfällen der Janjaweed und Armee, sowie beim Feuerholz holen außerhalb der Flüchtlingslager gezielt vergewaltigt. Viele Vergewaltigungsopfer erzählen aus Angst vor dem Tabu des Sexualverbrechens nichts über ihr Schicksal und halten die Identität der Täter geheim.

Die Janjaweed und sudanesischen Soldaten üben regelmäßig Gewalt gegen die unbewaffnete Zivilbevölkerung aus. 66,8% der Interviewten gaben an, bei den Überfällen geschlagen worden zu sein.<sup>461</sup>

"They started to plant and then to harvest our land and they told us, we can come back, but not where we are from, but where they

---

<sup>461</sup> Vgl. Delius, Ullrich: Völkermord in Darfur, sudanesischen Flüchtlinge berichten über schwerste Menschenrechtsverletzungen. Menschenrechtsreport Nr.37, Hrsg. Von der Gesellschaft für bedrohte Völker. Dezember 2004. S.5-15.(= Delius, Völkermord).

will tell us to stay. They have all the cattle of the whole of Darfur now, they have all of our fertile Masalit land, they will not leave."<sup>462</sup>

Mohamed Mossa Mohamed, ein 40 Jahre alter Bauer aus dem Ort Codome, wurde vor den Augen seiner 10 Kinder von Milizionären und Soldaten „brutal“ zusammengeschlagen. Mohamed beobachtete auch, wie Nachbarsfrauen vergewaltigt worden sind. Er verlor sein Hab und Gut, seine Viehherden und sein Haus wurden zerstört.

Ebenfalls wurde Mustafa Abdalla, ein 37 Jahre alter Vater von drei Kindern aus Koka, von mehreren Angreifern niedergeschlagen. Davor hatte er miterleben müssen, wie mehrere Frauen vergewaltigt und drei Verwandte entführt worden sind. Das Dorf hatte fünfzig Opfer zu beklagen, die von Milizionären und Soldaten erschossen worden waren.

"The population of more than 30 villages escaped to Garsila and there we were held in IDP camps. In Garsila it is like this: the army barracks are outside the town. Inside the town there is a big camp for the Janjawid, there is the National Security and the Police and then there are more than 21,000 IDPs. The government prevents them from coming to Chad. They want to leave this place in Garsila. The government people said: "There is peace now. There is a delegation coming and we want you to go back to your villages, there is no danger now you have to go back". The Janjawid prevent people from leaving Garsila, it is surrounded by Janjawid. They killed more than 60 people who tried to escape, you can see the bodies, they did not allow us to bury the dead, the bodies are still there around Garsila"<sup>463</sup>

Dergleichen musste auch Ibrahim Hissen Nur, ein 50 Jahre alter Bauer er-leiden. Er musste hilflos zusehen, wie siebenundzwanzig Männer und eine Frauen von den Angreifern erschossen wurden und zahlreiche Mädchen und Frauen missbraucht wurden. Soldaten und Janjaweed schlugen ihn schließlich

---

<sup>462</sup> Refugee from Kenyu in Goz Amer camp, interviewed by Amnesty International in May 2004  
Sudan Darfur: Raub als Waffe des Krieges: sexuelle Gewalttätigkeit und seine Konsequenzen

<sup>463</sup> Violence against women in Darfur Refugees fleeing Darfur ©AI/Philip Cox Ki-Index:  
[AFR54/076/2004, 19 Juli 2004](#)

nieder. Nachdem die Angreifer mehrere Stunden später das Dorf verließen, floh er in den Tschad.

Ähnliches berichtet der 55 alte Hissen Yuosif Fashir aus Tina. Er wurde von Milizionären immer wieder geschlagen. Mehr als 18000 Menschen starben durch die Janjaweed und Soldaten. Zahlreichen Frauen sei Gewalt angetan worden. Fünf wurden von den Angreifern entführt. Fünf Tagen dauerte seine Flucht mit seinen Kindern in den Tschad.

"I was looking after the goats when I was arrested by the Janjawid in November 2003. Eight other children who were not from my village were also arrested, they are still with them, and myself I was able to escape. They took me to a camp in Abu Jidad where there were also army soldiers. They asked me where the goats were and beat me if I wasn't answering. They tied up my sexual organ with a rope and pulled from both sides each time they were asking me questions, they beat me several times a day. When I told them where the goats were, they stopped beating me. The other children received the same treatment from the Janjawid and the soldiers."<sup>464</sup>

### **14.3 Strategie bzw. ein Ziel der sudanesischen Regierung - Vertreibung der Zivilbevölkerung aus Darfur**

Mit den Überfällen soll die Zivilbevölkerung nicht nur eingeschüchtert, sondern dauerhaft vertrieben werden. So sagten 92,5% der Befragten aus, dass ihre Brunnen von den Angreifern vergiftet worden seien. Für das Überleben in den meist kargen Regionen Darfurs ist frisches Trinkwasser für die Menschen unumgänglich. Dass es den Angreifern vornehmlich darum ging, die Zivilisten zum Verlassen ihrer Heimat zu zwingen, wird auch daran deutlich, dass die Ernten zumeist zerstört wurden. Dazu berichten 95,1% aller Interviewten, dass ihre Ernten gezielt vernichtet worden seien.

"The Janjawid said: we took many things but nobody can ask us to get things back. If they want their things back, they will be

---

<sup>464</sup> Violence against women in Darfur Refugees fleeing Darfur ©AI/Philip Cox Ki-Index: AFR54/076/2004, 19 Juli 2004 Sudan Darfur: Raub als Waffe des Krieges: sexuelle Gewalttätigkeit und seine Konsequenzen.

killed. In August 2003 the Janjawid came at night and took things from people. They faced us with the gun and when you try to escape they shoot at you. They rounded up ten of us and nobody could come to help us. One Abdi tried to help us and they shot him in his arm. In the morning the Janjawid came back to see how many were dead. We sent people to go to the soldiers to report the attack. In the camp of the government army they told us that they have no responsibility. There was one of us who went back to Andrabru to talk to the Janjawid there, he knew one of them. There they told him, "If you want to bring people back here, you can bring them, but new people. We are in control now and we tell you which people can settle where."<sup>465</sup>

Abdulah Uory Hassen, ein 35 Jahre alte Bauer aus Tina betont, dass die Eindringlinge scheinbar nicht an seinen Tieren interessiert waren, sondern es ihnen anscheinend nur daran gelegen sei, seine 3 Kamele, 2 Pfrede, 3 Esel, 170 Ziegen und 250 Schafe zu vernichten. Damit war nicht nur sein gesamtes Eigentum zerstört, auch durch die Vergiftung seines Brunnens war er gezwungen, sein Land zu verlassen.

Der 30 Jahre alte Händler Zakaria Ismail Rahma aus Tina musste hilflos mitansehen, wie 347 Männer und 850 Frauen, bei einer Massenhinrichtung erschossen worden, nachdem die Janjaweed und Milizen sein Dorf besetzt hatten. Bei dem Angriff verlor er seine Eltern und zwei seiner fünf Kinder.

Ebenso verlor Ahmed Khatir bei einem Überfall drei seiner Kinder sowie seine Mutter, diese waren von Janjaweed Vertriebene worden. Darüber hinaus verbrannten die Soldaten und Milizionäre sein Haus, vernichteten seine Ernte und sein Vieh. Die Angreifer forderten ihn auf, unverzüglich den Ort zu verlassen und nicht mehr wieder zu kommen.

Vielfach geben die Angreifer sich nicht mit der Zerstörung der Nahrungsmittelvorräte und der Vergiftung der Brunnen zufrieden. 94,5% der Befragten berich-

---

<sup>465</sup> Violence against women in Darfur Refugees fleeing Darfur ©AI/Philip Cox Ki-Index: AFR54/076/2004, 19 Juli 2004

ten, dass ihr Haus niedergebrannt worden ist, dass Ihr Vieh entweder abgeschlachtet oder von den Angreifern mitgenommen wurde.

Dabei verlor Ibrahim Jumma Ali seine über Jahre aufgebaute Existenz. Der 35 Jahre alte Bauer aus Jabal war stolz auf seine 4 Kamele, seine 65 Ziegen, seine 2 Pferde, seine 3 Esel<sup>466</sup> und 7 Schafe, um später seine Auskommen zu sichern.

Ebenso tragisch ist die Situation von Idriss Adam, ein 30 Jahre alte Bauer aus Tabal, er verlor bei einem Überfall der Janjaweed und Soldaten sein gesamtes Hab und Gut. Nach dem er seine 3 Kamele, 46 Ziegen, sein Pferd, seine 3 Esel und 56 Schafe verloren hatte, konnte er nur noch aus seiner Heimat fliehen, um das Leben seiner sechsköpfigen Familie zu retten.

Der 67 Jahre alte Bashir Ismail Zaid aus Tontobay berichtet über den Verlust von sieben Verwandten, die von Milizionären und Soldaten verschleppt wurden: Hassen Issa Mohamed Tabeh Bahan, Hasim Tobir, Ahmed Abakan Osman, Salihi Bashir Ismail, Hassen Isahaq Abakar, Daud Abahan Ahmed. Zuvor hatten die Angreifer 63 Menschen – unter ihnen 13 Kinder – in dem Dorf erschossen. Später sprengten sie noch alle Brunnen und steckten die meisten Häuser in Brand. Dabei wurde auch das Haus von Bashir niedergerissen.

Tragisch ist das Schicksal des 20 Jahre alte Händlers Ahmed Ebrahim Ali aus Anjmy. Er weiß nicht, was aus seinen von den Janjaweed verschleppten Verwandten geworden ist. Bei dem Überfall wurden 35 Menschen erschossen.

#### **14.4 Flüchtlinge sterben auf dem Weg nach Tschad**

90,9% der Befragten äußern, das sie während ihrer Flucht, andere Menschen sterben gesehen haben, als häufigste Todesursachen nennen sie Hunger, Durst und Massaker. Die meisten Flüchtlinge fanden in Lagern innerhalb des Sudan Aufnahme.

"In May 2003, they dropped bombs from Antonovs on our cattle

---

<sup>466</sup> „Das Töten von Eseln diente einem doppelten Zweck: Sie waren das einzige Transportmittel der Dorfbewohner. Man wollte verhindern, dass die Menschen, die das Massaker überlebten sich in Sicherheit brachten. Mit den Eselkadaver konnte man außerdem den Brunnen vergiften“. Prunier, Genozid. S.133.

and on our huts. We were hiding near the village and were going back to the village at night to sleep there until June/July. Then they attacked the village. It was in the morning, I was preparing breakfast when I saw them coming. They started shooting. They came with horses and cars and they were all in uniforms. They killed my husband Musa Harun Arba, I ran and left the village. I took my three children and two children of my neighbour and we ran to Hara, the village in the valley. Then we went to Abu Liha where we stayed for two days and from there to Bamina. The Janjawid found us on the way. Antonovs bombarded us and killed three people. We were many on the run and some people were caught by Janjawid. Nine girls and two boys were taken by Janjawid. They took one of my uncles with his son, Khidder Ibrahim. We do not know what happened to these people."<sup>467</sup>

Der 50 Jahre alte Händler Arbab Yahiya, der mit seiner Frau und seinen zwei Kindern zu Fuß und später mit dem Auto flüchtete, sah während der sieben Tage seiner Flucht viele Menschen, die aufgrund von Hunger, Durst, Erschöpfung und Krankheiten sterben.

Die meisten Flüchtlinge brauchen viel Zeit, um die rettende Camps in Darfur oder im Tschad zu erreichen. Ein trauriges Beispiel ist der 50 Jahre alte Bauer Amer Idriss aus Tina, der 9 Woche brauchte um ein Lager zu erreichen, nachdem in seinem Dorf ein Verwandter verschleppt und 470 Männer und 170 Frauen von Janjaweed und Soldaten erschossen worden sind, auch sah er viele Flüchtlinge quallvoll sterben.

#### **14.5 Zivilisten als Opfer der Kämpfe**

Es gibt kaum eine Familie in Darfur, die keine Todesfälle oder schwerste Menschenrechtsverletzungen zu beklagen hat. 97,3% der Befragten erzählten, dass sie Augenzeugen von Erschießungen gewesen sind. Ein nicht unerheblicher Teil der Flüchtlinge, nämlich 70,4% erklärten, dass ein Verwandter sei bei den Übergriffen entführt worden. Durchweg haben die Flüchtlinge seither keinen Kontakt mehr zu ihren entführten Angehörigen. hat die sudanische Regierung

---

<sup>467</sup> Violence against women in Darfur Refugees fleeing [Darfur](#) ©AI/Philip Cox Kid-Index: AFR54/076/2004, 19 July 2004



eine Politik der Unterdrückung verwendet, um die Probleme Darfur zu beschäftigen.

"The attack took place at 8am on 29 February 2004 when soldiers arrived by car, camels and horses. The Janjawid were inside the houses and the soldiers outside. Some 15 women and girls who had not fled quickly enough were raped in different huts in the village. The Janjawid broke the limbs (arms or legs) of some women and girls to prevent them from escaping. The Janjawid remained in the village for six or seven days. After the rapes, the Janjawid looted the houses."<sup>468</sup>

"In February 2004, I abandoned my house because of the conflict. I met six Arabs in the bush, I wanted to take my spear to defend my family, they threatened me with a weapon and I had to stop. The six men raped my daughter, who is 25 years old, in front of me, my wife and the young children."<sup>469</sup>

Durch unser Untersuchung haben wir die massiven Verletzungen der menschlichen Rechte, die in der Region festgelegt. Das Zeugnis der sudanischen Flüchtling im Tschad bestätigten über Namen der Anführer und die Verantwortlichen. Sie sind: Omer al-Bashir, Ali Osman Taha, Mustafa Ismail, Nafi Ali Nafi, Yuosif Kibir, Abdulah Safi Nur, Musa Hilal, Haraka Assed, Sagu Dalu, Sagar Alah, Sif Yuosif, Hamid Dauia, Ahmed Dowin, und wie auch Regierung Militär so wie Janjaweed.

---

<sup>468</sup> Violence against women in Darfur Refugees fleeing Darfur ©AI/Philip Cox Kid-Index: [AFR54/076/2004, 19 Juli 2004](#)

<sup>469</sup> Violence against women in Darfur Refugees fleeing Darfur ©AI/Philip Cox Ki-Index: [AFR54/076/2004, 19 Juli 2004](#)

Bilder von den Flüchtlingslagern im Tschad<sup>470</sup>:

**Abb. 7:** Kinder im Flüchtlingslager Tine



**Abb. 8:** Ein Mädchen und ein Junge vor den Unterkünften in Tine.



<sup>470</sup> Meerpohl, Meike: Photographien von Flüchtlingslagern im Tschad. 2007.

**Abb.9:** Kinder in der Schule, die von Hilfsorganisationen<sup>471</sup> eingerichtet wurde.



**Abb. 10 und Abb. 11 :** Frauen im Flüchtlingslager Tine. Frauen holen ihre tägliche Lebensmittelration ab.



<sup>471</sup> Die Schule wurde von der deutschen Darfur-Hilfe e.V. mit Spendengeldern unterstützt.

**Abb. 11:** Die Lebensmittelration reicht in der Regel gerade zum Überleben.



**Abb. 12:** Eine Frau trägt Wasser auf traditionelle Weise auf ihren Kopf. Wasser ist im Flüchtlingslager ebenfalls ein knappes Gut.



**Abb. 13:** Sandsturm im Flüchtlingslager  
Die Menschen sind dem Wetter oft schutzlos ausgesetzt. Provisorische Hütten bieten oft unzureichenden Schutz.



## 15. Die Rolle der UNO

Durch die vorhergehenden Kapitel ist deutlich geworden, dass massive Menschenrechtsverletzungen in Darfur stattgefunden haben, die das Eingreifen der internationalen Gemeinschaft erforderlich machte. Es zeigt, dass die Marginalisierungspolitik des sudanesischen Militärregimes Konsequenzen hat und nicht unbestraft bleibt.

In 2004 nach dem bereits massive Bombardierungen auf die Zivilbevölkerung erfolgt waren, Massenvertreibungen und –vergewaltigungen stattgefunden hatten, schaltete sich der UNO-Sicherheitsrat in das Geschehen ein.

## **15.1 internationale Untersuchungskommissionen**

Die internationale Untersuchungskommission<sup>472</sup> wurde durch den Sicherheitsrat eingesetzt um Verletzungen der internationalen Gesetze der Menschlichkeit und der Menschenrechte in Darfur zu untersuchen. Die besagte Kommission besuchte den Sudan, führte umfangreiche Untersuchungen in Darfur und anderen Teilen des Sudan durch, und fand zahlreiche Hinweise auf Menschenrechtsverletzungen in Darfur und empfahl, dass 51 der für die Verbrechen am meisten verantwortlichen Täter vor Gericht gestellt werden. Die Kommission übergab ihren Bericht dem Sicherheitsrat.

## **15.2 Resolution 1593 des Sicherheitsrats:**

Am 31. März 2005 übergab der Sicherheitsrat die UNSCR 1593 in Bezug auf die Situation in Darfur seit Juli 2003 dem Untersuchungsrichter des Internationalen Strafgerichtshofes. Der Sicherheitsrat stellte fest, dass die Situation im Sudan weiterhin eine Bedrohung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit darstellt. Daraufhin verabschiedete der Rat die Resolution nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen. Dies erklärt warum der Sicherheitsrat Artikel 16 der römischen Statuten des ICC widerrief, welcher die Untersuchung und Strafverfolgung für 12 Monate auf Bitten des Sicherheitsrates aussetzte, mit dem Ziel dem Sudan die Gelegenheit zu geben unter Wahrung der Sorgfalt und Transparenz alle Täter ohne Ansehen der Person oder des Amtes, vor Gericht zu bringen.

Die UNSCR 1593 fordert den Untersuchungsrichter des Internationalen Strafgerichtshofes auf, sich innerhalb von 3 Monaten nach dem Datum der Annahme und danach alle 6 Monate an den Sicherheitsrat zu wenden. Der Sicherheitsrat übersandte die Ergebnisse der Untersuchungskommission dem Untersuchungsrichter des Internationalen Strafgerichtshofes.<sup>473</sup>

---

<sup>472</sup> „Strafuntersuchungskommissionen dienen in erster Linie der Sammlung von Beweismaterial, das später im Rahmen von Strafprozessen verwendet werden kann. Gewöhnliche Untersuchungskommissionen dagegen tragen zur Wahrheitsfindung, in breiterem Sinn bei.“ Schilling, Gegen das Vergessen. S.157.

<sup>473</sup> Vgl. Sicherheitsrat Verteilung: Allgemein.31. März 2005

Vereinte Nationen S/RES/1593 (2005) Vorkopie des Deutschen Übersetzungsdienstes, Vereinte Nationen, New York. Der endgültige amtliche Wortlaut der Übersetzung erscheint im Offiziellen Protokoll der Generalversammlung bzw. des Sicherheitsrats. In: [http://www.einsatz.bundeswehr.de/C1256F200023713E/CurrentBaseLink/67372CB81B442592C1256FF100785AD3/\\$File/sr1593.pdf](http://www.einsatz.bundeswehr.de/C1256F200023713E/CurrentBaseLink/67372CB81B442592C1256FF100785AD3/$File/sr1593.pdf).

### **15.3 Bericht des Untersuchungsrichters**

Am 29. Juni 2005 übergab der Untersuchungsrichter dem Sicherheitsrat seinen ersten Bericht über die Darfurverbrecher, der folgende Punkte enthält:

- (1) Vor der Aufnahme von formellen Untersuchungen ist es die Pflicht des Untersuchungsrichters, relevante Informationen zu sammeln und sicherzustellen, ob eine berechtigte Forderung besteht, um Untersuchungen nach Artikel 53 der römischen Statuten zu beginnen.
- (2) Der Untersuchungsrichter initiierte einen umfangreichen Untersuchungsprozess, der von einer multidisziplinären Arbeitsgruppe gebildet wird, deren Mitglieder sich aus allen Abteilungen des Amtes des Untersuchungsrichters zusammensetzen.
- (3) Am 5. April 2005 erhielt das Amt des Untersuchungsrichters mehr als 2500 Beweisstücke, einschließlich Dokumentationen, Transkriptionen von Video-Interviews, die von der internationalen Untersuchungskommission in Darfur erstellt wurden, und holte einen versiegelten Umschlag vom UN Generalsekretär ab, in dem die Schlussfolgerungen der Kommission bezüglich der Verdächtigten, welche die Hauptverantwortung an den Verbrechen trugen, enthalten waren. Der Untersuchungsrichter versiegelte den Umschlag wieder, da er die Liste der Namen als nicht bindend erachtete. Das Amt des Untersuchungsrichters wird seine eigenen unabhängigen Untersuchungen im Rahmen der römischen Statuten durchführen.
- (4) Das Amt des Untersuchungsrichters sammelte, durch seine eigenen Untersuchungen, mehr als 3000 Dokumente von unterschiedlichen Quellen, kontaktierte mehr als 100 Gruppen und Personen und verhörte mehr als 50 Personen mit genauen Kenntnissen über Darfur im Hauptquartier des Internationalen Strafgerichtshofes.
- (5) Nach kritischer Bewertung und Analyse befand das Amt des Untersuchungsrichters, dass:
  - a- Es eine bedeutende Menge an glaubhaften Informationen gibt, die der Kommission schwere Verbrechen im Zuständigkeitsbereich des Internationalen Strafgerichtshofes enthüllen, darunter die Tötung von Tausenden von Zivilisten und die weiträumige Zerstö-

rung und Plünderung von Dörfern, die die Vertreibungen von annähernd 1.9 Millionen Zivilisten zur Folge hatten.

- b- Die Lebensbedingungen, die durch diese Gewalt entstanden, zum Tode von Zehntausenden führten durch Krankheiten und Verhungern, die besonders gefährdete Gruppen betrafen, wie Kinder, Kranke und Alte.
- c- Ein Muster von Vergewaltigungen und sexueller Gewalt Darfur durchzieht, einschließlich Vermutungen von Bandenvergewaltigungen sowie Angriffen auf Kinder und jungen Mädchen.
- d- Das Amt des Untersuchungsrichters sammelte auch Informationen über das Rechtssystem im Sudan und die Maßnahmen, die von der sudanesischen Regierung ergriffen wurden um die Verdächtigen vor Gericht zu bringen. Das Amt des Untersuchungsrichters entschied, dass es immer noch Fälle gibt, die sich auf die Situation in Darfur anwenden ließen.<sup>474</sup>

#### **15.4 Die römischen Statuten**

Ich werde mich kurz mit sechs Sachverhalten über die Anwendbarkeit und Durchführbarkeit der römischen Statuten auf die Situation in Darfur auseinandersetzen:

- (1) Ist der Sudan an die römischen Statuten gebunden?
- (2) Wenn nicht, ist der Sudan an UNSCR1593 gebunden?
- (3) Wie ist die Beziehung zwischen dem Internationalen Strafgerichtshof und den nationalen Gerichten im Sudan?
- (4) Für welche Verbrechen ist der internationale Strafgerichtshof zuständig?
- (5) Kann der Darfur-Sondergerichtshof, der vom Obersten Richter des Sudan eingerichtet wurde, den internationalen Strafgerichtshof ablösen?
- (6) Welche Auswirkungen hat das Vorgehen des internationalen Strafgerichtshofes auf die Stabilität des Sudans?

---

<sup>474</sup> Vgl. Sudan: Chronik wichtiger Ereignisse März/April 2005



## **15.5 Die Bildung des internationalen Strafgerichtshofes und die bindende Wirkung der römischen Statuten**

Die römischen Statuten, die den internationalen Strafgerichtshof einrichteten, wurden nicht aus dem Blauen heraus eingeführt. Es ist eine Schlussfolgerung aus mühevoller rechtlicher und politischer Arbeit, die nach dem 2. Weltkrieg ins Leben gerufen wurde. Die Gräueltaten, die während des Krieges verübt wurden, konnten weder durch nationale Gesetze noch durch nationale Rechtssysteme geahndet werden. Diese Gräueltaten entsetzten die Menschheit in solchem Ausmaß, dass niemand willens war, Bestrafung und Wiedergutmachung der Domäne einzelner Staaten zu übertragen. Aufgrund dieser schwerwiegenden Bedenken der internationalen Gemeinschaft wurden die Gerichtshöfe in Nürnberg und Tokio von den Siegermächten geschaffen, um Verbrecher gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrecher zu bestrafen.

„Schließlich gründete die UN 1951 eine Kommission, um die Möglichkeit zu untersuchen einen internationalen Strafgerichtshof einzurichten. 1953 folgte eine ähnliche Kommission. Trinidad schlug 1989 die Einrichtung eines internationalen Strafgerichtshofes vor, um Fälle wie Drogenhandel zu bearbeiten.

Die menschlichen Tragödien, die zwischen 1989 und 1992 im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda begangen wurden, führten zu der Einführung von internationalen Spezialgerichtshöfen um Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die Menschenrechte, Genozid und Kriegsverbrechen zu verhandeln.“<sup>475</sup>

1994 übergab die internationale Rechtskommission der UN einen Entwurf für die Bildung eines internationalen Strafgerichtshofes, basierend auf den Präzedenzfällen durch die Gerichtshöfe von Nürnberg und Tokio, den Empfehlungen der Kommissionen von 1951 und 1953, dem Gesetz zur Apartheid 1980 und den Gerichtshöfen von Jugoslawien und Ruanda. Nach notwendigen und umfangreichen Diskussionen wurde 1996 ein Vorbereitungskomitee eingerichtet, um einen Gesetzentwurf vorzubereiten, im Hinblick auf sorgfältige Überlegungen und Beiträgen aller UN-Mitgliedsstaaten.

---

<sup>475</sup> Schilling, Gegen das Vergessen. S.187.

1998 wurde ein abschließender Bericht übergeben, der zur Diskussion, Kritik und Ergänzungen aufrief.<sup>476</sup>

Einige Staaten glaubten, dass der internationale Strafgerichtshof die Souveränität der Staaten gefährden könnte, wenn er die Zuständigkeit der nationalen Gerichtshöfe ablösen und aufheben kann. Schließlich kam man zu einem Kompromiss. Der Internationale Strafgerichtshof sollte eine **ergänzende** Zuständigkeit erhalten im Einklang mit den Bestimmungen der Statuten. Folglich wurden die Statuten von Rom am 17. Juli 1998 formell ins Leben gerufen und die Mitgliedsstaaten stiegen in den Unterzeichnungsprozess ein.<sup>477</sup>

Es ist anzumerken dass der **Sudan die Statuten von Rom am 08.09.2000** unterzeichnete. Die Statuten traten am 1. Juli 2002 in Kraft, nachdem die erforderliche Anzahl an Mitgliedsstaaten unterzeichnet hatte.

Es ist wahr, dass der Sudan die römischen Statuten nicht durch seine Legislative ratifiziert hat. Das zerstört jedoch, aus internationaler Sicht, nicht die bindende Kraft der römischen Statuten für den Sudan. Gemäß Artikel 125 können die Statuten ratifiziert, angenommen werden oder es kann ihnen zugestimmt werden. Fehlender Widerspruch kommt einer Zustimmung gleich.

### **15.6 Die bindende Kraft der UNSCR 1593**

Angenommen der Sudan ist nicht an die römischen Statuten gebunden, der sie nicht ratifiziert hat, ist er dennoch an die UNSCR 1593 gebunden?

Es ist unbestritten, dass die Resolutionen des Sicherheitsrates für alle Mitgliedsstaaten bindend sind. Da der Sudan ein Mitgliedsstaat ist, ist er an die UNSCR 1593 gebunden, unabhängig davon, ob die römischen Statuten direkt anwendbar sind. In Bezug auf die Resolutionen des Sicherheitsrates sind die römischen Statuten anwendbar.

Die Anwendung des Weltrechtsprinzips

„Das Weltrechtsprinzip (Universalitätsprinzip) findet im Gegensatz zur internationalen Gerichtsbarkeit Anwendung vor nationalen

---

<sup>476</sup> Vgl. Schilling, Gegen des Vergessen. S. 145

<sup>477</sup> Vgl. Felder Andreas: Der Weg zum Römer Statut und dessen Inhalt In: [http://www.trialch.org/fileadmin/user\\_upload/documents/jusletter\\_andreas\\_felder.pdf](http://www.trialch.org/fileadmin/user_upload/documents/jusletter_andreas_felder.pdf). (= Felder, Römer Statut).

Gerichten. Es besagt, dass jeder Staat durch eigene Gerichte Verletzungen von international besonders schutzwürdigen Rechtsgütern ungeachtet des Begehungsortes sowie der Nationalität des Täters im Interesse der internationalen Staatengemeinschaft in zwingender Weise zu ahnden hat. Die betreffenden schutzwürdigen und unveräußerlichen Rechtsgüter beziehen sich im völkerrechtlichen *ius cogens* widerspiegeln. Dieses umfasst das Verbot des Völkermordes, der willkürlichen Tötung, der Folter der unmenschlichen Behandlung und der Sklaverei, das Verbot des Angriffskrieges sowie schließlich die Freiheit der Hohen See. Verletzungen dieser Prinzipien und Verbote werden allesamt als völkerrechtliche Verbrechen verstanden. So liegt hinter dem supranationalen Konzept der Verbrechen gegen die Menschlichkeit denn auch die Idee, dass diese Verbrechen die Menschlichkeit in ihrer Gesamtheit betreffen (*erga omnes* Doktrin) und deswegen durch alle Staaten geahndet werden müssen, indem diese ihre nationale Gesetzgebung dementsprechend ausgestalten. Gewährung von Amnestie ist in diesen Fällen ausgeschlossen“.<sup>478</sup>

Artikel 13 der römischen Statuten sieht vor, dass der Internationale Strafgerichtshof seine Zuständigkeit ausüben kann im Hinblick auf Verbrechen, die in Artikel 5 enthalten sind, in einer Situation, die dem Untersuchungsrichter vom Sicherheitsrat, der gemäß Kapitel VII der UN-Charta handelt, übergeben wurde. Der Sicherheitsrat handelte gemäß Kapitel VII der UN-Charta, als er die Resolution 1593 annahm, siehe Paragraf 6 der Resolution.

Es mag müßig sein, darüber zu debattieren, ob der internationale Strafgerichtshof dafür zuständig ist, die Verbrechen, die in Artikel 5 der römischen Statuten aufgeführt und in Darfur, Sudan begangen wurden, zu untersuchen und die Verantwortlichen möglicherweise vor Gericht zu stellen. Es ist aber bemerkenswert, dass die Strafgerichtshöfe von Nürnberg, Tokio und dem früheren Jugoslawien sowie Ruanda ihre Gültigkeit und Legitimität nicht durch die Zustimmung der betroffenen Staaten, sondern durch die Resolutionen des Sicherheitsrates erhielten<sup>479</sup>.

---

<sup>478</sup> Schilling, *Gegen das Vergessen*. S.178.

<sup>479</sup> Vgl. Felder, *Römer Statut*.

«Jede Vertragspartei ist zur Ermittlung der Personen verpflichtet, die der Begehung oder der Erteilung eines Befehles zur Begehung der einen oder anderen dieser schweren Verletzungen beschuldigt sind und hat sie ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit vor ihre eigenen Gerichte zu ziehen. Wenn sie es vorzieht, kann sie sie auch gemäß den ihrer eigenen Gesetzgebung vorgesehenen Bedingungen [sic] zur Aburteilung einer anderen an der Verfolgung interessierten Vertragspartei übergeben, sofern diese gegen die erwähnten Personen ausreichende Beschuldigungen nachgewiesen hat.»<sup>480</sup>

### **15.7 Verbrechen unter der Gerichtsbarkeit des internationalen Strafgerichtshofs**

Artikel 5 der römischen Statuten ist für Verbrechen vorgesehen, die unter die Gerichtsbarkeit des internationalen Strafgerichtshofs fallen. Sie sind die schwersten Verbrechen von internationaler Bedeutung. Diese Verbrechen sind insbesondere:

- a) Genozid (Völkermord)
- b) Verbrechen gegen die Menschlichkeit
- c) Kriegsverbrechen
- d) Verbrechen kriegerischer Aggression<sup>481</sup>

Diese Verbrechen sind genauer definiert in den Artikeln 6,7,und 8<sup>482</sup>

der Statuten. Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind ausführlich definiert in Artikel 7: Es schließt Handlungen, die als Teil eines ausgedehnten oder syste-

---

<sup>480</sup> Cottier, Michael: .Die «Umsetzung» des Römer Statuts hinsichtlich der Kriegsverbrechen Jusletter . 14. März 2005.S.2. In: [http://www.trial-ch.org/fileadmin/user\\_upload/documents/jusletter\\_michael\\_cottier.pdf](http://www.trial-ch.org/fileadmin/user_upload/documents/jusletter_michael_cottier.pdf)

<sup>481</sup> Vgl. Gesellschaft für bedrohte Völker Hrg: Zülch, Tilman: Völkermord in Darfur, Menschenrechtsreport Nr.34. Göttingen August 2004. S. 7.(= Zülch, Völkermord in Darfur)

<sup>482</sup> Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte Resolution 217. A (111) vom 10.12 1948.

Artikel 6: Jeder Mensch hat überall Anspruch auf Anerkennung als Rechtsperson.

Artikel 7: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Alle haben Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz gegen jede Diskriminierung (unterschiedliche Behandlung), welche die vorliegende Erklärung verletzen würde, und gegen jede Aufhetzung zu einer derartigen unterschiedlichen Behandlung.

Artikel 8: Jeder Mensch hat Anspruch auf einen wirksamen Rechtsbehelf (Rechtsschutz) bei den zuständigen innerstaatlichen Gerichten gegen Handlungen, durch die seine ihm nach der Verfassung oder nach dem Gesetz zustehenden Grundrechte verletzt werden.

Artikel 8 : Jeder hat Anspruch auf einen wirksamen Rechtsbehelf bei den zuständigen innerstaatlichen Gerichten gegen Handlungen, durch die seine ihm nach der Verfassung oder nach dem Gesetz zustehenden Grundrechte verletzt werden.“

matischen Angriffs gegen irgendeine zivile Bevölkerung im Bewusstsein dieses Angriffs begangen werden, ein. Diese Handlungen umfassen Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation oder gewaltsame Umsiedlung der Bevölkerung oder andere Formen schwerer Freiheitsberaubung die gegen fundamentale internationale Gesetze verstoßen: Folter, Vergewaltigung, sexuelle Versklavung, Zwangsprostitution oder jede andere Form von sexueller Gewalt vergleichbarer Schwere, Verfolgung identifizierbarer Gruppen oder Gemeinschaften auf Grund politischer, rassistischer, nationaler, ethnischer, kultureller, religiöser, geschlechtlicher oder anderer Gründe, die allgemein als nach internationalem Recht unzulässig gelten, wie gewaltsames Verschwinden von Personen, Verbrechen der Apartheid jede andere Art von „Handlungen“ von ähnlichem Charakter, die vorsätzlich große Schmerzen oder schwere Verletzungen physischer oder psychischer Art hervorruft.<sup>483</sup>

### **15.8 Die Auswirkungen der Vorgehensweise des internationalen Strafgerichtshofs auf die Stabilität des Sudan**

Die sudanesische Regierung hat sich lange Zeit dagegen gewehrt, Verdächtige an den internationalen Strafgerichtshof zu übergeben, da sie der Auffassung ist, dass dies eine Beeinträchtigung der sudanesischen Souveränität darstellt.

Wenn die Regierung es weiterhin ablehnt, sich dem internationalen Strafgerichtshof gemäß UNSCR 1593 zu beugen, kann dies zur Konfrontation mit der internationalen Gemeinschaft führen, mit allen nachteiligen Konsequenzen.

In mehreren UN-Resolutionen wurde die sudanesische Regierung aufgefordert, mit der UN zusammenzuarbeiten, um die humanitäre Hilfe zu verbessern, die Abrüstung der Janjaweed voranzutreiben und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufzuklären.

Da die Regierung diese Aufgaben nicht wahrnimmt, mußte sie schließlich zustimmen, dass UNO-Truppen nach Darfur entsandt werden, um Zivilisten zu schützen und für Sicherheit zu sorgen.

Im Falle einer Konfrontation mit der internationalen Gemeinschaft werden diese Kräfte im Sinne der UN agieren. Dies bedeutet eine reale Bedrohung für die Stabilität des Sudan.

---

<sup>483</sup> Vgl. Landeszentrale für politische Bildung(Hrsg.):Der Bürger im Staat, Menschenrechte. Nr. 55, Heft 1/2 2005.Baden-Württemberg 2005. S.62.

Bis jetzt ist die vollständige Liste der Verdächtigen mit Ausnahme zweier bereits genannter Personen nicht veröffentlicht wurden. Obwohl der Ankläger die Liste für nicht bindend erklärt hat, so ist sie sicherlich überzeugend. Die Liste der Verdächtigen könnte ranghohe Persönlichkeiten, möglicherweise von Verfassungsrang enthalten. Wenn dies der Fall ist, könnten die Aussichten auf eine Konfrontation sehr groß werden.

Sicherlich ist die Stabilität des Sudans durch die Einmischung der UN bedroht, jedoch für wen? Eine Gefahr ist es für das Regime in Khartoum. Für die marginalisierten Gruppen gilt dies nicht, sondern für sie ist es eine Chance, dass eine gerechtere Politik erfolgt, die ihre Rechte schützt.

Wenn Verbrecher nicht der Gerechtigkeit zugeführt werden, verschließt dies alle Wege zur Versöhnung und Wiedergutmachung. Jede Handlung, welche die ordnungsgemäße Anwendung des Gesetzes auf alle Arten des Machtmissbrauchs verhindert, dient eher der persönlichen Sicherheit, als dem Wohl der Öffentlichkeit. Wenn das persönliche Interesse sich hinter der Verteidigung der Staatssouveränität versteckt, kann das im Endergebnis die Souveränität des Staates zerstören.

Abschließend ist festzustellen, dass heutzutage die Marginalisierungspolitik von einzelnen Staaten gegen Teile der eigenen Bevölkerung nicht mehr in dem Maße möglich ist wie es früher der Fall war. Dies begründet sich auf der Existenz der UN, die als internationale Staatengemeinschaft eine kontrollierende Funktion in Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen weltweit besitzt und entsprechend auch Menschenrechtsverbrecher verurteilt. Als Beispiele können Ruanda, das ehemalige Jugoslawien, und Liberia genannt werden.

## 16. Friedensverhandlungen

Die Marginalisierungspolitik der sudanesischen Regierung spiegelt sich auch deutlich in der Art und Weise wider, wie sie Friedensverhandlungen führen. Im Folgenden werden kurz das Friedensabkommen zwischen Süd- und Nordsudan sowie die Friedensverhandlungen mit Darfur vorgestellt.

### 16.1 Der Frieden mit Südsudan als Vorgeschichte bzw. Vorlage zur Lösung des Konflikts in Darfur

Es gab bereits mehrere Friedensabkommen zwischen Nord- und Südsudan, die jedoch immer wieder gescheitert sind, unter anderem auch deshalb, weil die sudanesischen Regimes ihre Verhandlungspartner nicht ernst genommen haben. Die Ursachen dafür sind auch auf die Marginalisierungspolitik zurückzuführen. Solange kein internationaler Druck vorhanden war, konnte die sudanesische Regierung in dieser Hinsicht frei agieren.

Erst aufgrund veränderter politischer Rahmenbedingungen auf internationaler Ebene („Neue Weltordnung“) waren die Chancen für eine dauerhafte Befriedung des Sudans erheblich gestiegen, dies galt vor allem für den Konflikt mit Südsudan<sup>484</sup>. So setzten sich seit 1994 Vertreter afrikanischer Staaten im Rahmen der IGAD<sup>485</sup> (Intergovernmental Agency on Development) sowie internationale Vermittler (UNO, USA, EU) für eine Lösung des Konflikts ein. Im Juli 2002 wurde ein erster wichtiger Durchbruch erzielt, als Präsident al-Bashir sich bereit erklärte, die Südsudanesische Befreiungsarmee und -bewegung (SPLA/M) an der Regierung zu beteiligen.<sup>486</sup>

Eine Annäherung der beiden größten Konfliktparteien, stellte einen gewaltigen Fortschritt für die Lebensbedingungen für die Südsudanesen dar. Jedoch ges-

---

<sup>484</sup> Seit 1983 bekämpften sich die Regierung in Khartoum und die südsudanesische Befreiungsbewegung SPLA. Die Folge: zwei Millionen Tote und vier Millionen Vertriebene. Sudan: Ling Martin, Der Konflikt in Darfur hat viele Dimensionen, Zwangsarabisierung, Wasserknappheit und politischer Machtpoker, Neues Deutschland, 29. Mai 2004 (=Ling, Der Konflikt in Darfur) In: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/Welcome.html>

<sup>485</sup> (Intergovernmental Agency on Development) Mitglieder sind Sudan, Äthiopien, Eritera, Jibuti, Kenya, Somalia, Uganda.

<sup>486</sup> Vgl. Steinmetz, Christopher: Sudan: Bürgerkrieg Konflikte seit einem halben Jahrhundert, Grundinformationen über eins der ärmster Länder der Erde. 10.05.2004. In: [www.tagesschau.de.http://www.unikassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/grunddaten.html](http://www.tagesschau.de.http://www.unikassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/grunddaten.html) und (= Steinmetz, Sudan ).

talteten sich die Verhandlungen als schwierig, da die Wunden und das gegenseitige Misstrauen tief verwurzelt sind.<sup>487</sup>

Im Laufe von sieben Jahren Verhandlungen verständigten sich die Kontrahenten auf sechs verbindliche Teilabkommen, die dann mit dem Abkommen von Nairobi im Januar 2005 (Comprehensive Peace Agreement, CPA) nicht zuletzt aufgrund des ständigen Druck der USA<sup>488</sup> in Kraft traten, damit wurde ein 21-jähriger Bürgerkrieg beendet. Das Abkommen hat folgenden Inhalt:

- Unbefristeter Waffenstillstand
- John Garang (der Führer der SPLA) wird zum Vizepräsidenten des Sudan ernannt. Sein Stellvertreter Salva Kiir folgte ihm in diesem Amt nach, nachdem Garang durch einen Hubschrauberabsturz 2005 ums Leben gekommen war.
- 28 Prozent der Parlamentssitze und in der nationalen Exekutive fallen an die SPLA.
- Die sudanesisch-Armee hat bis Mitte 2007 den Südsudan zu verlassen. Dies ist mit Verspätung erst Anfang 2008 erfolgt.
- Es ist vorgesehen, Ende 2009 gesamt-sudanesisch-Präsidenten- und Parlamentswahlen stattfinden zu lassen.
- Nach sechs Jahren Übergangszeit soll ein Referendum im Süden über den Verbleib im Sudan entscheiden
- Während der Übergangszeit bis Mitte 2011 teilen sich Nord und Süd die Öleinnahmen des Südens zur Hälfte
- Die Scharia gilt nur im Norden, wobei die dort lebenden Christen davon ausgenommen sein sollen.<sup>489</sup>

---

<sup>487</sup> Vgl. Steinmetz, Sudan.

<sup>488</sup> Die USA nahm zwei Jahre an den Verhandlungen teil.

<sup>489</sup> Vgl. Lühr, Henken: Nächster Interventionskandidat Sudan? Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um die überarbeitete und aktualisierte Fassung eines Vortrags beim "13. Friedenspolitischen Ratschlag", 2. und 3. Dezember 2006, (= Lühr, Interventionskandidat) in der Universität Kassel. In: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/henken.html>. (Henken ist einer der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag)



Am 25. März 2005 legte der UN-Sicherheitsrat (UN-SR 1590) fest, dass das Friedensabkommen im Süden durch eine 10.000 Soldaten starke UN-Truppe (UNMIS) mit einem Mandat nach Kapitel VII der UN-Charta zu überwachen sei. Dieser Einsatz der UNO-Truppen ist erforderlich, weil das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der Nordsudanesischen aufgrund der Geschichte nicht auf Seiten der Süd- und Westsudanesischen vorhanden ist<sup>490</sup>.

## 16.2 Fazit

Die Verhandlungen zwischen der sudanesischen Regierung in Khartoum und der südsudanesischen Rebellenbewegung SPLA im kenianischen Naivasha brachten bessere Ergebnisse als das damalige Friedensabkommen von Addis Abeba. In Naivasha wurde viel vereinbart, was sich auch auf Darfur anwenden lässt.<sup>491</sup> Man beschloß ein föderales Regierungssystem mit weitgehender Autonomie für die Regionen und Staaten, man einigte sich auf demokratische Teilhabe aller Parteien, auf das Recht auf Parteienbildung und auf allgemeine Wahlen, die von regionalen und internationalen Beobachtern überwacht werden sollten. Zudem sollen die Grundsätze eines Rechtsstaates und der gerechten Machtteilung gelten.

Man kann davon ausgehen das Naivasha als Modell für die Lösung des Nord-Süd-Konflikts wie auch für Darfur dienen kann, es existieren sechs Regionen in Nord- und drei in Südsudan, Naivasha deckt alle Regionen ab.<sup>492</sup>

## 16.3 Annäherung zum Frieden mit Darfur

Im Februar 2005 fand in München eine Konferenz für die Sicherheitspolitik statt, in welcher der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan die NATO und EU dazu aufgerufen hatte, sich aktiv für ein Ende von Gewalt und Gräueltaten in der westsudanesischen Krisenregion Darfur einzusetzen. NATO und EU müssten ernsthaft darüber nachdenken, wie sie "praktisch zur Beendigung dieser Tragödie beitragen" und das Morden beenden könnten, sagte Annan. In Darfur gäbe es brutale Kriegsverbrechen, beklagte Annan. Wenn die internationale Staaten-

---

<sup>490</sup>Vgl. Lühr, Interventionskandidat.

<sup>491</sup> Vgl. Ling, Martin: Aus Neues Deutschland. 29. September 2004. Abel, Alier: Das Naivasha-Abkommen für Südsudan ist auch ein Modell für Darfur. Heidemarie Wiezorek-Zeul verlangt eine humanitäre Intervention. (=Ling, Das Naivasha-Abkommen) In: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/alier.html>.

<sup>492</sup> Vgl. Ling, Das Naivasha-Abkommen.

gemeinschaft nicht rasch eine wirksame Strategie zur Beendigung des Konflikts entwickle, "werden die Folgen der Untätigkeit in Menschenleben zu zählen sein", warnte der UN-Generalsekretär.<sup>493</sup>

#### **16.4 Friedensabkommen?**

Nachdem sich Regierung und Rebellen im Südsudan angenähert hatten, wurden die Forderungen nach einer politischen Lösung des Darfurkonflikts im Westen des Landes größer.<sup>494</sup>

Um den Konflikt einzudämmen gab es bereits zu Beginn des Bürgerkrieges in Darfur Verhandlungen unter Vermittlung der tschadischen Regierung, Im April 2004 kam Bewegung in die Bemühungen zur Beendigung des Darfurkonflikts. Die gegnerischen Parteien einigten sich auf einen Waffenstillstand, der von der Friedensmission der Afrikanischen Union (AU) im Sudan und der AMIS (African Union Mission in Sudan) mitgetragen wurde. Dieses Abkommen blieb wirkungslos, da sowohl die Regierung als auch die Widerstandsgruppen sich nicht daran hielten. „Der Terror“ geht weiter. Schaut man auf drei Jahre des Mordens und der ethnischen Säuberungen in Darfur zurück, muss man einräumen, dass unsere Friedensstrategie misslungen ist“<sup>495</sup>

Aufgrund der Nicht-Einhaltung der Vereinbarungen wurde das AU-Mandat durch eine Aufstockung der AU-Soldaten ausgeweitet, um letztendlich die unmittelbar gefährdete Zivilbevölkerung besser zu schützen.<sup>496</sup>

#### **16.5 Erste Schritte zum Frieden? - Die Verhandlungen in Abuja**

Im Dezember 2004<sup>497</sup> war es schließlich so weit: Die sudanesisische Regierung, die durch den Hardliner Mahzub al Khalifa vertreten wurde, und die Rebellen von Darfur trafen in Abuja erneut zusammen, um Friedensverhandlungen zu führen. Zur gleichen Zeit versuchten mehrere Menschenrechtsgruppen bei der UNO in New York Sanktionen gegen die Regierung in Khartoum zu erwirken,

---

<sup>493</sup> Vgl. Amann, Kofi, Generalsekretär der Vereinten Nationen: "Indem wir die Sicherheit anderer stärken, schützen wir unsere eigene" / "In: strengthening the security of others, we protect the security of our own\_Eine sicherere Welt: Die künftige Rolle der Vereinten Nationen. auf der 41. Münchner Sicherheitskonferenz, 13.02.2005 In: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Sicherheitskonferenz/2005-annan.html>.

<sup>494</sup> Vgl. Ling, Der Konflikt in Darfur.

<sup>495</sup> Prunier, Genozid.S.220.

<sup>496</sup> Vgl. Prunier, Genozid.S.220f.

<sup>497</sup> Die Verhandlungen dauerten insgesamt 2 Jahren und wurden von der Afrikanischen Union geführt. Weitere Teilnehmer waren die UNO, die EU, USA, Großbritannien.

die von den Sicherheitsratsmitgliedern China, Russland und Algerien abgelehnt wurden. Trotzdem erhöhte das den Druck auf die Regierung, mit den Rebellen-  
gruppen verhandeln zu müssen.<sup>498</sup>

Die Absicht des Hardliner Mahzub al Khalifa war es, den Widerstandsgruppen auf politischer Ebene so wenig wie irgendwie möglich entgegenzukommen. Das zeigt auch wieder, dass die politische Elite in Khartoum nicht bereit ist, mit marginalisierten Gruppen ernsthaft über die wichtigen Themen wie Macht- und Ressourcenverteilung zu verhandeln<sup>499</sup>. Da innerhalb der Widerstandsgruppen keine Einigkeit über die politischen Ziele bestand (so verfolgt die JEM eine gesamtpolitische Lösung für den Sudan, im Gegensatz dazu konzentrierten sich die Forderungen der SLA mehr auf eine Lösung für die Region Darfur) konnte Khalifa seine Lösungsvorschläge, reduziert auf die humanitären Fragen, leichter durchsetzen.

Gemeinsam vertraten beide politische Gruppierungen folgende Ziele: Sie setzten sich für die Rückverwandlung der drei Provinzen Darfurs in ein Bundesland ein. Ferner strebten sie das Amt eines Vizepräsidenten an, und natürlich ging es ihnen um die Entschädigung der Vertriebenen. Die Regierung war mit diesen Forderungen nicht einverstanden, da sie befürchtete, dass die Rebellen im Osten<sup>500</sup> genau das gleiche verlangen würden und eine Auflösung des Gesamtsudans in einzelne Kleinstaaten nach ihrer Vorstellung als sehr wahrscheinlich angesehen wurde. Zum einen wird hier deutlich, dass marginalisierten Gruppen im Sudan in den letzten Jahren sich immer bewusster werden, dass sie von der Zentralregierung benachteiligt werden und deshalb auch immer stärker die Beteiligung an Macht und Ressourcen einfordern. Die Regierung ist sich dieser Entwicklung bewusst und versucht daher, durch taktisches Manövrieren von dem eigentlichen Problem, das politischer Natur ist, abzulenken. Sie hoffen, dass die Internationale Gemeinschaft auch nur auf die humanitäre Lösungen des Konfliktes setzt.

---

<sup>498</sup> Vgl. Sudan : Chronik wichtiger Ereignisse von 1 bis 15. Mai/Juni 2005. <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/chronik/05-03.html>.

<sup>499</sup> Vgl. Sudan : Chronik wichtiger Ereignisse von 1. bis 15. Mai/Juni 2005. <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/chronik/05-03.html>.

<sup>500</sup> In den letzten Jahren hatte sich bei der ebenfalls marginalisierten und ausgebeutenden ethnischen Gruppe der Bedscha Stämme im Ostsudan ein noch maßvoller Konflikt entzündet.

Genau dies war auch der Fall. Die beiden Gruppierungen JEM und SLA wurden durch die internationale Gemeinschaft gedrängt, ein Friedensabkommen zu unterzeichnen, das nach ihren Vorstellungen nicht den Konflikt lösen kann.

„Diese Fixierung auf Unterzeichnung war der Tatsache zuzuschreiben, dass die internationale Gemeinschaft – wohl fälschlicherweise – glaubte, das Friedensabkommen werde einmal unterschrieben, wie ein Wunder wirken, Khartum würde weich werden und tatsächlich in eine Stationierung von UN-Truppen einwilligen. Die internationale Gemeinschaft stellte sich gegenüber allen Tatsachen blind, die ihren Wunschträumen nicht entsprachen, wenn es etwa um die Haltung des harten Kerns in Khartum ging, der nicht einmal das Mindestmaß an guten Willen zeigte, das für ein solches Abkommen erforderlich gewesen wäre. Präsident al-Bashir konnte so unglaubliche Erklärungen abgeben wie etwa die folgende: >>Die Menschen in [Vertriebenen-] Lagern bekommen öffentliche Dienstleistungen umsonst. Anderswo gibt es keine medizinische Versorgung, Wasser oder elektrischen Strom umsonst. Alles das ist in den Lagern vorhanden. Manche Leute haben ihre Häuser in der Stadt vermietet und sind in die Lager gezogen.<<<sup>501</sup> Die Mitglieder der internationalen Gemeinschaft fragten sich offenbar nicht, was für eine Haltung im Hinblick auf die Implementierung des Friedens von einem Mann erwartet werden konnte, der die Vertriebenenlager in Darfur als ein Erholungsort bezeichnete, in dem sich die Menschen freiwillig aufhielten.“<sup>502</sup>

Der amerikanische Außenminister Robert Zoellick drohte den Widerstandsgruppen schließlich, sie auf eine internationale Terrorliste zu setzen und hatte die Absicht, Sanktionen, die von Einfrieren der Vermögen bis zur Reisebeschränkung reichten, zu verhängen. Während der Verhandlungen griff die Sudanesisch-Armee am 24. April 2005 bei Bir Maza Minnawas Truppen an und tötete etwa 70 Mann. Abd al-Wahid Mohamed unterschrieb das Abkommen

---

<sup>501</sup> Präsident Al-Bashir in einem Interview mit dem Fernsehsender Al-Dschazira, 29. März 2006. Prunier, Genozid . S.227

<sup>502</sup> Prunier, Genozid. S.226-227.

trotz zahlreicher Telefonanrufe und Briefe von 18 Spitzenpolitikern aus aller Welt, darunter von Präsident George W. Bush, Außenminister Condoleezza Rice, Premierminister Tony Blair und des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Javier Solana, nicht.

Anders Minni Minnawie, der die SLM/A (*Sudan Liberation Movement/Army*) vertritt. Er unterzeichnete am 5. Mai 2005 den Vertrag. Seine Entscheidung mag wohl durch die 12-stündige Unterredung mit Zoellick und die physische Bedrohung durch den AU-Präsidenten und die Ermordung seines Bruders durch die sudanesishe Regierung beeinflusst worden sein. Er unterschrieb als Einziger. Diese Entscheidung wurde innerhalb der Minnawi Gruppe kritisch hinterfragt. Die internationale Gemeinschaft sprach im Zusammenhang mit dem Friedensvertrag von einem großen Sieg.<sup>503</sup> (*Darfur Peace Agreement, DPA*). Der Vertrag, der auf einem von den Vermittlern der Afrikanischen Union (AU) ausgearbeiteten Entwurfs resultiert, wurde von den anderen Rebellenbewegungen abgelehnt.

### **16.6 Hintergründe für das Scheitern der Friedensverhandlungen für Darfur**

Um zu verstehen, weshalb die Friedensverhandlungen für Darfur gescheitert sind und einige Rebellenorganisationen von Anfang an gegen diese Abkommen waren, soll im Folgenden nochmals näher auf die Hintergründe eingegangen werden.

Bereits weiter oben wurde über die Position der internationalen Gemeinschaft berichtet, die die Darfur-Krise als humanitäres Problem ansieht und die politische Dimension nicht wahrnehmen will. Außerdem war sie mehr an der erfolgreichen Umsetzung des abgeschlossenen Friedensabkommens zwischen Süd- und Nord Sudan interessiert und wollten den Konflikt in Darfur lediglich als ein sekundäres Problem im Sudan behandeln.

Von den ursprünglich vereinbarten drei Bereichen, in denen Vereinbarungen abgeschlossen werden sollten – nämlich Ressourcenverteilung, Machtverteilung und Sicherheitsfragen - stand zum Schluss nur noch das Thema Sicherheit im Vordergrund der Verhandlungen. Auch bei diesem Thema wurden die zwischen den Rebellenorganisationen und der sudanesischen Regierung unter

---

<sup>503</sup> Vgl. Prunier, Genozid. S. 226-228

internationaler Beobachtung gemeinsam verabredeten Punkte letztlich bei der Endversion des Friedensvertrages ignoriert. Lediglich die von der Regierung vorgeschlagenen Punkte wurden bewusst in den Vertrag aufgenommen.<sup>504</sup>

Wie kann so etwas unter internationaler Beobachtung passieren? Das zeigt, dass die internationale Gemeinschaft der sudanesischen Regierung mehr Glauben schenkt als den marginalisierten Gruppen. Sie hat kein Interesse an einem echten Frieden und einer Beendigung der Marginalisierungspolitik im Sudan.

Der Einfluss der sudanesischen Regierung auf unterschiedliche Weise hat auch maßgeblich zum Scheitern des Friedensabkommens beigetragen:

**Zuerst** hat die sudanesische Regierung mehrere traditionelle Führer aus Darfur unter Druck gesetzt, dass sie die Positionen der Regierung unterstützen. Zum Teil ist dabei auch Geld geflossen. Diese Führer wurden zu dem Verhandlungsort in Abuja auf Staatskosten gebracht und waren natürlich somit auf der Seite der Regierung.

**Zweitens** hat sie doch taktisches Vorgehen und mit dem Angebot von Ämtern erreicht, dass einige Rebellen auf ihre Seite gewechselt sind. Sie hat auch dazu beigetragen, dass sich Gruppen gespalten haben.

**Drittens** betreiben sie ein politisches Spiel, verhalten sich als ernstzunehmende Verhandlungspartner, jedoch betreiben sie im Hintergrund eine machterhaltende Politik, die keine Beendigung der Marginalisierungspolitik zulässt, auch wenn dabei unzählige Menschen im eigenen Land leiden müssen.

Dass diese Art der Politik des sudanesischen Regimes nicht Neues ist, beweist auch das Zitat von Pagan Amum Okiech, einem südsudanesischen Politiker, der Generalsekretär der SPLM ist. In einem persönlichen Gespräch mit Dr. Zakaria Mohamed Ali Abdelrahman am 26. Oktober 2007 in Juba/Südsudan sagte er: „Verhandlungen jeglicher Art mit den nordsudanesischen Politikern sind nicht tragfähig. Selbst wenn zu Beginn eine 100% Einigkeit besteht, zeigt sich

---

<sup>504</sup> Interview mit Dr. Zakaria Mohamed Ali Abdelrahman, Verhandlungsvertreter der JEM für den Bereich Sicherheit am 11.05.2007 in Marburg.

sehr bald in der Realität, dass keine der vereinbarten Punkte umgesetzt werden. Man kann einfach keinem Politiker aus Nord-Sudan vertrauen.“<sup>505</sup>

### **16.7 Inhalte des Friedensabkommens**

Das 108 Seiten umfassende Friedensabkommen besteht aus 3 Teilen. Der erste Teil beschäftigt sich mit Sicherheitsregelungen. Er enthält einen Waffenstillstand auf der Grundlage einer Waffenstillstandskommission, die in einer früheren Phase des Konflikts am 8. April 2004 in Ndjamena eingerichtet worden war. Weitere Elemente sind die Kasernierung der Gurelliatruppen, die Entwaffnung der Janjawid und die Integration von SLM-Kämpfern in die Armee und Polizei.

Der Zweite Teil beschäftigt sich mit den Bedingungen der Machtteilung. Den Rebellen wurde ein Posten eines Sonderberaters des Präsidenten versprochen. Sie sollten auch einen der drei Gouverneursposten in Darfur und ein Drittel der Parlamentssitze in den Provinzversammlungen erhalten. Außerdem sollte eine Regionale Übergangsbehörde in Darfur (Transitional Darfur Regional Authority, TDRA) neu eingerichtet werden.<sup>506</sup> „Dabei handelt es sich um eine regionale Schattenbehörde, um einen Kompromiss zwischen der Teilung in drei Provinzen und einer Gesamtregierung.“<sup>507</sup>

Der dritte Teil hat die Vermögensverteilung zum Inhalt.<sup>508</sup> So soll ein Fond im Jahr 2006 von 300 Millionen Dollar für den Wiederaufbau und die Entwicklung in Darfur eingerichtet werden. Dieser Betrag soll in den darauf folgenden zwei Jahren um 200 Millionen Dollar erhöht werden. Außerdem sollte ein Fond von 30 Millionen Dollar zur Entschädigung der Vertriebenen angelegt werden. Der Friedensvertrag würde weitgehend von guten Willen Khartoums und der politischen Reife der Guerillabewegung abhängen. Die Übereinkunft zur Machtteilung war annehmbar, hing aber davon ab, wen Präsident al-Bashirs zum Vorsitzenden der TDRA und Sonderberater von Darfur bestimmen würde. Die Vermögensverteilung ist dagegen ungerecht verteilt. 30 Millionen Dollar für die Vertriebenen ergeben 10 Dollar pro vertriebene Person. Der Fond von 700 Millio-

---

<sup>505</sup> Interview mit Dr. Zakaria Mohamed Ali Abdelrahman, Verhandlungsvertreter der JEM für den Bereich Sicherheit. Marburg .11.11.2007.

<sup>506</sup> Vgl. Prunier, Genozid. S. 228f.

<sup>507</sup> Prunier, Genozid.S. 229.

<sup>508</sup> Vgl. Prunier, Genozid. S. 228ff.

nen Dollar reicht nicht aus um den Wiederaufbau oder den Aufbau einer Infrastruktur zu realisieren, oder die Wirtschaft Darfurs wieder anzukurbeln.<sup>509</sup>

## 17. Analyse

In der vorliegenden Arbeit wurde untersucht, welche Rolle die Marginalisierungspolitik in Sudan in Bezug auf den Nationsbildungs- und Demokratisierungsprozess spielt.

Es wurde aufgezeigt, dass Marginalisierungspolitik verschiedene Ursachen hat. Im Sudan dient diese Politik dem Machterhalt bestimmter Gruppen und damit verbunden auch Vorteilen in allen Bereichen der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Sowohl in den militärischen als auch kurzen demokratischen Phasen besaßen arabisch geprägte nordsudanesischen Eliten die Macht, die sie unter anderem dafür benutzten, andere Bevölkerungsgruppen zu dominieren und zu marginalisieren.

### **Marginalisierung erfolgt auf sehr unterschiedliche Weise.**

**Erstens** spielt die Herkunft eine Rolle. Afrikanische Ethnien wurden und werden immer mit unterschiedlichen Methoden stärker diskriminiert als normal. Ein Diskriminierungselement ist zum Beispiel die Sprache. Arabisch ist die dominante Sprache, die als Lingua Franca gesprochen und auch in der Schule unterrichtet wird. Die Muttersprachen der afrikanischen Ethnien werden nicht gefördert, im Gegenteil - Menschen, die ihre Herkunftssprache benutzen, werden in der Öffentlichkeit diskriminiert.

**Zweitens** vernachlässigt das Zentrum bewusst die peripheren Gebiete, was sich an einer mangelnden beziehungsweise nicht vorhandenen Infrastruktur, fehlenden Schulen, Krankenhäusern, Strom- und Wasserversorgung zeigt.

**Drittens** war und ist das Maß der Bildung ein wichtiges Element für die Zugehörigkeit bzw. Nicht-Zugehörigkeit in einer politischen und gesellschaftlichen Elite.

**Viertens** beeinflusst die Herkunft aus bestimmten Regionen den Zugang zu politischen Ämtern als auch Arbeitsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst und zum Teil auch in der Wirtschaft.

**Fünftens** zeigt sich bei den bisherigen großen politischen Parteien, dass die Führung immer nur in den Händen von der nordsudanesischen Elite liegt. Die

---

<sup>509</sup> Vgl. Prunier, Genozid. S. 229ff.



Umma-Partei zum Beispiel rekrutiert sich zum großen Teil aus Mitgliedern aus Westsudan (Darfur und Kordofan), aber die maßgeblichen Posten werden von Nordsudanesen besetzt.

**Über die Auswirkungen der Marginalisierungspolitik** wurde in dieser Arbeit ausführlich berichtet. Diese sind:

- Verhinderung von Entwicklung
- Armut
- Innerstaatliche Migration
- Menschenrechtsverletzungen
- Bürgerkriege
- Instabilität des Landes
- Zerfall des Staates
- Eingreifen der internationalen Gemeinschaft
- Verhinderung von Demokratisierung und Nationbildungsprozeß (Nicht-zugehörigkeitsgefühl)

Nach der Analyse der Marginalisierungspolitik im Sudan wurde festgestellt, dass das Land drei Hauptprobleme aufweist:

- 1) Frage der Religion
- 2) Frage der Nationbildung (nation building) und damit verbunden die Frage nach allgemeingültiger Verfassung (Grundgesetz)
- 3) Frage der Demokratisierung

Nach Auffassung des Verfassers muss eine eindeutige Trennung zwischen Religion und Politik vollzogen werden, um den Missbrauch der Religion als Machterhaltungsinstrument zu verhindern.

In den folgenden Ausführungen wird darauf eingegangen, weshalb bisher kein Nationbildungsprozess und echte Demokratisierung stattfinden konnte und welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um diese Prozesse einzuleiten.

Demokratie wird derzeit als Zauberwort von allen Parteien, Wissenschaftlern, relevanten Institutionen und auch normalen Bürgern benutzt, weil sie damit glauben, die Sudankrise zu lösen. Inwieweit dem ein echtes Demokratieverständnis zugrunde liegt, ist zu hinterfragen.

Im folgendem soll mit Hilfe des wissenschaftlichen Lösungsansatzes von Merkel aufgezeigt werden, dass im Sudan erst andere Voraussetzungen geschaffen werden müssen, bevor der Weg der Demokratisierung beschritten werden kann. Darin wird auch verdeutlicht, dass Marginalisierungspolitik Demokratisierung verhindert.

### **17.1 Ansätze zur Transformation des politischen Systems, um die Marginalisierungspolitik zu beenden und das Land zu stabilisieren**

Der Systemwechsel von autokratischer zu demokratischer Herrschaft wird als Transformation bezeichnet. Nach Merkel sollte diese Transformation idealerweise in drei Phasen ablaufen:

- Ablösung des autokratischen Regimes
- Institutionalisierung der Demokratie
- Konsolidierung der Demokratie<sup>510</sup>

Jede dieser Phasen bringt ihre eigenen Probleme hervor, die erst mit dem Übergang zur Demokratie entstehen.

Für autokratische Herrschaften ist ein permanentes Defizit an Legitimität charakteristisch, das sie auf verschiedene Arten auszugleichen versuchen. Neben scheindemokratischen Inszenierungen (z.B. Scheinwahlen) ist hier vor allem die wirtschaftliche Modernisierung zu nennen, quasi als „Entschädigung“ der Bevölkerung für fehlenden politische Partizipation. Selbst wenn diese Modernisierung gelingt, geraten autokratische Regime oft in eine Legitimitätskrise (Rückgang des Agrarsektors als Systemstütze, Stärkung urbaner Mittelschichten mit Partizipationsforderungen etc.). Wenn die Modernisierung aber misslingt oder die Probleme des Landes ohne Lösung bleiben, so erfolgt erst recht eine Legitimitätskrise, insbesondere dann, wenn das Regime ursprünglich mit diesem Anspruch angetreten war, wie im Beispiel Sudan in mehreren Fällen geschehen.<sup>511</sup>

---

<sup>510</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang & Puhle, Hans-Jürgen: Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade. Manuskript Institut für Politikwissenschaft. Mainz 1998. S. 5. (= Merkel/Puhle, Diktatur)

<sup>511</sup> Vgl. Merkel, Systemtransformation. S. 125f.

Die Ablösung autokratischer Systeme kann nach Merkel auf sechs verschiedene Arten stattfinden: langandauernde Evolution, von alten Eliten gelenkt, von unten erzwungen, ausgehandelt, durch Kollaps oder durch Zerfall und Neugründung von Staaten. Eine langandauernde Evolution kennzeichnet den Weg vieler westlicher Länder zur Demokratie seit dem 19. Jahrhundert. Bei einem gelenkten Systemwechsel bestimmen Eliten des autokratischen Regimes Verlauf und Ausmaß des Systemwechsels, um ihre politische Macht zu erhalten. (Im Sudan trat 1989 der umgekehrte Fall auf, indem eine an der demokratischen Regierung beteiligte Partei einen Militärputsch betrieb, um in dem neuen autokratischen System an der Macht teilzuhaben.) Von unten erzwungene Systemwechsel erfolgen durch massive öffentliche Proteste und führen normalerweise zur völligen Entmachtung der alten Autokraten (Beispiel: Sudan 1964 und 1985). Zwischen demokratischer Opposition und autokratischen Machthabern ausgehandelte Systemwechsel, normalerweise aufgrund einer Pattsituation, führen oft zu fragwürdigen Kompromissen. Ein Kollaps von Regimen kann durch das Zusammentreffen von inneren Legitimitätskrisen, Reformunfähigkeit und äußeren Faktoren erfolgen. Zerfall und Neugründung von Staaten bieten die Chance für einen demokratischen Neubeginn, was aber nicht zwangsläufig gelingen muss. In gewissem Sinne zählt auch der Neubeginn durch Entlassung eines Staates in die politische Unabhängigkeit hierzu.<sup>512</sup> Demokratisierung ist ein Prozeß,

„in dem die unbegrenzte, unkontrollierte und kompromißlos eingesetzte politische Macht von einer sozialen Gruppe oder Person auf institutionalisierte Verfahren verlagert wird, die die exekutive Macht begrenzen, laufend kontrollieren, regelmäßig verantwortbar machen und kontingente Ergebnisse ermöglichen.“<sup>513</sup>

Mit Beginn der Demokratisierung wird die Kontrolle über politische Entscheidungen auf demokratische Verfahren übertragen und ist damit nicht mehr vorherbestimmbar. Während der Demokratisierungsphase, die mit Verabschie-

---

<sup>512</sup> Vgl. Merkel, Systemtransformation. S. 129ff.

<sup>513</sup> Rüb, Friedbert W.: Zur Funktion und Bedeutung politischer Institutionen in Systemwechselprozessen. Eine vergleichende Betrachtung. In: Merkel, Wolfgang; Sandschneider, Eberhard & Segert, Dieter (Hgg.): Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie. Opladen 1996. S. 114.

derung einer verbindlichen demokratischen Verfassung endet, gelten besondere Spielregeln. Alte Normen und Institutionen aus der autokratischen Zeit sind ganz oder teilweise außer Kraft gesetzt, während neue demokratische Normen und Institutionen noch nicht oder erst zum Teil etabliert sind. Die politischen Eliten in der Demokratisierungsphase haben daher einen im Vergleich zur „fertigen“ Demokratie erweiterten Handlungsspielraum, um so mehr, als dass sie die künftigen Regeln selbst entwerfen. Aus dieser Situation erwächst ein Gefahrenpotential für die Demokratisierung, wenn es nämlich nicht gelingt, die Interessen von einflussreichen politischen Gruppen und dem Allgemeinwohl auszugleichen. Erstere können bei Nichtbeachtung ihrer Interessen die Demokratisierung blockieren, letztere können die Legitimität der Regierung in Frage stellen.<sup>514</sup>

Beispielsweise kann es in Gesellschaften mit noch schwach ausgeprägten zivilen Traditionen und Verhaltensweisen für politische Eliten vorteilhaft sein, prädemokratische Ideen (wie etwa Religion oder ethnische Zugehörigkeit) auf ihre Fahnen zu schreiben, um dann durch Wahlen Zugang zur Macht zu erlangen, obwohl diese Gruppen dann oft undemokratisch agieren. (Beispiele: Ex-Jugoslawien Ende der 80er Jahre, Algerien Anfang der 90er Jahre und Sudan 1965 und 1986.)<sup>515</sup>

„Autoritäre religiös-politische Bewegungen profitieren im politischen Machtkampf von der Anwendung der demokratischen Spielregeln, um dann die errungene Macht dazu zu gebrauchen, diese Spielregeln wieder abzuschaffen, damit sich Gleiches nicht wiederholen könnte. Abgelehnt werden hier das Rechtsgut der legalen Opposition, das Recht auf Kritik an der Staatsgewalt, die Funktion politischer Opposition und das Werben um politische Alternativen. Wird dieses Recht eingeschränkt, dann ist Liberale, Pluralistische Demokratie im westlichen Sinne nicht zu realisieren“<sup>516</sup>

Nach einer verbreiteten Definition beginnt die Konsolidierungsphase einer Demokratie mit den ersten freien Wahlen. Nach Merkel erscheint es jedoch sinn-

---

<sup>514</sup> Vgl. Merkel, Systemtransformation. S. 136f.

<sup>515</sup> Vgl. Merkel, Diktatur. S. 6.

<sup>516</sup> Tetzlaff, Staatswerdung.S.39.

voller, die Verabschiedung einer Verfassung als Beginn der Konsolidierung festzulegen. Was genau unter Konsolidierung zu verstehen ist, ist in der Transformationsforschung umstritten, insbesondere die Frage, welche Institutionen konsolidiert sein müssen, um von einer etablierten Demokratie zu sprechen. Merkel unterscheidet vier Ebenen der Konsolidierung:

- Konstitutionelle Konsolidierung. Sie betrifft die zentralen politischen Verfassungsinstitutionen und ist am frühesten abgeschlossen. Hierzu ist es erforderlich, dass die Eliten einen Minimalkonsens bezüglich der demokratischen Spielregeln finden und dass die Verfassung sowohl staatsrechtlich (in Hinblick auf Ausarbeitungs- und Verabschiedungsverfahren) als auch empirisch (im Hinblick auf ihre Fähigkeit, gesellschaftliche Konflikte zu lösen) legitimiert ist.
- Repräsentative Konsolidierung. Sie betrifft Parteien und Interessenverbände, entscheidet, wie sich die erste Ebene konsolidiert und beeinflusst die nächste Ebene. Je nachdem, welches Wahlsystem benutzt wird, kann die Konsolidierung gefördert oder gehemmt werden. Mehrheitswahlsysteme können einige Gruppen von der Macht ausschließen und damit von der Demokratie entfremden, Verhältniswahlsysteme andererseits können stabile Regierungsmehrheiten verhindern.

Verhaltenskonsolidierung. Sie betrifft die informellen politischen Akteure (z.B. Militär, Wirtschaft, radikale Gruppen etc.) und entscheidet darüber, ob diese

- Gruppen ihre Interessen innerhalb oder außerhalb der demokratischen Normen und Institutionen verfolgen. Diese repräsentativen Interessensverbände können mittels ihrer Organisation die Regierung bei Steuerungsfunktionen entlasten (oder freilich auch behindern) oder als "Veto-Mächte" fungieren, insbesondere dann, wenn die vorangegangenen beiden Ebenen nur schwach konsolidiert sind.
- Konsolidierung der Bürgergesellschaft (civil society). Die Herausbildung einer Staatsbürgerkultur als Unterbau der Demokratie dauert von allen beschriebenen Entwicklungen am längsten und hat das Gelingen der drei zuvor beschriebenen Konsolidierungsphasen zur Voraussetzung.<sup>517</sup>

---

<sup>517</sup> Vgl. Merkel, Systemtransformation. S. 143ff.

Die Unfähigkeit von neuen Demokratien, soziale und wirtschaftliche Probleme zu lösen, kann erneut autokratische Tendenzen auslösen, die allerdings nicht einfach auf das jeweilige vordemokratische Regime zurückweisen müssen.<sup>518</sup>

## **17.2 Ansätze zur Transformation von Marginalisierung für Stabilitätsprozesse im Sudan**

Im Folgenden werden die Demokratisierungsversuche im Sudan in ihren drei Anläufen im Lichte von Merkels Drei-Phasen-Theorie der Transformation untersucht.<sup>519</sup> Betrachtet man die Demokratisierung im Sudan in ihren wiederholten Anläufen, so fällt auf, dass nur die erste Phase, die Ablösung der autokratischen Regime zeitweise vollständig gelungen ist. Bereits in der zweiten Phase, der Institutionalisierung der Demokratie, traten Probleme auf, weil man sich mit der Verabschiedung einer endgültigen Verfassung schwer tat. Eine endgültige Verfassung würde die politische Rolle der Sektenparteien genau definieren, was für diese eine Machteinbuße bedeuten würde. Es würde außerdem durch eine endgültige Verfassung die Ressourcenverteilung zwischen den einzelnen Regionen geregelt werden, wodurch dem ressourcenarmen Norden gegenüber den anderen Regionen, insbesondere dem rohstoffreichen Süden und Westen Nachteile entstünden. Aus diesen Gründen wurde die Verabschiedung einer endgültigen Verfassung immer wieder verzögert. Der Übergangszustand der Demokratisierung, in dem die politischen Akteure einen erweiterten Handlungsspielraum genießen, wurde dadurch verlängert, gleichsam konserviert. Insbesondere in der dritten Phase, der Konsolidierung der Demokratie, traten im Sudan die meisten Schwierigkeiten auf. Wenn man nach Merkel den Beginn der Konsolidierung der Demokratie mit Verabschiedung einer Verfassung ansetzt, hat der Sudan diese Phase noch gar nicht erreicht, denn sämtliche gewählten Regierungen beriefen sich auf die provisorische Verfassung von 1956, die weitgehend die Inhalte des Selbstregierungsstatuts der Kolonialmacht übernommen hatte. Lediglich die Militärregimes von Numeiri und al-Bashir gaben sich eigene, auf sich zugeschnittene **Verfassungen**. Darüber hinaus hat die Sharia-Diskussion eine Verfassungsverabschiedung zusätzlich erschwert.

---

<sup>518</sup> Vgl. Merkel/Puhle, Diktatur. S. 7.

<sup>519</sup> Vgl. Kap. 17.1.

Wurde schon die konstitutionelle Konsolidierung nicht abgeschlossen, so war auch die repräsentative Konsolidierung von Problemen überschattet. Es bildeten sich zwar Parteien, doch fehlte es ihnen an Programmen und Organisation. Die Hauptparteien waren zudem nur der politische Arm der metapolitischen Gruppen (der traditionellen Sekten), die ihrerseits prä-demokratische Strukturen aufweisen. Das parlamentarische System übernahm das britische Muster mit relativer Mehrheitswahl, das auf die traditionelle sudanesishe Gesellschaft kaum anwendbar war. Die traditionellen Parteien wurden dadurch begünstigt. Vor jeder der vier demokratischen Wahlen wurde das Wahlgesetz geändert, wodurch keine Kontinuität entstehen konnte. Außerdem fanden bereits auf dieser Ebene Manipulationen statt, die einzelne Parteien begünstigten oder benachteiligten (z.B. bei den Graduiertenmandaten, insbesondere bei der Wahl 1986). Formale Schwierigkeiten bei den Wahlen (Feststellbarkeit des Alters der Wahlberechtigten mangels Geburtsurkunden nur durch Zeugenaussagen, in den Grenzgebieten Schwierigkeiten bei der Feststellung der Staatszugehörigkeit) führten zu Anfechtungen der Wahl einzelner Kandidaten durch die Gegenparteien.<sup>520</sup> Dies zeigt, dass die Voraussetzungen für Wahlen in den ländlichen Gebieten kaum gegeben waren. Als Reaktion auf diese Umstände wurden bei Wahlen immer wieder Kandidaten ohne Wahl durch Akklamation ins Parlament geschickt, eine Praxis, die kaum demokratisch zu nennen ist. Eine Verhaltenskonsolidierung der informellen gesellschaftlichen Gruppen hat gar nicht erst stattgefunden. Auch die Regimewechsel haben das umfangreiche Klientelwesen im Prinzip nicht verändert. Viele der informellen Gruppen wurden von den Militärregimes entweder zerschlagen oder einverleibt. Von Bedeutung sind im Sudan insbesondere das Militär und die radikalen Islamisten, die ihren Weg außerhalb der demokratischen Regeln suchten und als „Veto-Mächte“ die Demokratisierung blockierten. War die Konsolidierung auf den drei genannten Ebenen bereits steckengeblieben, so kann man auf der vierten Ebene der Bürgergesellschaft erst recht keine Konsolidierung erwarten, weil die Voraussetzungen nicht gegeben sind. Die sudanesishe Gesellschaft ist traditionell agrarisch geprägt und eine autonome Entfaltung öffentlicher Meinung ist ihr fremd. Die Nominierung von Wahlkandidaten oder die Bestellung von Würdenträgern erfolgt nach traditionellem Muster durch Geburt und überlieferten Sozi-

---

<sup>520</sup> Vgl. Ghaffar/Landfried, Sudan. S. 1956f.

alstatus. Die Politik wird durch Loyalitäten gegenüber der Familie und der Ethnie bestimmt. Innerhalb der Sektenparteien legitimieren sich deren Anführer nicht durch Wahl, sondern durch Tradition und Glaubenskonfession und ihre Anhänger sind ihnen zu blindem Gehorsam verpflichtet. Aus diesem Grunde sind sie auch praktisch innerhalb ihrer Gruppe nicht abwählbar. Die Wahlergebnisse sind durch dieses Verhalten voraussehbar, da es kaum Wechselwähler gibt. Es existiert daher auch keine prinzipielle Unbestimmbarkeit der Ergebnisse politischer Entscheidungen, wie es für eine funktionierende Demokratie charakteristisch ist, da Programme nicht existieren und alle Loyalitäten von vornherein festgelegt sind. Konkurrenz in politischen Entscheidungen findet nur bei Personalfragen statt, wo es wieder nicht um Programme, sondern um Prestige geht. Mit diesen Verhaltensmustern ist demokratische Politik kaum vorstellbar und die Chancen für eine Konsolidierung der Demokratie stehen denkbar schlecht.

Eine Gewaltenteilung im klassischen Sinne ist nicht gegeben. Legislative und Exekutive sind miteinander verbunden, weil mangels einer endgültigen **Verfassung** das Parlament meist auch als verfassungsgebende Versammlung funktionierte und sich damit quasi selbst die Spielregeln seines Handelns gab, ein, wie wir oben gesehen haben, typisches Merkmal einer unfertigen Demokratie. Die Judikative war ansatzweise unabhängig, wie etwa die Anfechtung des KP-Verbots von 1965 zeigt, doch blockierte das Parlament diesen Ansatz mit der Berufung seiner höheren Instanz als Verfassungsorgan. Mit der Einführung der Sharia wurde eine unabhängige Justiz dann hinfällig, weil der fundamentalistische Islam eine vom westlichen System völlig unterschiedliche Rechtsauffassung hat. So ist nach fundamentalistischer Auffassung der Sudan ein „Rechtsstaat“, weil in ihm die Sharia gelte und nicht etwa, weil – wie nach westlichem Verständnis – die Herrschaftsausübung an Regeln gebunden ist und die Grundrechte aller Bürger jeglicher Religion gewährleistet sind.<sup>521</sup> Françoise Hampson hat definiert:

„Wenn Staatsbürgerschaft als rechtliches Band definiert wird, das diejenigen, die zu einem Staat gehören, miteinander verbindet, existiert zunächst der Staat; und dieser schafft sich auf-

---

<sup>521</sup> Vgl. Tibi, Bassam: Die Entwestlichung des Rechts. In: der Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.6.1995. S. 13f.



grund der Abkunft oder des Territorialprinzips Staatsbürger, Die Nation ist andererseits ein Produkt eines gemeinschaftlichen Gefühls nationaler Identität. Die Staatsbürgerschaft gehört nicht notwendigerweise zur nationalen Identität, kann aber der Ausdruck einer solchen sein. Staatlichkeit entwickelt sich von oben nach unten und Nationalität von unten nach oben.“<sup>522</sup>

Der Sudan ist, neben anderen Staaten, bislang an dieser Aufgabe gescheitert. Hier ist bisher weder ein Gemeinschaftsgefühl noch ein Kompromiss zwischen den rivalisierenden Gruppen zustande gekommen. Saddik al-Mahdi formulierte es 1992 folgendermaßen:

„Die Tragödie des Sudans wie vieler anderer afrikanischer Länder liegt darin, daß er zum Staat geworden ist, bevor er eine Nation war. Das Problem hier bei uns ist, dass der Großteil des Landes eine islamisch-arabische Identität hat, aber ein sehr wichtiger Teil des Landes nicht an dieser Identität teilhat. Das Problem des Sudan ist, daß *statehood* nicht gleichbedeutend ist mit *nationhood*.“<sup>523</sup>

Tetzlaff sieht die Ursachen für die Probleme des Sudan in drei Hauptfaktoren, die sich gegenseitig verstärken: Auf politisch-administrativer Ebene provoziert der Kampf um die knappen Zuwendungen und Pfründen in einem armen Land die Überbetonung von kulturellen und ethnischen Unterschieden, um dadurch Ansprüche besser durchsetzen zu können. Auf kulturell-religiöser Ebene wird an die eigene kulturelle oder religiöse Gruppe appelliert, um Unterstützung zu mobilisieren, wodurch letztlich der Nord-Süd-Konflikt verschärft wurde, was im Norden zu einer Politik der Gleichschaltung und Zwangsassimilierung, im Süden jedoch zu einer Politik der Selbstbehauptung führte. Unter diesem Aspekt handelt es sich um einen Konflikt um die eigene Identität und das politische Selbstverständnis als Nation. Auf ökonomisch-ökologischer Ebene bewirkte die

---

<sup>522</sup> Hampson, Françoise J.: Staatsbürgerschaft, Ethnizität, Nationalität : Haben Nationen ein Recht auf Staatsbildung ? In: Heintze, Hans-Joachim (Hrsg.): Selbstbestimmungsrecht der Völker – Herausforderungen der Staatenwelt. Zerfällt die internationale Gemeinschaft in Hunderte von Staaten? (Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden) Bonn 1997. S. 60 – 72. Zit. n. Tetzlaff, Demokratisierungsanläufe. S. 299f.

<sup>523</sup> Zit. n. Tetzlaff, Staatswerdung. S. 4.

ökologische Verwüstung im Norden ein Ausgreifen auf die Ressourcen des Südens und Westens und damit eine Verschärfung der Konflikte.<sup>524</sup>

Nach Robert I. Rotberg entwickelt sich das Nationalbewußtsein afrikanischer Staaten in drei Phasen: die Phase des Erwachens, die Phase des beginnenden Kampfes und die Phase des Triumphes, was in zahlreichen Ländern zu einem „transethnischen Gemeinschaftsgefühl“ oder Nationalbewußtsein geführt hat. Der Sudan allerdings passt kaum in dieses Schema, weil traditionalistisch-religiöse Kräfte (Umma und Khatmiya) die demokratische Bewegung immer wieder gelähmt haben.<sup>525</sup> Hier kam es zeitweise sogar so weit, dass das putschende Militär als Träger nationalen Gedankenguts auftrat und sich nationale Themen auf die Fahnen schrieb, etwa 1989 im „Kommandorat zur Nationalen Errettung“.

Auf die längerfristigen Entwicklungspfade (*trajectories*), die von wirtschaftlichen und soziokulturellen Umständen bestimmt werden, einzuwirken, ist Aufgabe von **Eliten**, die in einem gewissen Rahmen („Handlungskorridor“) die Abläufe beeinflussen können. Versagen sie hierbei, muß die demokratische Transformation scheitern. So haben im Sudan die **Eliten, z.B.** bei der Lösung des West-Süd-Problems versagt, indem sie sich bietende Friedenschancen nicht genutzt haben, wie etwa die Regierung Saddik al-Mahdi 1986 und das al-Bashir Regime nach dem Niwasha und Abuja Abkommen, diese nicht bzw. verzögert umsetzen.<sup>526</sup> Die schwierigen Rahmenbedingungen können vor diesem Hintergrund nicht als Erklärung herangezogen werden. Eine Verhaltensanpassung der politischen Akteure an etablierte demokratische Normen und Regeln hat nicht stattgefunden. Es ist der sudanesischen **Elite** nicht gelungen, sich von den traditionellen Loyalitätsbindungen (nach Verwandtschaft, Clan, Stamm etc.) zu emanzipieren. Dieses Bewußtsein der Gruppenidentität verhinderte die Herausbildung einer nationalen Integration. Versuche, die traditionellen Strukturen zu schwächen, misslangen. So war ein solcher Versuch des Abboud-Regimes 1964 mit ausschlaggebend für die „Oktoberrevolution“.<sup>527</sup>

---

<sup>524</sup> Vgl. Tetzlaff, Konflikte. S. 151f. Vgl. Tetzlaff, Demokratisierungsanläufe. S. 322f.

<sup>525</sup> Vgl. Tetzlaff, Demokratisierungsanläufe. S. 299f.

<sup>526</sup> Vgl. Merkel/Puhle, Diktatur. S. 4.

<sup>527</sup> Vgl. Ghaffar/Landfried, Sudan. S. 1946.

Die Sektenparteien benutzen Parlament und Regierung lediglich als institutionellen Rahmen, um ihre Klientelpolitik zu betreiben. Ihre Legitimation und erst recht diejenige der Militärregierungen steht (spätestens seit 1958) auf tönernen Füßen, weshalb versucht wird, dem schwachen Staat durch Umwandlung in einen islamischen Gottesstaat eine künstliche Legitimation zu verschaffen.<sup>528</sup> Dies kann nicht gelingen, weil hier durch Gewaltanwendung versucht wird, prädemokratische Ideen durchzusetzen. Die Unfähigkeit der Bürgerkriegsparteien, Kompromisse einzugehen, geht direkt auf die Sharia-Diskussion zurück. Selbst die Opposition ist in dieser Frage gespalten. Eine *civil society* kann sich unter diesen Umständen nicht entwickeln.<sup>529</sup> Die traditionalistischen Kräfte haben nur ein „mechanistisches“ Verständnis von Demokratie, d.h. es interessiert sie vorrangig, wie man Wählerstimmen in politische Macht umsetzt, während das Verständnis von Demokratie als Mechanismus zur Organisation und zur Konsensfindung kaum ausgeprägt ist. Da es vordergründig immer nur um Machtkampf ging, wurde die Lösung der anstehenden Probleme stets vertagt. Man kann hier von *bad governance* sprechen (Korruption, Mißwirtschaft und Ämterrangelei), wodurch mehrfach die Intervention des Militärs provoziert wurde. Diese Parteien sprechen zwar von Demokratie, haben aber weder die theoretische Vorarbeit geleistet noch eine Vision entwickelt oder sich auch nur ein Programm gegeben.<sup>530</sup>

Die gesamte postkoloniale Geschichte des Sudan ist von diesem Mangel an *good governance* geprägt. Es fehlte grundsätzlich an charismatischen, politisch talentierten und weitblickenden Führern, wie dies in anderen Ländern der Fall war. Charismatische Führer üben über einen längeren Zeitraum eine integrierende Funktion aus und können ethnische, religiöse und Interessengruppen wenigstens symbolisch oder programmatisch vereinigen, wodurch immerhin die Chance eröffnet wird, dass bestehende Gegensätze abgebaut werden. Beispiele hierfür sind **Kemal Atatürk** in der Türkei, **Lee Kuan Yew** in Singapur, **Sun Yat-sen** in China, **Tschiang Kai Shek** in Taiwan, **Suharto** in Indonesien, **Peron** in Argentinien, **Nasser** in Ägypten, **Boumedienne** in Algerien, **König Hassan** von Marokko, **Nyerere** in Tansania, **Kenyatta** in Kenia, **Nkrumah** in

---

<sup>528</sup> Vgl. Krieger, Menschenrechte. S. 343 und 345.

<sup>529</sup> Vgl. Tetzlaff, Demokratisierungsanläufe. S. 323f.

<sup>530</sup> Vgl. Mattes, Rettungsrevolution. S. 72.

Ghana und **Thomas Sinkara** In Burkina Faso . Diese regierten zwar diktatorisch, waren aber dennoch in der Lage, stabile Verhältnisse herbeizuführen, welche die Grundlage für die Entstehung einer Staatsgemeinschaft und damit die Grundlage für eine weitere Demokratisierung bilden. Dass dies auch ohne diktatorische Herrschaft möglich ist, zeigt das Beispiel Nelson Mandela, der dazu einmal gesagt hat:

„Ich habe gegen weiße Herrschaft gekämpft und ich habe gegen schwarze Herrschaft gekämpft. Ich habe am Ideal einer demokratischen und freien Gesellschaft festgehalten, in der alle Menschen in Eintracht und mit gleichen Chancen zusammenleben. Es ist ein Ideal, für das ich lebe und das ich zu erreichen hoffe. Aber sollte es sich als notwendig erweisen, wird es ein Ideal, für das ich zu sterben bereit bin.“<sup>531</sup>

Im Sudan fehlt eine solche Integrationsfigur (wenn man vom Mahdi 1881 – 1898 absieht, von dessen Ruhm die Umma noch heute zehrt). Die sudanesischen Militärherrscher üben diktatorische Macht aus, ohne Stabilität und Integration erzeugen zu können. Hier rekrutierten sich die Staatsführer aus Offizierskreisen, Sektenparteien und der *effendia*. Sie haben zum Prozess des *nation-building* kaum etwas beigetragen und jedes Regime löste die von seinen Vorgängern geschaffenen Institutionen auf, wodurch keine Kontinuität entstehen konnte. Besonders aus der Sicht der Bürger konnte sich auf diese Weise keine Identifikation mit dem Staat herausbilden.<sup>532</sup> Die vierte Phase der Konsolidierung der Demokratie war auf diese Weise kaum erreichbar.

Der Sudan erscheint, wie viele andere arabische Staaten auch, äußerlich als *starker Staat* mit scheinbar unangefochtener Regierung, großer Armee (bzw. Miliz), ausgeprägtem Überwachungsapparat und einer im Exil verstreuten Opposition. Nach Nazih Ayubi ist er aber gerade deswegen als *schwacher Staat* zu betrachten, weil er seine ideologischen Vorstellungen nur durch Gewaltanwendung durchzusetzen kann.<sup>533</sup> Unter diesen Gesichtspunkten kann man den

---

<sup>531</sup> Mandela, Nelson Rolihlahla: Two historic speeches. Johannesburg 1990. S. 48.

<sup>532</sup> Vgl. Tetzlaff, Demokratisierungsanläufe. S. 306.

<sup>533</sup> Vgl. Krieger, Menschenrechte. S. 352. Vgl. auch Ayubi, Nazih N.: Over-Stating the Arab State: Politics and Society in the Middle East. London – New York 1995. S. 457.

Sudan als einen Nominalstaat mit schwacher innerer Souveränität klassifizieren, dessen Merkmale (nach Krieger) sind: „geringe infrastrukturelle Steuereinkapazitäten, dafür ein hohes Maß an despotischer Macht; Legitimitätsdefizit der staatlichen Herrschaftsinhaber und das Fehlen eines politischen Basisconsenses aufgrund ethnischer und/oder sektiererischer Gruppenkonflikte.“<sup>534</sup>

Im Sudan gibt es zwei Kernfragen, zum einen die **Frage der nationalen Einheit** und zum anderen die **Frage der Entwicklung** und des Auswegs aus den Fesseln der Rückständigkeit, doch wurde auch behauptet, die **Kernfragen bestünden aus der Frage nach der Ausbreitung des Islam**, nach der Realisierung einer großarabischen Union oder nach dem Aufbau einer sozialen Gesellschaft. Bei allem, was hier behauptet wird, steht fest, dass der Sudan ein unterentwickeltes Dritte-Welt-Land ist und wenn hier Unterschiede existieren, dann im Grad und Umfang der Unterentwicklung, im Umfang der nationalen Zersplitterung oder im Umfang der **Oberhoheit von Klassen oder Stämmen**. Mit den oben erwähnten beiden Kernfragen ist noch eine dritte, die **Frage nach der Demokratie** verbunden. Die Demokratie hat mehrere Dimensionen: eine soziale, eine ökonomische und eine kulturelle, die alle miteinander verwoben sind. Die Beantwortung der sudanesischen Kernfragen ist ohne gezielte Politik und politischen Willen nicht möglich. Politischer Wille hingegen benötigt eine Kodifikation der politischen Stabilität mit einer Legitimation des politischen Verwaltungssystems bei bewusster Erkenntnis des realgesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Lebens des sudanesischen Volkes. Unter diesen Bedingungen, wenn die Zielsetzung erfaßt wird, ist eine **Lösung der nationalen Fragen** erreichbar. Nach Mansur Khalid gibt es in der Politik drei Schulen:

„Die Schule jener, die befähigt sind, die sehen und handeln, zweitens die Schule derjenigen, die befähigt sind, die sehen, aber nicht handeln, weil sie nicht handeln können und drittens die Schule jener, die befähigt sind und handeln, ohne zu sehen. Im Sudan jedoch gibt es anders als in anderen Ländern in Got-

---

<sup>534</sup> Krieger, Menschenrechte. S. 345.

tes Welt noch eine vierte Schule, es ist die Schule der *politischen Derwische*.”<sup>535</sup>

Es drängt sich die Frage auf, was für eine Art Politik hier betrieben wird. Wenn man Politik versteht als „zweckbewußt auf das Gemeinwesen gerichtete menschliche Tätigkeit“,<sup>536</sup> „...eine Analyse des Aufbaus der menschlichen Gemeinschaft und der Techniken der Staatsführung im Hinblick auf eine Staatsform, die ein Maximum von Stabilität mit einem Maximum von Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit verbindet,“<sup>537</sup> wie es Aristoteles formuliert; oder als „Entscheidungsbildung auf dem öffentlichen Weg...vor allem mit der Aufgabe des Regierens betraut, das heißt mit der Lenkung und Selbstlenkung großer Gemeinschaften“<sup>538</sup> nach Karl Deutsch; oder mit Max Weber als „Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung, sei es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen, die er umschließt;“<sup>539</sup> oder aber als „die Summe der Mittel, die nötig sind, um zur Macht zu kommen und sich an der Macht zu halten und um von der Macht den nützlichen Gebrauch zu machen...also der durch Umstände gebotene und von dem Vermögen (virtu) des Herrschers oder des Volkes sowie von der spezifischen Art der Zeitumstände abhängige Umgang mit der Macht“<sup>540</sup> nach Carl Böhret – dann kann man die Handlungen der sudanesischen Eliten kaum als Politik bezeichnen.

## **18. Lösungsansätze am Beispiel der Verfassungsfrage’ – Konkrete Umsetzungsschritte**

Eine nachhaltige Lösung des Problems kann nur erzielt werden, wenn die eigentliche Ursache des Problems beseitigt wird, nämlich die Marginalisierung der afrikanischen Bevölkerung und die Hegemonie der arabischen Gruppen. Die Erarbeitung einer allgemeingültigen Verfassung wäre der erste Schritt in die richtige Richtung.

---

<sup>535</sup> Khalid, Al-Nukhba. S. 62. Die treffende Bezeichnung *politische Derwische* charakterisiert einerseits die Herkunft zahlreicher Politiker aus den islamischen Sekten des Landes und andererseits deren irrationales Verhalten.

<sup>536</sup> Stampfer, Friedrich: Grundbegriffe der Politik. Hannover 1954 (zuerst 1910) S. 1.

<sup>537</sup> Aristoteles; Politik und Staat. Zürich 1955 .S.8.

<sup>538</sup> Deutsch, Karl W.: Staat, Regierung, Politik. Freiburg 1976 S.11

<sup>539</sup> Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen 1980 (zuerst 1921 ) S. 822 .

<sup>540</sup> Böhret, Carl u.a.: Innenpolitik und politische Theorie. Opladen 1979. S. 27.

Die Idee eines Staates, in dem ein Gesetz besteht, das allen Völkern Rechtssicherheit gewährleistet, entstand schon zur Zeit der Babylonier unter Hammurabi und später in der griechischen Antike; die Philosophie der Aufklärung nahm die gleichfalls aus der Antike stammende Naturrechtslehre wieder auf.

„Menschliches Leben ist seiner Natur nach auf Gemeinschaften angelegt, die Menschen sind in ihrem Dasein aufeinander angewiesen und aufeinander eingestellt. In der ihm umgebenden Welt kann der einzelne seine Lebensmöglichkeiten nur in der Beziehung zu anderen verwirklichen“<sup>541</sup>, sei es in Familie, Sippe, Ethnie, Volk, Nation. Eine bestimmte Fülle von „Rechten“ und „Vorschriften“ regelt das Zusammenleben. Diese Vorschriften beziehen sich auf die Gegenstände, an denen, der einzelne sein Verhalten orientiert, und ist eine Voraussetzung für den Bestand dauerhafter „sozialer Ordnung“. Er zeigt vor allem, dass das moderne „Recht“ ein Ergebnis politischer Entscheidungen ist. In diesem Zusammenhang wird besonders auf die Form der „Rechtsetzung“ innerhalb einer „Staatswerdung“ hingewiesen, die die Voraussetzungen für die Geltung des Rechts ist.<sup>542</sup>

Der Staat beschäftigt sich zunächst mit den inhaltlichen Bindungen der Rechtsetzung im *Verfassungsstaat*, sowie innerhalb der gesellschaftlichen Funktionen und Leistungen des Rechts, einmal unter den Gesichtspunkt der Sicherung des inneren Friedens und der sozialen Integration, z.B. ist das Recht ein unentbehrliches Instrument für die Steuerung gesellschaftlicher Geschehensabläufe und der gesellschaftlichen Beziehungen untereinander.<sup>543</sup>

Im Sudan gab es mehrere Königreiche z.B. das Dinka-Reich und das Sultanat Darfur, die sich Normen und Regeln geschaffen haben. In der britischen Kolonialzeit sind die unterschiedlichen Monarchien (Sultanat, Königreich) des Sudan und ihre gesetzmäßigen Werte beibehalten worden. Über längere Zeiträume hinweg hat sich das rechtliche System wie es in den Monarchien von Sudan üblich war, für das Überleben der Gemeinschaft als zweckmäßig erwiesen.

---

<sup>541</sup> Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Recht, Grundlagen des Rechts. Informationen zur politischen Bildung Nr. 216, 6. Auflage, 2000. Bonn 2000. S.2 (= Recht, Grundlagen des Rechts)

<sup>542</sup> Vgl. Recht Grundlagen des Recht.S.2ff.

<sup>543</sup> Vgl. Recht Grundlagen des Recht.S.6.

Nach der Unabhängigkeit bestand zwischen Süd- und Nordsudan keine Einigkeit darüber, welches politische System eingeführt werden sollte. Während der Süden das föderale System für einen gut funktionierenden Staat als notwendig ansah, war der Norden mehr dem Zentralsystem zugeneigt. Hier kann eine erste Ursache gesehen werden, warum bis heute keine Einigung in der Verfassungsfrage erzielt werden konnte.

Um eine allgemeingültige Verfassung bzw. Grundgesetz für Sudan zu erarbeiten, müssten folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

Es muss ein Dialog mit allen beteiligten Gruppen stattfinden, in dem gemeinsam die Grundlage der Verfassung erarbeitet wird. Die Diskussion über die Verfassung muss schriftlich dokumentiert werden, um sich bei Rückfragen bei Streitigkeiten darauf beziehen zu können.

In dieser Verfassung muss die Rolle des Präsidenten festgelegt werden, d. h. welche Aufgaben und Pflichten er zu erfüllen hat (Machtbeschränkung, um diktatorische Machtausübung zu verhindern).

Wünschenswert wäre, wenn Vertreter der großen Regionen (West-, Ost-, Süd-, Nord- und Zentral-Sudan) als Beisitzer des Präsidenten als gleichberechtigte Partner mitregieren würden, weil das Misstrauen im Sudan zwischen den Regionen derzeit sehr groß ist und diese Maßnahme Misstrauen abbauen könnte.

Weiterhin muss in der Verfassung geregelt sein, dass die Regierungsform ein parlamentarisches System sein muss, das für die Regierungsbildung verantwortlich ist (und nicht wie bisher das Wort des Präsidenten, der nach Belieben die Regierung zusammenstellt).

Um einen Missbrauch in den Regierungsämtern zu verhindern, muss in der Verfassung auch festgelegt werden, dass parlamentarische Ausschüsse die Ministerien kontrollieren, damit Korruption, Vetternwirtschaft etc. soweit wie möglich verhindert werden kann.

Auch die Zusammensetzung, Funktion und die Rolle des Militärs muss in der Verfassung beschrieben werden und das Parlament muss eine Kontrollfunktion darüber ausüben, um zu verhindern, dass das Militär zum Beispiel willkürlich Bürgerinnen und Bürger des eigenen Landes massakriert.

Schließlich ist auch von großer Bedeutung, dass in der Verfassung festgeschrieben wird, dass es eine unabhängige Judikative gibt, die Verfassungsverstöße mit Sanktionen belegen kann.



## **18.1 Schlusswort**

Im Rahmen dieser Arbeit wurde aufgezeigt, dass die sudanesischen Machthaber bis heute eine systematische Marginalisierungspolitik betreiben, die Millionen von Opfer hervorgebracht hat. Diese Art der Politik ist auch verantwortlich, dass bis heute kein Nationsbildungsprozeß stattfinden konnte. Die vernachlässigten Menschen fühlen sich diesem Land nicht mehr zugehörig.

Wenn der in der Analyse aufgewiesene Weg nicht beschritten wird, um die Marginalisierung einzudämmen und den Zerfall des Landes zu verhindern, sehe ich keine Zukunft für eine sudanesishe Einheit, in der alle Ethnien gleichberechtigt in allen Bereichen wie Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vertreten sind.

Die Umsetzung des Friedensvertrages zwischen Nord- und Südsudan (Nevasha-Abkommen) und auch die Lösung des Darfur-Problems sind die Prüfsteine, ob ein echter Wille von Seiten der regierenden Eliten existiert, das Land vor dem Zerfall zu retten.

Am Beispiel der Region Abyé, in der Erdölvorkommen vorhanden sind, zeigen sich bereits die Schwachstellen des Nord-/Süd-Abkommens. Der ressourcenarme Norden hat ein großes Interesse daran, dieses Gebiet zu vereinnahmen, während der Süden ein berechtigtes Interesse hat, dieses Gebiet zu behalten.

In Darfur muss eine Lösung für die Janjaweed-Frage gefunden werden. Wenn dies nicht der Fall sein wird, wird dies immer ein Krisenherd mit verheerenden Folgen für die dortige Bevölkerung bleiben.

## • Literaturliste

- Abbas, Mekki: The Sudan Question. London 1952.
- Abdel Gadir, Ahmed Abdel Gaffar: Politische Integration und Desintegration in einem Entwicklungsland. Dargestellt am Beispiel des regionalen Konflikts in der Republik Sudan zwischen 1946 und 1969. Frankfurt/Main 1979.
- Abdelrahman, Zakaria Mohamed Ali: Entwicklungschancen von Demokratie und Föderalismus in einem Entwicklungsland am Beispiel des Sudan im Vergleich zu Nigeria und Südafrika. Diss., Marburg, 2005.
- Abdjad, Ibrahim; Al-Hodeyri, Salem & Amara, Nasr (Hgg.): Jamahiriyyisches Lexikon. Termini aus der Dritten Welttheorie. o. O. [Tripolis] o. J.
- Abdullahi El-Tom. Office of Strategic Planning and Training, JEM Abuja, 10/10/2005.( Future of Foreign Investment in Sudan: A Working Paper Delivered by Abderaheem Hamdi, a Member of the National Congress Party (NCP) and an ex-Minister for Economy and Finance, Khartoum, 11-12 September 2005.In: <http://www.sudanjem.com/en/index.php?page=books.17.10.2005>.
- Adam El zin Mohammed, Mussa Adam Abdul Jalil, Sidiq Ambada, Mohammedin Tejani Sif El nassr El Tanimia Muoftah: El.Salam Fi Darfur. (Entwicklung. Schlüssel für den Frieden in Darfur), Adam El zin Mohammed, Mussa Adam Abdul Jalil, Sidiq Ambada, Mohammedin Tejani Sif El nassr Friedrich Ebert Stiftung(Hrsg.). Khartoum 2003.
- Adam, Jürgen: Die Lage der Menschenrechte im Sudan 1985 – 1993. In: Wuqûf 7 – 8. Beiträge zur Entwicklung von Staat und Gesellschaft in Nordafrika. Hamburg 1993.
- Ahmed, Rafia Hassan: The Prospect of Regional Government in the Sudan with Reference to the South. M. Sc. Thesis, University of Khartoum 1973.
- Al-Affendi, Abdel Wahab: Sudan: Nile – New laws for a new land. In: Arabia (Books), Nr. 39. Burnham.1984
- Al Haj, Hiessen Adam, As Bab Geyam Al thora fi Darfur, (Gründe für die Revolution in Darfur). <http://www.sudanjem.com/index.php> 27.07.2003.
- Al haj Adam Hessen, As Bab Maschakil : Darfur, Ursache des Darfur Problem. In: <http://www.sudanjem.com/index.php>.18.08.2003.
- Al haj Adam Hessen, Maan Whom Al-janjaweed: Wer sind der Janjaweed. In: [www.sudanilee9.htmlcom](http://www.sudanilee9.htmlcom).10.11.2003.
- Al-Hodeyri, Salem & Amara, Nasr (Hgg.): Jamahiriyyisches Lexikon.Termini aus der Dritten Welttheorie. o. O. [Tripolis] o. J.
- Allier, Abel: Southern Sudan: too many agreements dishonoured. Exeter 1990. Al-Tadamun. London, 17. Mai 1986. Zit. n. Wolf, Bewegung.
- Al-Turabi, Hasan: „Den Willen der Mehrheit im Lande fallen lassen?“ Interview mit H. Falkenstörfer am 5.12.1992 in Khartoum. In: epd. Dokumentation 9/93, Hg. vom evangelischen Pressedienst. Frankfurt/M. 1993.
- Aristoteles: Politik und Staat. Zürich 1955.
- Arbeitsgemeinschaft für Kriegsursachenforschung (Hrsg.) : Das Kriegsgeschehen 2004. Hamburg 2005.
- Artikel „Südsudan“ In: TAZ vom 23.8.1986.
- Atta, El-Battahani: (Darfur-Konflikt) Lokale Ursachen, globale Folgen. In: Entwicklung und Zusammenarbeit. Nr. 11 2006. Frankfurt/Main 2006.
- Ayubi, Nazih N.: Over-Stating the Arab State: Politics and Society in the Middle East. London – New York 1995.

- Ahmed, Rafia Hassan: The Prospect of Regional Government in the Sudan with Reference to the South. M. Sc. Thesis, University 1973. S. 156.
- Bächler, Günther: Bürgerkriege im Horn von Afrika. In: Spillmann, Kurt R & Wenger, Andreas (Hgg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte VII -Vortragsreihe an der ETH Zürich Sommersemester 1999. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, No.54, Zürich 1999. In:  
[http://www.fsk.ethz.ch/publ/zuercher/zu\\_54/zu54\\_Baechler.htm](http://www.fsk.ethz.ch/publ/zuercher/zu_54/zu54_Baechler.htm)
- Badal, Raphael: Oil and regional sentiment in the south. In: Abd al-Rahim, Muddathir & Badal, Raphael (Hgg.): Sudan since independence. Hauts (England) 1986.
- Bakheit, Gaafar M.A.: British Administration and Sudanese Nationalism. Ph. D. Cambridge 1966.
- Bänziger, Andreas: Die Saat der Dürre. Afrika in den achtziger Jahren. 2. Auflage. Bornheim-Merten.1987.
- Baumgartner, Peter: Sudan tobt ein Machtkampf. In: <http://www.tagesanzeiger.ch/archiv/99dezember/991214/127702.HTM>
- Bechtold, Peter K.: Politics in Sudan. Parliamentary and Military Rule in an Emerging African Nation. New York – Washington – London 1976.
- Beshir, Mohamed Omer: Revolution and Nationalism in the Sudan. London 2<sup>nd</sup> Ed. 1977.
- Beshir, Mohammed Omar: The Southern Sudan. Background to the Conflict. London 1968. Kap. 5 – 6.
- Bliss, Frank: Leben mit der Dürre. Alltag und Entwicklungsprobleme im Sahel am Beispiel der Provinz Darfur, Sudan. Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE), Heft 12. (1989)
- Bloomfield, Steve: Arabs pile into Darfur to take land 'cleansed' by janjaweed. Africa Correspondent Published: 14 July 2007. In: [http://www.sudanjem.com/en/index.php.14..07.2007\\_](http://www.sudanjem.com/en/index.php.14..07.2007_)
- Böhn, Andrea: Ein zweites Ruanda. In:<http://www.zeit.de/online/2006/43/Darfur-2310?page=2>
- Böhret, Carl u.a. : Innenpolitik und politische Theorie. Opladen 1979.
- Breier, Horst: Intelligenzia und Politik im Südsudan. Diss. ,TH. Aachen, 1974.
- Brissaud, Alain: Islam und Christentum. Gemeinsamkeit und Konfrontation gestern und heute. Berlin 1993.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Recht, Grundlagen des Rechts. Informationen zur politischen Bildung Nr. 216, 6. Auflage.2000. Bonn 2000.
- Cottier, Michael .Die «Umsetzung» des Römer Statuts hinsichtlich der Kriegsverbrechen Jusletter 14. März 2005.S.2.In: [http://www.trial-ch.org/fileadmin/user\\_upload/documents/jusletter\\_michael\\_cottier.pdf](http://www.trial-ch.org/fileadmin/user_upload/documents/jusletter_michael_cottier.pdf)
- Declaration on the Elimination of Violence against Women General Assembly resolution 48/104 of 20 December 1993.
- Delius, Ullrich: Völkermord in Darfur, sudanesische Flüchtlinge berichten über schwerste Menschenrechtsverletzungen. In: Menschenrechtsreport Nr. 37. Die Gesellschaft für bedrohte Völker (Hrsg.) Dezember 2004. S.5-15.
- Delius, Ulrich: Der Konflikt im Südsudan – Keine Hoffnung auf Frieden. In: Wuqûf 7 – 8. Beiträge zur Entwicklung von Staat und Gesellschaft in Nordafrika. Hamburg 1993.

- Delius, Ulrich: Täter und Mittäter, In: Zülch, Tilman/Gesellschaft für bedrohte Völker (Hrsg.): Bedrohte Völker. Völkermord in Darfur. Verbrannte Erde. Nr. 228 Heft 6/2004. Göttingen 2004.
- Deng, Francis Mading: Myth and reality in Sudanese identity. In: Deng, Francis Mading (Hrsg.): The search for peace and unity in the Sudan. Washington 1987.
- Deutsch, Karl W: Staat, Regierung, Politik. Freiburg 1976 .
- DE WAAL, Alex: Wie die Fur zu Afrikanern wurden. Die Historischen Wurzeln des Darfur-Konflikts. Aus dem Deutschen übersetzt von Niels Kadritzke. Le Monde diplomatique. 14/9/2004. Berlin. In: <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2004/09/10.mondeText.artikel,a0054.idx>, 15.
- Dieterich, Johannes. " Es gibt kein Völkermord in Darfur". In: Frankfurter Rundschau. 17 Januar 2006 Nr. 141D/H/R/S.
- Dirk Schneider Dirk, „Die verbrannte Erde der Fur“ EXODUS IM WESTSUDAN. Berittene Milizen und muslimische Soldaten des Regimes in Khartum vertreiben Hunderttausend Politik Freitag Debatt:23. 28. Mai 2004 In:<http://www.freitag.de/2004/23/04230801.php>
- Diyab, Ahmed Ibrahim: Al-Sudan baad 45 Aam 1953-1998.(Sudan nach 45 Jahren 1953 - 1998) In: Al-Khartoum vom 12. Mai 1999. Kairo 1999.
- Duran, Khalid: Die islamische Welt in der ideologischen Zerreißprobe – Totalitärer Islamismus versus Reformation des Glaubens. In: Zeitschrift für Kulturaustausch Nr. 35. Stuttgart 1985. .
- El-Tom Abdullahi El-Tom Translated by (El-tom). Office of Strategic Planning and Training, JEM Abuja, 10/10/2005.( Future of Foreign Investment in Sudan: A Working Paper Delivered by Abderaheem Hamdi, a Member of the National Congress Party (NCP) and an ex-Minister for Economy and Finance, Khartoum, 11-12. September 2005. In: <http://www.sudanjem.com/en/index.php?page=books.26.10.2005>
- El-Tom Abdullahi Osman The Arab Congregation and the Ideology of Genocide in Darfur, Sudan In: <http://www.sudanjem.com/en/index.php?page=news.full&id=5501o4.08.07>
- Europaparlament sieht in Darfur "Völkermord" [18.09.2004] [http://www.darfurhilfe.org/nachrichten.php?subaction=showfull&id=1095542203&archive=&start\\_from=&ucat=1&\\_](http://www.darfurhilfe.org/nachrichten.php?subaction=showfull&id=1095542203&archive=&start_from=&ucat=1&_)
- Felder ,Andreas: Der Weg zum Römer Statut und dessen Inhalt. In:[http://www.trialch.org/fileadmin/user\\_upload/documents/jusletter\\_andreas\\_felder.pdf](http://www.trialch.org/fileadmin/user_upload/documents/jusletter_andreas_felder.pdf)
- Friedbert, W.: Zur Funktion und Bedeutung politischer Institutionen in Systemwechselprozessen. Eine vergleichende Betrachtung. In: Merkel, Wolfgang; Sandschneider, Eberhard & Segert, Dieter (Hgg.): Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie. Opladen 1996.
- Friedensnobelpreisträger im Gespräch mit EU-Abgeordneten [http://www.europarl.europa.eu/news/public/focus\\_page/030-7352-156-06-23-903-20070601FCS07344-05-06-2007-2007/default\\_p001c001\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/public/focus_page/030-7352-156-06-23-903-20070601FCS07344-05-06-2007-2007/default_p001c001_de.htm)
- Ghaffar, Abeldadir A. Abdel & Landfried, Klaus: Demokratische Republik Sudan. In: Nuscheler, Franz & Ziemer, Klaus (Hgg.): Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane. Ein Handbuch. Band II: Afrika. Berlin und New York 1978.
- Generalversammlung – Zweiundfünfzigste Tagung V. RESOLUTIONEN AUFGRUND DER BERICHTE DES DRITTEN AUSSCHUSSES .In:

- <http://www.un.org/depts/german/gv-52/band1/52bd1-3.pdf> (70. Plenarsitzung 12. Dezember 1997)
- Gray, Richard: A history of the Southern Sudan 1899 – 1939. London 1961.
  - Gurdon, Charles G.: Sudan in Transition: A Political Risk Analysis. Economist Intelligence Unit, Special Report No. 226. London 1986.
  - Gurdon, Charles G.: The economy of Sudan and recent strains. In: Woodward, Peter (Hg.): Sudan after Nimeiri. The Economist Intelligence Unit. Country Profile Sudan. London 1986.
  - Hagger, Bicher Brehim: Wirtschaft und Gesellschaft der Beri - Ein ostsaharisches Feldbauern-Hirtenvolk im sozialkulturellen Wandel. Giessener Schriften zur Wirtschafts- und Regionalsoziologie, Heft 22, Gießen 1999.
  - Haidir, Taha: Al-Akhwan wa al-Askar. Qesa al-Jabbah al-Islamiya wa al-Soultah fi as-Sudan. (Die islamischen Brüder und das Militär. Geschichte der islamischen Front und der Herrschaft im Sudan) Khartoum 1993.
  - Hampson, Françoise J.: Staatsbürgerschaft, Ethnizität, Nationalität : Haben Nationen ein Recht auf Staatsbildung ? In: Heintze, Hans-Joachim (Hrsg.): Selbstbestimmungsrecht der Völker – Herausforderungen der Staatenwelt. Zerfällt die internationale Gemeinschaft in Hunderte von Staaten? (Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden) Bonn 1997.
  - Hans, Barbara: Der Tag, als man Ismael ins Feuer warf. In: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,498961,00.html>
  - Hanisch, Kay: Darfur und kein Ende. In: <http://www.plattform-leipzig.de/beitraege/20070908darfur.html>
  - Hansohm, Dirk: Die Grundprobleme der sudanesischen Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik des Sudan (1985 – 1989) WuWuf 7 – 8 Data Hamburg 1993. S.397 – 403.
  - Hassan, Laila: Democratic Experience in Sudan. In: Civil Society. Kairo, Juni 1992. S.18-20.
  - Heisel, Corina: Sudan(Krieg)  
In:[http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/158ak\\_sudan.htm](http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/158ak_sudan.htm)
  - Heller, Erdmute: Die arabisch-islamische Welt im Aufbruch. In: Benz, Wolfgang & Graml, Hermann (Hgg.): Weltprobleme zwischen den Machtblöcken. Das zwanzigste Jahrhundert III. (Fischer Weltgeschichte Bd. 36) Frankfurt/M. 1981.
  - Heraclides, Alexis: Janus or Sisyphos – The Southern Problem of the Sudan. In: The Journal of Modern African Studies 25. Cambridge, Juni 1987.
  - Hermann, Günther: Der Südsudankonflikt – eine historische Rückschau. In: Pogrom 37. Hamburg 1975/76.
  - Hill, Richard: Egypt in the Sudan 1820 – 1881. London 1959.
  - Hoffmann, Murad: Islam als Alternative , München. 1992.
  - Hofheinz, Albrecht: Sudan –Widerstand gegen den Zwang zur Einheit. In Informationen zur politischen Bildung, Nr.272, 3. Quartal 2001. Bonn 2001.
  - Hofmeier, Rolf: Der Sudan nach dem Sturz Numeiris – Schwieriger Neubeginn bei Bürgerkrieg und Wirtschaftsbankrott. In: Internationales Afrikaforum 2, 1986.

- Holberg, Anton : Sudan: Der Krieg nach dem Krieg Ölabkommen zwischen Regierung und SPLA-Guerilla - Neue Kämpfe im westlichen Darfur. In: [www.uni-kassel.de/fb5/frieden/welcome.htm/](http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/welcome.htm/)
- Holt, Peter: The Mahdist State in the Sudan: 1881 - 1898. Oxford 1958 und Pleticha, Heinrich (Hrsg.): Der Mahdiaufstand in Augenzeugenberichten. München 1981.
- Holt, P. M & Daly, M. W.: The History of Sudan. London 3<sup>rd</sup>. Ed. 1979.
- Human Rights Watch Map of Darfur, Sudan. In:[http://images.google.de/imgres?imgurl=http://www.lib.utexas.edu/maps/af-rica/sudan\\_pol\\_94.jpg&imgrefurl=http://www.landkartenindex.de/sudan.htm&h=1276&w=1066&sz=292&hl=de&start=8&um=1&tbnid=-ns-IQWs9w83-M:&tbnh=150&tbnw=125&prev](http://images.google.de/imgres?imgurl=http://www.lib.utexas.edu/maps/af-rica/sudan_pol_94.jpg&imgrefurl=http://www.landkartenindex.de/sudan.htm&h=1276&w=1066&sz=292&hl=de&start=8&um=1&tbnid=-ns-IQWs9w83-M:&tbnh=150&tbnw=125&prev) 23.08.2005.
- Ibrahim, Fouad: Land und Bevölkerung. In: Eitner, Kurt & Ahmed, Munir D. (Hgg.): Republik Sudan - Staat Politik – Wirtschaft. Hamburg 1980.
- Ibrahim Fouad N.: Untersuchungen zur Gefährdung des Naturpotentials durch nicht angepaßte Landnutzungsmethoden in der Sahelzone der Republik Sudan. Heft 35 Hrsg: Gunter Borchert, Albert Kolb, Horst Mensching, Gerhard Oberbeck, Gerhard Sandner . Institut für Geographie und Wirtschaftsgeographie der Uni-Hamburg.1980.
- Immanuel Steinberg Thomas . Teilen und Vertreiben Blut für Öl im Sudan. Unter der Menschenrechtsfahne wird ein Stimmungsteppich für westliches Eingreifen ausgebreitet. In: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/steinberg.html> .17/08/2004
- Internationales Studien- und Forschungszentrum des Grünen Buches (Hg.): Kommentare zum Grünen Buch. o.O. [Tripolis] 1988. Bd. 1 – 3. .
- Iten, Oswald (Hrsg.): Schwarzer Sudan. Kreuzlingen/Schweiz 1978.
- Iten, Oswald. Sudan. Zürich, Silva-Verlag, 1983.
- Khalafalla, Khalid Y: Der Konflikt in Darfur. Aus Politik und Zeitgeschichte, 4/2005.24 Bonn. Januar 2005.
- Khalid, Mansur: Al Nukhba al-Sudaniya wa Idman al-Faschel. (Die sudanesische Elite und ihr Dauerversagen) Kairo 1993.
- Khalid, Mansur: Al-Sudan wa al-Nafaq al-Muzlim. Qesa al-Fassad wa al-E Istebdad. (Sudan und der dunkle Tunnel. Geschichte der Willkür und Korruption). London – Malta 1985.
- Kienzler, Klaus: Der religiöse Fundamentalismus: Christentum, Judentum, Islam / Orig.-ausg.-München: Beck,1996 .Becksche Reihe; 2031: C.H. Beck Wissen.
- Ki-Zerbo, Joseph :Die Geschichte Schwarz-Afrikas, Frankfurt am Main, 1981.
- Konzelmann, Gerhard: Die Araber und ihr Traum von Großarabischen Reich 13. Auflage, München. 1989.
- Kofi, Annan, Generalsekretär der Vereinten Nationen:"Indem wir die Sicherheit anderer stärken, schützen wir unsere eigene" / "In strengthening the security of others, we protect the security of our own Eine sicherere Welt: Die künftige Rolle der Vereinten Nationen. auf der 41. Münchner Sicherheitskonferenz vom 13.02.2005 In: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Sicherheitskonferenz/2005-annan.html>
- Kofler Patrick: Gute Geschäfte.In: In: Zülch,Tilman/Gesellschaft für bedrohte Völker (Hrsg.): Bedrohte Völker.Völkermord in Darfur. Verbrannte Erde. Nr. 228 Heft 6/2004. Göttingen 2004.

- Kok, Peter Nyot: Die „Jihad“-Konzeption der sudanesischen Armee zur Lösung des Bürgerkrieges. In: : Wuqûf 7 – 8. Beiträge zur Entwicklung von Staat und Gesellschaft in Nordafrika. Hamburg 1993.
- Köndgen, Olaf: Die Kodifikation des islamischen Strafrechts im Sudan seit Beginn der 80er Jahre. In: Wuqûf 7 – 8. Beiträge zur Entwicklung von Staat und Gesellschaft in Nordafrika. Hamburg 1993.
- Köndgen, Olaf: Tragödie in Darfur. KAS/Auslandsinformation 10/04 Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.) Berlin 2004.
- Köndgen, Olaf: Tragödie in Darfur, 31.10.2004. In: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/koendgen.html>. Dieser Beitrag erschien auch in: Inamo (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V.), Nr. 39, Berlin 2004. (= Köndgen, Tragödie in Darfur)
- Konzelmann, Gerhard: Die Araber und ihr Traum von Großarabischen Reich 13. Auflage. Früher als Heyne–Taschenbuch unter der Nummer 01/7030 erschienen. Copyright C 1989 by Wilhelm Heyne Verlag, GmbH & Co. KG, München. 1989
- Krieger, Mark: Menschenrechte in arabo-islamischen Staaten. Am Beispiel Ägypten und Sudan. (Europäische Hochschulschriften. Reihe XXXI Politikwissenschaft Bd. 377) Frankfurt/M u.a. 1999. S.334-351
- Kröpelin, Stefan: Spielball der Mächtigen. Über die Flüchtlingskatastrophe in der sudanesischen Region Darfur wird einseitig und mit Halbwahrheiten berichtet.<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/kroepelin.html>
- Küng, Ruedi:Sudan: Bürgerkrieg und kein Ende? Khartum Aus: WOZ, 24. Juni 2004.
- Landeszentrale für politische Bildung(Hrsg.):Der Bürger im Staat, Menschenrechte. Nr. 55, Heft 1/2 2005.Baden-Württemberg 2005.
- Lesch, Ann Mosely: Confrontation in the Southern Sudan. In: The Middle East Journal 40, Washington/DC 1986.
- Lewis, Bernard: Die politische Sprache des Islam.Berlin 1991.
- Lexikon des Mittelalters. Studienausgabe. Bd. 8. Stuttgart – Weimar 1999.
- Ling, Martin: Aus Neues Deutschland, 29.September 2004 Abel Alier; Das Naivasha-Abkommen für Südsudan ist auch ein Modell für Darfur- Heidemarie Wieszorek-Zeul verlangt eine humanitäre Intervention. Unter <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/alier.html>
- Ling, Martin: Der Konflikt in Darfur hat viele Dimensionen, Sudan: Zwangsarabisierung, Wasserknappheit und politischer Machtpoker. Neues Deutschland, 29. Mai 2004 In: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/Welcome.html>
- Loimeier, Manfred: Zum Beispiel Sudan. Göttingen 1998.
- Loth, Heinrich: Afrika unter imperialistischer Kolonialherrschaft und die Formierung der antikolonialen Kräfte 1884 - 1945. (Afrika. Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Teil II.) Köln 1979.
- Lühr, Henken: Nächster Interventionskandidat Sudan?, Hamburg, ist einer der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag; Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um die überarbeitete und aktualisierte Fassung eines Vortrags beim "13. Friedenspolitischen Ratschlag", 2. und 3. Dezember 2006 in der Uni Kassel. <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/henken.html>
- Ludermann Bernd, "Zerstörerischer Befreiungskrieg", in: Frankfurter Rundschau vom 6. Juni 2001.

- Ludermann, Bernd: Der Sudan zwischen Krieg und Frieden, Friedensgutachten Hrg, Ulrich Ratsch, Reinhard Mutz, Bruno Schoch, Corinna Hauswedell und Christoph Weller. Münster. 2005.
- Lugard, F. D.: The Dual Mandate in Bristish Tropical Africa. London – Edinburgh 1922.
- Mahdi-Aufstand aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie, <http://de.wikipedia.org/wiki/> 24. November 2006.
- Mandela, Nelson Rolihlahla: Two historic speeches. Johannesburg 1990.
- Manifest JEM.Bielefeld,2003. o.A  
<http://www.sudanjem.com/index.php.2.4.20005>.
- Manifest der JEM: A proposal for Change: Towards a Sudan of Justice and Equality, compiled by Training and Planning Office, JEM,Ohne Ort 2005
- Manifest der SPLA/SPLM. Addis Abeba 1983.
- Mattes, Hanspeter: Der Sudan: vielfältige Dimensionen der Entwicklung. Eine Einführung. In: Wuqûf 7 – 8. Beiträge zur Entwicklung von Staat und Gesellschaft in Nordafrika. Hamburg 1993.
- Mattes, Hanspeter: Die „Rettungsrevolution“ im Sudan. Rettung vor parteipolitischen Chaos oder die Suche nach einem neuen politischen System. In: Wuqûf 7 – 8. Beiträge zur Entwicklung von Staat und Gesellschaft in Nordafrika. Hamburg 1993.
- Mattes, Hanspeter: Die sudanesishe Oppsitionsbewegung im In- und Ausland. Ein Überblick. In: Wuqûf 7 – 8/1992 – 1993. Hamburg 1993.
- Mattes, Hanspeter: Sudan. In: Nahost Jahrbuch 1988 (Hg. v. Deutschen Orient-Institut). Opladen 1989.
- Mattes, Hanspeter: Sudan. In: Nahost Jahrbuch 1989 (Hg. v. Deutschen Orient-Institut). Opladen 1990.
- Mattes, Hanspeter: Sudan. In: Nahost Jahrbuch 1991 (Hg. v. Deutschen Orient-Institut). Opladen 1992.
- Mattes, Hanspeter: Sudan. In: Nahost Jahrbuch 1993 (Hg. v. Deutschen Orient-Institut). Opladen 1994.
- Mattes, Hanspeter: Sudan. In: Nahost Jahrbuch 1996 (Hg. v. Deutschen Orient-Institut). Opladen 1997.
- Mattes, Hanspeter: Sudan. In: Nohlen, Dieter & Nuscheler, Franz (Hgg.): Handbuch der Dritten Welt. Bd. 5. Ostafrika und Südafrika. 3. Aufl. Bonn 1993.
- Matthies, Volker: Kriegsschauplatz. Dritte Welt. München 1988.
- Merkel, Wolfgang: Systemtransformation. Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Opladen 1999.
- Merkel, Wolfgang & Puhle, Hans-Jürgen: Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungsspfade. Manuskript Institut für Politikwissenschaft. Mainz 1998.
- Michler, Walter. Weißbuch Afrika. 2. überarb. u. erw. Aufl.. Bonn, Dietz Nachf., 1991.
- Microsoft Encarta Enzyklopädie 2000.Stichwort Sudan.
- Mirghani, Osman: Al Sudan Faydan al-Nil wa Qelien al-Sharya. (Nilüberschwemmung im Sudan und die Wut der Straße) In: Al Majalla 866, London 15. – 21. September 1996.
- Neue Zürücher Zeitung 22. Mai 2004, Khartums grausamer Stellvertreterkrieg.In:[http://www.nzz.ch/2004/05/22/al/kommentar9lzp\\_1.256796.html](http://www.nzz.ch/2004/05/22/al/kommentar9lzp_1.256796.html), o.A.



- Neue Zürcher Zeitung Khartum an die Kandare nehmen? Khartum 2. Februar.2005.In:[http://www.nzz.ch/2005/02/02/al/kommentarckf33\\_1.89189.html](http://www.nzz.ch/2005/02/02/al/kommentarckf33_1.89189.html)
- New African Year Book 1993-94. Hrsg. v. Linda Van Buren. London, A. B. Y-edder, 1993-94.
- Nohlen, Dieter: Pipers Wörterbuch zur Politik. München 1987. Bd. 6.
- Nohlen, Dieter u. Nuscheler, Franz (Hrsg.). Handbuch der Dritten Welt, Bd. 5: Ostafrika und Südafrika. 3. neu bearb. Aufl. Bonn. Dietz Nachf. 1993.
- Noordwijk, Meine van: Ecology textbook for the Sudan. Amsterdam 1984.
- Paech ,Norman/ Paul Schäfer: Bericht über eine Sudanreise von 2. bis 7. Oktober Norman. In: <http://www.norman-paech.de/index.php?id=284#c955>  
<http://www.norman-paech.de>
- Peter, Marina. Die angekündigte Katastrophe, al-journal 8/2004.
- Peterson, Nick: Südsudan – südsudanesische Autonomie Schritt für Schritt zerstört. In: Pogrom 107. Hamburg 1984.
- Plenarprotokoll 15/ 146 der Bundestagesessung Berlin .3.12. 2004.In: <http://dip.bundestag.de/btp/15/15146.pdf>
- Prunier, Gerard: Darfur - Der „uneindeutige Genozid. Hamburg 2007.
- Prunier, Gérard: Wenn Islamisten sich in Afrika verirren. Der Sudan im Zentrum eines Regionalkriegs. In: Le Monde Diplomatique / die tageszeitung / WoZ – Februar 1997 - 9 vom 14.2.1997.
- Prunier, Gerard: Zur Ökonomie des Bürgerkrieges im Südsudan, Jean, Francois und Rufin, Jea-Christophe: Ökonomie der Bürgerkrieg. Hamburg 1999.
- Reliefweb / Darfur Humanitarian Information Centre: Maps (United States Department13 Reliefweb ist eine Website der „United Nations providing information to humanitarian relief organizations;updated daily“of State Date: 15 Nov 2004).
- Roßler Hans-Christian. Begerlichkeiten in Sudan.In: S.5. FAZ 7.7.2005.
- Rüb, Friedbert W.: Zur Funktion und Bedeutung politischer Institutionen in Systemwechselprozessen. Eine vergleichende Betrachtung. In: Merkel, Wolfgang; Sandschneider, Eberhard & Segert, Dieter (Hgg.): Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie. Opladen 1996.
- Salih,M.A.Mohamed: Understanding the Conflict in Darfur, Occasional paper Centre of African Studies University of Copenhagen. 2005.
- Schrenk, Helmut. Naturraumpotential und agrare Landnutzung in Darfur, Sudan. Vergleich der agraren Nutzungspotential und deren Inwertsetzung im westlichen und östlichen Jebel-Marra-Vorland. Inaugural-Diss., Katholische Universität Eichstätt 1990..
- Schilling Sandrine: Gegen das Vergessen Justiz, Wahrheitsfindung und Versöhnung nach dem Genozid in Rawanda durch Mechanismen transitionaler Justiz Gacaca Gerichte,Bern 2005.
- Sellin, Harald: Innenpolitik. In: Eitner, Kurt & Ahmed, Munir D. (Hgg.):Republik Sudan. Staat – Politik – Wirtschaft. Probleme eines Entwicklungslandes. (Mitteilungen des deutschen Orient-Instituts Nr. 14) Hamburg 1980.
- Sicherheitsrat Verteilung: Allgemein.31. März 2005 Vereinte Nationen S/RES/1593 (2005) Vorkopie des Deutschen Übersetzungsdienstes, Vereinte Nationen, New York. Der endgültige amtliche Wortlaut der Übersetzung erscheint im Offiziellen Protokoll der Generalversammlung bzw. des Sicherheitsrats.In: [http://www.einsatz.bundeswehr.de/C1256F200023713E/CurrentBaseLink/67372CB81B442592C1256FF100785AD3/\\$File/sr1593.pdf](http://www.einsatz.bundeswehr.de/C1256F200023713E/CurrentBaseLink/67372CB81B442592C1256FF100785AD3/$File/sr1593.pdf).

- Stampfer, Friedrich: Grundbegriffe der Politik. Hannover 1954 (zuerst 1910).
- Steimetz, Christopher: Sudan: Konflikte seit einem halben Jahrhundert. Sudan People's Liberation Movement (Hg.): Manifest der SPLA/SPLM. Addis Abeba 1983.
- Steimetz, Christopher, Sudan: Bürgerkrieg Konflikte seit einem halben Jahrhundert, Grundinformationen über eins der ärmster Länder der Erde. 10.05.2004.  
In: [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de). <http://www.unikassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/grunddaten.html>
- Streck, Bernhard: Sudan, Ansichten eines zerissenen Landes. Wuppertal 2007.
- Sudan : Chronik wichtiger Ereignisse von 1 bis 15. Mai/Juni 2005. <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/chronik/05-03.html>.
- The Black Book: Imbalance of Power and Wealth in Sudan II. (von Arabic Translator Anonymous.). March 2004. Buch Teil 2) Jamahad tulab al-Haq wa al-Adala (Studentengruppe für Recht und Gerechtigkeit) (Hg.): Ikhtilal misan al-Sulta wa al-Thaura fi al-Sudan. Al-Kitab al-Assuad. (Ungleichgewicht der Macht und der Ressourcen im Sudan. Das „Schwarze Buch II“) o.O. [Khartoum] o.J. [2003].
- The Economist Intelligence Unit. Country Profile Sudan. London 1986.
- Tielke, Thilo: Krieg im Lande des Mahdi, Darfur und der Zerfall des Sudan, Essen 2006.
- Tetzlaff, Rainer (Hrsg.): Blockierte Demokratien in der Dritten Welt. Opladen 1998.
- Tetzlaff, Rainer, Jakobkeit Cord : Das nachkoloniale Afrika, Wiesbaden 2005.
- Tetzlaff, Rainer: Demokratisierungsanläufe im Sudan. In: Schubert, Gunther & Tetzlaff, Rainer (Hgg.). Blockierte Demokratien in der Dritten Welt. Opladen 1998.
- Tetzlaff, Rainer: Ethnische Konflikte im Sudan. In: Wuqûf 7 – 8. Beiträge zur Entwicklung von Staat und Gesellschaft in Nordafrika. Hamburg 1993.
- Tetzlaff, Rainer: Staatswerdung im Sudan Ein Bürgerkriegsstaat zwischen Demokratie, ethnischen Konflikten und Islamisierung. Münster; Hamburg 1993.
- Tetzlaff, Rainer; Engel, Ulf & Mehler, Andreas (Hgg.): Afrika zwischen Dekolonisation, Staatsversagen und Demokratisierung. (Hamburger Beiträge zur Afrika-Kunde 45) Hamburg 1995.
- Tibi, Bassam : Die Entwestlichung des Rechts. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.6.1995.
- Trivelli, Richard M : Sudan Darfur-eine vorgesehene Katastrophe In. EED Arbeitsstelle Frieden und Konfliktbearbeitung Nr.25, Februar 2004. In: [http://www.eed.de/fix/files/doc/eed\\_fr\\_infobrief25\\_deu\\_2004.pdf](http://www.eed.de/fix/files/doc/eed_fr_infobrief25_deu_2004.pdf)
- Tzschaschel, Joachim: Spannungsfeld Sudan. Regionale Ursachen und überregionale Zusammenhänge. In: Europa-Archiv, Folge 15, 1984.
- United Nations Declaration on the Elimination of Violence against Women General Assembly resolution 48/104 of 20 December 1993. In: [http://www.unhcr.ch/huridocda/huridoca.nsf/\(Symbol\)/A.RES.48.104.E](http://www.unhcr.ch/huridocda/huridoca.nsf/(Symbol)/A.RES.48.104.E)
- Violence against women in Darfur Refugees fleeing Darfur ©AI/Philip Cox Ki-Index: AFR54/076/2004, 19 Juli 2004 Sudan Darfur: Raub als Waffe des Krieges: sexuelle Gewalttätigkeit und seine Konsequenzen.
- Waal, Alex de (2004). Wie die Fur zu Afrikanern wurden. Die historischen Wurzeln des Darfur-Konflikts, in: Le monde diplomatique (deutsche Ausgabe)

- be),  
 14/9/2004,1415..<http://www.mondediplomatique.de/pm/2004/09/10.mondeText.artikel,a0054.idx,15>.
- Wagner Jürgen: Das andere Afrika, Widerstand gegen Krieg, Korruption und Unterdrückung, Der Sudan als Spielfeld der Mächte. Offenbach. April 2005.
  - Weltalmanach Fischer 2005: Zahlen, Daten, Fakten, Fisher-Verlag, Fochler-Hauke, Gustav (Hrsg.) Frankfurt, 2005.
  - Wakoson, Elias Nyamlell: The Sudanese dilemma – The south-north conflict. In: Northeast African Studies 9. East Lansing 1987.
  - Weber. Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen 1980 (zuerst 1921 )
  - Wikipedia-Lexikon: Stichwort: Die Camp-David-Verhandlungen. In: [http://de.wikipedia.org/wiki/Camp\\_David](http://de.wikipedia.org/wiki/Camp_David).
  - Wikipedia-Lexikon: Stichwort: Intifada. In: <http://de.wikipedia.org/wiki/Intifada> 14.11.2007
  - Wirner ,Stefan »Es ist ein Völkermord«In: Jungle World»12.10.06
  - Wirz, Albert: Krieg in Afrika. Die nachkolonialen Konflikte in Nigeria, Sudan, Tschad und Kongo. Wiesbaden 1982.
  - Wohlmuth, Karl :Wirtschaftsreform in der Diktatur? Zur Wirtschaftspolitik des al-Bashir-Regimes im Sudan Berichte aus dem Weltwirtschaften Colloquium der Uni BremenNr.31, Bremen Oktober 1993.
  - Wolf, Susanne: Die islamische Bewegung im Sudan bis 1989. In: Wuqûf 7 – 8/1992 – 1993. Hamburg 1993.
  - Woodward, Peter: Sudan 1898 – 1989. The Unstable State. London 1990.
  - Woodward, Peter: Islam and Politics. In: Abd al-Rahim, Muddathir & Badal, Raphael (Hgg.): Sudan since independence. Hauts (England) 1986.
  - Worldbank: Sudan Data Profile. World Development Indicators database, August 2004, In: <http://devdata>.
  - Worldbank.org/external/cpprofile.asp?ccode=SDN&PTYE=CP am 03.06.05.
  - Worldbank , Sudan Data Profile (FN 18) August 2004. Internet oder nicht
  - Yongo-Bure, B.: Prospects for socioeconomic development of the south. In: Deng, Francis Mading (Hrsg.): The search for peace end unity in the Sudan. Washington DC 1987.
  - Zülch, Tilman: Völkermord in Darfur, Menschenrechtsreport Nr.34 der Gesellschaft für bedrohte Völker Göttingen August 2004.

- **Internetadressen:**

- [http://www.lib.utexas.edu/maps/africa/sudan\\_pol\\_94.jpg](http://www.lib.utexas.edu/maps/africa/sudan_pol_94.jpg)
- <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/steinberg.html>.17/08/2004.
- <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/kroepelin.html>
- <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/koendgen.html>
- [http://images.google.de/imgres?imgurl=http://www.lib.utexas.edu/maps/africa/sudan\\_pol\\_94.jpg&imgrefurl=http://www.landkartenindex.de/sudan.htm&h=1276&w=1066&sz=292&hl=de&start=8&um=1&tbnid=-ns-IQWs9w83-M:&tbnh=150&tbnw=125&prev](http://images.google.de/imgres?imgurl=http://www.lib.utexas.edu/maps/africa/sudan_pol_94.jpg&imgrefurl=http://www.landkartenindex.de/sudan.htm&h=1276&w=1066&sz=292&hl=de&start=8&um=1&tbnid=-ns-IQWs9w83-M:&tbnh=150&tbnw=125&prev)
- <http://www.africatime.com/dynamique/Forum/affiche.asp%3Fnum%3D141976%26grp%3D64488%26IdSujet%3D63%26IdPays%3D13&prev> 29.07.2004.
- [http://www.fsk.ethz.ch/publ/zuercher/zu\\_54/zu54\\_Baechler.htm](http://www.fsk.ethz.ch/publ/zuercher/zu_54/zu54_Baechler.htm).
- <http://www.tages-anzeiger.ch/archiv/99dezember/991214/127702.HTM>.
- [www.sudanjem.com](http://www.sudanjem.com)
- <http://www.sudanjem.com/en/index.php?page=books>.26.10.2005
- <http://www.sudanjem.com/en/index.php?page=books>.26.10.2005
- [www.uni-kassel.de /fb5/frieden/welcome.htm/](http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/welcome.htm/).
- <http://www.monediplomatie.de/pm/2004/09/10.mondeText.artikel,a0054.idx>,15.
- [http://www.eed.de/fix/files/doc/eed\\_fr\\_infobrief25\\_deu\\_2004.pdf](http://www.eed.de/fix/files/doc/eed_fr_infobrief25_deu_2004.pdf)
- <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/ling.html> 19.07.05
- <http://www.un.org/depts/german/gv-52/band1/52bd1-3.pdf>
- <http://www.un.org/depts/german/gv-52/band1/52bd1-3.pdf> (70. Plenarsitzung 12. Dezember 1997)
- [http://www.sozialwiss.unihamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/301ak\\_sudan\\_darfur.htm](http://www.sozialwiss.unihamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/301ak_sudan_darfur.htm)
- <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/henken.html>
- [http://www.nzz.ch/2004/05/22/al/kommentar9Izpv\\_1.256796.html](http://www.nzz.ch/2004/05/22/al/kommentar9Izpv_1.256796.html),
- [http://www.sozialwiss.unihamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/158ak\\_sudan.htm](http://www.sozialwiss.unihamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/158ak_sudan.htm)
- [http://www.darfurhilfe.org/nachrichten.php?subaction=showfull&id=1095542203&archive=&start\\_from=&ucat=1&](http://www.darfurhilfe.org/nachrichten.php?subaction=showfull&id=1095542203&archive=&start_from=&ucat=1&)
- [http://www.europarl.europa.eu/news/public/focus\\_page/030-7352-156-06-23-903-20070601FCS07344-05-06-2007-2007/default\\_p001c001\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/public/focus_page/030-7352-156-06-23-903-20070601FCS07344-05-06-2007-2007/default_p001c001_de.htm)
- <http://www.norman-paech.de/index.php?id=284#c955>  
<http://www.norman-paech.de>
- <http://www.zeit.de/online/2006/43/Darfur-2310?page=2>

- [://www.nzz.ch/2005/02/02/al/kommentarckf33\\_1.89189.html](http://www.nzz.ch/2005/02/02/al/kommentarckf33_1.89189.html)
- <http://www.plattform-leipzig.de/beitraege/20070908darfur.html>
- <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,498961,00.html>  
10.08.2007
- <http://www.freitag.de/2004/23/04230801.php>
- [http://www.unhchr.ch/huridocda/huridoca.nsf/\(Symbol\)/A.RES.48.104.E](http://www.unhchr.ch/huridocda/huridoca.nsf/(Symbol)/A.RES.48.104.E)
- [http://www.einsatz.bundeswehr.de/C1256F200023713E/CurrentBaseLink/67372CB81B442592C1256FF100785AD3/\\$File/sr1593.pdf](http://www.einsatz.bundeswehr.de/C1256F200023713E/CurrentBaseLink/67372CB81B442592C1256FF100785AD3/$File/sr1593.pdf)
- [http://www.trialch.org/fileadmin/user\\_upload/documents/jusletter\\_andreas\\_felder.pdf](http://www.trialch.org/fileadmin/user_upload/documents/jusletter_andreas_felder.pdf).
- [http://www.trialch.org/fileadmin/user\\_upload/documents/jusletter\\_michael\\_cottier.pdf](http://www.trialch.org/fileadmin/user_upload/documents/jusletter_michael_cottier.pdf)
- [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de)
- <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/chronik/05-03.html>.
- <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Sudan/ling.html> 19.07.05,
- [http://de.wikipedia.org/wiki/Camp\\_David](http://de.wikipedia.org/wiki/Camp_David)
- <http://www.plattform-leipzig.de/beitraege/20070908darfur.html>,  
14,11.2007
- <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/Welcome.html>
- <http://www.africatime.com/dynamique/Forum/affiche.asp%3Fnum%3D141976%26grp%3D64488%26IdSujet%3D63%26IdPays%3D13&prev>  
29.07.2004.
- <http://www.sudanjem.com/index.php>.2.4.20006.
- <http://www.unikassel.de/fb5/frieden/themen/Sicherheitskonferenz/2005-annan.html>  
<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/Welcome.html>19.07.05

**Eidesstattliche Erklärung:**

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig angefertigt habe und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel verwendet habe. Alle wörtlich und sinngemäß entnommenen Textstellen sind als Zitate gekennzeichnet und belegt.

Ahmed Salih Andusa  
Mainz, Dezember 2007